

Lange galt die Mittelschicht als Garant des sozialen Friedens im Zentrum der Gesellschaft. Ein Job, gesichertes Einkommen, und ein hoher Grad an Bildung bescherten den Menschen der Mitte den Ruf, krisen- und abstiegssicher zu sein. Doch diese Grundannahme scheint zunehmend fragwürdiger. Die Mittelschicht ist in den vergangenen Jahren aufgrund des sinkenden Reallohns geschrumpft und hat sich ausdifferenziert, Abstiegsängste haben zugenommen. Der „Tritt nach unten“ als Ausprägung einer eigenen Abstiegsangst kommt immer deutlicher zum Vorschein.

Der vorliegende Band mit Beiträgen von Hans-Jürgen Arlt und Fabian Arlt, Étienne Balibar, Ursula Dallinger, Klaus Dörre, Wilhelm Heitmeyer, Ulrike Herrmann, Wolfgang Schroeder, Hilal Sezgin, Wolfgang Uellenberg-van Dawen und Franz Walter fragt nach der Position der Mittelschicht heute.

Diese Publikation kann auf www.boell-brandenburg.de kostenfrei heruntergeladen werden.
Eine gedruckte Version kann bei organisation@boell-brandenburg.de bestellt werden.



Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg
Werkstatt für politische Bildung e. V.
Dortustr. 52
D-14467 Potsdam
www.boell-brandenburg.de



Die Publikation wird im Bundesprogramm »XENOS – Integration und Vielfalt« gefördert.



ine Frage der Klasse?

Deutschlands Mitte zwischen
Abstiegsangst und dem Tritt
nach unten >>

ine Frage der Klasse? Deutschlands Mitte zwischen Abstiegsangst und dem Tritt nach unten

HEINRICH BÖLL STIFTUNG
Brandenburg



Lange galt die Mittelschicht als Garant des sozialen Friedens im Zentrum der Gesellschaft. Ein Job, gesichertes Einkommen, und ein hoher Grad an Bildung bescherten den Menschen der Mitte den Ruf, krisen- und abstiegssicher zu sein. Doch diese Grundannahme scheint zunehmend fragwürdiger. Die Mittelschicht ist in den vergangenen Jahren aufgrund des sinkenden Reallohns geschrumpft und hat sich ausdifferenziert, Abstiegsängste haben zugenommen. Der „Tritt nach unten“ als Ausprägung einer eigenen Abstiegsangst kommt immer deutlicher zum Vorschein.

Der vorliegende Band mit Beiträgen von Hans-Jürgen Arlt und Fabian Arlt, Étienne Balibar, Ursula Dallinger, Klaus Dörre, Wilhelm Heitmeyer, Ulrike Herrmann, Wolfgang Schroeder, Hilal Sezgin, Wolfgang Uellenberg-van Dawen und Franz Walter fragt nach der Position der Mittelschicht heute.

Diese Publikation kann auf www.boell-brandenburg.de kostenfrei heruntergeladen werden.
Eine gedruckte Version kann bei organisation@boell-brandenburg.de bestellt werden.



Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg
Werkstatt für politische Bildung e. V.
Dortustr. 52
D-14467 Potsdam
www.boell-brandenburg.de



Die Publikation wird im Bundesprogramm »XENOS – Integration und Vielfalt« gefördert.



ine Frage der Klasse?

Deutschlands Mitte zwischen
Abstiegsangst und dem Tritt
nach unten >>

ine Frage der Klasse? Deutschlands Mitte zwischen Abstiegsangst und dem Tritt nach unten

HEINRICH BÖLL STIFTUNG
Brandenburg





ine Frage der Klasse?

Deutschlands Mitte zwischen
Abstiegsangst und dem Tritt
nach unten



| | |
|---|-----|
| E inleitung | 7 |
| D ie soziale Spaltung in Deutschland schlägt sich in Desintegrationsprozessen nieder | 12 |
| Wilhelm Heitmeyer im Gespräch mit Inka Thunecke und Mathias Richter | |
| A bwertung, die aus der Mitte kommt. Prekarität als fatales Wettbewerbsystem | 18 |
| Klaus Dörre | |
| W ie sich die Mittelschicht selbst betrügt | 44 |
| Ulrike Herrmann im Gespräch mit Daniela Krebs und Claire Horst | |
| G eht es tatsächlich abwärts? Einkommensposition und Mentalitäten der gesellschaftlichen Mitte im Vergleich | 56 |
| Ursula Dallinger | |
| V orsorgende Sozialpolitik als Antwort auf soziale Exklusion | 66 |
| Wolfgang Schroeder | |
| A ngst vor dem Super-Gau. Der Mitte gehen die Messer in den Taschen auf | 72 |
| Franz Walter | |
| W arum Islamfeindlichkeit? | 82 |
| Hilal Sezgin | |
| I nklusive Strategien statt Leistungsdruck. Der Beitrag der Gewerkschaften | 88 |
| Wolfgang Uellenberg-van Dawen | |
| M edien, Mittelschicht und Abwertung | 94 |
| Hans-Jürgen Arlt und Fabian Arlt | |
| G leichheit heute? Menschenrechte, Bürgerrechte, Zivilität | 102 |
| Étienne Balibar | |
| Biografien | 116 |
| Impressum | 120 |

EINLEITUNG

Lange galt die Mittelschicht als Garant des sozialen Friedens im Zentrum der Gesellschaft. Ein Job, gesichertes Einkommen, und ein hoher Grad an Bildung bescherten den Menschen der Mitte den Ruf, krisen- und abstiegssicher zu sein. Als zahlenmäßig größte Gruppe sicherte der Mittelstand den Zusammenhalt der Gesellschaft – so wirkte es jedenfalls. Doch diese Grundannahme scheint zunehmend fragwürdiger. Die Mittelschicht ist in den vergangenen Jahren aufgrund des sinkenden Reallohns geschrumpft und hat sich ausdifferenziert, Abstiegsängste haben zugenommen. Es mehren sich Vorurteile und Ressentiments, besonders gegenüber denjenigen, die als schwächer wahrgenommen werden. Abwertungstendenzen als Ausprägung einer eigenen Abstiegsangst kommen immer deutlicher zum Vorschein.

Allein durch die Mehrheit ihrer Wähler/innen-Stimmen könnte die Mittelschicht das Schicksal des gesamten Landes beeinflussen. Doch prekäre Arbeitsverhältnisse und Krisen rütteln an ihrem Status. So prognostizierte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) 2010 bereits einen Abstieg von Millionen von Menschen aus der Mittelschicht in den kommenden zwanzig Jahren.¹ Viele Menschen befürchten einen finanziellen und sozialen Abstieg und begegnen diesen Abstiegsängsten vermehrt mit Abwertungstendenzen. Die eigene Unsicherheit wird auf die unteren Schichten projiziert, auf Menschen, die angeblich nicht genug leisten oder sogar von Transfer-Leistungen abhängig sind. Dieser „Tritt nach unten“, mit dem die Angst vor dem eigenen Abstieg mit Abgrenzungen bekämpft wird, richtet sich nicht gegen einzelne Menschen, sondern verallgemeinert Menschen aus einer bestimmten sozialen Lage zu einer Gruppe. Wilhelm Heitmeyer vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld hat dieses Phänomen in einer zehnjährigen Langzeitstudie erforscht. Er spricht vom „Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“. Dabei handelt es sich um die Abwertung von Menschen aufgrund von ethnischen, kulturellen oder religiösen Merkmalen, der sexuellen Orientierung, des Geschlechts, einer körperlichen Einschränkung oder aus sozialen Gründen.² Die Studie zeigt, dass insbesondere höhere Einkommensgruppen zunehmend schwachen Gruppen ihre Unterstützung verweigern. Einstellungen wie der Ruf nach Vorrechten für Etablierte, Islamfeindlichkeit und Antisemitismus, nehmen gerade in der Mitte der Gesellschaft zu. Daher ist es wichtig, die Mittelschicht und deren Entwicklung im Blick zu behalten und kritisch zu begleiten. Aktuelle

¹ Jan Goebel, Martin Gornig, Hartmut Häußermann, „Polarisierung der Einkommen. Die Mittelschicht verliert“, in: *DIW-Wochenbericht*, 24 (2010), S. 2-9.

² Wilhelm Heitmeyer, (Hg.), *Deutsche Zustände. Folge 10*, Suhrkamp, Berlin 2010.

Krisen verstärken die Wahrnehmung einer sozialen Bedrohung. Betroffene können aggressiv reagieren – die Abwertungstendenzen werden zur eigenen Entlastung genutzt.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen stellt sich die Frage nach der zukünftigen Entwicklung der deutschen Gesellschaft. Was passiert tatsächlich mit der Mittelschicht? Und wer gehört eigentlich zu dieser Mittelschicht? Welche Abwertungstendenzen gibt es und was bedeuten sie für die Gesamtgesellschaft? Welche Zukunftsperspektiven hat die Mittelschicht in Deutschland?

Die Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg hat zu diesem Thema im Herbst 2011 die Tagung „Ausgrenzung durch die Mittelschicht. Abwertende Einstellungen der Mitte und ihre Folgen für die Gesellschaft“ organisiert. Die Tagungsbeiträge behandeln aktuelle Entwicklungen der Mittelschicht und eine Einschätzung der Lage. In der vorliegenden Essay-Sammlung sind diese Analysen um Beiträge ergänzt, die das Thema aus weiteren Blickwinkeln betrachten und etwa die Einflüsse von Medien, Wirtschaft und Politik untersuchen. Die Anthologie reicht von datenbasierten, wissenschaftlichen Texten über journalistische Perspektiven bis zu polemischen Reflektionen zum Thema „Mittelschicht und Abwertung“. Ein philosophischer Exkurs zum Thema „Gleichheit und Menschenrechte“ schließt den Band ab. Das hier von Étienne Balibar angesprochene Feld ist von grundlegender Bedeutung für die Diskussion um gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Abgrenzungstendenzen einer ganzen Schicht.

Zum Aufbau

Die Publikation spiegelt die breitgefächerte Diskussion über die Mittelschicht wieder. Aus unterschiedlichen Perspektiven untersucht sie die soziale Lage, Einstellungen und Positionierung dieser zentralen gesellschaftlichen Gruppe. Die Debatte beginnt bereits mit der Frage nach der Definition der Mittelschicht – ist sie allein nach dem Einkommen zu bestimmen oder nach dem Bildungsgrad? Wie durchlässig sind die Grenzen zur Mitte von oben und unten gesehen? Wer fühlt sich als zugehörig zur Mitte? Um sich diesen Fragen zu nähern, beginnen wir zunächst mit grundsätzlichen Gesprächen, Analysen und Berichten. In der zweiten Hälfte der Publikation widmen wir uns dann bestimmten Aspekten der Debatte um Mittelschicht, Ausgrenzung und Abwertung.

Zu Beginn steht ein Interview mit Wilhelm Heitmeyer, der einen Einblick in die Ergebnisse und Vorgehensweise der Studie gibt. Er erklärt das Phänomen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit und spricht über Prozesse der Veränderung in der Gesellschaft und in den Einstellungsmustern. Heitmeyer stellt dabei Krisen als Katalysatoren von Abwertungstendenzen in den Fokus und führt ihre Wirkung auf die Einstellungen der Mittelschicht aus. So kann ein erster Einblick in deren Denken und Einstellungsmuster gegeben werden.

Eine Analyse der Arbeitsmarktpolitik, die sich auf die Debatten um eine „Unterschicht“ auswirkt, bietet Klaus Dörre vom Lehrstuhl für Arbeits-, Industrie- und

Wirtschaftssoziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena an. Er kritisiert, dass in der öffentlich-politischen Diskussion überbordender Wohlstand als Ursache von Langzeitarbeitslosigkeit erklärt wird. Dörre stellt dagegen die These auf, dass sich im neuen Arbeitsmarktregime in immer neuen Wettbewerbssituationen entscheide, wer Zugang zur guten Gesellschaft anerkannter Bürger/innen findet und wer nicht. Viele Menschen würden kaum die Möglichkeit sehen, ihre Lage zu verbessern. Diese äußerst heterogene soziale Gruppe werde als neue Unterschicht konstruiert und dadurch kollektiv abgewertet.

In einem Interview mit der Journalistin Ulrike Herrmann nähern wir uns der Mittelschicht von der politischen und wirtschaftlichen Seite an. Sie beschreibt die Mittelschicht als Verlierer der Krisen. Doch anstatt zu handeln – was mit der Mehrheit der Wähler/innenstimmen möglich wäre – stimme die Mittelschicht für Gesetze, die ihr schaden. Das Fazit von Ulrike Herrmann: Die Mittelschicht betrügt sich selbst. Bereits 2010 veröffentlichte sie das Buch *Hurra, wir dürfen zahlen. Der Selbstbetrug der Mittelschicht*. Für die Publikation zieht sie eine aktuelle Bilanz über die Mittelschicht und zeigt deren Zukunftsperspektiven auf. Denn diese sieht Herrmann durch die aktuellen Trends – wie den demografischen Wandel und politische Angeboten wie die so genannte „Herdprämie“ – pessimistisch.

In ihrer Bestandsaufnahme der Mittelschicht zeichnet die Soziologin Ursula Dallinger von der Universität Trier ein alarmierendes Bild von den ökonomischen Zukunftsaussichten der Mittelschicht. Sie schildert ihr mögliches Schwinden und dessen Folgen für die Gesellschaft. Dallinger analysiert die Mittelschicht ausgehend von deren Einkommensposition und geht der Frage nach, welchen Anteil sozialstaatliche Programme an der günstigen Lage der Mitte haben und ob Transferprogramme und Steuern am vermuteten Abstieg der gesellschaftlichen Mitte einen Anteil haben.

Wolfgang Schroeder, Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg, skizziert den gesellschaftlichen Wandel und die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt der vergangenen Jahrzehnte. Er diskutiert zentrale Strategien und Akteure in einem Sozialstaat und stellt das Modell der vorsorgenden Sozialpolitik vor. Damit stellt er die Frage nach sozialer Integration und Teilhabe auf dem Arbeitsmarkt in den Fokus.

Der Leiter des Instituts für Demokratieforschung in Göttingen, Franz Walter, geht der Mittelschicht und deren Ängsten vor dem sozialen und finanziellen Abstieg auf den Grund. In seinem anschaulichen und provokativen Essay beschreibt er die „Paranoia des Scheiterns“ aus zwei Perspektiven: aus der Sicht der „Mitte-Eltern“, die nicht den eigenen Abstieg befürchten, sondern die Zukunft ihrer Kinder pessimistisch sehen, sowie aus Sicht von jungen Männern Anfang 20, die einem veränderten Verhältnis zum Beruf sowie neuen sozialen Herausforderungen gegenüber stehen. Seine Diagnose: Die Mittelschicht fürchtet um den Erhalt dessen, was seit jeher im Mittelpunkt ihres Lebens- und Aufstiegsplans steht. Er fügt seiner Analyse zudem mit dem Vergleich der deutschen und der französischen Gesellschaft eine europäische Perspektive hinzu.

Einen Abstecher in einen bedeutsamen Bereich der aktuellen Ausgrenzungsdebatte unternimmt die Journalistin Hilal Sezgin. Sie problematisiert die Tendenz,

eigene Probleme zu externalisieren und auf den Islam zu projizieren. Die Zukunfts- und Abstiegsängste der Mittelschicht würden die Abwertung von vor allem muslimischen Migrant/innen vorantreiben und diese als eine Art Entlastung benutzen. In ihrem Essay diskutiert sie daher die Frage, warum aktuell der Fokus der Fremdenfeindlichkeit auf dem Islam liege.

Wolfgang Uellenberg-van Dawen, Bereichsleiter Politik und Planung im ver.di Bundesvorstand, geht auf die Handlungsperspektiven der Gewerkschaften ein. Er kritisiert in seinem Beitrag die absolute Leistungsorientierung in der aktuellen Gesellschaft. Im Kampf um Stimmen von Wähler/innen aus der Mittelschicht habe sich auch die Regierung Vorurteile gegen Leistungsschwache zu eigen gemacht. Sein Fokus liegt auf der Forderung nach Anerkennung des Wertes der Arbeit und einer leistungsgerechten Bezahlung. Die Arbeit gegen Vorurteile, für gleiche Rechte aller in der Gesellschaft und eine gute Migrationspolitik seien essenziell.

Einen Blick auf die Medien werfen Fabian und Hans-Jürgen Arlt. Die Medienwissenschaftler analysieren Strukturen und Mechanismen, die dafür verantwortlich sein könnten, dass Massenmedien Abwertungsdiskurse oder sogar Abwertungskampagnen führen. Sie beschreiben die Rahmenbedingungen heutiger Massenmedien und die Funktionen politischer Kommunikation. Dabei kritisieren sie, dass Abwertung zum Teil gezielt von bestimmten Massenmedien genutzt werde. Quotenjagd und Werterigorismus in den Medien würden Abwertung und Ausgrenzung in der Gesellschaft wahrscheinlicher machen, lautet ihre These.

Die Betrachtungen zur Mittelschicht in dieser Publikation enden mit einem philosophischen Exkurs zu den Themen Menschenrechte, Bürgerrechte und Zivilität des französischen Philosophen Étienne Balibar. In seiner systematischen Rekonstruktion der Geschichte der Menschenrechte zeigt Balibar wie der Gebrauch universalistischer Werte wie Freiheit und Gleichheit immer zugleich dazu dienen konnte, bestimmten Gruppen von Menschen den Anspruch darauf zu verweigern, in dem ihnen bestimmte menschliche Qualitäten abgesprochen wurden. Balibar knüpft damit indirekt an die aktuellen Leistungsdebatten und die damit verbundenen gesellschaftlichen Ausschlussmechanismen der Mittelschicht an. Der Text entstand ursprünglich als Vortrag auf der Abschlussveranstaltung zur Kunstausstellung XIV. Rohkunstbau „Drei Farben – Weiß“ auf dem Schloss Sacrow im Jahr 2007, die von der Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg veranstaltet wurde. Die Ausstellung war an die Trilogie „Drei Farben – Blau Weiß Rot“ des polnischen Regisseurs Krzysztof Kieslowski angelehnt. Dabei ging es um den demokratischen Grundwert der Gleichheit, der in den künstlerischen Arbeiten unmittelbar vor Ort diskutiert wurde. Balibars Vortrag griff das Ausstellungsmotto auf und diskutierte die Fragen, wie Gleichheit heute ausgestaltet wird und welche Rolle „Freiheit, Gleichheit, Solidarität“ als die zentralen Werte der Französischen Revolution in heutigen Demokratien spielen.

Daniela Krebs
Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg

Die soziale Spaltung in Deutschland schlägt sich in Desintegrationsprozessen nieder >>

Wilhelm Heitmeyer im Gespräch mit Inka Thunecke und Mathias Richter

Lieber Herr Heitmeyer, Sie haben gerade eine zehnjährige Langzeitstudie über „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ abgeschlossen, in der Sie die deutschen Zustände untersucht haben.

Hat sich der Untersuchungsgegenstand – die deutschen Zustände – in dieser Zeit verändert?

Wilhelm Heitmeyer: Wir beobachten keine einheitliche Entwicklung. Man muss zwischen den Einstellungsmustern einer gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, sogenannten historischen Signalereignissen und dem schleichenden Prozess gesellschaftlicher Veränderungen unterscheiden. Bei den Einstellungsmustern lassen sich über die zehn Jahre drei Verläufe feststellen. Einige Symptome der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit haben sich durchaus abgeschwächt. Das betrifft etwa Antisemitismus und Sexismus. Der Grad der Islamfeindlichkeit hingegen ist konstant geblieben. Und schließlich beobachten wir seit Kurzem wieder einen Anstieg bei Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und bei der Abwertung von Langzeitarbeitslosen und Obdachlosen.

Welche Erklärungen bieten sich für diese Phänomene an?

Man muss die Veränderung der gesellschaftlichen Bedingungen mit in Betracht ziehen. Wir erleben seit fast drei Jahren Krisen, zunächst eine Finanzkrise, dann eine Wirtschaftskrise und schließlich eine Fiskalkrise. Wir konnten in diesem Zeitraum feststellen, wie sich die Einstellungen bestimmter Einkommensgruppen verändern. So waren es von 2009 auf 2010 vor allem die Besserverdienenden, bei denen sich vermehrt Vorurteile gegen sozial schlechter gestellte Gruppen erhöhten, also ausgerechnet bei einer sozialen Gruppe, die bislang etwas weniger anfällig für menschenfeindliche Abwertungen war.

Woran liegt das?

Für die soziale Gruppe der Besserverdienenden steht Leistungsgerechtigkeit im Zentrum ihrer Gerechtigkeitsvorstellungen. Daran, was jemand unter Gerechtigkeit versteht, zeigen sich klare soziale Unterschiede. Die Besserverdienenden setzen ganz selbstverständlich auf Leistungsgerechtigkeit und bei dieser Gruppe funktioniert entsprechend das Muster der Abwertung von Menschen, wenn eine geforderte Leistung nicht erbracht wird, oder nur vermeintlich nicht erbracht wird.

Welche „Signalereignisse“ registrierten Sie in den zehn Jahren?

Signalereignisse, auf die der Einzelne, aber auch die Öffentlichkeit insgesamt besonders stark reagierte, waren in den zehn Jahren zum Beispiel der 11. September 2001 oder die Einführung von Hartz IV. Das hat die Menschen sehr beunruhigt – mindestens ebenso wie die Krisen. Wir können zeigen, dass Bedrohungsgefühle bei den untersuchten Gruppen zu unterschiedlichen Reaktionen führten. Das heißt, meist sind diejenigen, die sich bedroht fühlen, sehr viel stärker durch gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit geprägt, als diejenigen, die solche Ereignisse weniger tangiert.

Fragen nach Ihrer Auffassung die Medien zur Abwertung bei, indem sie die Bedrohung gesellschaftlicher Gruppen wie beispielsweise der Besserverdienenden bestimmten schwachen Gruppen zuschreiben?

Nun, wir haben keine Medienwirkungsanalyse durchgeführt. Hinzu kommt, dass es „die“ Medien nicht gibt, weil sie sich in einem harten Konkurrenzkampf befinden. Aber die breite Berichterstattung zu Herrn Sarrazins Behauptungen waren für uns schon überraschend und die Leserinnen und Leser seines Buches kamen sicherlich nicht aus den unteren sozialen Lagen.

Sie nannten als weitere Komponente Ihrer Langzeituntersuchung „schleichende gesellschaftliche Prozesse“.

Das sind Veränderungen, die auf keiner Agenda stehen. Zu beobachten ist etwa eine weitverbreitete Orientierungslosigkeit, die dazu führen kann, dass Menschen nach einem stabilen Halt suchen. Dann zimmern sie sich eine Welt zusammen, in der sie meinen, auf sicheren Füßen zu stehen. Das setzt häufig Stigmatisierungsprozesse in Gang. Ein schleichender Prozess ist aber auch die zunehmende Ökonomisierung des gesellschaftlichen Lebens, das heißt, Menschen werden nach ökonomistischen Gesichtspunkten, also vorrangig aufgrund ihrer Nützlichkeit, Verwertbarkeit, Effizienz bewertet. Das hat zur Konsequenz, dass Menschen plötzlich weniger wert zu sein scheinen – und zwar nicht als Individuen, sondern als Gruppe.

Lassen Sie uns kurz den Schlüsselbegriff Ihrer Untersuchung klären: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Studien über die gesellschaftliche Verbreitung von Vorurteilen gab es schon viele.

Was ist das Besondere an Ihrer Methode?

Die Vermutung, dass Vorurteile gegenüber schwachen Gruppen zu deren faktischer Abwertung führen, gab es ja schon lange. Nur wurde dieser Zusammenhang nie anhand einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung empirisch getestet. Die Grundannahme unserer Untersuchung ist, dass die Gleichwertigkeit aller Menschen und die Sicherung ihrer physischen und psychischen Unversehrtheit zu den zentralen Werten einer modernen und humanen Gesellschaft gehört. Menschenfeindlichkeit wird in der Betonung von Ungleichwertigkeit erkennbar, wie sie in Aussagen von Vertretern sozialer Eliten öffentlich formuliert oder in privaten Kreisen durch Angehörige ganz unterschiedlicher Altersgruppen geäußert werden, so dass sie auch von extremistischen Gruppierungen zur Legitimation von offener Diskriminierung oder gar Gewalt genutzt werden können. Das heißt, der Begriff Menschenfeindlichkeit bezieht sich auf das Verhältnis zwischen gesellschaftlichen Gruppen und meint nicht etwa die Feindschaft zwischen einzelnen Privatpersonen. Deshalb sprechen wir von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Es geht um die Abwertung etwa von Zuwanderern, Muslimen, Homosexuellen oder Arbeitslosen unabhängig vom individuellen Verhalten des Einzelnen, der zu dieser Gruppe gezählt wird. Hinzu kommt, dass die Abwertungen zusammenhängen.

Signalereignisse, Krisen, schleichende Prozesse – lassen sich bei diesem Bündel von Ursachen Dominanten feststellen?

Ganz eindeutig hat die soziale Spaltung in Deutschland zugenommen. Und die schlägt sich in Desintegrationsprozessen nieder. Das heißt, wenn Menschen nicht mehr über

Arbeit, Bildung und so weiter gesellschaftlich eingebunden sind, sich machtlos fühlen und deshalb nicht mehr politisch partizipieren, dann sinkt der Grad ihrer sozialen und moralischen Anerkennung. Und je negativer die eigenen Anerkennungsbilanzen sind, desto stärker werden andere abgewertet. Dieser Mechanismus lässt sich aus unseren Umfrageergebnissen gut belegen.

Was heißt das für die sogenannte Mittelschicht, die doch ökonomisch und sozial weit weniger unter Druck geraten ist, als Menschengruppen am unteren Ende der sozialen Leiter?

Mittelschicht ist ein recht unscharfer Begriff. Man muss mehrere Interpretationsstränge unterscheiden. Bei denjenigen, die desintegrationsgefährdet sind, funktioniert der Mechanismus mit der Abwertung. Bei den Besserverdienenden greifen wie gesagt vermehrt ökonomistische Einstellungen. Dabei geraten vor allem auch diejenigen in den Fokus, die als nicht nützlich, nicht effizient benotet werden. Und dann kommt noch eine dritte Gruppe aus den mittleren sozialen Lagen hinzu, die unter den Hartz-IV-Bedingungen doch ziemlich unter Abstiegsangst gelitten hat. Wir sprechen bewusst von mittleren Soziallagen, weil man damit verschiedene Einkommensgruppen besser operationalisieren kann.

Wenn die Besserverdienenden aber auch die Angehörigen mittlerer sozialer Lagen verstärkt abwerten – entfällt damit die so genannte Mittelschicht als Stabilitätsfaktor für die Gesellschaft?

Die sozialen Spaltungen führen dazu, dass Sozialstrukturanalysen zweierlei zeigen. Die so genannten mittleren Soziallagen schrumpfen und es gibt eine Abstiegsmobilität. Der permanente Aufstieg wie in der alten Bundesrepublik scheint vorbei zu sein. Und britische Forscher zeigen an internationalen Gesellschaftsvergleichen, dass zunehmende Einkommensungleichheit eine Gesellschaft zersetzt, also instabil macht. Im internationalen Vergleich liegt Deutschland sozusagen im Mittelfeld, das heißt aber auch, dass man aufpassen muss – wenn die regierende Politik das will.

Welche Rolle spielt soziale Mobilität und damit verbundene Aufstiegshoffnungen?

Der Begriff bekommt zunehmend eine Bedrohungsdimension. Der Flexibilitätsdruck, dem Menschen ausgesetzt sind, wird als belastend empfunden, weil ihre sozialen Beziehungen dadurch gelockert werden. Es wird immer schwerer, sie stabil zu halten. Wir konnten in der Studie zeigen, dass dieser Flexibilitätsdruck – zusammen mit anderen Komponenten – für erhebliche Unruhe sorgt.

Fremdenfeindlichkeit galt in der Forschung lange Zeit eher als „Unterschichtenphänomen“. Man glaubte, dass Bildung eine Ressource ist, die Vorurteile aushebelt. Spielt Bildung mittlerweile keine Rolle mehr?

Doch, der Bildungsgrad ist nach wie vor relevant. Bildung ist über die ganzen Jahre, in denen wir das Projekt verfolgten, ein stabiler Puffer gewesen. Allerdings zeigte sich auch, dass das heute nicht mehr für alle Vorurteilstypen zutrifft. Die Islamfeindlichkeit etwa ist mittlerweile auch in so genannten gebildeten Kreisen anzutreffen.

Sie sprechen im Zusammenhang mit der Ökonomisierung der Gesellschaft auch von „autoritärem Kapitalismus“. Was meinen Sie damit? Ich spreche vom autoritären Kapitalismus, weil es in den vergangenen Jahrzehnten einen Kontrollgewinn des Kapitals gegeben hat und einen Kontrollverlust des Nationalstaats und insofern der nationalstaatlichen Politik. Das bedeutet, dass der Kapitalismus quasi ungehindert seine eigenen Maxime durchsetzen kann, ohne auf die nationalstaatliche Politik Rücksicht nehmen zu müssen. Gleichzeitig steht die nationalstaatliche Politik aber vor Legitimationsproblemen, weil sie im Grunde die Kontrolle über bestimmte politische Entscheidungen, die sie fällen muss, verloren hat. Die Unternehmen können zum Beispiel Fabriken verlagern, ohne sich politisch rechtfertigen zu müssen. Früher herrschte Konkurrenz zwischen dem Kapital um die besten Marktchancen, heute gibt es Konkurrenz zwischen Nationalstaaten, um die Fabriken vor Ort zu behalten.

Welche gesellschaftspolitischen Konsequenzen sind zu erwarten? Das ist schwer vorherzusagen. Zumindest lässt sich feststellen, dass selbst Teile der Eliten befürchten, dass ihnen der Laden um die Ohren fliegt. Es gibt ja durchaus Anzeichen, dass der Neoliberalismus in diesen Kreisen so langsam in Verruf gerät – einerseits. Andererseits ist dieses neoliberale Denken tief in die Gedankenwelt großer Teile der Bevölkerung eingesickert. Der Mensch wird wie selbstverständlich als „unternehmerisches Selbst“ verstanden. Auf eine kurze Formel gebracht bedeutet das: Sieh zu, dass du klar kommst. Jeder sorgt für sich selbst, nach dem Modell einer unternehmerischen Rationalität. Und wenn du nicht klar kommst, dann können wir dir auch nicht helfen.

Trägt in diesem Sinne die Wirtschaft mit beispielsweise einer Ausweitung der Leiharbeit dazu bei, dass vermeintlich leistungsschwache Gruppen verstärkt durch Besserverdienende abgewertet werden? Das ist genau die Konsequenz.

Sehen Sie in dem beschriebenen Rückzug der Politik einen Beitrag zu gesellschaftlichen Abwertungsprozessen? Zahlreiche politische Entscheidungen sind sicher „hausgemacht“, andere sind aber auch rabiate Effekte des weltweiten Wettbewerbs. Es gibt keinen Automatismus, deshalb muss man sich intensiver um die Kenntnisse über Mechanismen bemühen, um überhaupt eingreifen zu können.

Ihre Forschungsergebnisse erhalten vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte um einen Terrorismus von rechts eine besondere Brisanz. Welche Rolle spielt das Gedankengut gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Teilen der Gesellschaft für die Legitimation rechtsorientierter Gewalt einzelner? Ich halte es für äußerst blauäugig, dass in der derzeitigen Debatte der Rechtsterrorismus, zumindest von Teilen der etablierten Politik, von seinem gesellschaftlichen Umfeld abge-

trennt wird. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit stellt den ideologisch-weltanschaulichen Vorrat bereit, aus dem Rechtsextreme ihre Legitimation ziehen können. Der Versuch zu suggerieren, es gäbe eine intakte Gesellschaft und jenseits davon rechtsextreme Straftäter und Terroristen, funktioniert nicht. Das ist nichts anderes als eine gesellschaftliche Entlastungsstrategie und insofern eine politische Selbsttäuschung.

Lässt sich zeigen, wie der Übergang von ideologischer Gewaltzustimmung zu handfester Gewaltbereitschaft funktioniert? Auch da gibt es keinen Automatismus. Das ist von vielen Dingen abhängig. Mir ist bislang nicht klar, wie es möglich ist, dass sich so eine rechtsterroristische Zelle mitten in der Gesellschaft entwickelte. Deshalb habe ich mich bislang in dieser Debatte auch zurückgehalten.

Aber es gibt doch zumindest Erfahrungen mit linken Terrorgruppen. Es gibt wissenschaftliche Annahmen darüber, wie terroristische Netzwerke zustande kommen. Man muss vorher immer genauer hinsehen, ob das, was man über Linksterrorismus weiß, so einfach auf den Rechtsterrorismus übertragen werden kann. Ich glaube, das wäre etwas riskant. Es ist zum Beispiel fraglich, ob Radikalisierungsprozesse beim Rechtsterrorismus auf die gleiche Art und Weise funktionieren, wie wir sie vom Linksterrorismus kennen. Aus dem so genannten Deutschen Herbst wissen wir zumindest, dass sich das Blickfeld der Protagonisten immer mehr einengte und die Außenwahrnehmung immer simpler wurde. Die Welt konnte dann noch so kompliziert sein, sie wurde mittels einer eindeutigen widerspruchsfreien Interpretation immer einfacher gemacht. Das liefert die Legitimation dafür, dass alles, was in diesen schmalen Rahmen nicht passte, gnadenlos bekämpft werden musste.

Gibt es Anzeichen, dass in Milieus, in denen menschenfeindliche Einstellungen präsent sind, terroristische Taten, wie die der Jenaer Gruppe auf Zustimmung stoßen? Dazu haben wir keine Forschungsergebnisse. Das lässt sich auch kaum messen, weil Sie zustimmende Aussagen auch in anonymen Umfragen kaum repräsentativ bekommen. Denn damit geraten die Befragten ja in die Nähe des Straftatbestandes der Volksverhetzung. Soweit es möglicherweise klammheimliche Zustimmung gibt, fällt das durch das Raster des Fragenkatalogs.

Sie haben gesagt, dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit einen ideologisch-weltanschaulichen Vorrat bereitstellt, aus dem Rechtsextreme ihre Legitimation ziehen können. Welche Verantwortung sehen Sie vor diesem Hintergrund bei Politik, Medien und Wirtschaft, der Abwertung schwacher Gruppen insbesondere auch durch Besserverdienende entgegen zu treten? Das ist eine so weitreichende Frage, dass man Bücher schreiben müsste. Aber die jetzt grassierende Politik-Hektik mit Dateien und Infozentren treibt fast in die Verzweiflung, wenn man wie wir in Bielefeld seit 30 Jahren kontinuierlich an dieser Problematik arbeitet.

Das Gespräch fand am 12.12.2011 in Berlin statt.



Abwertung, die aus der
Mitte kommt. Prekarität als
fatales Wettbewerbsystem



Klaus Dörre

Eine Frage der Klasse? Deutschlands Mitte zwischen Abstiegsangst und dem Tritt nach unten

„Wächst das Heer der Arbeitsverweigerer ausgerechnet mitten im Aufschwung?“, fragte ein Kommentar¹ angesichts zunehmender Sanktionen gegen Langzeitarbeitslose.² Prompt folgte die Antwort: „Offensichtlich hält keineswegs nur eine kleine Minderheit die ‚soziale Hängematte‘ für hinreichend bequem, da sie für reguläre Arbeit wegen der geringen beruflichen Qualifikation oft nicht wesentlich mehr verdienen könnte“.³ Ein solcher Generalverdacht, der Langzeitarbeitslosen eine Neigung zur Arbeitsverweigerung unterstellt, gehört zum Standardrepertoire einer Unterschichtendebatte,⁴ wie sie in Deutschland zeitgleich mit den Arbeitsmarktreformen der Regierung Schröder aufgekomen ist.⁵ Das Bild einer aufstiegsunwilligen Unterschicht, die es sich – durch gescheiterte Integration von Migrantinnen und Migranten, Erosion der traditionellen Familienordnung und Zielgruppen-TV begünstigt⁶ – in der Hängematte des Wohlfahrtsstaates bequem macht, wird seither in immer neuen öffentlichen Inszenierungen reaktualisiert.⁷ Überraschend ist, dass die Lage *nach* Hartz IV in den öffentlichen Kommentierungen fast die gleiche zu sein scheint wie vor Hartz IV. Trotz strenger Zumutbarkeitsregeln und niedriger Eckregelsätze wird überbordender Wohlstand weiterhin zur Ursache von Langzeitarbeitslosigkeit erklärt. Haben wir es also doch mit einer verfestigten Unterschichtenmentalität zu tun, die nicht einmal mit besseren Erwerbchancen und aktivierender Arbeitsmarktpolitik aufzubrechen ist?

Tatsächlich bilden sich in den unteren Segmenten der Gesellschaft subjektive Orientierungen heraus, die auf ein Überleben in schwierigen Verhältnissen zielen. Wie wir zeigen werden, kann von einer Unterschichtenmentalität, die sich „zunehmend auch kulturell gegen Aufstiegschancen und Aufstiegswillen“ abschottet,⁸ jedoch keine Rede sein. Stattdessen drängt sich eine machtsociologische Erklärung auf. Im neuen Arbeitsmarktregime, so unsere These,⁹ entscheidet sich in immer neuen Wettbewerbssituationen, wer Zugang zur guten Gesellschaft anerkannter Bürger/innen findet und wer nicht. Da die Definitionsmacht über die Bewährungsproben asymmetrisch verteilt ist, sehen die Prekarisierten und Arbeitslosen kaum Möglichkeiten, ihre Lage kollektiv zu verbessern. Sie wännen sich in einer stigmatisierten Minderheitenposition, die durch die

1 Sven Astheimer, „Kein Kavaliersdelikt“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 20.4.2011, S. 9.

2 2010 wurden insgesamt 829.000 Strafen und damit 14 Prozent mehr als im Vorjahr gegen Bezieher/innen von Hartz IV verhängt („Viele Strafen für Hartz-Empfänger“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 20.4.2011, S. 11.). Zumeist handelte es sich um Versäumnisse bei der Meldepflicht und ähnliche Delikte.

3 Werner Hamm, „Aktivierende Sozialpolitik“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 26.4.2011, S. 11.

4 Karl-August Chassé, „Die deutsche Unterschichtdebatte und die Soziale Arbeit“, in: Peter Hammerschmidt, Juliane Sagebiel (Hg.), *Die soziale Frage zu Beginn des 21. Jahrhunderts*, AG SPAK Bücher, Frankfurt am Main 2011, S. 153-170.

5 Kurt Beck, Interview in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 8.10.2006.

6 Paul Nolte, *Riskante Moderne. Die Deutschen und der Neue Kapitalismus*, C.H. Beck, München 2006, S. 96-98.

7 Thilo Sarrazin, *Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen*, Dt. Verl.-Anst., 10. Aufl. München 2010; kritisch: Karin Scherschel, „Asylsuchende und Geduldete. Staatlich regulierte Integrationsverweigerung in Deutschland“, in: *Widerspruch* 59 (2010), Zürich, S. 73-86.

8 Paul Nolte, *Riskante Moderne. Die deutschen und der Neue Kapitalismus*, C.H. Beck, München 2006, S. 98.

9 Wo im Plural formuliert wird, trägt das den gemeinsamen Anstrengungen der Jenaer Arbeitsgruppe Rechnung.

aktivierende Arbeitsmarktpolitik verstärkt, ja teilweise geradezu zementiert wird. Das ist der Grund, weshalb äußerst heterogene soziale Gruppen öffentlich-politisch als neue Unterschicht konstruiert und damit zugleich abgewertet werden können.¹⁰ Zur Begründung unserer Sichtweise stellen wir zunächst (1) das analytische Konzept der Bewährungsproben vor, das sodann (2) für die Analyse des aktivierenden Arbeitsmarktregimes genutzt wird. Anschließend (3) skizzieren wir strukturbildende Effekte dieses Regimes und kehren im Resümee (4) zu den Abwertungsmechanismen der Unterschichtendebatte zurück.

1.1 Abwertung und gesellschaftliche Bewährungsproben

Unterschichten sind wahrlich kein neues Phänomen. Ein gesellschaftliches „Oben“ impliziert, dass immer auch ein „Unten“ existiert. Entscheidend ist, wie dieses „Unten“ öffentlich und wissenschaftlich konstruiert wird. Jahrzehntlang vom Diskurs über die Individualisierung sozialer Ungleichheiten¹¹ beherrscht, fehlt es in Deutschland mittlerweile an analytischen Konzepten, die geeignet wären, die „groben“ Unterschiede zwischen gesellschaftlichen Großgruppen angemessen auf den Begriff zu bringen.¹² Bei aller Heterogenität der Deutungen unterscheiden sich die Redeweisen von der Unterschicht doch in mindestens einem Punkt von klassenanalytischen Kategorien wie der des Proletariats. Soziale Gruppen, die sich durch ökonomisch-soziale Unterversorgung

10 Die Ausführungen gründen sich auf empirische Daten aus qualitativen Erhebungen. In drei Wellen (2006/07; 2009/10; 2011/12) wurden Leistungsbezieher/innen des ALG II (n1 = 99, n2 = 70, n3 = 30) sowie Expert/innen aus Arbeitsverwaltungen, von Maßnahmeträgern, Selbsthilfegruppen und Verbänden (n1 = 53, n3 = 30) befragt. Um die Perspektive der Mehrheitsgesellschaft zu integrieren, werden zusätzlich Datensätze herangezogen, die aus standardisierten oder qualitativen Befragungen von teils flexibel, teils prekär Beschäftigten aus den Jahren 2008 bis 2011 hervorgegangen sind. Genutzt wurden die Studien „Funktionswandel von Leiharbeit“ (12 betriebliche Fallstudien, 72 Interviews mit Stammbeschäftigten, Leiharbeiter/innen, Vorgesetzten und Interessensvertreter/innen: Hajo Holst, Oliver Nachtwey, Klaus Dörre, *Funktionswandel von Leiharbeit. Neue Nutzungsstrategien und ihre arbeits- und mitbestimmungspolitischen Folgen*, eine Studie im Auftrag der Otto Brenner Stiftung, Frankfurt am Main, August 2009); „Flexibilität und Stabilität im Wertschöpfungssystem Automobil“ (standardisierte Befragung von Beschäftigten eines Automobilwerks, n=1442, sowie eine qualitative Befragung betrieblicher Experten/innen, n = 55: Hajo Holst, Ingo Matuschek, „Sicher durch die Krise? Leiharbeit, Krise und Interessenvertretung“, in: Thomas Haijeter, Klaus Dörre (Hg.), *Gewerkschaftliche Modernisierung*, VS-Verlag, Wiesbaden 2011, S. 167-193; Klaus Dörre, Hajo Holst, Ingo Matuschek, „Der Shareholder Value ist tot, es lebe die Maximalrendite! Von Management-Mimikry zu arbeitspolitischen Alternativen“, in: Lothar Schröder, Hans-Jürgen Urban (Hg.), *Gute Arbeit. Folgen der Krise, Arbeitsintensivierung und Restrukturierung*, Bund Verlag, Frankfurt am Main 2011, S. 80-98), sowie eine Untersuchung in fünf Betrieben der ostdeutschen optoelektronischen Industrie (Belegschaftsbefragung n = 459; qualitative Management- und Betriebsrätestudie, n = 14: Michael Behr unter Mitarbeit von Margrit Elsner, Harriet Kirschner und Anja Hänel, *Arbeitsbewusstsein und Interessenorientierung bei Scholtz AG*, Jena, 1.11.2010; Klaus Dörre, Michael Behr, Dennis Eversberg, Karen Schierhorn, „Krise ohne Krisenbewusstsein? Zur subjektiven Dimension kapitalistischer Landnahmen“, in: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 41 (2009), S. 559-576).

11 Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Suhrkamp, Frankfurt am Main 1986.
12 Nicole Burzan, „Prekarität und verunsicherte Gesellschaftsmittelpunkte – Konsequenzen für die Ungleichheitstheorie“, in: Robert Castel, Klaus Dörre (Hg.), Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts, Campus, Frankfurt am Main und New York 2009, S. 307-318; Heinz Bude, „Klassengesellschaft ohne Klassenspannung“. Leben in einer fragmentierten Gesellschaft“, Gespräch in: Neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte 3 (2012), S. 18-23.

auszeichnen, befinden sich in der Nähe privater oder staatlicher Fürsorge. Unterschichten konstituieren sich somit wesentlich darüber, wie dieser Fürsorgestatus institutionalisiert wird. In der sozialen Nähe zur Fürsorge, oder präziser: zu Institutionen, die eine Mindestabsicherung als soziales Recht garantieren, ist immer schon angelegt, dass die betreffenden Gruppen kaum in der Lage sind, ein autonomes Leben ohne die Hilfe anderer zu führen. Daraus resultieren gesellschaftliche Deutungskämpfe, die sich regelmäßig an der Frage nach der Legitimität und dem Umfang von Sozialtransfers für bedürftige Gruppen entzünden.

Die in solchen Konflikten stets mitschwingende Sorge, Fürsorgeeinrichtungen könnten die Abhängigkeit und Passivität der Leistungsempfänger/innen verstärken, findet sich schon bei Klassikern der Armutsoziologie. Im Unterschied zu Marx, der den Pauperismus mit dem industriellen Krisenzyklus erklärt und die Herausbildung einer industriellen Reservearmee als funktionale Entsprechung zur Akkumulation des Kapitals begreift,¹³ haben liberale Armutsdiaagnosen immer schon andere Akzente gesetzt. So argumentiert Tocqueville, jede Maßnahme, „welche die gesetzliche Wohltätigkeit“ verstetige, erzeuge „damit eine untätige und faule Schicht, die auf Kosten der Gewerbe treibenden und arbeitenden Schichten“ lebe.¹⁴ Und Simmel hält es für eine Unzulänglichkeit der Fürsorge, dass sie ein „Zuviel“ gewähren könne, welches „den Armen zum Müßiggang erzieht“.¹⁵ Liberale Armutsanalysen wollen so auf eine immanente Widersprüchlichkeit von Institutionen aufmerksam machen, die Sozialbeziehungen an der Schwelle gesellschaftlicher Respektabilität regulieren. Gerade weil sie darauf gerichtet sind, das Los der unteren Schichten etwas erträglicher zu gestalten, ist diesen Institutionen die Möglichkeit eingeschrieben, die soziale Positionierung der Fürsorgebedürftigen zu verfestigen. Fürsorgeeinrichtungen ermöglichen das Überleben in Positionen, die sich gesellschaftlicher Missachtung ausgesetzt sehen. Damit zielen sie jedoch, so jedenfalls die liberale Behauptung, in gewisser Weise auf die Verstetigung dieses sozialen Status, nicht auf seine Überwindung.¹⁶

In den prosperierenden kapitalistischen, aber auch in den staatssozialistischen Nachkriegsgesellschaften schienen entsprechende Regelungen für Bevölkerungsmehrheiten wenig problematisch. Zur Realität in beiden deutschen Staaten gehörte, dass sie den Status der Fürsorgebedürftigkeit in unterschiedlicher Weise aus der Erfahrungswelt einer großen Majorität der Arbeiter/innen, Angestellten und ihrer Familien ausgelagert hatten. Im Westen war ein Kapitalismus „ohne (sichtbare, d. A.) industrielle

13 Karl Marx, Karl, „Das Kapital. Erster Band. Der Produktionsprozeß des Kapitals“, in: *Karl Marx und Friedrich Engels, MEW 23*, Dietz, Berlin 1973, S. 650-676.

14 Alexis de Tocqueville, „Denkschrift über den Pauperismus“, in: Alexis de Tocqueville, *Kleine politische Schriften*, Akademie-Verlag, Berlin 2006, S. 61-80, hier S. 72.

15 Georg Simmel, „Der Arme“, in: Georg Simmel, *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*. Gesamtausgabe Bd. 11. Suhrkamp, Frankfurt am Main 1992, S. 512-555, hier S. 541. Simmel sah darin allerdings primär einen Nachteil privater Fürsorge.

16 Serge Paugam, *Die elementaren Formen der Armut*, Hamburger Edition, Hamburg 2008.

Reservearmee“ entstanden.¹⁷ Arbeitslosigkeit und Armut verschwanden nicht, wurden aber zum Problem gesellschaftlicher „Randschichten“,¹⁸ zu denen auch die von Dahrendorf so genannten fünf Prozent der „sozial Verachteten“ am untersten Ende der sozialen Hierarchie zählten.¹⁹ Auf einem niedrigeren Wohlfahrtsniveau leistete die „arbeiterliche Gesellschaft“²⁰ der DDR ähnliches. Der Terminus „arbeiterliche Gesellschaft“ bezeichnet eine Klassenstruktur, die wesentlich durch die asymmetrische Verteilung von Organisationsmacht geprägt wurde.²¹ Konstitutiv war jedoch zusätzlich „die Aushebelung der formellen Rangordnung und ihre Ersetzung durch eine informelle, jedoch desto verbindlichere, die die Führungsgruppen in Staat und Wirtschaft und selbst die verschiedenen Fraktionen der Intelligenz offen oder insgeheim, beifällig oder furchtsam zu den Arbeitern aufschauen ließ“.²² Die passive Stärke der Arbeiterinnen und Arbeiter verschaffte sich aber auch in der Abwertung der Reproduktions- gegenüber der Produktionssphäre Geltung, und sie sorgte für eine Verstärkung von Ressentiments gegenüber jenen, die sich des Verdachts der Arbeitsverweigerung ausgesetzt sahen. Wem ein solches Fehlverhalten unterstellt wurde, der bekam in der „arbeiterlichen Gesellschaft“ rasch den fürsorglichen Druck des Arbeitskollektivs oder, weit schlimmer, die Bestimmungen des Asozialenparagraphen zu spüren.

Allen Parallelen zum Trotz unterschieden sich die sozialen Gruppen am unteren Ende der gesellschaftlichen Hierarchie schon wegen der differierenden Bedeutung von Migration und Frauenerwerbstätigkeit in Ost und West erheblich. In der Bundesrepublik bildeten Gruppen mit ökonomischer Unterversorgung (Arme, Langzeitarbeitslose, Obdachlose, Sozialhilfebezieher/innen) den harten Kern der sogenannten „Randschichten“. In der DDR, wo Arbeitslosigkeit sozialstrukturell ohne Bedeutung war, fehlten diese Gruppen weitgehend. Zwar gab es 1989 5.500 Sozialhilfebezieher/innen, auch ließ sich eine latente Obdachlosigkeit feststellen; für kinderreiche Familien existierte jedoch kein besonderes Risiko und Migrant/innen waren nur in geringem Umfang präsent. Das größte soziale Problem war eine Altersarmut, die ca. eine Million Menschen, darunter vor allem Frauen (88 Prozent) mit Mindestrente, betraf.²³ Seit der Wende haben sich die Zugangsmuster zu den „Randschichten“ infolge von Arbeitslosigkeit und

17 Burkhard Lutz, *Der kurze Traum immerwährender Prosperität*, Campus, Frankfurt am Main und New York 1984, S. 186). Angesichts unterdurchschnittlicher Frauenerwerbstätigkeit in der BRD gilt diese Aussage nur eingeschränkt.

18 Rainer Geißler, *Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung*, 4. überarbeitete und aktualisierte Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2006, S. 201.

19 Ralf Dahrendorf, *Society and Democracy in Germany*, Doubleday, New York 1967, S. 88.

20 Wolfgang Engler, *Die Ostdeutschen als Avantgarde*, Aufbau-Verlag, Berlin 2004, S. 72.

21 Eric Olin Wright, „Logics of Class Analysis“, in: Anette Lareau, Dalton Conly, (Hg.), *Social Class. How Does it work?*, Russel Sage Foundation, New York 2008, S. 329-349; Eric Olin Wright, „Wo liegt die Mitte der Mittelklasse?“, in: Heike Solga, Justin Powell, Peter A. Berger (Hg.), *Soziale Ungleichheit. Klassische Texte zur Sozialstrukturanalyse*. Campus, Frankfurt am Main und New York 2009.

22 Wolfgang Engler, *Die Ostdeutschen als Avantgarde*, Aufbau-Verlag, Berlin 2004, S. 76f.

23 Rainer Geißler, *Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung*, 4. überarbeitete und aktualisierte Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2006, S. 221-223.

dadurch bedingter relativer Armut in Ost und West teilweise angeglichen. Die quantitativen Angaben variieren mit Messgrößen und theoretischem Ansatz. Nach Michael Vester sind ca. elf Prozent der Bevölkerung Unterschichtenmilieus zuzurechnen.²⁴ Eine FES-Studie zählt acht Prozent, unter ihnen überdurchschnittlich viele männliche Facharbeiter und einfache Angestellte im berufsaktiven Alter, zum „abgehängten Prekariat“. Jedoch gehören nur 49 Prozent der Personen, die diesem Typus zugeordnet werden, der Unter- oder unteren Mittelschicht an.²⁵

Wettkampf, Kraftprobe, Wertigkeitsprüfung

Das begriffliche Changieren zwischen Randgruppe, Unterschicht oder Prekariat zeugt von erheblicher analytischer Unsicherheit. Konsens besteht nur insofern, als Langzeitarbeitslosigkeit und deren Regulation als Katalysatoren von sozialstrukturellen Veränderungen in den unteren Gesellschaftssegmenten gelten. Die kategoriale Unbestimmtheit ist jedoch auch dem Faktum geschuldet, dass sich die Dinge noch im Fluss befinden. Die Neugruppierung der unteren Schichten ist ein unabgeschlossener Prozess, dessen Dynamik sich gegenwärtig eher einer Mikroperspektive erschließt, weshalb der analytische Blickwinkel neu justiert werden muss. Gleich ob als Opfer sozialer Exklusion klassifiziert oder als Arbeitsverweigerer gebrandmarkt, stets gelten die Empfänger/innen von Arbeitslosengeld II (ALG II) entweder als Opfer oder als passive Außenseiter/innen. In solchen Sichtweisen gehen die eigensinnigen Aktivitäten von Erwerbslosen verloren, die durchaus eine strukturierende Kraft besitzen.

Nach Luc Boltanski lässt sich die Akzeptanz sozialer Ungleichheit durch eigensinniges Handeln von Akteur/innen in obligatorischen Bewährungsproben erklären.²⁶ Dem liegt die Vorstellung zugrunde, dass ausdifferenzierte – kapitalistische – Gesellschaften in verschiedensten Sektoren und Feldern Wettbewerbssysteme hervorbringen, die nach dem meritokratischen Prinzip funktionieren. Menschen müssen sich für Prüfungen qualifizieren, um Zugang zu bestimmten sozialen Positionen zu erhalten. Elementar für den Ansatz sind die Begriffe „Wettkampf“ (beziehungsweise Bewährungsprobe oder Auswahlprüfung), „Kraftprobe“ und „Wertigkeitsprüfung“. Eine Gesellschaft kann „durch die Natur der von ihr begründeten *Bewährungsproben* definiert werden“.²⁷ Gesellschaften konfrontieren Individuen (Mikroperspektive), aber auch Klassen von Individuen (Makroperspektive) immer wieder mit Situationen, in denen sie ihre Kräfte messen. Als bloße Kraftproben münden Bewährungsproben in eine Feststellung und gegebenenfalls in eine Fixierung von Kräfteverhältnissen. Moral spielt

24 Michael Vester, „Sozialstaat und Sozialstruktur im Umbruch“, in: Peter Hammerschmidt, Juliane Sagebiel (Hg.), *Die soziale Frage zu Beginn des 21. Jahrhunderts*, AG SPAK Bücher, Frankfurt am Main 2011, S. 55-76.

25 Gero Neugebauer, *Politische Milieus in Deutschland*, Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2007, S. 74.

26 Luc Boltanski, *Soziologie und Sozialkritik. Frankfurter Adorno-Vorlesungen*, Suhrkamp, Berlin 2010.

27 Luc Boltanski, Ève Chiapello, *Der neue Geist des Kapitalismus*, UVK, Konstanz 2003, S. 74.

dabei keine Rolle; es geht allein um den Einsatz von Machtressourcen, um ein Ringen ohne Werturteile, bei dem auch auf Ressourcen zurückgegriffen werden kann, die für das Prüfungsformat eigentlich unspezifisch sind. Anders verhält es sich in der Dimension sozialer Ordnungen, wo das Kräftemessen einem Rechtfertigungszwang unterliegt, Wertigkeitsprüfungen vorgenommen²⁸ und moralische Urteile gefällt werden. Hier wird über die Wertigkeit von Personen und Personengruppen im sozialen Gefüge geurteilt. Wertigkeitsprüfungen kommen daher niemals ohne Gerechtigkeitsvorstellungen aus.

Der Oberbegriff des Wettkampfs führt beide Konzepte zusammen. Jeder Übergang von der Kraftprobe zur *legitimen* Bewährungsprobe beinhaltet soziale Identifizierungs- und Qualifizierungsbemühungen, in welchen die Akteur/innen ihre Ressourcen offenlegen und unterscheidbar machen. Denn um von einem Gerechtigkeitsstandpunkt aus überhaupt bewertbar zu sein, benötigen Wertigkeitsprüfungen ein eindeutig bestimmbares Format. Es muss sich um besondere Situationen mit Prüfungscharakter handeln – sei es nun ein Wettrennen, eine Lateinklausur oder auch die Qualifizierung für eine Maßnahme der Arbeitsverwaltung, eine geförderte Beschäftigung oder die Vermittlung in eine reguläre Erwerbstätigkeit. In *legitimen* Bewährungsproben kommen nur jene Ressourcen zur Anwendung, die dem Charakter der Auswahlprüfung entsprechen. Es obliegt den Institutionen, Bewährungsproben „eine Form zu geben, ihren Ablauf zu kontrollieren und dem illegitimen Einsatz externer Ressourcen vorzubeugen“, um Gerechtigkeit zu wahren. In Gesellschaften, in denen viele Bewährungsproben Rechtfertigungszwängen unterliegen, „wird die Stärke der Starken gemindert“.²⁹ Dennoch handelt es sich bei Kraftproben und legitimen Bewährungsproben, in denen Wertigkeitsprüfungen erfolgen, nicht um einander ausschließende Konzepte. Legitim wird eine Bewährungsprobe durch Institutionalisierung, das Festlegen von Regeln und Prüfungsformaten, die den Wettbewerb steuern. Dabei nehmen die Akteur/innen unweigerlich auf bereichsspezifische Konventionen von Gleichwertigkeit Bezug. Dennoch wird die Kraftprobe niemals vollständig durch eine legitime Bewährungsprobe ersetzt. Auch weitgehend institutionalisierte Wettkämpfe sind stets Veränderungen zugänglich und der Kritik ausgesetzt, daher ist die „Verfeinerungsarbeit endlos“ und die Praxis ist „innerhalb eines Kontinuums zwischen einer ‚reinen‘ Wertigkeitsprüfung und einer ‚reinen‘ Kraftprobe zu lokalisieren“,³⁰ im Wettkampf ist stets beides enthalten.

Wie kann diese abstrakte Überlegung für die Analyse eines Regimes strenger Zumutbarkeitsregeln am Arbeitsmarkt fruchtbar gemacht werden? Die Implementation dieses Regimes, so unsere Überlegung, lässt sich als Durchsetzung eines bereichsspezifischen Wettkampfsystems interpretieren. Dies geschieht mittels Umdefi-

29 Luc Boltanski, Ève Chiapello, *Der neue Geist des Kapitalismus*, UVK, Konstanz 2003, S. 73.

30 Luc Boltanski, Ève Chiapello, „Die Rolle der Kritik für die Dynamik des Kapitalismus: Sozialkritik versus Künstlerkritik“, in: Max Miller (Hg.), *Welten des Kapitalismus. Institutionelle Alternativen in der globalisierten Ökonomie*, Campus, Frankfurt am Main und New York 2005, S. 285–322, hier S. 313 f.

nition alter, teils aber auch als Quasi-Institutionalisierung neuer Auswahlprüfungen, die neben dem Zugang zu regulärer oder sozial geförderter Beschäftigung auch die Verfügung über Sozialeigentum, Qualifizierungschancen, Anerkennung und die Integration in soziale Netze regulieren. Im gesamten Prozess der Durchsetzung von Instrumenten und Verfahrensregeln einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik geht es im Grunde um die Etablierung von Prüfungsformaten, in denen sich entscheidet, ob eine Person weiterhin respektiertes Mitglied der Gesellschaft ist, oder ob sie sich dauerhaft mit einem Status arrangieren muss, der unterhalb einer „Schwelle der Sicherheit“³¹ und der Respektabilität angesiedelt ist.

Um diese Veränderungen aus einer Mikroperspektive zu betrachten, können wir Boltanskis Wettkampfkonzepkt zwar nicht in Gänze übernehmen, modifiziert aber doch sinnvoll anwenden. Denn erstens kann mit Hilfe dieses Ansatzes eine objektivistische Darstellung der Arbeitsmarktakteur/innen vermieden werden. Auf die Ausgestaltung des aktivierenden Arbeitsmarkregimes nehmen unterschiedlichste Individuen und Personengruppen Einfluss, und auch die Erwerbslosen sind weder passive Opfer noch dienstleistungshungrige „Kund/innen“ dieses Regimes. Ein erheblicher Teil der Prüfungen erfolgt informell. Leistungen, die Sachbearbeiter/innen oder Leistungsempfänger/innen in diesen Bewährungsproben erbringen müssen, sind Gegenstand von Definitionskämpfen und Aushandlungen zwischen unterschiedlichen Interessenskoalitionen, zwischen Prüfer/innen und Geprüften. *Zweitens* werden im Wettkampf die Fähigkeiten von Individuen mit dem Resultat bewertet, „dass sich die geprüften Personen in einer sozialen Rangfolge anordnen lassen“, die dann die Allokation sozialer Güter (Geld, Macht, Weisungsbefugnis) legitimiert.³² Da verschiedene Klassen von Auswahlprüfungen unterscheidbar sind, können solche Rangfolgen auch für die Sozialstrukturanalyse genutzt werden. Das aktivierende Arbeitsmarkregime umfasst eine besondere Klasse von Auswahlprüfungen, in denen über die Zugehörigkeit zur Gesellschaft respektierter Individuen befunden wird. Daher sind die Kraftproben und Wertigkeitsprüfungen dieses Regimes mit hoher Wahrscheinlichkeit auch sozialstrukturell relevant. Drittens schließlich weist das Konzept sowohl der Alltagskritik sozialer Akteur/innen als auch wissenschaftlicher Sozialkritik einen systematischen Platz zu. Beide Kritikvarianten können in unterschiedlicher Weise zu treibenden Kräften institutionellen Wandels werden. Ohne kritische Interventionen im Alltag, auf die sich wissenschaftliche Sozialkritik in einer reflektierten Weise beziehen kann, blieben die Institutionen, auch jene, die Arbeitsmärkte regulieren, starr und unbeweglich.³³

31 Pierre Bourdieu, *Zwei Gesichter der Arbeit. Interdependenzen von Zeit- und Wirtschaftsstrukturen am Beispiel einer Ethnologie der algerischen Übergangsgesellschaft*, UVK, Konstanz 2000, S. 92.

32 Luc Boltanski, Ève Chiapello, „Die Rolle der Kritik für die Dynamik des Kapitalismus: Sozialkritik versus Künstlerkritik“, in: Max Miller (Hg.), *Welten des Kapitalismus. Institutionelle Alternativen in der globalisierten Ökonomie*, Campus, Frankfurt am Main und New York 2005, S. 285–322, hier S. 309.

33 Luc Boltanski, *Soziologie und Sozialkritik. Frankfurter Adorno-Vorlesungen*, Suhrkamp, Berlin 2010, S. 13.

Erwerbslosigkeit als Bewährungsprobe

Was bedeutet es, Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarktpolitik als Wettkampfsystem zu interpretieren? Das aktivierende Arbeitsmarktregime entspricht dem hegemonialen Geist des zeitgenössischen Finanzmarktkapitalismus, dessen Wettbewerbsorientierung aus der Privatwirtschaft auf Bereiche übertragen wird, die eigentlich anderen Rationalitäten und Regeln folgen. Diesem hegemonialen Geist³⁴ folgend, erscheint Gesellschaft nur noch als Verallgemeinerung unternehmerischen Handelns möglich. Das allgegenwärtige Leitbild des kreativen Unternehmers geht jedoch eine merkwürdige ideologische Symbiose mit der nicht minder einflussreichen Kunstfigur einer Konsumentin oder eines Konsumenten ein, die beziehungsweise der auf den Märkten beständig die besten und preiswertesten Angebote nachfragt. Auch die Arbeitsmarktformen der Regierung Schröder haben sich offenbar an diesem Leitbild orientiert. Langzeitarbeitslose werden zu „Kund/innen“ der Arbeitsverwaltungen, die mittels spezieller Förderungen und strenger Zumutbarkeitsregeln ein eigenverantwortliches, quasiunternehmerisches Verhältnis zu ihrem Arbeitsvermögen entwickeln sollen.³⁵ Ökonomischer Leitgedanke ist hier, dass eine intensivere Konkurrenz zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen, aber auch unter den Arbeitslosen selbst, den „Reservationslohn“, also das „Einkommen“ von Erwerbslosen, senkt und so den Anreiz zur Arbeitsaufnahme erhöht. Dem liegt die Vorstellung zu Grunde, marktgerechtes Verhalten der Erwerbslosen könne Beschäftigung erzeugen.

Das Wettkampfsystem des Forderns und Förderns

Die Institutionalisierung dieses Leitbildes in den Gesetzwerken „Hartz I“ bis „Hartz IV“ begründet ein Wettbewerbssystem, das den Arbeitsmarkt und die Arbeitsmarktpolitik auf neue Weise strukturiert. Die Umsetzung und Praxis der Reformen wird zum Gegenstand eines Kräftermessens zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteur/innen. Dieses Ringen ist in ein feldspezifisches Rechtfertigungsregime eingebettet, das den Grundsatz „Gerecht ist, was Arbeit schafft“ als Basisregel anerkennt. Dementsprechend sind alle Maßnahmen und Anreize legitim, die Erwerbslose zur aktiven Verbesserung ihrer Beschäftigungsfähigkeit motivieren. Ohne jede Garantie, einen einmal erreichten sozialen Status dauerhaft halten zu können, müssen sich die Erwerbslosen durch Eigenaktivitäten für Fördermaßnahmen und „Kund/innen“ qualifizieren, vor allem aber

34 „Der kapitalistische Geist verkörpert eine Gesamtheit von Glaubenssätzen, die mit der kapitalistischen Ordnung verbunden sind und zur Rechtfertigung dieser Ordnung, zur Legitimation und mithin zur Förderung der damit zusammenhängenden Handlungsweisen und Dispositionen beitragen“ (Luc Boltanski, Ève Chiapello, *Der neue Geist des Kapitalismus*, UVK, Konstanz 2003, S. 46).

35 Peter Bescherer, Silke Röbenack, Karen Schierhorn, (2009) „Eigensinnige ‚Kunden‘ – Wie Hartz IV wirkt ... und wie nicht“, in: Robert Castel und Klaus Dörre (Hg.), *Prekariät, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*, Campus, Frankfurt am Main und New York 2009, S. 145-156.

den Bezug von Transferleistungen rechtfertigen. Auf diese Weise konstituieren die Arbeitsmarktakteur/innen ein Wettkampfsystem. Arbeitslosigkeit wird nicht nur für erwerbslose und beschäftigte Leistungsbezieher/innen, sondern auch für die zuständigen Sachbearbeiter/innen der Arbeitsverwaltung zur permanenten Bewährungsprobe, die sowohl machtgestütztes Kräftermessen als auch Wertigkeitsprüfungen umfasst.

Die Prüfungsformate der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik werden hauptsächlich von staatlich legitimierten Akteur/innen festgelegt. Neben dem Gesetzgeber lassen sich drei Entscheidungsebenen identifizieren, die an der Definition und Durchsetzung der Auswahlprüfungen beteiligt sind. Dazu gehört zunächst die *Ebene der regionalen Arbeitsmarktpolitik*. Hier beteiligen sich Repräsentant/innen von Arbeitsverwaltungen, lokale Politik und Interessenorganisationen an der Festlegung von Prüfungsformaten. Diese Akteur/innen nehmen Einfluss auf Integrationsmaßnahmen oder die Praxis von Sanktionen und Zwangsumzügen. Mit solchen Maßnahmen markieren sie regionale Handlungskorridore, innerhalb derer die Strategien von Prüfer/innen und zu Prüfenden aufeinander treffen. Auf der Ebene entscheidungsfähiger *Spitzen der regionalen Arbeitsverwaltungen* werden die Prüfungsformate mittels Vorgaben und Verfahrensregeln konkretisiert und in eine rechtsbeständige Form überführt. Entscheidend für die Praxis aktivierender Arbeitsmarktpolitik ist indessen die *Sachbearbeiterebene*, auf der die Auswahlprüfungen durchgeführt werden. Hier sind Langzeitarbeitslose als „Kund/innen“ zu klassifizieren, muss ein Profiling betrieben werden, sollen Leistungsansprüche geprüft, Fördermaßnahmen oder Arbeitsgelegenheiten zugeteilt und gegebenenfalls Sanktionen verhängt werden.

Vermittler/innen und Fallmanager/innen verfügen über eine gewisse Definitionsmacht, weil sie Handlungsspielräume unterschiedlich ausschöpfen und Zumutbarkeitsregeln mehr oder minder streng auslegen können. Dabei geraten sie häufig in einen Zwiespalt zwischen legalen Vorgaben und deren fallbezogener Praktikabilität. In ihrem Selbstverständnis sind viele „Prüfer/innen“ Arbeitsvermittler/in und Sozialarbeiter/in in einer Person. Selbst im Zwiespalt, versuchen die Fallbearbeiter/innen, ihre „Kund/innen“ auf ein wechselseitiges Geben und Nehmen zu verpflichten. Zugleich fordern sie die Eigenverantwortung der Leistungsbezieher/innen im Sinne einer Gerechtigkeitsnorm aktiv ein. Dementsprechend fühlen sich die Fallbearbeiter/innen geradezu persönlich angegriffen, wenn Vereinbarungen seitens der „Kund/innen“ nicht eingehalten werden. Das schlägt sich in einem ständigen, wenngleich asymmetrischen Kräftermessen zwischen Fallbearbeiter/innen und Erwerbslosen nieder, das eine soziale Hierarchie produziert. Getrieben von dem Ziel, ihre Leistungsvereinbarungen in der Verwaltung zu erfüllen, machen die Fallmanager/innen die Motivation, den „guten Willen“ der Leistungsbezieher/innen zum Selektionskriterium für die Ressourcenverteilung und ihre eigenen Bemühungen. Die „Kund/innen“ werden klassifiziert und Eingliederungsbemühungen bevorzugt an „Kund/innen“ mit vergleichsweise geringen „Vermittlungshemmnissen“ adressiert.

☞☞☞ Prüfungsformate: Eigenverantwortung versus kollektive Abwertung

Während ihres Ringens mit den Leistungsbezieher/innen machen die Mitarbeiter/innen der Arbeitsverwaltung Erfahrungen mit sperrigen Ansichten und eigensinnigen Verhaltensweisen ihrer „Kund/innen“. Die befragten Transferbezieher/innen empfinden die Auswahlprüfungen und ihre Formate überwiegend als bürokratische Disziplinierung. Das Erleben von Fremdbestimmung speist sich aus einer engmaschigen bürokratischen Kontrolle ihres Alltags. Strenge Zumutbarkeitsregeln beschränken sich keineswegs auf Sanktionen, von denen trotz deutlicher Zunahme nur eine kleine Minderheit der Arbeitslosen unmittelbar betroffen ist. Die Strenge des Regimes gründet sich auf materielle Knappheit (Regelleistungen unter der Schwelle relativer Armut) und eine teilweise rigide Überwachung von Eigenaktivitäten (Bewerbungen, Maßnahmen, Bereitschaft zu sozial geförderter Beschäftigung). Sie resultiert aus Regeln und Eingriffen, die die Lebensformen der Anspruchsberechtigten betreffen – Aufwendungsgrenzen für die Wohnung oder die Überwachung von Besitz und Zuwendungen (z. B. Höchstgrenzen für geldwerte Geburtstagsgeschenke). Und sie ist nicht zuletzt das Ergebnis ständig wiederkehrender Missachtungserfahrungen in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit. „Als Hartz bis du nichts,“ lautet ein bezeichnender Satz, der uns so oder ähnlich in vielen Interviews mit Erwerbslosen und prekär Beschäftigten begegnet ist. Ganz gleich wie die Wertigkeitsprüfungen im Einzelfall verlaufen, wer das mit „Hartz IV“ verknüpfte Format absolvieren muss, bekommt in der Selbstwahrnehmung einen Status in der Nähe der Fürsorge und damit unterhalb einer Schwelle gesellschaftlicher Respektabilität zugewiesen.

Dies vor Augen, lässt sich eine erste, für die Unterschichtendebatte bedeutsame Erkenntnis formulieren. „Hartz IV“ ist alles andere als ein sanftes Ruhekitzel für notorische „Sozialschmarotzer“. Stattdessen macht sich eine eigentümliche Widersprüchlichkeit bemerkbar. Einerseits zielt strenge Zumutbarkeit, wie sie in spezifischen Auswahlprüfungen praktiziert wird, darauf, die Eigenverantwortung der Leistungsbezieher/innen zu stärken. Andererseits sehen sich die Erwerbslosen und Prekarierten einer bürokratischen Kontrolle ihres gesamten Lebenszusammenhangs unterworfen. Rigide Kontrollpraktiken wiederum werden durch Zuschreibung eines Fürsorgestatus legitimiert, der die Arbeitslosen mit einem Stigma belegt und so selbst den kleinsten Aufstieg in der sozialen Hierarchie zusätzlich erschwert. Die Stigmatisierung trifft Leistungsbezieher/innen, welche in unserem Sample in ihrer großen Mehrheit wenig mit dem Klischee gering qualifizierter und daher schwer vermittelbarer Außenseiter gemein haben. Unter den erstbefragten Leistungsbezieher/innen finden sich Erwerbslose, Selbstständige, niedrig entlohnte Aufstocker/innen, Ein-Euro-Jobber/innen und einige wenige Absolventen einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme. Von den 99 Befragten, darunter zwei Drittel Frauen, haben immerhin 17 Prozent einen Hochschul- oder Fachhochschulabschluss, knapp die Hälfte verfügt über eine abgeschlossene Berufsausbildung. 19 Prozent der Befragten sind ohne Schulabschluss. Trotz durchaus vorhandener schulischer

und beruflicher Qualifikationen waren mehr als zwei Drittel der Befragten zum Zeitpunkt der ersten Erhebung (2006/07) länger als zwei Jahre arbeitslos.

Solche Daten beschreiben unser Sample, repräsentativ sind sie nicht. Ungeachtet dessen wird jedoch deutlich, dass eine überaus heterogene Gruppe Befragter, die auch nach sozialer Herkunft, Erwerbsbiografie, Lebensalter, Familienformen und sozialen Netzwerken erheblich differiert, ohne Unterschied einem Arbeitsmarktregime unterworfen wird, das die Bedürftigen in ihrer Selbstwahrnehmung auf dem Niveau der früheren Sozialhilfe „zwangshomogenisiert“. Gleich ob Beinahe-Rentnerin mit jahrzehntelanger Berufstätigkeit, arbeitslose Akademikerin, jugendlicher Punk mit Szeneverankerung oder ehemalige Sozialhilfebezieherin ohne jegliche Erwerbsarbeitserfahrung – „Hartz IV“ macht sie in gewisser Weise alle gleich. Was eigentlich als großer Fortschritt gedacht war, die formale Gleichstellung von Sozialhilfebezieher/innen und Arbeitslosen, erweist sich sozialpsychologisch wie sozialstrukturell als überaus problematisch.

Befragte, die aus der ehemaligen Sozialhilfe kommen, fühlen sich nicht als Gewinner/innen der Arbeitsmarktreflexen. Teilweise ist ihnen die Fähigkeit zu einer eigenständigen Lebensführung bereits abhanden gekommen, weshalb sie zum Beispiel die Verantwortung für ihre Finanzen an eine externe Instanz delegieren. Schon aus diesem Grund können sie die formale Gleichstellung mit Langzeitarbeitslosen nicht als persönliche Aufwertung betrachten. Arbeitslose wiederum, die lange erwerbstätig waren, sehen sich auf einen Fürsorgestatus zurückgeworfen. Vor allem Frauen in Ostdeutschland, deren Berufsbiografie bis in die Zeit der DDR zurückreicht, betrachten sich im Regime strenger Zumutbarkeit als Verliererinnen. Aus diesem Grund erzeugt die in Verfahren und Regelungen praktizierte soziale „Zwangshomogenisierung“ der Transferbezieher/innen eine Gerechtigkeitsproblematik, die von den Befragten allerdings nur selten offen und ungeschützt ausgesprochen wird. In der Konsequenz bleiben die Auswahlprüfungen des aktivierenden Arbeitsmarktregimes hinsichtlich der ihnen eigenen Gerechtigkeitsmaßstäbe *uneindeutig*. Ganz gleich wie die individuellen Prüfungen im Wettbewerbssystem der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik ausgehen, das Format selbst sorgt für eine kollektive Abwertung von Fürsorgebedürftigen, Erwerbslosen und Prekarierten, die sich im Leistungsbezug von ALG II befinden.

☞☞☞ Erwerbsorientierungen eigensinniger „Kund/innen“

Zur Legitimationsordnung des Wettkampfsystems aktivierender Arbeitsmarktpolitik gehört das Versprechen, die Erwerbsneigung der Leistungsempfänger/innen zu erhöhen. In den Auswahlprüfungen treffen Sachbearbeiter/innen und Fallmanager/innen allerdings auf Personen mit bereits relativ verfestigten Ansichten und Präferenzen. Was geschieht, wenn Sachbearbeiter/innen mit ihren besonderen Interessen und eigensinnige „Kund/innen“ mit einsozialisierten Erwerbsorientierungen in Auswahlprüfungen aufeinander treffen, können wir anhand einer Typologie subjektiver Erwerbsorientierungen von Leistungsbezieher/innen

nachvollziehen, die wir im Rahmen einer explorativen, longitudinal angelegten Studie gewonnen haben.

Subjektive Erwerbsorientierungen entstehen – in Abhängigkeit von sozialer Herkunft, Bildungsweg und beruflicher Sozialisation – in einem lebensgeschichtlichen Entwicklungsprozess. Sie umfassen die jeweilige Ausprägung eines „ökonomischen Habitus“,³⁶ einer kalkulierenden Denkweise,³⁷ also die Internalisierung eines kapitalistischen „Geistes“, der rationales Verhalten an Märkten, speziell am Arbeitsmarkt, überhaupt erst ermöglicht. Eine subjektive Erwerbsorientierung erschöpft sich aber nicht in dieser latenten, vornehmlich spontan und unbewusst wirkenden Sinnstruktur. Die habitualisierten Handlungs- und Denkschemata sind, soweit sie sich einer subjektiven Erwerbsorientierung zurechnen lassen, in sozialmoralische Wertungen und explizite Ansprüche an Erwerbsarbeit eingebettet, die sich in Interviews abfragen lassen. Die Verinnerlichung des gesellschaftlich hegemonialen Erwerbszwangs (von: „Arbeiten muss man!“ zu „Ich will arbeiten!“) bildet eine Norm aus, die zwischen latenter und expliziter Sinnstruktur vermittelt. Dementsprechend umfasst unsere Typologie subjektiver Erwerbsorientierungen drei Dimensionen des Arbeitsbewusstseins: das Tätigkeitskonzept, die normative Arbeitsorientierung sowie die individuellen Kompromissbildungen, die in Abhängigkeit von den antizipierten Chancen zwischen Norm und Tätigkeitskonzept vermitteln, sich zu einem dominanten Verarbeitungsmodus verdichten und so die Typen „schneiden“.³⁸

An dieser Stelle ist es nicht möglich, die so konstruierten Typen einschließlich der Subtypen zu porträtieren. Es geht hier allein um die Wechselbeziehungen zwischen relativ verfestigten Erwerbsorientierungen auf der einen und den Auswahlprüfungen des neuen Arbeitsmarktregimes auf der anderen Seite. Um es vorab zu sagen: Unsere Ergebnisse belegen alles andere als einen Verfall von Arbeitsmoral und bürgerlichen Tugenden. Die Leistungsbezieher/innen sind überwiegend von sich aus bestrebt, sich aktiv für die Auswahlprüfungen des Arbeitsmarktregimes zu qualifizieren. Reguläre Erwerbsarbeit gilt ihnen als Norm, die nicht in Frage gestellt werden darf. Dies ist jedoch keine Leistung des neuen Arbeitsmarktregimes und seiner Prüfungsformate. Vielmehr halten die Befragten häufig trotz mehrjähriger Erwerbslosigkeit an subjektiven Erwerbsorientierungen fest, die sie völlig unabhängig vom Wettkampfsystem des Forderns und Förderns ausgebildet haben. Ihr Hauptbestreben ist es, das mit „Hartz IV“ verknüpfte Prüfungsformat zu verlassen und eine Position oberhalb der Respektabilitätsschwelle zu erreichen. Den Auswahlprüfungen des neuen

36 Pierre Bourdieu, *Zwei Gesichter der Arbeit. Interdependenzen von Zeit- und Wirtschaftsstrukturen am Beispiel einer Ethnologie der algerischen Übergangsgesellschaft*, UVK, Konstanz 2000, S. 7.

37 Werner Sombart, *Der moderne Kapitalismus. Band 1. Die Genesis des Kapitalismus*, Duncker&Humblodt, Leipzig 1928.

38 In diese Operationalisierung gehen sowohl Elemente von Bourdieus kritischer als auch von Boltanskis pragmatischer Soziologie ein. Entgegen dem Selbstverständnis ihrer Schöpfer halten wir beide Ansätze nicht für einander ausschließende.

Arbeitsmarktregimes müssen sie sich unterziehen, für sinnvoll und gerecht halten sie dies jedoch häufig nicht.

Um die Bewährungsproben einigermaßen bestehen zu können, kommen die Befragten nicht umhin, sich in der einen oder anderen Weise selbst zu disziplinieren. Eine Form der *Selbstdisziplinierung* ist die überschießende Aktivität. Leistungsbezieher/innen, die wir dem Typus der *Um-jeden-Preis-Arbeiter/innen* zurechnen, würden ungeachtet strenger Zumutbarkeitsregeln nahezu jede positionsverbessernde Erwerbstätigkeit akzeptieren, die ihnen ein Leben unterhalb einer Schwelle der Sicherheit und Respektabilität erspart. Maßnahmen der Arbeitsverwaltung betrachten diese Befragten häufig als überflüssig oder gar als Drangsalierung, weil das, wonach sie eigentlich streben – reguläre Erwerbsarbeit, die das eigene Leben oberhalb eines kulturellen Minimums dauerhaft absichert – häufig nicht im Angebot der Arbeitsagenturen ist. Die zweite Form der Selbstdisziplinierung läuft auf ein Arrangement mit widrigen Umständen hinaus. Leistungsbezieher/innen, die dem Typus der „Als-ob-Arbeitenden“ entsprechen, wollen liebend gerne einer regulären Erwerbstätigkeit nachgehen, müssen sich aber mehr und mehr mit Arbeitersatz abfinden. Sozial geförderte Tätigkeiten wie Ein-Euro-Jobs empfinden sie nicht als Bestrafung. Vielmehr erlauben es die Arbeitsgelegenheiten zeitweilig, Fassaden der Normalität aufrecht zu erhalten. Eigenaktivitäten, sei es das bürgerschaftliche Engagement oder der Ein-Euro-Job, werden subjektiv so umgedeutet, als handele es sich um eine reguläre Erwerbsarbeit. Die Spannungen zwischen Erwerbsarbeitsnorm und Tätigkeitskonzept lassen sich auf diese Weise mildern, aber niemals völlig überwinden. Dementsprechend ambivalent ist die Haltung gegenüber den offiziellen Auswahlprüfungen. Zwar werden die Prüfungsformate weitgehend akzeptiert, weil „reguläre Erwerbsarbeit“ als normative Orientierung allenfalls relativiert, subjektiv jedoch nicht gänzlich außer Kraft gesetzt wird. Doch je länger die Arbeitslosigkeit, die Erfahrung mit prekären Jobs und „Arbeitersatz“ andauert, desto eher macht sich ein Bewusstsein eigener Chancenlosigkeit bemerkbar, das sowohl die Tätigkeitskonzepte als auch die normativen Arbeitsorientierungen unter Veränderungsdruck setzt.

Nur jene Befragten, die wir dem Typus der *Nichtarbeitenden* zurechnen, haben mit der hegemonialen Erwerbsarbeitsnorm gebrochen oder sie, auf Zeit, subjektiv außer Kraft gesetzt. Dafür gibt es unterschiedliche Gründe. Befragte Frauen, die über viele Jahre im Sozialhilfebezug und niemals erwerbstätig waren, konnten eine Erwerbsorientierung gar nicht ausbilden. Für sie waren Kinder und Familie häufig die letzte und meist auch die einzige Chance, Anschluss an gesellschaftliche „Normalität“ zu gewinnen. Die teilweise zerrütteten Familienstrukturen zeugen jedoch davon, dass auch dieses Normalitätsrefugium eher fiktiv bleibt. Ebenfalls (auf Zeit) blockiert ist die Ausbildung einer Erwerbsorientierung bei Jugendlichen, die in subkulturelle Szenen eintauchen und aus der Not antizipierter Chancenlosigkeit eine Tugend machen, indem sie sich als bewusste Arbeitsverweigerer präsentieren. Wiederum anders gelagert sind Fälle, bei denen Krankheiten oder der Verschleiß in prekären Beschäftigungsverhältnissen die subjektive

Erwerbsorientierung allmählich zerstört hat. Auch gibt es besonders im Osten einige wenige „politische Erwerbslose“, die ihre soziale Identität auf den Arbeitslosenstatus gründen, um so die Kränkungen zu verarbeiten, die mit gebrochenen Berufskarrieren einhergehen. Schließlich finden sich gerade in ländlichen Regionen auch Leistungsbezieher/innen, die Transferleistungen mit informeller Arbeit kombinieren und so gut über die Runden kommen. Solche Leistungsbezieher/innen müssen, werden ihre Aktivitäten entdeckt, mit Sanktionen rechnen. Auch deshalb deutet wenig darauf hin, dass sie es sich in der „Hartz-IV-Hängematte“ bequem machen können. Nicht ihr Reservationslohn ist zu hoch, vielmehr sind in den jeweils erreichbaren Arbeitsmarktsegmenten die antizipierten Löhne so gering, die Arbeitsbedingungen in einer Weise belastend und die Beschäftigungsverhältnisse derart unsicher, dass sie keinen wirklichen Anreiz zu Verhaltensänderungen darstellen. Sanktionen oder das Absenken von Regelsätzen werden daher an solchen Orientierungen wenig ändern.

Anders als in der Unterschichtendebatte unterstellt, lässt sich zumindest für eine große Mehrzahl unserer Befragten keine Abkehr von der Erwerbsarbeitsnorm feststellen. Eher ist das Gegenteil der Fall. Man hält überwiegend selbst dann so gut es geht an der Norm fest, wenn man bereits ahnt oder gar schon sicher weiß, dass die Chance für einen Sprung in eine sichere und halbwegs attraktive Erwerbstätigkeit eigentlich nicht mehr existiert. Solche Grundhaltungen haben wenig mit einem bildungsorientierten Aufstiegsstreben gemein, wie es sich bevorzugt bei Mittelschichtenangehörigen findet. Aber das ist wenig verwunderlich. Wie die meisten Menschen favorisieren die Befragten nachhaltige biografische Handlungsstrategien, „die darauf zielen, eine *gewohnte gesellschaftliche Stellung* und Lebensweise im umfassenden Sinne, moralisch wie materiell, zu erhalten“.³⁹ „Hartz IV“ bedeutet für den größten Teil der Befragten jedoch einen gesellschaftlichen Abstieg, mit dem sie sich nur schwer arrangieren können. Deshalb sind sie bestrebt – und das ist das eigentlich Überraschende –, nicht nur ihre reproduktiven, sondern auch ihre inhaltlichen, qualitativ-subjektbezogenen Ansprüche an Arbeit so lange wie möglich aufrecht zu erhalten. Die Befragten handeln keineswegs wie Vulgärmaterialisten/innen, die in Mangelsituationen materiellen Werte absolute Priorität einräumen. Selbst in einer Lebenssituation, die zum Teil durch extreme materielle Knappheit geprägt wird, streben viele Befragte von sich aus nach gesellschaftlicher Anerkennung, ja nach Möglichkeiten zu Selbstentfaltung und zu autonomer Lebensführung. Erst wenn diese Ansprüche über längere Zeiträume hinweg nicht (mehr) in der Erwerbssphäre einzulösen sind, werden sie auf Alternativtätigkeiten und Alternativrollen projiziert.

Dies, das Bestreben, aktiv auf die eigenen Lebensumstände einzuwirken, prägt die Tätigkeitskonzepte der Befragten. Im scharfen Kontrast zum Klischee der

39 Michael Vester, „Sozialstaat und Sozialstruktur im Umbruch“, in: Peter Hammerschmidt, Juliane Sagebiel (Hg.), *Die soziale Frage zu Beginn des 21. Jahrhunderts*, AG SPAK Bücher, Frankfurt am Main 2011, S. 55-76, hier S. 57.

40 Kai Marquardsen, *Aktivierung und soziale Netzwerke. Die Dynamik sozialer Beziehungen unter dem Druck der Erwerbslosigkeit*, VS-Verlag, Wiesbaden 2012, i. E.

passiven Arbeitslosen sind die Leistungsbezieher/innen zu einem erheblichen Teil ausgesprochen aktiv. Um ihre Situation zu verändern oder zumindest einigermaßen lebbar zu gestalten, müssen die Arbeitslosen häufig hart arbeiten. Die Hierarchisierung ihrer Tätigkeit wird allerdings in erheblichem Maße von außen bestimmt. Minijob und verordnetes Praktikum können sich zeitweilig schon zu einer 48-Stunden-Woche summieren. Hinzu gesellen sich Anforderungen aus dem Familienzusammenhang und der Kindererziehung. Trotz aller Anstrengungen kommt – das zeigen unsere Folgerhebungen – ein Großteil der Befragten beruflich nicht vom Fleck. Nur eine winzige Minderheit hat den Sprung in eine einigermaßen dauerhafte Beschäftigung geschafft. Die Mehrzahl befindet sich beruflich und sozial noch immer dort, wo wir sie während der ersten Befragung auch schon angetroffen hatten. Bei einem kleineren Teil der Leistungsbezieher/innen, unter ihnen vor allem Soloselbstständige, zeichnet sich trotz günstiger Konjunktur gar eine Abwärtsmobilität ab. Zudem zeigt sich: Lange Jahre in Arbeitslosigkeit und Prekarität bewirken, dass die Betroffenen regelrecht ausbrennen. Ohne eine realistische Chance auf grundlegende Besserung ihres Lebens, gehen die subjektiven Antriebskräfte für Aufstiegsbemühungen mehr und mehr verloren.

Bewährungsproben für die Lebensführung

Indem es eine reguläre Erwerbsarbeit – sei sie nun prekär oder sicher und anerkannt – zur einzig legitimen Zielstellung erklärt, erzeugt das Wettkampfsystem aktivierender Arbeitsmarktpolitik an der Schnittstelle von Erwerbsarbeit, sozial geförderter Beschäftigung und Erwerbslosigkeit eine soziale Hierarchie, die auf ihre Weise die Perspektive eines Minderheitenstatus fixiert. Am unteren Ende dieser Hierarchie sind in der Wahrnehmung der „Mehrheitsgesellschaft“ die „faulen Arbeitslosen“, „Sozialschmarotzer“ und „Illegalen“ angesiedelt, Konstruktionen, von denen sich nahezu alle Leistungsbezieher/innen vehement abzugrenzen versuchen. Oberhalb davon befinden sich in der sozialen Hierarchie je nach Situation und lebensweltlichem Kontext Ein-Euro-Jobber/innen, Beinahe-Rentner/innen, bürgerschaftlich Engagierte, Maßnahmeabsolventen/unnen oder prekäre Soloselbstständige. Trotz ihrer enormen sozialen Heterogenität zeichnen sich die Befragten durch eine gemeinsam geteilte Grunderfahrung aus. Sie alle fühlen sich von dem ausgeschlossen, was in der Gegenwartsgesellschaft noch immer Normalität garantiert. Es mangelt an einer dauerhaften Erwerbsarbeit, die ihnen ein akzeptables Einkommen, soziale Wertschätzung und vor allem eine halbwegs stabile Basis für eine in die Zukunft gerichtete Lebensplanung bieten könnte.

Freundschaftsbeziehungen und soziale Netze können die damit verbundenen Unsicherheitserfahrungen nicht oder nur teilweise kompensieren. Zwar lässt sich Robert Castels Arbeitshypothese, derzufolge zunehmende Beschäftigungsunsicherheit mit porösen sozialen Netzwerken korreliert, in dieser Pauschalität nicht bestätigen.⁴⁰ Doch einiges spricht dafür, dass ein erheblicher Teil der Leistungsbezieher/innen zu einer Homogenisierung ihrer sozialen Verkehrskreise tendiert. Mit anderen Worten: Die

Bewährungsproben des neuen Arbeitsmarktregimes beeinflussen in ihrer Wirkung selbst das Privatleben und die Sozialbeziehungen der Leistungsempfänger/innen. Den Anforderungen an flexible Arbeit im regulären Beschäftigungssystem vergleichbar, konstituieren die Auswahlprüfungen an der Schnittstelle von Erwerbsarbeit und Beschäftigungslosigkeit ein Regime diskontinuierlicher Zeit, das die Leistungsbezieher/innen in besonderer Weise fordert.

Auch Langzeitarbeitslose leiden, so paradox das klingen mag, häufig an Zeitmangel. Sie müssen jede sich bietende Chance nutzen, um ihre Lage zu verbessern. Zum Mini-Job im Reinigungsgewerbe gesellt sich bei einer jungen Langzeitarbeitslosen und Mutter von zwei Kindern mitunter das achtstündige Praktikum. Die Teilnahme an der Maßnahme wiederum ist Voraussetzung für den Bezug von Transferleistungen. Hinzu kommen Schnäppchenjagd und Altstoffsammlung in der freien Zeit, an der sich auch die Kinder beteiligen. Der Mann, als Niedriglohnbezieher ebenfalls im Reinigungsgewerbe tätig, ist bis zum späten Abend außer Haus. In dieser familialen Konstellation wird der Alltag zu einer Dauerprüfung, deren Bewältigung eine erschöpfte Familie produziert. Übermäßiger TV-Konsum auch für Kinder entspringt bei solchen Lebensbedingungen dem Bedürfnis, dem belastenden Alltag wenigstens zeitweilig eine Ruhephase abzurufen. Frei verfügbare Zeit wird in solchen Familienkonstellationen trotz, ja wegen der Erwerbslosigkeit zu einem knappen Gut. Die Befragten sehen sich mit einem permanenten Aktivitätszwang konfrontiert, an dem sich Teilhabechancen entscheiden.

Die damit verbundenen Ausleseprozesse funktionieren über Ausschluss und Selbstselektion in sozialen Netzwerken. Gerade in prosperierenden Städten wie Jena wännen sich Arbeitslose den Ressentiments der „Mehrheitsgesellschaft“ ausgeliefert. Noch wichtiger ist jedoch, dass den Befragten häufig Equipment und finanzielle Mittel fehlen, um sich an den Freizeitaktivitäten von Freund/innen und Bekannten überhaupt beteiligen zu können. Wer nur über den Regelsatz verfügt und sich des Verdachts ausgesetzt sieht, das wenige Geld für Tabak und Alkohol auszugeben, verkneift sich den gemeinsamen Kneipenbesuch mit alten Bekannten. Man beginnt, Alltagssituationen zu meiden, in denen der prekäre Status problematisiert werden könnte. Umgekehrt heißen nur solche sozialen Kontakte, Freundschaften und Beziehungen ein Minimum an sozialer Stabilität, in denen gemeinsam geteilte Erfahrungen zur Sprache kommen, ohne sogleich Stigmatisierungen auszulösen. Unbewusst verlagern der Freundeskreis oder die eigene Familie Prüfungssituationen ins Private. Zur Entscheidung steht die Zugangsberechtigung zum Kommunikations- und Lebenszusammenhang. Scham und die Angst, mit einer Welt konfrontiert zu werden, in der man selbst nicht (mehr) leben kann, bewirken, dass sich ein erheblicher Teil der Leistungsbezieher/innen nur noch unter Ihresgleichen bewegen. Das ohnehin existente Machtgefälle am Arbeitsmarkt wird auf diese Weise im Privaten geradezu verdoppelt. Dafür spricht auch, dass verbliebene Sozialkontakte von Leistungsbezieher/innen mit Zähnen und Klauen verteidigt werden. So scheiterte ein Pilotversuch, Jugendliche über Leiharbeit in den ersten Arbeitsmarkt

zu integrieren, an der Mobilitätserwartung der Leiharbeitsfirma. Als die Jugendlichen erfuhren, dass sie im gesamten Bundesgebiet eingesetzt werden sollten, verweigerten sie ihre Unterschriften unter die Arbeitsverträge, weil sie fürchteten, sicherheitsstiftende Sozialbeziehungen zugunsten unsicherer Beschäftigung aufgeben zu müssen.⁴¹

Strukturbildende Effekte und Mechanismen

In den Handlungsstrategien, mittels der die Befragten die Auswahlprüfungen des aktivierenden Arbeitsmarktregimes zu meistern suchen, scheint jene Ambivalenz auf, wie sie seitens des liberalen Armutsdiskurses einseitig wohlfahrtstaatlicher Fürsorge zugeschrieben wird.

Der Ohnmachtszirkel strenger Zumutbarkeit

Tatsächlich kommen die Leistungsbezieher/innen nicht umhin, sich in der einen oder anderen Weise mit ihren Lebensumständen zu arrangieren. Je länger die Erwerbslosigkeit oder das Pendeln zwischen unsicherer Beschäftigung und Arbeitslosigkeit andauern, desto stärker wird der Druck, sich individuell mit unwirtschaftlichen Verhältnissen aussöhnen zu müssen. Anders als wir ursprünglich vermutet hatten, bedeutet der Entzug von Ressourcen im Regime strenger Zumutbarkeitsregeln nicht zwangsläufig den vollständigen Verlust längerfristig ausgerichteter individueller Planungsfähigkeit. Um ihre Verwundbarkeit zu reduzieren, sind viele Befragte bestrebt, ihren Alltag auch ohne dauerhaftes Beschäftigungsverhältnis zu strukturieren und die Planungsfähigkeit so gut es geht aufrecht zu erhalten. Um sich vor Rückschlägen möglichst zu schützen, entwickeln sie Formen der Lebensführung, die auf materielle Knappheit, Unsicherheit, Diskontinuität und das Erleben sozialer Missachtung ausgerichtet sind. Natürlich gelingt dies immer nur annäherungsweise. Eine Lebensführung unter dem Diktum von Ressourcenknappheit und strenger Zumutbarkeit belastet. Stets besteht die Gefahr des Abgleitens, der Verschuldung oder im Extremfall gar der Verwahrlosung. Aber dies lässt sich nicht auf die vermeintlich generösen Transferleistungen nach Hartz IV zurückführen. Es sind die von materieller Knappheit und sozialer Missachtung geprägten Lebensumstände, die Anpassungsleistungen erforderlich machen. Die „ungemütlichen“ Auswahlprüfungen erzeugen Rationalisierungsleistungen besonderer Art. Man stellt sich darauf ein, in von Unsicherheit, Deprivilegierung und sozialer Missachtung geprägten Lebenssituationen ausharren zu müssen. In dem Maße, wie die individuellen Anpassungen erfolgreich sind, konstituieren sie jedoch einen gesellschaftlichen Sonderstatus, der sich hervorragend als Projektionsfläche für negative Klassifikationen der „Mehrheitsgesellschaft“ eignet.

Im aktivierenden Arbeitsmarktregime sieht sich eine sozial ausgesprochen heterogene Gruppe von Leistungsbezieher/innen beständig mit einem institutionellen Vorbehalt konfrontiert. Nur wenn erkennbar ist, dass alle Anstrengungen auf eine reguläre Erwerbsarbeit gerichtet sind, besteht ein Anspruch auf staatliche Transfers und Sicher-

 Eine Frage der Klasse? Deutschlands Mitte zwischen Abstiegsangst und dem Tritt nach unten

heitsgarantien. Um in den Auswahlprüfungen bestehen zu können, kommen die Befragten nicht umhin, ihre gesamte Lebensführung einem fiktiven Anderen, einem Leben mit regulärer Erwerbsarbeit, unterzuordnen. Zugleich sind sie aber auch gezwungen, sich an permanente Knappheitssituationen zu gewöhnen. Die Befragten müssen sich mit ihrer Lage arrangieren, um sie verändern zu können. Arrangieren sie sich, entwickeln sie notwendige Lebensformen, die sie von der gesellschaftlichen Mehrheit separieren. Separieren sie sich, werden sie zum Objekt negativer Klassifikationen durch eben diese Mehrheitsgesellschaft. Negative Zuschreibungen erschweren aber jegliche Veränderung – ein Sachverhalt, der individuelles Scheitern wahrscheinlich macht. Und wer scheitert, besitzt gute Chancen, dass ihr beziehungsweise sein Leben an der Schwelle gesellschaftlicher Respektabilität von Dauer ist. Er oder sie wird, ungeachtet biografischen Besonderheiten, zur/zum Angehörigen einer seitens der „Mehrheitsgesellschaft“ öffentlich abgewerteten Unterschicht.

Zirkulare Mobilität, Minderheitenstatus, Stigmatisierungsparadox

Um die sozialstrukturellen Wirkungen dieses Ohnmachtzirkels angemessen erfassen zu können, wäre eine Analyse anhand repräsentativer Daten und über längere Zeiträume nötig. Dergleichen können wir mit unserer explorativen Erhebung nicht leisten. Dennoch lassen sich einige soziale Mechanismen skizzieren, die auf strukturbildende Effekte des neuen Arbeitsmarktregimes verweisen.

Einer dieser Mechanismen ist die (1) *zirkulare Mobilität* im prekären Sektor. Gegen unsere Beobachtung, wonach nur wenigen Befragten der Sprung in eine halbwegs sichere Beschäftigung gelingt, lässt sich einwenden, dass der Befund möglicherweise nur für eine besondere Gruppe von Leistungsbezieher/innen zutrifft. Immerhin signalisieren Eintritte und Austritte beim „Hartz-IV-Bezug“ eine erhebliche Fluktuation. Von einer „sozialen Schicht der Dauerarbeitslosen“⁴² wird man daher nicht sprechen können, wenngleich eine beträchtliche Zahl von Leistungsbezieher/innen trotz sinkender Arbeitslosenquote von einer regulären Beschäftigung dauerhaft ausgeschlossen bleibt. Stattdessen zeichnet sich ein anderes Phänomen ab. Repräsentative Daten sprechen nicht für eine funktionierende Aufwärtsmobilität, wohl aber für eine Verstetigung von Lebenslagen, in denen sich soziale Mobilität auf Bewegung zwischen prekärem Job, sozial geförderter Tätigkeit und Erwerbslosigkeit beschränkt.⁴³ Es kommt

42 Martin Kronauer, Berthold Vogel, Frank Gerlach, *Im Schatten der Arbeitsgesellschaft. Arbeitslose und die Dynamik sozialer Ausgrenzung*, Campus, Frankfurt am Main und New York 1993.

43 Bundesagentur für Arbeit (Hg.) *Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland. Monatsbericht für den Berichtsmat März 2011*, Nürnberg 2011; Bundesagentur für Arbeit (Hg.) *Arbeitsmarkt in Zahlen. Erwerbstätige Arbeitslosengeld II-Bezieher Juli 2011, Nürnberg 2011*; Melanie Booth, Karin Scherschel, „Aktivierung in die Prekarität. Folgen der Arbeitsmarktpolitik in Deutschland“, in: Karin Scherschel, Peter Streckeisen, Manfred Krenn (Hg.), *Neue Prekarität: Die Folgen aktivierender Arbeitsmarktpolitik – europäische Länder im Vergleich*. Campus, Frankfurt am Main New York 2012, S. 17-46.

durchaus – fortwährend und aufgrund der Eigenaktivitäten von Leistungsbezieher/innen zu Positionsveränderungen – zu Bewegung in Permanenz; doch die soziale Mobilität bleibt eine zirkulare, die nicht aus dem Sektor prekärer Lebenslagen hinausführt. Man bemüht sich, strampelt sich ab und tritt letztendlich dennoch auf der Stelle.

Dass zirkulare Mobilität funktioniert, hängt (2) mit der institutionellen *Zuweisung eines Minderheitenstatus* zusammen. Aus der gesellschaftlichen Makroperspektive als Blockierung von Lebenschancen interpretierbar, erscheint die zirkulare Bewegung in der Selbstwahrnehmung der Leistungsbezieher/innen als Bewährungschance für kleine, aber subjektiv eminent bedeutsame Positionsverschiebungen. Realistisch sehen sich die meisten Befragten am untersten Ende der sozialen Hierarchie: „Es spielt keine Rolle, dass man Jahrzehnte in Lohn und Brot war, einen gewissen Lebensstandard (hatte), Werte sind ja eh nicht, aber man hat ein bürgerliches Leben geführt und da wird man jetzt rausgekickt... Dieses Finanzielle ist schwer, aber das ist nicht der Punkt, sondern dieser soziale Abstieg... Also man fühlt sich wie ein Mensch zweiter, dritter Klasse,“ lautet die charakteristische Einschätzung. Im Selbstverständnis der Leistungsbezieher/innen ist eine soziale Hierarchie entstanden, in der diejenigen, die in den schwierigsten Verhältnissen leben und die zugleich über die geringsten Machtressourcen verfügen, sich als Angehörige minoritärer Gruppen erleben. Die alltägliche Lebenspraxis dieser Minoritäten weicht erheblich von den Standards der „Mehrheitsgesellschaft“ ab. Der gesellschaftliche Sonderstatus wird auch über Geschlecht, Nationalität und Ethnie konstruiert; er stellt jedoch etwas Eigenes dar. Immer scheint es den Befragten, als lasse sich die nächste Stufe in der sozialen Hierarchie, die ein wenig Mehr an „Normalität“ verspricht, mittels eigener Anstrengungen erklimmen. Für die Sozialhilfeempfängerin, die niemals längerfristig erwerbstätig war, wird die Familiengründung zur letzten Chance, Anschluss an die gesellschaftliche „Normalität“ zu erreichen. Die „niedrigschwellige Maßnahme“ gilt ihr als Zugang zu einer bislang unbekanntem Welt der Erwerbsarbeit und der Ein-Euro-Job als lebensgeschichtliche Herausforderung. Der Ein-Euro-Jobber empfindet die seltene ABM-Maßnahme als „Glückslos in der Lotterie“. Für die ABM'lerin verheißt die Leiharbeit in der Automobilindustrie vielleicht eine attraktive Perspektive; der Leiharbeiter, der aus der Arbeitslosigkeit kommt, beneidet wiederum die befristet Beschäftigte, weil diese immerhin auf Zeit der Stammebelegschaft angehört. Stets entscheidet die Verfügung über Zeitressourcen und soziale Kontakte im Lebenszusammenhang mit darüber, ob man die nächste Sprosse auf der Leiter, die scheinbar nach oben führt, erreicht. Stets wännen sich die Befragten dabei als Angehörige von Minderheiten, die selbst alles dafür tun müssen, um Anschluss an das „normale Leben“ zu gewinnen.

Bezieht man die Sicht von Angehörigen der „Mehrheitsgesellschaft“ ein, stößt man (3) auf ein *Stigmatisierungsparadoxon*. Gerade wegen ihrer Bereitschaft, sich widrigsten Verhältnissen aktiv anzupassen, werden die Langzeitarbeitslosen für gesicherte Gruppen zum Problem. In der Wahrnehmung von Stammeschäftigten großer Industrieunternehmen verkörpern die Leistungsbezieher/innen den Inbegriff des schlechten

Lebens. Und wahrscheinlich löst die – zumeist überzogene – Befürchtung, eines Tages selbst ein solches Schicksal teilen zu müssen, Abgrenzungsbedarf aus. Nicht nur in der Selbstwahrnehmung, auch in den Deutungen von Angehörigen gesicherter Gruppen sind die Leistungsbezieher/innen „ganz unten“. Sie sind Unterschicht, und zwar eine, mit der sich die Gesicherten selbst nicht belasten möchten. So sieht eine Mehrheit der von uns befragten Arbeiter/innen und Angestellten eines westdeutschen Automobilherstellers die „Hartz-IV-Regelungen“ zwar kritisch; dies ändert aber nichts daran, dass die Befragten zu 54 Prozent der Meinung sind, auf Arbeitslose solle größerer Druck ausgeübt werden, ein weiteres Drittel stimmt dem immerhin teilweise zu. Dass „eine Gesellschaft, in der jedermann aufgefangen wird“, „nicht überlebensfähig“ ist, meinen fast 50 Prozent, nur eine kleine Minderheit (15 Prozent) lehnt ein solches Statement ab.⁴⁴ Allerdings existiert eine deutliche Diskrepanz zwischen Ost und West. In den von uns untersuchten Ost-Betrieben vertritt nur eine Minorität der Befragten die Ansicht, Arbeitslose müssten stärker unter Druck gesetzt werden; eine deutliche Mehrheit widerspricht.⁴⁵ Diese Differenz mag teilweise mit differierenden Erfahrungshorizonten zusammenhängen. In einer Stadt wie Jena, in der Mitte der 1990er-Jahre mehrere zehntausend Menschen offiziell als Arbeitslose registriert waren, fällt es schwer, Erwerbslosigkeit in erster Linie als Ausdruck individuellen Versagens oder mangelhafter Arbeitsmoral zu deuten. Hinzu kommt aber, dass noch immer verbreitet ist, was Wolfgang Engler als konsequente Weigerung von Ostdeutschen beschrieben hat, ihr Scheitern zu psychologisieren, sondern stattdessen „unbeirrt in soziale Begriffe zu fassen“.⁴⁶ Die Erfolgreichen im Osten sehen ihre sozialen Nachbar/innen, die es nicht geschafft haben. Und das, obwohl diese Nachbar/innen das teilweise so gar nicht wahrhaben wollen. In Ost und West unterschiedlich ausgeprägt, wird die Stigmatisierung der Arbeitslosen zur Legitimation für eine exklusive Solidarität, die sich in erster Linie auf gesicherte Gruppen erstreckt und so erheblich zur Verstetigung eines diskriminierenden Minderheitenstatus beiträgt.

Damit ist nicht gesagt, dass es sich bei den befragten Arbeitslosen durchweg um willfährige, angepasste, arbeitswütige und moralisch in jeder Hinsicht integere Persönlichkeiten handelt, die die Bewährungsproben aktivierender Arbeitsmarktpolitik vorbehaltlos akzeptieren. All das gibt es, aber die Befragten handeln durchweg (4) *eigensinnig*. Eigensinn bedeutet zunächst nicht mehr, als dass sich Handlungsstrategien und Verhaltensweisen nicht reibungslos ins Format der Prüfungssituationen fügen; es handelt sich um eine Art praktischer Alltagskritik am Arbeitsmarktregime und seinen Institutionen. Das Rechtfertigungssystem aktivierender Arbeitsmarktpolitik stützt und fördert ungewollt Ansprüche – etwa den auf eine auskömmliche reguläre Beschäftigung –, die einzulösen es

44 Klaus Dörre, Anja Hänel, Hajo Holst, Ingo Matuschek, „Guter Betrieb, schlechte Gesellschaft? Arbeits- und Gesellschaftsbewusstsein im Prozess kapitalistischer Landnahme“, in: Cornelia Koppetsch (Hg.), *Nachrichten aus den Innenwelten des Kapitalismus*, VS-Verlag, Wiesbaden 2011, S. 38, n = 1.442.

45 ebd., S. 32, n = 459.

46 Wolfgang Engler, *Die Ostdeutschen als Avantgarde*, Aufbau-Verlag, Berlin 2004, S.129ff.

nicht in der Lage ist. Die daraus resultierenden Reibungen legitimieren in den Augen von Erwerbslosen und prekär Beschäftigten Versuche, bürokratische Kontrollen „eigenverantwortlich“ zu unterlaufen. Manche Leistungsbezieher/innen kaschieren gemeinsame Haushalte, andere leisten Schwarzarbeit und einige wenige geben gar die Sorge um sich selbst auf. Auch die Praktiken der Arbeitsverwaltung werden keinesfalls vorbehaltlos akzeptiert. Erwerbslose setzen sich zur Wehr, wenn sie glauben, als „Menschen zweiter Klasse behandelt“ zu werden. Eigensinn wird hier zur Widerspenstigkeit, die unterschiedlichste Formen annehmen kann. Soloselbstständige im Leistungsbezug nutzen ihren „Unternehmerstatus“, um den – vermeintlichen oder realen – Bürokratismus der Arbeitsverwaltung anzuprangern. In, allerdings seltenen, Fällen geht die Eskalation in den Auswahlprüfungen soweit, dass Ordnungskräfte hinzugezogen werden müssen. Häufiger ist indessen der Versuch, sich legal und auf dem Klageweg Recht zu verschaffen. All diese Praktiken eigensinniger „Kund/innen“ sprechen jedoch nicht für *Wohlstandsverwahrlosung*. Vielmehr handelt es sich überwiegend um Handlungsstrategien, die darauf zielen, Reste von Autonomie und Selbstverwirklichung möglich zu machen, wo „die Teilnahme an der allgemeinen Gesellschaft weitgehend eingeschränkt ist“.⁴⁷

Solch eigensinnige Praktiken dürfen allerdings nicht mit kollektiver Interessenformierung verwechselt werden. Es handelt sich weitestgehend um individuell praktizierte Handlungsstrategien, die das aktivierende Arbeitsmarktregime und seine Prüfungsformate nicht grundsätzlich in Frage stellen. Dennoch erzielen sie Wirkung. Wie unsere Folgerhebung belegt, haben sich die Bewährungsproben in den Arbeitsverwaltungen im Laufe der Jahre versachlicht. Regelungen, die sich als schwer praktikabel erwiesen haben, werden inzwischen weniger rigide angewendet. Die Sachbearbeiter/innen haben gelernt, ihre Spielräume zu nutzen. Und die Leistungsbezieher/innen tragen ihre Konflikte eher in verrechtlichter Form und mit den Leistungsabteilungen als mit Fallmanager/innen und Vermittler/innen aus. All dies hat – ironischerweise – zur Festigung des neuen Arbeitsmarktregimes beigetragen. Insofern wirken die eigensinnigen Praktiken der „Kund/innen“ in der analytischen Rückschau wie regimeadäquate Handlungen.

Resümee: Eine „fragmentierte Klassengesellschaft“?

Alle genannten Mechanismen tragen dazu bei, dass „Hartz IV“ einen Status konstituiert, der für die Leistungsbezieher/innen eine ähnliche Wirkung entfaltet wie die Hautfarbe im Falle rassistischer oder das Geschlecht bei sexistischen Diskriminierungen. Haftet es einmal an der Person, können sich die Betroffenen des Stigmas nur noch schwer entledigen. Angehörige gesicherter Gruppen wiederum fürchten nichts mehr, als in der Hierarchie auf einen solchen Status abzusinken. Auf diese Weise erzeugt das Wettkampfregime strenger

47 Anthony Giddens, *Soziologie*, Nausner & Nausner, Graz 1995, S. 297.

Zumutbarkeit ein feingliedriges System der De- und Re-Privilegierung, das auch jene diszipliniert, die nicht oder noch nicht in prekären Verhältnissen leben müssen. Die zunehmende Konzessionsbereitschaft qualifizierter Arbeitskräfte bei der Stellenwahl, die als großer Reformenerfolg gepriesen wird, ist Ausdruck dieser Entwicklung. Insofern wirken die Auswahlprüfungen aktivierender Arbeitsmarktpolitik als Treibkräfte eines historisch neuen Disziplinarregimes. Dieses Regime erzeugt Machtasymmetrien, die deutlich über das hinausgehen, was in den 1980er-Jahren als „sekundäres Machtgefälle“ am Arbeitsmarkt bezeichnet wurde.⁴⁸ Es geht nicht mehr „nur“ um Problemgruppen, die ihre „„gebrochene Normalität“ als Arbeitnehmer/innen“ mittels Ausübung von Alternativrollen zumindest subjektiv entschärfen und so zu überdurchschnittlich geduldgigen und belastbaren Arbeitnehmer/innen“ werden.⁴⁹

Machtasymmetrien, die mit den Arbeitsmarktreformen fixiert wurden, machen die zirkulare Mobilität im prekären Sektor zu einer Statusperspektive, welche auch von Gruppen antizipiert und reflektiert wird, die zuvor zu den gesicherten zählten. Dass drei Viertel der 20,7 Prozent Niedriglohnbeschäftigten über eine abgeschlossene Berufsausbildung oder gar über einen akademischen Abschluss (7 Prozent) verfügen,⁵⁰ unterstreicht diese Tendenz. Insofern ist der sozial neu zusammengesetzte prekäre Sektor, der sich neben Erwerbslosen aus Niedriglöhner/innen und anderen unsicher Beschäftigten rekrutiert, auch ein Produkt politischer Regulation. In ihrem Bemühen, die Bewährungsproben diskriminierender Prekarität erfolgreich zu absolvieren oder sie zu vermeiden, sind die Betroffenen vor allem mit sich und mit ihren sozialen Nachbar/innen beschäftigt. Dabei praktizieren sie selbst gelegentlich „ausgrenzende Integration“.⁵¹ In ihrem Bemühen, Stigmatisierungen zumindest abzuschwächen, grenzen sich die Leistungsbezieher/innen besonders vehement von den „Faulen“ und „Leistungsverweigerer/innen“ ab. Jeder und jede kennt einen solchen Fall. In ihrer bedrängten Lebenssituation verhalten sich viele Befragte wenig generös. Die Ehefrau teilt der Interviewerin hinter vorgehaltener Hand mit, dass ihr Ehemann eigentlich gar nicht mehr arbeiten will. Doch so oft die Figur des „Sozialschmarotzers“ auch beschworen wird, in der Realität anzutreffen ist sie eigentlich so gut wie nie. Stattdessen zeigt sich, dass Stigmatisierungen der „Mehrheitsgesellschaft“ selbst noch in den Deutungen der Erwerbslosen und Ausgrenzten reproduziert werden. Der Vorwurf der Leistungsunwilligkeit, an den sozialen Nachbar/innen adressiert, verschafft subjektiv Entlastung im Wettkampf um eine bessere individuelle Platzierung in der gesellschaftlichen Hierarchie.

48 Claus Offe, Karl Hinrichs, „Sozialökonomie des Arbeitsmarktes: primäres und sekundäres Machtgefälle“, in: Claus Offe, *„Arbeitsgesellschaft“*. Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven, Campus, Frankfurt am Main und New York 1984, S. 44-86.

49 ebd., S. 79.

50 Claudia Weinkopf, „Warum Deutschland einen gesetzlichen Mindestlohn braucht“, in: *Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik* 191 (2010), S. 38-49.

51 Ulrich Brinkmann, Klaus Dörre, Silke Röbenack, Klaus Kraemer, Frederic Speidel, *Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse. Eine Expertise im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung*, Bonn 2006, S. 82f.

Auf diese Weise geraten die eigentlichen Verantwortungsträger/innen, die die Prüfungsformate festlegen, weitgehend aus dem Blick. Stattdessen nimmt auch unter den Subalternen die Neigung zu exklusiven, ausschließenden Gruppensolidaritäten zu. Die „ausgrenzende Integration“, das heißt das positive Aufgreifen von Stigmatisierungen mit dem Ziel, einen fiktiven Anschluss an gesellschaftliche „Normalität“ zu finden, verstärkt die Ohnmacht prekärer Gruppen und Individuen. Was diese Mikrophysik unterschiedlicher Machtverteilungen am Arbeitsmarkt für die Sozialstrukturanalyse bedeutet, ist gegenwärtig eine offene Frage. Es ist jedoch kein Zufall, dass das Konzept sozialer Klassen nicht nur in den Sozialwissenschaften,⁵² sondern auch in der politischen Publizistik wieder Aufmerksamkeit erfährt.⁵³ Arbeitslose und prekär Beschäftigte sind jedenfalls keine „Überflüssigen“, die eine eigene soziale Realität jenseits der eigentlichen Gesellschaft konstituieren. Ihr bloßes Bemühen, gesellschaftlicher Ächtung zu entkommen, genügt, um auch das Verhalten von sozialen Gruppen zu beeinflussen, die sich oberhalb einer „Schwelle der Sicherheit“ bewegen, gekennzeichnet durch eine feste Stelle und ein sicheres Einkommen.⁵⁴ Als „fragmentierte Klassengesellschaft“ bezeichnet Heinz Bude eine makrosoziale Konstellation, in der sich soziale Mobilität zunehmend innerhalb von sozialen Großgruppen abspielt, die sich wechselseitig ignorieren.⁵⁵ Damit trifft er ein wesentliches Charakteristikum sozialer Stratifizierung im vereinigten Deutschland. Ob es sich dabei jedoch um eine „Klassengesellschaft ohne Klassenspannung“ handelt,⁵⁶ möchten wir, auch angesichts der wachsenden Zahl nicht-normierter Konflikte,⁵⁷ bezweifeln. In jedem Fall gilt, dass die „Achsen der Ungleichheit“⁵⁸ auch hierzulande in Bewegung geraten sind.

Nun ließe sich mit Blick auf die untersten Gesellschaftssegmente einiges zu fortwirkenden Ost-West-Differenzierungen hinzufügen: In abgehängten Ost-Regionen gibt es noch immer wenige Migrantinnen und Migranten. Dafür zeigen sich junge, gut qualifizierte Frauen als überdurchschnittlich mobil. Zurück bleiben junge Männer mit schlechteren Qualifikationen. Diese sehen sich im Alltag mit den kulturellen Relikten der „arbeiterlichen Gesellschaft“ und ihrem Arbeitsethos konfrontiert. Frauen, auch solche ohne DDR-Sozialisation, empfinden eine prekäre, niedrig entlohnte Beschäftigung

52 Anette Lareau, Dalton Conly, (Hg.), *Social Class. How Does it work?*, Russel Sage Foundation, New York 2008.

53 Thomas Meyer, „Die neue Klassengesellschaft“, in: *Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik* 192/4 (2010), S. 113-124.

54 Pierre Bourdieu, *Zwei Gesichter der Arbeit. Interdependenzen von Zeit- und Wirtschaftsstrukturen am Beispiel einer Ethnologie der algerischen Übergangsgesellschaft*, UVK, Konstanz 2000, S. 92.

55 Heinz Bude, „Klassengesellschaft ohne Klassenspannung“. Leben in einer fragmentierten Gesellschaft“, Gespräch in: *Neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte* 3 (2012), S. 18-23.

56 ebd., S. 18.

57 Klaus Dörre, „Landnahme, das Wachstumsdilemma und die ‚Achsen der Ungleichheit‘“, akzeptierte Fassung erscheint in: *Berliner Journal für Soziologie* 1 (2012).

58 Margaret L. Andersen, Patricia Hill Collins (Hg.), *Race, Class and Gender: An Anthology*, Wadsworth Publishing Co Inc., Belmont 1998 (third edition); Cornelia Klinger, Gudrun-Axeli Knapp, Birgit Sauer (Hg.), *Achsen der Ungleichheit – Achsen der Differenz. Verhältnisbestimmungen von Klasse, Geschlecht, Rasse/Ethnizität*, Campus, Frankfurt am Main und New York 2007.

häufig als Autonomieverlust. Sie verkörpern ein Potenzial latenter Widerspenstigkeit, dessen sich die zivilgesellschaftlichen Akteur/innen aber (noch) kaum bewusst sind. All diese Unterschiede zum „Westen“ sind real. Aber sie sind, das jedenfalls legen unsere empirischen Befunde nahe, für das Selbstverständnis der Arbeitslosen und Prekarisierten nicht entscheidend. Der eingangs zitierte Generalverdacht der Aufstiegs- und Leistungsunwilligkeit trifft Leistungsbezieher/innen in Ost und West gleichermaßen. Was sich ökonomisch, sozial und kulturell noch immer unterscheidet, wird politisch und mittels kollektiver Abwertungen zusammengezwängt. Dass dieser konstruierten Angleichung im Wettbewerbssystem aktivierender Arbeitsmarktpolitik „keine politische Sprengkraft“⁵⁹ innewohnt, wird man allerdings nur um den Preis einer Verdrängung realer Verwerfungen behaupten können.

⁵⁹ Rainer Geißler, *Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung*, 4. überarbeitete und aktualisierte Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2006, S. 226.



Wie sich die Mittelschicht selbst betrügt



Ulrike Herrmann im Gespräch mit
Daniela Krebs und Claire Horst

Ulrike Herrmann, was war der Anlass für Sie, das Buch „Hurra, wir dürfen zahlen! Der Selbstbetrug der Mittelschicht“ zu schreiben?

Seit 2000 bin ich in der *taz* für Arbeitsmarkt, Steuern und Sozialpolitik zuständig und in dieser Zeit gab es extreme Reformen – ob die Riester-Rente, die Steuersenkung für die Spitzenverdiener/innen oder Hartz IV. Ich fand es spannend, dass derart einschneidende Maßnahmen ausgerechnet unter Rot-Grün stattfanden. Diese Entwicklung ist in der Geschichte der Bundesrepublik, eigentlich seit dem Aufbau des Sozialstaates unter Bismarck, beispiellos. Ich wollte mich damit befassen, wie dies zu erklären ist.

Was ist Ihre Hauptthese über die Mittelschicht und deren „Selbstbetrug“? Meine Behauptung ist, dass die Mittelschicht der Verlierer ist – das lässt sich an den Fakten zeigen. Die Mittelschicht schrumpft, das ist messbar. Denn die Reallöhne sinken. Gleichzeitig aber wird dieser tendenzielle Fall der Reallöhne durch die Politik nicht etwa gebremst, sondern noch verstärkt. Dabei stellt die Mittelschicht die Mehrheit der Wähler. Sie hätte also die Macht, ihre eigene Lage politisch zu verbessern. Meine These ist, dass die Mittelschicht für Gesetze stimmt, die ihr selbst schaden. Die Frage ist, woran das liegt.

Haben Sie darauf eine Antwort finden können? Die Kernidee meines Buches ist, dass die Mittelschicht für Gesetze stimmt, die nur den Reichen nutzen, weil sie sich selbst als einen Teil der Elite versteht. Doch wie kann eine Mittelschicht, die eigentlich verliert und schrumpft, das Gefühl haben, selbst ein Teil der Elite zu sein? Das ist ein komplizierter und etwas seltsamer Mechanismus, der aus drei Teilen besteht.

Der erste Mechanismus ist, dass die Mittelschicht die Unterschicht vehement ablehnt und verachtet. Diese Verachtung sieht man in allen Umfragen. So zeigen etwa die Untersuchungen von Wilhelm Heitmeyer, dass knapp 60 Prozent der Deutschen der Meinung sind, Langzeitarbeitslose machten sich ein schönes Leben auf Kosten der Gesellschaft. Diese vehemente Verachtung zeigt sich auch am Erfolg des Buchs von Thilo Sarrazin, der ja die These vertritt, die „Dummen“ saugten die Mittelschicht aus. Sarrazin hat diese Verachtung für die Unterschicht jedoch nicht erfunden, sondern benutzt sie, um als Bestsellerautor Millionen zu verdienen. Das Fatale dabei ist, dass damit in der Mittelschicht eine eigenartige Hydraulik entsteht: Wer das Gefühl hat, nicht ganz unten zu sein, fühlt sich schon ganz oben.

Der zweite Mechanismus ist der Glaube der Mittelschicht, dass sie selbst aufgestiegen sei und noch weiter aufsteigen könne. Für diesen Glauben gibt es auch einen nachvollziehbaren Grund: den realen Bildungsaufstieg. Viele Kinder sind heute besser ausgebildet als ihre Eltern. Dabei wird jedoch das Paradox übersehen, dass trotz der besseren Ausbildung die Reallöhne sinken. Bildung alleine führt also noch nicht zu steigenden Gehältern. Dass der materielle Verteilungskampf ganz anders läuft, wird ignoriert.

Außerdem haben viele Leute keinerlei Vorstellung davon, was Reichtum in Deutschland bedeutet, weil darüber fast gar nichts bekannt ist. Das ist also der dritte

Mechanismus. Denn Reichtum ist anonym und wird statistisch nicht erfasst. Wenn man sich anschaut, wer in *Gala* und *Bunte* präsent ist, den zentralen Organen, in denen sich die Deutschen über den Reichtum informieren, dann sind das nur zwei Gruppen. Das eine sind Königshäuser, die qua Amt reich sind. Über diesen Reichtum erregt sich keiner, weil der Reichtum zur Rolle gehört. Das andere sind Models, Hollywood-Schauspieler/innen oder Sport-Stars wie Michael Schuhmacher. Da besteht tatsächlich eine Verknüpfung zwischen Leistung und Gehalt. Man kann sich natürlich immer fragen, ob Sportler/innen wie Schumacher zehn oder zwanzig Millionen verdienen müssen oder ob nicht auch eine Million reichen würde. Aber dass sie wirklich selber etwas geleistet haben, ist unumstritten. Mit dem Reichtum, der da abgebildet wird, nämlich Königshäuser und Sportstars, können die Menschen bestens leben. Was sie nicht mitbekommen ist, dass die große Mehrheit der Reichen dort nie vorkommt. Das sind Erben und Erbinnen – der meiste Reichtum wird tatsächlich ererbt. Diese Reichen drängen nicht in die Hochglanzmagazine.

Warum wird nicht wahrgenommen, dass Bildungsaufstieg nicht zu höherem Einkommen führt und dass der Reichtum ungerecht verteilt ist?

Zum einen weiß man sehr wenig über den Reichtum. Haushalte, die ein Nettoeinkommen von mehr als 18.000 Euro im Monat haben, werden statistisch nicht erfasst. Das betrifft zwar nur ein Prozent der Bevölkerung, aber dieses eine Prozent besitzt ungefähr 23 Prozent des Volksvermögens. Da verschwinden Milliarden aus der Statistik. Das zeigt auch der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung: Von 226 Seiten beziehen sich zehn Seiten auf den Reichtum, der Rest beschäftigt sich mit der Armut. Über Hartz-IV-Empfänger/innen wissen wir alles, über die Reichen nichts. Zum anderen ist es auch ein psychologisches Problem. Es ist angenehm zu glauben, man sei Teil der Elite, zu glauben, man werde aufsteigen. Es macht keinen Spaß, sich damit abzufinden, zur Masse zu gehören. Es gibt einen Hang zu dieser Selbsttäuschung, der leider schädlich ist.

Warum fokussiert sich die Debatte auf die so genannten „Sozialschmarotzer“ statt auf die Frage, warum die Reichen so reich sind und trotzdem vergleichsweise wenig Steuern zahlen?

Das ist die zentrale ideologische Maßnahme: Ausbeutung wird umdefiniert. Die Idee bei dieser „Sozialschmarotzerdebatte“ ist ja, dass die „Dummen“, die Migrant/innen, die „Faulen“, „uns“ ausbeuteten, nach dem Motto: „Wenn es hier keine Migranten gäbe und keine Sozialhilfeempfänger, dann würde es der Mittelschicht gut gehen.“ Das ist natürlich völliger Unsinn. Dabei geht die traditionelle Sicht auf die Ausbeutung verloren: dass nämlich die eigentlichen Ausbeuter/innen die Reichen sind. Ausbeutung findet dann statt, wenn alle arbeiten und der Reichtum trotzdem auf wunderbare Weise nur bei Wenigen bleibt. Das wird nicht gesehen, stattdessen wird Ausbeutung umgedeutet in dem Sinne, dass die Armen die Schuldigen sind.

Wat diese Entwicklung erst in den letzten zehn oder zwanzig Jahren begonnen?

Nein, das gibt es schon sehr lange. Genau über diese Idee von den Armen als Ausbeuter/innen macht sich etwa Charles Dickens in *Oliver Twist* lustig. Anscheinend ist das eine menschliche Neigung. Dazu gibt es ja auch Studien. Erst vor Kurzem habe ich die Auswertung einer Untersuchung gelesen zum Thema: „Wer ist aggressiver – die Sieger oder die Unterlegenen?“. Dabei wurden in einem Experiment Denkaufgaben manipuliert, um zu prüfen, wie die Sieger/innen reagieren. Das Ergebnis war, dass die Sieger/innen aggressiv werden und immer nachtreten. Das könnte man auch auf die Mittelschicht übertragen. Es ist tatsächlich etwas Menschliches, dass diejenigen, die es geschafft haben, immer denken, das sei ganz allein ihre Leistung. Und dass die anderen selber schuld sind, wenn sie unten sind. Dass das strukturelle oder soziale Ursachen hat, wird ignoriert – weil man sich und sein Leben dann auch selber in Frage stellen müsste. Dieses Prinzip scheint uralte zu sein, führt aber zu ungünstigen Verteilungen für die Mittelschicht.

Könnten Sie an dieser Stelle kurz erklären, wie Sie die Mittelschicht definieren?

Ich habe die Standarddefinition des DIW, des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, übernommen, das die Mittelschicht nach Einkommen, nicht nach Vermögen definiert. Grundlage ist das mittlere Nettoeinkommen. Zur Mittelschicht gehört, wer 70 bis 150 Prozent des mittleren Nettoeinkommens verdient. Dabei geht es immer um Haushaltseinkommen – was dazu führt, dass die Definition der Mittelschicht stark variiert, je nachdem, wie viele Leute von dem Einkommen leben. Als Single zählt etwa zur Mittelschicht, wer zwischen 1.070 und 2.350 Euro netto im Monat verdient, für Familien mit zwei kleinen Kindern gelten 2.250 bis 4.935 Euro netto.

Wie schätzt sich denn Ihrer Meinung nach die Mittelschicht selbst ein? Das Interessante ist, dass sich jede/r in Deutschland für einen Teil der Mittelschicht hält. Es ist praktisch nicht möglich, jemanden zu finden, der von sich sagt, er sei arm. Selbst Langzeitarbeitslose haben tendenziell die Neigung anzunehmen, sie gehörten zur Mittelschicht. Gleichzeitig würden Manager/innen oder Reiche nie sagen, sie seien Teil der Oberschicht. Das zeigt etwa der Datenreport des Statistischen Bundesamtes. In deren Umfragen werden die Deutschen immer wieder gebeten, sich selbst auf einer Skala von 1 bis 10 einzuschätzen. Arbeitslose stufen sich durchschnittlich bei 4,4 ein, Manager/innen bei 6,4 – die oberen und unteren Ränge sind nicht besetzt.

Ist es tatsächlich so, dass die eigentliche Mittelschicht kleiner wird? Durch die sinkenden Reallöhne wird die Mittelschicht nach der Definition des DIW kleiner. Natürlich verringern sich die Reallöhne nicht bei allen gleichmäßig. Die obersten zehn Prozent der Angestellten konnten eine Reallohn-Erhöhung durchsetzen, alle anderen steigen ab. Dabei steigen jene am stärksten ab, die am weitesten unten sind, nämlich bis nach unten in die Armenschichten.

Die Abgrenzung zur Unterschicht wird ja immer stärker, auch weil die Mittelschicht befürchtet abzusteigen. Sie schreiben in Ihrem Buch, dass dies gerade ihr Fehler sei, da sie sich eher mit der Unterschicht verbünden sollte.

Das stimmt, wobei ich das jetzt schon anders sehen würde. Bei der Mittelschicht ist der Gedanke völlig unbeliebt, sich mit der Unterschicht zu verbünden. Das ist politisch aussichtslos. Aber ich glaube inzwischen, dass das gar nicht nötig wäre. Ich glaube auch nicht, dass die Mittelschicht jetzt in Occupy-Zelten campieren oder demonstrieren müsste. Es würde vollkommen reichen, wenn die Mittelschicht einfach die Meinung vertreten würde, dass der Spitzensteuersatz steigen muss. Dann würde sich schon sehr viel bewegen in diesem Land. Denn die Parteien machen ja permanent Umfragen und reagieren auf die Ergebnisse sehr stark. Das sieht man an Fukushima: Innerhalb einer Woche hatten wir den Atomausstieg, obwohl gerade die Laufzeiten verlängert worden waren. Das liegt natürlich daran, dass Angela Merkel die Umfragen liest und gesehen hat, dass es eine stabile Mehrheit gegen die Atomkraft gibt und dass dies auch wahlentscheidend werden würde. Ein anderes Lieblingsbeispiel von mir ist die CSU, die jetzt eine Frauenquote hat, obwohl die CSU-Frauen das gar nicht wollten. Horst Seehofer hat die Umfragen gelesen und gesehen, dass Frauen nur Parteien wählen, in denen auch Frauen in den vorderen Rängen vertreten sind. Wenn die Deutschen also fänden, dass die Reichen nicht genug beitragen, würde der Spitzensteuersatz sofort steigen. Die Mittelschicht ist also selbst schuld.

Warum ist das so? Eigentlich müsste doch jede/r aus der Mittelschicht der Steuererhöhung zustimmen? Wie gesagt, jede/r in der Mittelschicht hält sich für reich. Gut sichtbar ist das an der Diskussion um die Erbschaftssteuer. Es wäre wichtig, in Deutschland eine vernünftige Erbschaftssteuer zu haben, weil die Klassengesellschaft sehr stark auseinanderdriftet. Diese Vermögenskonzentration entsteht natürlich sehr stark durch die Nachlässe. Diese zunehmende Konzentration könnte man gar nicht aufhalten, es ginge nur um eine kleine Korrektur. Eine Reform des Erbschaftsrechts in Deutschland ist aber jenseits des Denkbaren, weil die kleinen Hausbesitzer/innen immer glauben, sie wären dann auch betroffen. Die Leute überschätzen, wie viel Wert ihr Haus hat. Sie überschätzen auch völlig, was passiert, wenn dieses Haus auf zwei oder drei Kinder verteilt wird, dass dann nämlich die Freigrenzen niemals erreicht werden. Dabei ist die Immobilienkonzentration gigantisch: Etwa zwei Prozent der Bevölkerung besitzen 40 Prozent des Immobilienvermögens, das heißt, zwei Prozent besitzen alle Gewerbeimmobilien, der Rest hat höchstens ein Haus. Diesen Unterschied können sich die Deutschen überhaupt nicht vorstellen.

Es ist schwer zu verstehen, dass sich ein großer Teil der Bevölkerung einerseits mit der Elite und dem Reichtum identifiziert, aber auf der anderen Seite große Angst vor dem Abstieg hat. Wie funktioniert dieser zwiespältige Mechanismus? Dieses Bedrohungsgefühl haben ja alle. Selbst Madeleine Schickedanz hat in einem legendären Interview gesagt, dass sie quasi auf dem Niveau von Hartz IV lebe, obwohl sie immer noch Millionen besitzt – nur eben keine Milliarden mehr. Ich denke, das ist

eine Folge der Entsolidarisierung: Die Mittelschicht hat immer das Gefühl, den eigenen Aufstieg am besten für sich selbst organisieren zu können. Das ist die Idee eines individuellen Aufstiegs. Man sorgt auch nicht mehr für die Armen, sondern kündigt die Solidarität auf. Das macht natürlich Angst, allerdings eine unbegründete, denn man hat bisher nicht feststellen können, dass die eigentliche Mittelschicht wirklich nach Hartz IV abstürzt. Es gibt Mythen der Armut, wie den Mythos vom Taxifahrer, der eigentlich Philosophie studiert hat. Doch faktisch herrscht bei den Akademiker/innen Vollbeschäftigung, ihre Arbeitslosigkeit beträgt nur vier Prozent. Was aber tatsächlich passiert und verdrängt wird, ist der Reallohnabstieg.

Was kann man denn der Mittelschicht raten, um aktiv etwas gegen die aktuellen Entwicklungen zu tun? Ich finde, sie muss gar nichts aktiv machen. Sie muss nur ihre Einstellung ändern, dann würde sich sofort alles ändern. Der Witz ist ja: Wenn die Mittelschicht ganz klar in Umfragen eine Erhöhung der Vermögenssteuern befürwortet und für die Bekämpfung der Steuerflucht eintreten würde, dann würde dies auch von den Parteien umgesetzt.

In Ihrem Buch schreiben Sie, dass Lobbyist/innen und Medien die Mittelschicht sehr stark in ihre Richtungen beeinflussen.

Da muss es doch Handlungsmöglichkeiten geben. Natürlich gibt es Lobbyismus und Wirkungen von Medien. Aber ich finde es völlig falsch, dass die Mittelschicht glaubt, sie sei Opfer. Nein, sie ist Täterin. Am Beispiel der Medien zeigt sich das deutlich: Die umfangreiche Leser/innenforschung zeigt, dass die Leute nur das lesen, was sie lesen wollen. Die *Bild*-Zeitung zum Beispiel hat kaum Abos, sie wird hauptsächlich über den Kiosk vertrieben. Das heißt, sie muss sich jeden Tag verkaufen. Also steht da nur drin, was die Leser/innen lesen wollen. Die Forschung zeigt zudem, dass die Leute auch innerhalb einer Zeitung nur das lesen, was sie lesen wollen. Selbst wenn zwei Personen den gleichen Artikel lesen, nehmen sie ganz unterschiedliche Informationen auf – weil sie nur aufnehmen wollen, was sie glauben. Die Vorurteile werden sozusagen nur bestätigt, und das liegt nicht an den Medien selbst. Darum glaube ich auch – und das ist bedauerlich – dass die Möglichkeiten zur Aufklärung äußerst begrenzt sind.

Ist diese Entwicklung typisch für Deutschland, oder sieht es in anderen Ländern genauso aus? Den Mechanismus, dass die Mittelschicht sich nach unten abgrenzt und gleichzeitig zertrümmert wird, gibt es auch in anderen Ländern, aber aus unterschiedlichen Gründen und unterschiedlich stark. In den USA zum Beispiel steigt die Mittelschicht noch stärker ab als in Deutschland – aber aus anderen Gründen. So wäre es zum Beispiel im Interesse der US-Mittelschicht, eine vernünftige Gesundheitsversorgung zu haben. Das kommt dort aber nicht durch, weil die Menschen das Gefühl haben, davon würden nur die Armen profitieren, sprich die Schwarzen und die Hispanics. Das Motiv ist ein anderes, sozusagen der Rassismus einer Einwanderungsgesellschaft. Das ist in Deutschland

Eine Frage der Klasse? Deutschlands Mitte zwischen Abstiegsangst und dem Tritt nach unten

nicht so stark, spielt aber auch hier eine Rolle. Dass etwa Hartz IV überhaupt eingeführt werden konnte, liegt aus meiner Sicht daran, dass die Mittelschicht wusste, dass es genau drei Gruppen treffen würde, nämlich Ostdeutsche, Migrant/innen und Bildungsverlierer/innen. Ein westdeutscher Facharbeiter konnte sich sicher sein, dass er nicht Hartz IV bekommen würde. Also waren alle dafür.

Das heißt also, je ungleicher die Gesellschaft, desto stärker sind die Abgrenzungsmechanismen?

So ist es. In England zum Beispiel ist es anders. Dort ist die Klassengesellschaft akzeptiert, und der Mittelschicht ist bewusst, dass sie nicht zur Oberschicht gehört.

Mie könnte denn die Mittelschicht in Deutschland politisch wählen, damit sich das ändert?

Das ist eine gute Frage. An den Reformen waren ja alle zu dem Zeitpunkt im Bundestag vertretenen Parteien beteiligt, Rot-Grün als Regierung und FDP und CDU im Bundesrat. Daher steht keine etablierte Partei zur Verfügung, die die richtige Politik für die Mittelschicht anbieten würde. Meiner Meinung nach folgt daraus nur, dass man das falsche Bild von Parteien hat. Es war nie so, dass Parteien führen – Parteien folgen! Sie drücken nur eine Stimmung aus, die in der Bevölkerung vorhanden ist, und setzen sie um. Jetzt sind auch vier Parteien für den Atomausstieg, für Gauck, für die Eurorettung. Alle Parteien drängen zur Mitte. Deswegen muss der Bevölkerung klar sein, dass sie durch ihre Einstellung vorgibt, was in der Politik passiert. Damit sind wir dann wieder bei der Frage, wie ein Bewusstseinswandel zu erreichen wäre, und da kann ich leider nur sagen, dass ich das auch nicht weiß.

Aus Ihrer Sicht wäre dann die Frage unserer Tagung nach der Rolle von Medien, Politik und Wirtschaft bei der Abwertung durch die Mittelschicht falsch gestellt?

Ich würde sagen: Was denkt denn das Volk?

In den Äußerungen von Thilo Sarrazin wurde eine Abwertung bestimmter Personengruppen, etwa Migrant/innen, deutlich.

Ist das der gleiche Mechanismus, der auch zur Abwertung der Unterschicht führt?

Das ist identisch. Es hängt immer von der Perspektive ab: Aus der Sicht der Mittelschicht ist die Verachtung für die „deutsche“ Unterschicht genauso groß wie für die migrantische Unterschicht. Diese Abwertungskaskade zieht sich aber bis in die Unterschicht durch. Die deutsche Unterschicht hält sich natürlich für besser als die eingewanderte Unterschicht.

Sarrazin ist es gelungen, auf der Welle der Ablehnung der Unterschicht mitzureiten und damit Millionen Leser/innen zu erreichen.

Wie erklären Sie sich seinen Erfolg, Sie haben ja sein Buch gelesen?

Was Sarrazin gezeigt hat – aber das ist nicht neu, darauf hat Heitmeyer ja auch schon immer hingewiesen –, ist, dass der Rassismus breit in der Mitte verankert ist. Gewaltbereiter

Rassismus ist natürlich eine Spezialität der NPD. Der Rest hat mehr oder minder starke rassistische oder nationalistische Einstellungen und sitzt bequem im Sessel. Aber man kann wohl sagen, dass diese Abwertungstendenz Mehrheitsmeinung ist. Wenn in der Allensbach-Umfrage herauskommt, dass 60 Prozent der Deutschen finden, dass Sarrazin wichtige Themen anspricht, dann dürfte das die Realität widerspiegeln.

Das Interessante an dem Sarrazin-Buch ist, dass alle faktischen Behauptungen falsch sind. Das beginnt schon mit seiner Intelligenztheorie, die völliger Unsinn ist. Denn Sarrazin stellt sich vor, dass Intelligenz vererbt werde wie die Farbe einer Erbse. Die Mendelschen Erbgesetze gelten aber nur für monogenetische Eigenschaften, und die gibt es kaum. Vielleicht noch bei der Augenfarbe des Menschen. Aber die Vererbung von Intelligenz ist ein ungeheuer komplexer Vorgang. Sämtliche Intelligenzforscher/innen haben denn auch Sarrazins Thesen zurückgewiesen – aber das interessiert seine Leser/innen nicht.

Ähnlich ist es beim Thema Migration. Auch da steht bei Sarrazin nur Unsinn drin, wie ja auch die Dossiers zeigen, die dazu angefertigt worden sind. Aber Sarrazin-Leser/innen interessieren sich nicht für Fakten. Es ist ein Buch der Angst, der Panik und des Ressentiments. Ich würde sagen, es spiegelt gar nicht so sehr das Verhältnis der Mehrheit zur Minderheit wider, sondern es sagt eine Menge über die Mehrheit aus. Denn Sarrazin selbst hat immer wieder gesagt, er habe das Buch aus Angst geschrieben. Er selbst glaubt natürlich, er habe Angst vor den Migrant/innen. Ich glaube eher, dass das eine Angst vor sozialem Wandel ausdrückt, und dass die Leser/innen ihre Angst vor dem sozialen Abstieg wiederfinden. Dieses Buch und sein Erfolg zeigt, wie weit die Angst vor dem Abstieg verbreitet ist.

Erstaunlich ist, dass das Buch nur ganz vereinzelt als rassistisch kritisiert wurde, obwohl Sarrazin rassistische Modelle wie dieses Intelligenzmodell benutzt hat. Das liegt daran, dass das Buch vorher von Jurist/innen überprüft und von allem gereinigt wurde, was eindeutig rassistisch ist. In Interviews, die Sarrazin später gab, wurde sehr deutlich, wie er dachte, beispielsweise als er von diesem „Juden-Gen“ sprach. Das „Juden-Gen“ wurde dann auch wieder gestrichen, hinterher hatte er das dann alles nicht so gemeint. Aus meiner Sicht ist das Buch natürlich klar rassistisch, aber das steht eher zwischen den Zeilen.

Mie stark kann ein solches Buch Abwertungsprozesse noch verstärken? Es hat natürlich eine Auswirkung. Ich glaube aber, die Hauptwirkung von Sarrazin ging nicht so sehr in die Mehrheitsgesellschaft hinein. Die Leute haben das schon vorher gedacht, das konnte man ja in den Heitmeyer-Studien sehen. Jetzt wurden sie bestätigt. Sarrazin war deswegen so wichtig für sie, weil er ein anerkannter Politiker aus der SPD war – das gleiche Buch von einem NPD-Funktionär hätte niemanden interessiert. So konnte man sich breit dazu bekennen. Trotzdem war die wirkliche Wirkung des Buches, dass alle Muslim/innen zu Recht sehr verletzt waren. Für sie war das wie ein Fanfarenstoß, ihr Bild von Deutschland hat sich noch einmal geändert: Sie wussten zwar, dass es

rassistische Deutsche gibt. Aber die neue Erfahrung war, dass rassistische Tendenzen in der Mitte verbreitet sind, dass man sie beleidigen darf, ohne dass das Folgen hat, und dass das ein interessantes Medienthema ist, auch für Leitmedien wie *Spiegel* oder *Zeit*. Der Witz bei Sarrazin ist, dass er von jedem Medium großflächig interviewt wurde, und zwar immer von Leuten, die keine Ahnung von der Einwanderungsthematik haben. Diejenigen Journalist/innen, die sich schon seit Jahrzehnten mit Migrationspolitik beschäftigt haben, die über Minderheiten geschrieben haben, durften keine Sarrazin-Interviews machen. Das wurde in diesen Medien immer zu einer Promi-Aktion, bei der Fachfremde Sarrazin interviewt haben, was immer im Desaster endete.

In Bezug auf die Sarrazin-Debatte haben Sie erwähnt, dass die Medien eine große Rolle für die Abwertung spielen, weil sie sie reproduzieren.

Wenn man vergleicht – vor Sarrazin und nach der Sarrazin-Debatte – wie groß ist der Einfluss auf die Meinungen der Mehrheit?

Schon vor Sarrazin hatte man genau die gleichen Umfrageergebnisse in Deutschland, schon vor Sarrazin hatten wir Asyldebatten ohne Ende, schon vor Sarrazin haben Politiker/innen – vorneweg Helmut Kohl und Wolfgang Schäuble – Anfang der Neunziger-Jahre mit der Asylfrage regelrecht gezündelt. Es sind ja nicht umsonst allein 1991/92 ungefähr zwanzig Menschen umgekommen. Das war die direkte Konsequenz der deutschen Politik, die populistisch agiert hat. Sarrazin ist nur ein deutliches Zeichen dafür, wie die deutsche Gesellschaft funktioniert. Er ist ein Kronzeuge.

Die Medien haben also auch vorher schon genauso über die abwertenden Einstellungen berichtet, weil es eben politischer Alltag war?

Ja, genau. Dass es sich so stark auf eine Person konzentriert, ist neu. Aber es gab immer wieder große Geschichten in den Medien – auch im Spiegel – darüber, dass Hartz-IV-Empfänger/innen angeblich nur betrügen. „Florida-Rolf“ war doch keine Erfindung von Sarrazin, sondern das war die *Bild*-Zeitung, und die hat einen enormen Flurschaden angerichtet.

Auffällig war vielleicht die Inszenierung als „Tabubruch“.

Dieses angebliche Tabu wurde aber auch schon vorher öfter „gebrochen“. Und auch danach – Westerwelle hat sich mit der „spätromischen Dekadenz“ auch wieder als Tabubrecher inszeniert. Jede/r, der abfällige Mehrheitsmeinungen äußert, tut so, als würde sie/er ein Tabu brechen. Aber das war ja auch schon bei Adolf Hitler so. Er war angeblich auch permanenter Tabubrecher. Das ist sozusagen der Grunddiskurs von Populismus. Man kann sich Populismus gar nicht vorstellen, ohne dass zuerst ein angebliches Tabu gebrochen wird.

Welche sozialpolitischen Maßnahmen wären nötig, um der Bevölkerung die Angst zu nehmen, die zu Abgrenzung und Abwertung führt?

Sicher wäre es gut, wenn Arbeitslosigkeit nicht Armut bedeuten würde. Wie gesagt, die meisten Menschen landen gar nicht in der Langzeitarbeitslosigkeit. Wenn die Hartz-IV-Empfänger/innen beispielsweise mehr hätten, müssten auch die unteren Löhne steigen, um das Lohnabstandsgebot zu wahren. Im Augenblick wird ja das Lohnabstandsgebot so

definiert, dass Hartz IV abgesenkt werden muss, wenn die Löhne fallen. Man könnte das ja auch andersherum denken. Schon ein Mindestlohn würde Ruhe bringen. Aber die meisten Deutschen befürworten den Mindestlohn nicht, weil sie das Gefühl haben, davon würden nur die ganz unten profitieren. Insgesamt müsste man dafür sorgen, dass Mini-Jobs, Leiharbeit und Ähnliches eingeschränkt werden, weil dadurch die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften ausgehöhlt wird. Aber versuchen Sie mal den Minijob abzuschaffen, das wäre unmöglich. Alle Deutschen sind für den Minijob. Der unter Rot-Grün eingeführte Minijob als Nebenverdienst ist völliger Wahnsinn und müsste sofort abgeschafft werden.

Das führt zurück zur Ausgangsfrage: Warum befürworten die Deutschen

Strukturen und Mechanismen, die eigentlich entgegen ihrer Interessen wirken, wie etwa den Minijob? Weil sie gar nicht über ihre Denkmuster hinauskommen?

Alle Beteiligten glauben, dass es für sie günstig ist. Sie sehen die volkswirtschaftliche Gesamtkonsequenz nicht. Wenn man wollte, dass die Deutschen sich sicher fühlen, müsste man tatsächlich alles tun, um die Erosion der Reallöhne zu verhindern. Es ist historisch neu, dass die Reallöhne sinken. Das findet erst seit 2000 statt und hängt natürlich mit den unterschiedlichen politischen Maßnahmen zusammen, die damals gestartet wurden. Dieser Reallohnverzicht hat auch damit zu tun, dass die Deutschen überzeugt sind, Exportweltmeister sein zu müssen. Niemand fragt sich jemals, wie es eigentlich möglich ist, dass die anderen Länder auch noch leben, ohne Exportweltmeister zu sein. Für die Deutschen ist völlig klar, dass man für den Export alles opfern muss. Aus meiner Sicht geht das bis ins 19. Jahrhundert zurück: Als man keine Kolonien „abbekommen“ hat, musste man eben exportieren, schon im Kaiserreich wurde auf Export gesetzt. Das hat sich in Deutschland einfach gehalten. Diese Idee, Exportweltmeister sein zu müssen, ist die nationalistische Variante des Glaubenssatzes „Ich als Mittelschicht bin Elite“. Dahinter steckt das gleiche Konkurrieren aus eigener Kraft gegen alle anderen.

Haben Sie eine Vorstellung davon, wie sich die Mittelschicht in der näheren Zukunft weiterentwickeln könnte?

Der ganze Diskurs wird sich noch einmal drehen, weil wir jetzt mit der „demografischen Katastrophe“ eine völlig neue Situation haben. Das wird zu einer faktischen Vollbeschäftigung führen. Sie wird nicht jede/n Einzelne/n erreichen, weil das ja auch immer eine Frage der Qualifikation ist. Aber bis 2025 wird das Angebot an Arbeitskräften um 6,7 Millionen Leute zurückgehen. Natürlich kann man das zum Teil dadurch kompensieren, dass auch Hausfrauen arbeiten. Die Mütter werden sich noch umgucken – die „Herdprämie“, die von der CSU diskutiert wird, wird im Falle der Einführung keine drei Jahre existieren. Dann wird man eher denken, man braucht die Frauen an der Front. Ich sage das so militärisch, weil ich glaube, dass es zum Beispiel zu einer Art Militarisierung der Bildung kommen wird. Zurzeit gibt es noch einen Widerstand dagegen, Migrant/innenkinder in die Kita zu schicken, weil dann gefürchtet wird, das könnte eine unliebsame Konkurrenz für das eigene Kind sein. Das wird alles verschwinden, weil es völlig klar sein wird, dass alle, die hier leben, arbeiten müssen.

Nach dem Motto „Deutschland braucht dich“... Genau – und dann werden alle Kinder mit vier Monaten in die Krippe kommen, man wird die Deutschkenntnisse fördern. Wirtschaftskommissionen werden die Schulen dazu beraten, wie die Ausbildungsfähigkeit gefördert werden kann. Es wird zu einer umfassenden Kontrolle des individuellen Lernfortschritts kommen.

Optimistisch formuliert würde das dazu führen, dass migrantische Kinder tatsächlich als Teil der deutschen Gesellschaft wahrgenommen werden.

Zynisch gesprochen wird es noch drei Jahre dauern, bis die Deutschen verstehen, dass sie sich entscheiden müssen: Importieren wir jetzt Nordafrikaner/innen oder Schwarzafrikaner/innen oder fördern wir die Migrant/innen, die wir schon haben? Dann wird man darauf kommen, dass – aus Furcht vor mehr Migration – lieber Migrant/innen ausgebildet werden, die schon hier sind.

Aber werden sich die Abwertungsprozesse dann auch verändern? Das glaube ich schon. Ich vermute, der eigentliche Kampf wird dann zwischen denen stattfinden, die arbeiten, und den Alten, die versorgt werden müssen. Da kann es noch bitter werden. Die jetzigen Arbeitslosen haben ja keine großen Rentenansprüche. Die Klassenfrage, die wir jetzt in Bezug auf Arbeitslose haben, wird sich dann ins Alter verschieben. Wir werden sehr gut versorgte Alte haben – wie zum Beispiel unseren ehemaligen Bundespräsidenten – und alte Hartz-IV-Empfänger/innen. Das kann durchaus zu neuen Euthanasie-Debatten im weitesten Sinne führen. Es kann noch richtig unangenehm werden, wenn diskutiert wird, ob die Gesellschaft noch Operationen für Hartz-IV-Empfänger/innen im Alter übernimmt. Das wird etwa in zehn Jahren anfangen, denn wenn man Vollbeschäftigung hat, ist die Handlungsmacht der Jungen extrem. Die Renditen, die an die Alten ausgeschüttet werden, werden sinken, auch Aktien werden weniger abwerfen, weil eben die Lohnquote steigt. Die Leute, die jetzt hoffnungsfroh in die Riester-Rente einzahlen – also meine Generation – und sich vorstellen, später eine höhere Rente zu haben, werden sich noch umschaun.

Sie glauben also, die Idee des Sozialstaats wird dann eigentlich veraltet sein?

Wer sich selber nicht mehr ernähren kann, wird es nicht wert sein, mit durchgefüttert zu werden?

Nein, denn es wird eine reiche Gesellschaft sein. Deutschland geht jetzt gerade durch eine Finanzkrise, aber das Wachstum wird weiter zunehmen. Gleichzeitig sinkt die Bevölkerungszahl, pro Kopf steigt also das Wachstum. Hier muss niemand hungern. Aber es werden natürlich Verteilungskämpfe der ganz neuen Art stattfinden. Auch jetzt könnte man es sich mühelos leisten, alle gut zu pflegen. Aber stattdessen wird lieber nach Mallorca geflogen. Dass diese Prioritäten-Debatte zwischen Konsum und Solidarität abebbt, sehe ich nicht.

Das heißt, dann wird es eine Mittelschicht wie heute eigentlich gar nicht mehr geben?

Doch, alle werden Mittelschicht sein. Sagen wir es so: Alle, die arbeiten, werden Mittelschicht sein.

Die Abwertung nach unten wird es dann noch genauso geben?

Die Abwertung nach unten wird stattfinden, aber sie wird Ältere treffen. Die Spaltung der Gesellschaft in Reiche, Mittelschicht und Arme wird sich nicht ändern. Aber die Zusammensetzung dieser Schichten wird sich ändern. In zehn, zwanzig Jahren sind dann diejenigen Alten arm, die während ihrer Erwerbstätigkeit oft arbeitslos waren. Es wird auch Personen im erwerbsfähigen Alter treffen, die nicht in der Lage sind, in dieser Art von Gesellschaft eine Arbeit zu finden, Menschen, die in einer Zeit zur Schule gegangen sind, als man noch dachte, man braucht nicht jeden. Sie sind in der Förderschule gelandet oder haben die klassische Benachteiligung als Migrant/in erlebt. Mit 40 sind diese Menschen falsch oder gar nicht ausgebildet. Die Tatsache, dass sie trotz offener Stellen nicht in den Arbeitsmarkt passen, wird man ihnen dann persönlich anlasten. Ich sehe es kommen, dass man Hartz IV dann sogar noch senkt. Die Arbeitenden werden gut verdienen, aber die Armen wird man so richtig ausgrenzen. Das kann sogar noch härter werden, als es jetzt ist. Das trifft dann nicht mehr deren Kinder, denn die wird man in militarisierten Schulen auf Vordermann bringen, aber es trifft die Eltern, die ausgesteuert und mit niedrigsten Sozialbezügen abgeseigt werden.

Für die Integration von Migrant/innen als Teil der Gesellschaft ist das ein erstaunlich positives Bild.

Die Deutschen waren ja schon einmal so flexibel: als sie die Gastarbeiter/innen angeheuert haben. Nur kamen die 1961/62, und 1973 fing die Arbeitslosigkeit an. Dieser positive Rekrutierungsprozess lief nur zwölf Jahre, und seither, also seit 40 Jahren gelten sie als Belastung. Aber dass die Deutschen dazu fähig sind, jeden willkommen zu heißen, der in der Arbeitswelt gebraucht wird, das hat man nach dem Krieg gesehen. Und zu dieser „Meisterleistung“ wären die Bundesbürger/innen wieder fähig, wenn das dem Eigennutz erkennbar dient.

Damals war die Idee aber, die Gastarbeiter/innen gehen wieder zurück, wenn sie nicht mehr arbeiten. Eine wirkliche Integration war damals nicht das Ziel. Ja, das stimmt. Sie sagen, das ist optimistisch. Ich sage, das ist zynisch, weil die Deutschen nur deswegen die hier lebenden Ausländer/innen oder Migrant/innen integrieren werden, weil sie wissen, dass sie sonst Schwarzafrikaner/innen nehmen müssten. Jetzt haben sie noch die Idee, sie könnten Arbeiter/innen aus Polen haben. Aber das wird sich als völliger Irrtum herausstellen, weil Polen wirtschaftlich stark wächst – für die Polen/innen gibt es gar keinen Grund mehr, ihre Heimat zu verlassen. Außerdem gibt es dort auch einen demografischen Wandel: Ab 1990 gab es auch in Polen weniger Geburten. Das gilt sogar für Länder wie Bulgarien und Rumänien. Es gibt eine wachsende Weltbevölkerung, aber nicht in Europa. Also werden sich die Deutschen mit den Migrant/innen arrangieren, die schon hier sind.

Das Gespräch fand am 20.02.2012 in Berlin statt..

Geht es tatsächlich
abwärts?

Einkommensposition
und Mentalitäten der
gesellschaftlichen Mitte
im Vergleich >>

Ursula Dallinger

In öffentlichen Debatten wird in den letzten Jahren auf eine bedrohte Lage der Mittelschicht hingewiesen. Sie schrumpfe – heißt es – und verlöre ihre bis dahin gesicherte Wohlfahrtsposition. Die Nachkriegsentwicklung habe Deutschland zu einer Mittelstandsgesellschaft gemacht, die nun angesichts einer Polarisierung der Einkommensverteilung zunehmend zu erodieren drohe. Während zuvor der Blick derer, die sich für soziale Ungleichheiten interessieren, auf Menschen am unteren Ende der Einkommenshierarchie gerichtet war und man ein neues Prekariat thematisiert, richtet sich nun der Blick auf ein „Ende der Mittelschichtgesellschaft“.¹

Die Mitte der Gesellschaft war bislang kein „Sorgenkind“ der Ungleichheitsforschung. Polarisierung jedoch bewirke, dass mehr Menschen die oberen oder unteren Gruppen bevölkern, die mittleren Einkommens- und Soziallagen aber ausdünnen. Ein Schrumpfen der Mitte ist auch deshalb Anlass zur Sorge, weil die breite Mitte den gelungenen sozialen Ausgleich belegt, der nun bedroht scheint. Die Mittelschicht ist in der Tat eine Art Mediator zwischen den gesellschaftlichen Gruppen oben und unten, der politische und soziale Spannungen zu dämpfen vermag. Ihre Existenz „beweist“ nahe liegende Aufstiegsoptionen für die weiter unten. Ihre politischen Positionen sind mittlere; ihre Haltungen in Verteilungs-, Gerechtigkeits- und vielen anderen für eine demokratische Ordnung relevanten Fragen liegen ebenfalls in der Mitte, was oft wenig spektakulär ist. Jedoch, wird diese vermittelnde soziale Gruppe geschwächt, könnten Extrempositionen und soziale Konflikte zunehmen.

Für die liberalen angelsächsischen Länder ist die Diagnose eines Schwindens der Mittelschicht im Zuge verschärfter Einkommensungleichheit nicht neu. Seit einigen Jahren jedoch wird die Aushöhlung der gesellschaftlichen Mitte auch in europäischen Ländern und selbst in Deutschland beobachtet, wo Menschen wegen des vergleichsweise ausgebauten arbeits- und sozialrechtlichen Schutzes, der tarifvertraglichen Regulierung der Lohnfindung und eines ausgebauten sozialen Sicherungssystems gegen gravierende Einkommensungleichheit gefeit schienen. Bis in die 90er-Jahre hinein gab es zumindest auf der Ebene der Nettoeinkommen wenig empirische Anzeichen einer Polarisierung der Einkommensverteilung.² Inzwischen nehmen jedoch auch in Ländern mit ausgebautem Sozialstaat und regulierten Arbeitsbeziehungen die Einkommensdisparitäten zu. Wie stark diese Entwicklung auch die Einkommensposition der Mittelschicht

¹ Richard Münch, *Das Regime des liberalen Kapitalismus. Inklusion und Exklusion im neuen Wohlfahrtsstaat*, Frankfurt/M. und New York 2009, S. 185.

² Arthur S. Alderson, Jason Beckfield, François Nielsen, „Exactly How has Income Inequality Changed?“, in: *International Journal of Comparative Sociology* 46 (2005), S. 405-423; Jan Goebel, Martin Gornig, Hartmut Häußermann, „Polarisierung der Einkommen: Die Mittelschicht verliert.“ *Wochenbericht des DIW* Berlin Nr. 24 (2010):, S. 2-8.

verschlechtert, ist aber umstritten. Denn eigentlich stehen die am unteren Ende der sozialen Hierarchie Befindlichen unter dem Druck sich wandelnder Arbeitsmärkte, überproportionaler Arbeitslosigkeit und Leistungskürzungen bei Arbeitslosigkeit. Nagen diese Trends nun auch an der Lage der Mitte? Oder geht es der Mittelschicht eigentlich gut (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* 18.7.2010) und die Debatte um ihre Erosion ist lediglich – angesichts der Turbulenzen weiter unten – von Ängsten der Mitte vor sozialem Abstieg getrieben? Handelt es sich um eine Medienblase?

Dieser Beitrag will zur Klärung der Debatte um die bedrohte Mittelschicht beitragen, indem er untersucht, wie sich die Einkommensposition der Mittelschichten entwickelt hat und wie der Wohlfahrtsstaat diese Position beeinflusst. Welchen Anteil haben sozialstaatliche Programme und Steuern an der – relativ – günstigen Lage der Mitte und welchen Anteil haben soziale Transferprogramme und Steuern am vermuteten Abstieg der gesellschaftlichen Mitte? Hat auch die Mittelschicht im Laufe der Zeit zunehmend schlechte Arbeitsmarktchancen, die deren Lohneinkommen sinken lassen? Schützt der Sozialstaat die Mitte zunehmend weniger vor Arbeitsmarktrisiken und vor dem Verdienstaufschlag bei weiteren sozialen Risiken?

Der Einfluss sozialpolitischer Umverteilung durch öffentliche Transferleistungen, Steuern und Sozialabgaben auf die Größe und die relative Einkommensposition der Mittelschichten lässt sich mit der Unterscheidung zwischen den Bruttoeinkommen und Nettoeinkommen verdeutlichen. Als Bruttoeinkommen zählen alle durch Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger am Arbeitsmarkt (vor allem Löhne und Gehälter), aber auch am Geld- oder Immobilienmarkt zustande gekommenen Einkommen, man spricht daher kurz von Markteinkommen. Die Nettoeinkommen sind die verfügbaren Einkommen der Haushalte, die außerdem durch Steuern und Sozialabgaben wie auch durch soziale Transferzahlungen und steuerliche Entlastungen bestimmt werden.³ Staatliche Umverteilung wird also festgestellt durch einen Vergleich der Einkommensverteilung vor Steuern und Abgaben und nach Steuern und Abgaben.

Der Beitrag geht weiter davon aus, dass eine veränderte Position der gesellschaftlichen Mitte im Kontext des Wandels der Einkommensposition anderer sozialer Gruppen analysiert werden muss. Nur so lässt sich zeigen, dass in den vergangenen Dekaden andere Einkommensgruppen deutlich mehr von der Dynamik der Markteinkommen betroffen waren (sowohl negativ als auch positiv) als die Mittelschicht. Ein solcher Vergleich informiert auch über die Wirkungen sozialstaatlicher Angleichungspolitik und kann aufklären, ob die Mitte ausgesaugt wird.

Aussagen zur Gefährdung der gesellschaftlichen Mitte müssen außerdem diese sehr breit gefasste Gruppe differenzieren. Die Mittelschicht ist nicht homogen, untere

³ Auch Dienstleistungen und Infrastruktur, die der Staat kostenlos oder kostengünstiger zugänglich macht, sowie die beruflichen Optionen im öffentlichen Sektor beeinflussen selbstverständlich die Wohlfahrtsposition der Mitte, werden aber hier nicht betrachtet. Da wir auf Daten der Luxembourg Income Study zurückgreifen, konzentriert sich der Beitrag auf den Einfluss des Sozialstaats auf die Einkommensposition der Mitte.

und obere Mittelklasse haben sehr unterschiedliche Bildungs-, Arbeitsmarkt und Einkommenschancen. Im Großteil der deutschsprachigen Literatur zum Wandel der sozio-ökonomischen Position der Mittelschicht fehlt eine solche Differenzierung. Dieser Beitrag zeigt jedoch, dass man eher von Mittelschichten sprechen muss. So werde ich die Einkommensposition der Mittelschichten in Deutschland und ihre Entwicklung seit etwa 1985 analysieren. Durch den internationalen Vergleich lässt sich die spezifische Entwicklung in Deutschland besser beurteilen. Zudem werden die sozialpolitischen wie auch institutionellen Einflussfaktoren, die für Länderunterschiede bei der Lage der verschiedenen Einkommenschichten sorgen, sichtbar.

Vor dem Hintergrund der differenziert gezeigten Einkommensentwicklung kann man dann fragen, in welcher Einkommensschicht „Abwehrreaktionen“ wie Menschenfeindlichkeit (gegen Fremde, Ärmere, Ältere, Behinderte etc.) plausibel sind.

Daten und Methoden

Welches Segment der Gesellschaft ist genau von einer Verschlechterung der Einkommenslage bedroht und inwieweit sind es eher die Markteinkommen oder die auch sozialpolitisch bestimmten Nettoeinkommen der Haushalte, bei denen soziale Gruppen, hier erfasst als Einkommenschichten, an Boden verlieren?

Grundlage der empirischen Analysen sind die Mikrodaten der Luxembourg Income Study (LIS) für die Zeit zwischen 1985 und 2005, mit denen geeignete Indikatoren der Einkommensverteilung errechnet wurden. Es wurden die Haushaltseinkommen, also die Einkommen aller Mitglieder eines Haushalts, als Bezugsgröße gewählt. Die unterschiedliche Zahl der Haushaltsmitglieder wird durch eine Gewichtung standardisiert. Im gesamten weiteren Text ist stets dieses äquivalenzgewichtete Haushaltseinkommen gemeint, auch wenn der Einfachheit halber lediglich von Einkommen die Rede ist. Anstelle der üblichen Abgrenzung der Mittelschicht als Haushalte mit einem (netto-äquivalenzgewichteten) Haushaltseinkommen zwischen 75 und 150 Prozent des Medianeinkommens⁴ wird in diesem Beitrag die relative Position diverser Schichten in der Einkommensverteilung verwendet. Diese lässt sich mit Hilfe der prozentualen Anteile darstellen, die einzelne Gruppen der Bevölkerung erhalten. Wir teilen in Fünftel/ Quintile der Bevölkerung auf und stellen deren Anteil am Gesamteinkommen dar.⁵ Mittels dieser Quintile und dem ihnen jeweils zukommenden Einkommensanteil lässt sich die ‚Wohlfahrtsposition‘ der gesellschaftlichen Mitte in eine untere (zweites Quintil),

⁴ Steven Pressman, „The Decline of the Middle Class: An International Perspective“, in: *Journal of Economic Issues* 41 (2007), S. 181–200; Markus M. Grabka, M. and Joachim R. Frick, „Schrumpfen der Mittelschicht – Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen?“, in: *Wochenbericht des DIW* 75 (2008), S. 101–107.

⁵ Wie viele Gruppen man wählt, ist bei diesem Verfahren offen. Man kann in Zehntel differenzieren oder größer in Viertel aufteilen.

mittlere (drittes Quintil) und obere Mittelschicht (viertes Quintil) zerlegen. Darunter ist das erste Quintil gering verdienender Haushalte und darüber das fünfte Quintil der wohlhabenden Haushalte angesiedelt.

Der distributive Effekt von Steuern, Sozialabgaben und Sozialtransfers auf die Einkommensverteilung wird anhand des Vergleichs der Verteilung der Markteinkommen einerseits und der Verteilung der verfügbaren Haushaltsnetto-Einkommen andererseits erfasst.⁶ Markteinkommen sind alle marktlichen Einkommensbestandteile, gleich ob sie aus Erwerbstätigkeit oder anderen Formen der Marktteilhabe stammen. Beim verfügbaren Einkommen werden zusätzlich die Belastungen durch Steuern und Sozialabgaben einerseits und die Zugewinne durch verschiedene Transferzahlungen aus den Sozialversicherungen (durch die Eingrenzung auf Personen im Erwerbsalter handelt es sich hier vor allem um Arbeitslosengeld) oder Zahlungen aus anderen Leistungsprogrammen (etwa Kindergeld) berücksichtigt. Die für die jeweilige Einkommensart zu beobachtende Verteilung ist geprägt von den unterschiedlichen sozialen Dynamiken, die sich in der jeweiligen Sphäre abspielen und die Einkommensverteilung bestimmen.⁷ So spiegelt das Markteinkommen die Trends auf den Arbeits- und Kapitalmärkten, aber auch die steigende Frauenerwerbstätigkeit, da hier die Einkommen aller Haushaltsglieder betrachtet werden. Im verfügbaren Haushaltseinkommen manifestieren sich die Effekte der diversen sozialstaatlichen Programme, also das Niveau der sozialen Absicherung wie auch Reformen und Rückbau sozialpolitischer Programme.⁸

Wichtig ist der Hinweis, dass Maßzahlen der Einkommens(-um)verteilung nur für Personen im Erwerbsalter zwischen 25 und 60 Jahren berechnet wurden. Dies vermeidet Verzerrungen. Diese entstehen einerseits durch die je nach Land unterschiedlich lange Dauer des Verbleibs im Bildungssystem, während der meist kein Einkommen erzielt wird. Andererseits würde der Einschluss der Rentner/innen die Ergebnisse verzerren, da diese Gruppe in der Regel ein nur geringes oder kein Markteinkommen hat. Wird nun, wie es dieses Verfahren zur Messung staatlicher Umverteilung vorsieht, das Markteinkommen mit den durch staatliche Transfers geprägten verfügbaren Nettoeinkommen verglichen, würde man einen deutlichen Sprung der Einkommen

6 Irwin Garfinkel, Lee Rainwater, Timothy M. Smeeding, *Welfare State Expenditures and the Redistribution of Well-Being: Children, Elderly and Others in Comparative Perspective*, LIS Working Paper No. 387 (2005); Vincent Mahler, David Jesuit, Piotr Paradowski, *The political sources of Government Redistribution in the Developed World. A Focus on the Middle Class*, Beitrag zur Konferenz „Inequality and the Status of the Middle Class“ an der Universität Luxemburg, 2010; Lane Kenworthy, Jonas Pontusson, „Rising Inequality and the Politics of Redistribution in Affluent Countries“, in: *Perspectives on Politics* 3 (2010), S. 449–471.

7 Analysen, die individuelle Löhne zugrunde legen (in der Regel von vollbeschäftigten Männern), erfassen die Verteilungseffekte des Arbeitsmarktes; Analysen auf der Basis von gepoolten Faktoreinkommen von Haushalten erfassen Effekte der Frauenerwerbstätigkeit oder der heute oft stärkeren Diversität der Einnahmequellen der Haushalte, die auch über Einkommen aus Finanzanlagen oder Mieten verfügen.

8 Anthony B. Atkinson, „The distribution of earnings in OECD countries“, in: *The International Labour Review* 146 (2007), S. 41–60; Lane Kenworthy, „Inequality and Sociology“, in: *American Behavioural Scientist* 50 (5/2007), S. 584–602.

verzeichnen, der aber nichts mit staatlicher Umverteilung zu tun hat, sondern allein mit der Berechnungsmethode.

Einkommensposition der Mittelklasse und Sozialstaat im internationalen Vergleich

Wo stehen die Mittelschichten im Verteilungsprozess? Eine Antwort auf diese Frage findet man zunächst für die Markteinkommen der Haushalte und zudem im Durchschnitt der Wellen, für die Daten verfügbar sind, in Abbildung 1.

In Deutschland etwa verfügt die untere Mittelschicht über 12 Prozent der Markteinkommen, die mittlere Mitte über 16 Prozent, die obere Mitte über 22 Prozent. Das unterste Quintil muss sich mit einem Anteil von 7 Prozent begnügen, das oberste Quintil verfügt

jedoch über 43 Prozent der Markteinkommen.

Diese Struktur – ein deutlicher Abstand des obersten Quintils zu den übrigen Schichten und kleinere Unterschiede zwischen unten und Mitte – ist in allen Ländern ähnlich. Jedoch variieren die Quintil-Anteile (und damit die Lage der Punkte in der Grafik) in einzelnen Ländern deutlich.

Nach Abbildung 1, die Länder nach der Größe des Anteils der mittleren Mitte (Q3) am Markteinkommen ordnet, ist die Lage der mittleren Mitte in den skandinavischen Ländern am günstigsten, wo auch der Anteil des obersten Quintils weniger als in anderen Ländern davonzieht. Der geringe Abstand zwischen den Anteilen des Markteinkommens, den die Mitte und oben erhalten, nutzt nicht automatisch auch dem untersten Quintil. Dieses partizipiert in Dänemark und Schweden wenig von der angeglichenen Verteilung zwischen Mitte und oben.

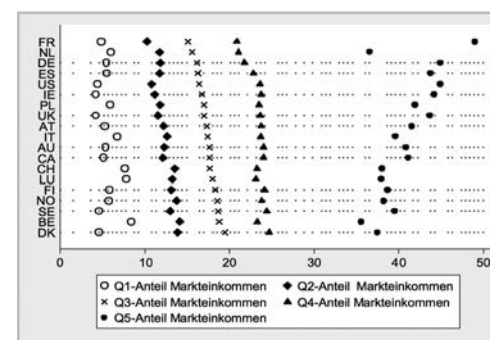


Abb. 1: Relative Position der Schichten beim Markteinkommen (Länder geordnet nach Größe von Q3)

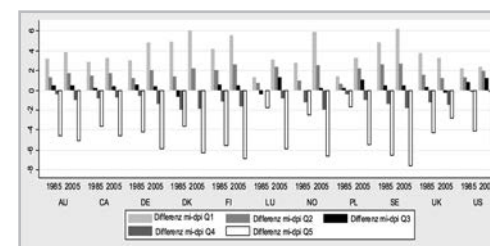


Abb. 2: Umverteilung und ihr Wandel zwischen 1985 und 2005.

Am ungünstigsten ist der Einkommensanteil der mittleren Mitte in den Ländern Frankreich, Niederlande, Deutschland und den Vereinigten Staaten. In den kontinentaleuropäischen Ländern geht die für die mittlere Mitte ungünstige Lage jedoch einher mit einer günstigeren Lage der unteren Mitte und des untersten Quintils. In einigen liberalen Ländern (Kanada, Australien) hat die mittlere Mitte beim Markteinkommen durchaus eine im Vergleich zu den genannten kontinentaleuropäischen Ländern gute Position.

Hier ist das unterste Dezil wie in anderen liberalen Ländern (Vereinigte Staaten, Großbritannien und Irland) ebenfalls relativ ungünstig gestellt.

In kontinentaleuropäischen Ländern wie Deutschland oder Frankreich ist eher die untere Mitte und Unterschicht relativ günstig gestellt. Diese Position bei den Markteinkommen geht auf Unterschiede der Regulierung der Arbeitsbeziehungen und koordinierte Lohnverhandlungen zurück. Hingegen erzeugen die weniger regulierten Arbeitsbeziehungen in liberalen Ländern für eine Verteilung, die eher die mittlere und obere Mitte begünstigt. Die obere Mittelschicht erzielt in jenen Ländern einen größeren Anteil vom Markteinkommen, in denen die untere Mitte einen geringeren Anteil der Markteinkommen hat.

Wenn man die Verteilung *verfügbarer Haushaltseinkommen*, in denen der Einfluss des Sozialstaats auf die Einkommensverteilung zur Geltung kommt, in den Blick nimmt, ändern sich die Einkommensanteile der Quintile. Generell gewinnen untere Einkommen dazu, das oberste Quintil gibt ab. Das Ausmaß variiert selbstverständlich im Ländervergleich stark. Auffällig ist, wie wenig sich der Einkommensanteil der Mittelschichten im Vergleich zu den anderen Gruppen verschiebt. Die für die mittlere Mittelschicht günstigste Verteilung bieten die skandinavischen Länder. Nun ist aber das unterste Quintil stark an die Mitte heran gerückt. Deutschland rangiert in Bezug auf die Einkommenslage der mittleren Mitte weiter im hinteren Drittel und zeichnet sich durch den gehobenen Anteil des untersten Quintils aus. In Deutschland wie in den kontinentaleuropäischen Ländern Frankreich, Niederlande und Spanien steht die mittlere Mitte bei der sozialstaatlich geprägten Einkommensverteilung sogar hinter den Vereinigten Staaten und Großbritannien. In liberalen Ländern hat auch bei den verfügbaren Nettoeinkommen die Mitte im Ländervergleich einen günstigen, das unterste Quintil jedoch einen relativ geringen Anteil.

Der Einfluss von sozialstaatlicher Umverteilung wird deutlicher, wenn man wie in Abbildung 2 die Differenz zwischen den Anteilen auf der Basis des Markt- und des verfügbaren Nettoeinkommens in einzelnen Quintilen direkt abbildet. Hier ist auch der Wandel zwischen Mitte der 80er-Jahre und den 2000er-Jahren gezeigt. Durch staatliche Umverteilung wird in allen Ländern und zu beiden Zeitpunkten der Einkommensanteil des ersten Quintils größer, während der Anteil des fünften Quintils zurückgeht. Bei den drei mittleren Quintilen hingegen verschiebt sich der Einkommensanteil nach Steuern und Sozialleistungen im Vergleich zu dem vor Steuern nur wenig: Der Anteil der unteren Mittelschicht (Q2) wächst leicht, auch die mittlere Mittelschicht erzielt in den meisten Ländern durch den Sozialstaat noch ein leichtes Einkommensplus. Der Einkommensanteil der oberen Mittelschicht fällt nach sozialstaatlichen Eingriffen geringer aus als auf der Basis des Markteinkommens. Die Mittelschichten sind also auch bei staatlicher Umverteilung inhomogen. Insgesamt sorgen sozialstaatliche Eingriffe für ein größeres Einkommensvolumen bei der Unterschicht, und ein geringeres bei der Oberschicht. Bei den Mittelschichten ändert sich durch sozialstaatliche Umverteilung weitaus weniger als oben und unten. Die Mittel-

schichten hatten also in den vergangenen Dekaden eine relativ stabile Einkommenslage. Eine Erosion wird nicht sichtbar, ebenso wenig eine „Ausbeutung“ durch andere Schichten. Die geringe Bewegung bei den Mittelschichten bedeutet nicht, diese profitierten nicht vom Sozialstaat. Die Daten zeigen lediglich, dass mittlere Einkommen keine großen Verluste der Markteinkommen hinnehmen mussten, jedoch die oberste Einkommensschicht davon zieht. Der Sozialstaat stabilisiert jedoch die Lage der Mitte. Das wird bei der hier verwendeten Methode zwar nicht in Differenzen zwischen Brutto- und Nettoeinkommen deutlich, aber die Systeme, die dies leisten – die Sozialversicherungen mit dem Prinzip

beitragsäquivalenter Leistungen – sind „teurer“ als die Leistungssysteme, die für die Anhebung der Einkommensposition der Armen sorgen.

Dass der Sozialstaat zunehmend die Einkommensverteilung beeinflusst, bedeutet jedoch keine Besserstellung der Unterschicht. Denn obwohl der Sozialstaat bei unteren Einkommen stärker als bei anderen Gruppen kompensierend eingreift und hier den Wohlfahrts-Anteil steigert, erzielt er aufgrund der stärkeren negativen Dynamik der Markteinkommen für die geringer Qualifizierten und häufiger von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen am Ende der Einkommenshierarchie dennoch unter dem Strich keine Verbesserung. Im Gegenteil, trotz wachsender Umverteilung verschlechtert sich die Position der Unterschicht. Dies geht aus der Tabelle 1 hervor. Sie zeigt (für eine Auswahl der bisher gezeigten Länder) die Einkommensanteile der einzelnen Quintile an den

| Land | 1985 | | 2005 | | Differenz 1985 - 2005 | |
|-----------|------------|-------------|------------|-------------|-----------------------|-------------|
| | Markteink. | Verf. Eink. | Markteink. | Verf. Eink. | Markteink. | Verf. Eink. |
| DE | 6.83 | 9.84 | 4.48 | 9.31 | -2.35 | -.54 |
| Q1 | 13.23 | 14.46 | 12.38 | 14.40 | -.85 | -.05 |
| Q2 | 17.56 | 18.10 | 17.51 | 17.88 | -.05 | -.21 |
| Q3 | 22.94 | 22.37 | 23.73 | 22.40 | +.79 | -.03 |
| Q4 | 39.44 | 35.22 | 41.90 | 36.01 | +2.46 | +.79 |
| Q5 | | | | | | |
| FI | 7.17 | 11.28 | 4.79 | 10.31 | -2.38 | -.97 |
| Q1 | 14.16 | 16.16 | 12.53 | 15.08 | -1.63 | -1.10 |
| Q2 | 18.81 | 19.38 | 17.95 | 18.41 | -.86 | -1.0 |
| Q3 | 23.84 | 22.74 | 24.1 | 22.42 | +.22 | -.32 |
| Q4 | 36.0 | 30.45 | 40.67 | 33.78 | +4.65 | +3.34 |
| Q5 | | | | | | |
| NO | 8.23 | 11.01 | 3.9 | 9.78 | -4.33 | -1.23 |
| Q1 | 14.64 | 15.62 | 12.61 | 15.10 | -2.02 | -.51 |
| Q2 | 18.7 | 18.66 | 18.16 | 18.34 | -.55 | -.32 |
| Q3 | 23.72 | 22.50 | 23.93 | 22.01 | +.21 | -.49 |
| Q4 | 34.71 | 32.21 | 41.40 | 34.77 | +6.69 | +2.56 |
| Q5 | | | | | | |
| SE | 5.95 | 10.78 | 4.38 | 10.61 | -1.57 | -.17 |
| Q1 | 13.92 | 16.51 | 12.82 | 15.53 | -1.10 | -.98 |
| Q2 | 18.0 | 19.45 | 18.38 | 18.80 | -.60 | -.65 |
| Q3 | 24.25 | 22.88 | 24.3 | 22.51 | -.04 | -.37 |
| Q4 | 36.9 | 30.38 | 40.12 | 32.54 | +3.22 | +2.17 |
| Q5 | | | | | | |
| UK | 4.96 | 8.71 | 3.87 | 7.12 | -1.07 | -1.59 |
| Q1 | 12.35 | 13.91 | 10.15 | 11.31 | -2.20 | -2.6 |
| Q2 | 17.76 | 18.05 | 15.17 | 14.98 | -2.56 | -3.07 |
| Q3 | 24.51 | 23.27 | 21.43 | 20.02 | -3.09 | -3.25 |
| Q4 | 40.42 | 36.07 | 49.37 | 46.57 | +8.95 | +10.50 |
| Q5 | | | | | | |
| US | 4.77 | 6.93 | 4.11 | 6.47 | -.67 | -.17 |
| Q1 | 11.73 | 13.02 | 10.0 | 11.93 | -1.71 | -.98 |
| Q2 | 17.1 | 17.86 | 15.54 | 16.78 | -1.55 | -.65 |
| Q3 | 24.2 | 24.1 | 22.91 | 22.8 | -1.30 | -.37 |
| Q4 | 42.2 | 38.07 | 47.42 | 42.03 | +5.22 | +2.17 |
| Q5 | | | | | | |
| CA | 5.90 | 8.7 | 4.47 | 7.71 | -1.43 | -.099 |
| Q1 | 12.84 | 14.3 | 11.40 | 13.1 | -1.43 | -1.20 |
| Q2 | 18.10 | 18.26 | 17.25 | 17.59 | -.82 | -.67 |
| Q3 | 24.00 | 23.18 | 23.80 | 23.06 | -.20 | -.11 |
| Q4 | 39.20 | 35.56 | 43.1 | 38.54 | +3.88 | +2.98 |
| Q5 | | | | | | |
| CH | 7.84 | 9.28 | 7.39 | 9.75 | -.46 | +.48 |
| Q1 | 13.62 | 14.07 | 13.71 | 14.55 | -.10 | +.48 |
| Q2 | 17.35 | 17.63 | 18.16 | 18.12 | +.81 | +.48 |
| Q3 | 22.60 | 22.33 | 23.67 | 22.93 | +1.07 | +.60 |
| Q4 | 38.59 | 36.69 | 37.07 | 34.65 | -1.52 | -2.05 |
| Q5 | | | | | | |

Tab. 1: Anteil der Quintile am Gesamteinkommen nach Markt- und verfügbarem Einkommen und Veränderung zwischen 1985 und 2005.

Markt- als auch den verfügbaren Einkommen und die Veränderung dieser Anteile zwischen Mitte der 80er- und Mitte der 2000er-Jahre. Verluste der unteren Einkommensgruppe bei den Anteilen am Markteinkommen wurden zwar abgemildert, aber auf der Ebene verfügbarer Einkommen nicht vollständig kompensiert. Die oberste Einkommensgruppe verzeichnete vielmehr einen – je nach Land mehr oder weniger deutlichen – Zuwachs des Einkommensanteils bei den Markteinkommen, der trotz wachsender Umverteilung in den

Eine Frage der Klasse? Deutschlands Mitte zwischen Abstiegsangst und dem Tritt nach unten

meisten Ländern bestehen bleibt. Oben in der Einkommenshierarchie gibt es also Nettozuwächse, die Gruppe ganz unten verliert trotz sozialstaatlicher Kompensation beim Anteil der ihr zufließenden Einkommen.

Während die obere Mitte in vielen Ländern an den Zugewinnen für die oberen Einkommen partizipiert, mussten untere und mittlere Mitte Netto-Verschlechterungen hinnehmen. Ihr schrumpfender Markteinkommensanteil wird zwar nicht vollständig, aber doch weitgehend durch sozialstaatliche Programme kompensiert. Die untere Mitte teilt somit das „Schicksal“ des untersten Quintils, muss allerdings nur kleine Einbußen bei Markt- und verfügbaren Einkommen hinnehmen.

In Deutschland etwa ging der Anteil des ersten Quintils am Markteinkommen zwischen 1985 und 2005 um 2,35 Prozentpunkte zurück, bei Betrachtung des verfügbaren Einkommens sank der Anteil nur um ein halbes Prozent. Für das oberste Quintil wuchs zwar der Markteinkommensanteil um 2,46 Prozentpunkte, beim verfügbaren Einkommen hat sich der Zugewinn auf lediglich 0,76 Prozent reduziert. Die Einbußen unten und die Zugewinne oben nach sozialstaatlichem Eingreifen sind in den meisten Ländern deutlicher als in Deutschland, auch in skandinavischen Ländern. Der Umfang an Kompensation der Verluste unten und des Bremsens der Zuwächse oben durch den Sozialstaat variiert erwartungsgemäß zwischen den Ländern.⁹

Was die Einkommensentwicklung Folgen bei den Einstellungen?

Die Mitte ist eher gering bedroht von einem vermeintlichen Abstieg, jedoch variieren die einzelnen Gruppen innerhalb der Mitte stark. Die untere Mittelschicht hat durchaus Anlass zu Abstiegsängsten, ähnlich wie die untere Einkommensschicht. Wirken sich diese in Form der Abwertung bestimmter Gruppen, die als Bedrohung wahrgenommen werden, aus? Nach Abbildung 3 scheint dies durchaus der Fall zu sein: Die untere Mittelschicht stimmt am häufigsten zu, dass Migrantinnen und Migranten schlecht für die Wirtschaft seien. Diese Frage kann als ein Indikator für gruppenbezogene negative Haltungen aufgrund der bedrohten eigenen Lage gelten. Dieses Reaktionsmuster ist besonders in Deutschland ausgeprägt, dagegen sind in Großbritannien Migrantinnen und Migranten eher für die Unterschicht ein Grund der Negativbewertung und Abwehr.

Als zweiten Indikator für negative Zuschreibungen, die im Zuge des eigenen ökonomischen Abstiegs gewachsen sein mögen, verwenden wir die Ratings von Befragten in drei Ländern gegenüber der Aussage „Sozialleistungen machen Menschen faul“ (siehe Abbildung 4). Diese Zuschreibungen sind in Deutschland bei der unteren Mittelschicht sehr viel stärker als bei höheren Einkommensschichten. Bei der Unterschicht gehen diese Vorurteile wieder zurück, da vermutlich mehr Menschen aufgrund eigener

⁹ Näheres dazu in Ursula Dallinger, „Prekäre Mitte? Sozialstaat und Mittelschicht im internationalen Vergleich“, in: *Zeitschrift für Sozialreform* 57 (2011), S. 83–110.

Erfahrungen mit dem Bezug staatlicher Sozialleistungen diese Stereotypen zurückweisen können. Deutschland erweist sich im Vergleich zu den Ländern Großbritannien und Frankreich mit zwar ebenfalls schichtspezifischen, aber weniger drastisch unterschiedlichen Zuweisungen als regelrecht polarisiert.

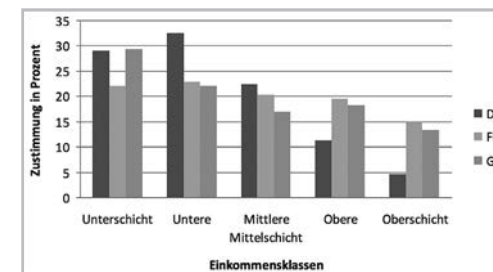


Abb. 3: Migrant/innen sind schlecht für die Wirtschaft im Ländervergleich.

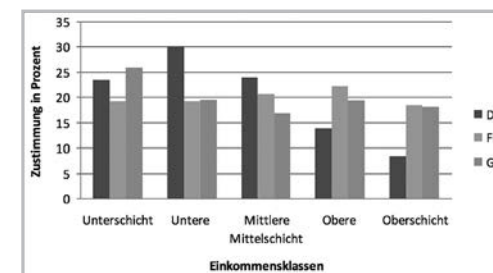


Abb. 4: Schichtspezifische negative Stereotype im Ländervergleich

Eine Frage der Klasse? Deutschlands Mitte zwischen Abstiegsangst und dem Tritt nach unten

Fazit

Im internationalen Vergleich fällt der Wandel der marktlichen wie auch der sozialpolitischen Einkommensverteilung oben und unten viel stärker aus als in der Mitte. Der Sozialstaat hat in der Mitte weniger an relativen Verlusten bei der Arbeitsmarktposition über die Zeit zu kompensieren als unten. Sozialstaatliche Programme stabilisieren weitgehend die Lage der Mittelschicht, was angesichts der proportionalen Verteilungslogik der Sozialversicherungen, die in vielen Ländern das primäre Instrument der Sozialpolitik darstellt, plausibel ist. Progressive Besteuerung greift eher bei den oberen Einkommensquintilen, ohne jedoch deren Davonziehen

bei der Entwicklung der Markteinkommen einzuebnen. Damit ist keine Aussage darüber getroffen, ob die Besteuerung und Belastungen der Einkommensgruppe ausreichend oder gerecht ist. Auch sollten die gezeigten Daten nicht für Aussagen über die Belastung durch Steuern und Abgaben insgesamt zugrunde gelegt werden, da jene Einkommensarten (wie Unternehmensgewinne) eher untererfasst sind, die geringer steuerlich belastet werden. Durch deren Berücksichtigung würde sich die Umverteilung von oben nach unten noch verringern.

Der Grund für die Bedrohungsdebatte liegt in anderen, komplexeren Ursachen als dem tatsächlichen sozialen Abstieg der gesellschaftlichen Mitte. Teils dürfte die große Dynamik, mit der sich hohe Einkommen nach oben entfernen, den Eindruck des Abgehängt-Seins erzeugen. Auch würde sich lohnen zu fragen, ob die abnehmende kollektive Regulierung der Erwerbsarbeit ein Grund für die Unsicherheit der Mitte ist.



orsorgende Sozial- politik als Antwort auf soziale Exklusion



Wolfgang Schroeder

„Mit der Abgrenzung der Mittelschicht und damit der Mehrheit der Bevölkerung nach unten ist ihre Rolle als Faktor für die Stabilität der demokratischen Gesellschaft und ihren Zusammenhalt in Frage gestellt.“ So stand es auf dem Programmflyer zur Tagung am 2.11.2011. Eine starke These, die zunächst Gegenfragen provoziert: Wie stark sind diese Abwertungstendenzen überhaupt? Hat es sie nicht immer gegeben? Erfüllt Abwertung als Abgrenzung nicht vielleicht eine wichtige Funktion, um sich seiner eigenen Identität zu versichern? Ist sie also nicht ein gängiger Mechanismus, den es zu allen Zeiten gab, zum Beispiel in Bezug auf den Bildungsstatus? Ließe sich nicht die Gegenthese vertreten, dass Abwertung also vielmehr zur Stabilisierung von Gesellschaft beiträgt?

Ich meine: nein. Verschiedene Studien belegen, dass die soziale Schere in Deutschland immer weiter auseinandergeht. In kaum einem anderen OECD-Staat hat der Niedriglohnsektor in den vergangenen 15 Jahren so schnell zugenommen wie in Deutschland. So beklagt auch die OECD eine zunehmende Lohnspreizung und Einkommensungleichheit, die sich auf dem höchsten Stand seit 30 Jahren befindet. Das hat fatale Folgen für den sozialen Zusammenhalt. Langfristig gesehen ist es tatsächlich nicht unwahrscheinlich, dass Gruppen, die sich von der Gesellschaft ausgeschlossen fühlen, ihr die Solidarität aufkündigen. Wie schnell das gehen kann, haben wir erst 2011 in England gesehen.

Soziale Integration vor dem Hintergrund gewandelter Bedingungen

Soziale Integration ist seit jeher das zentrale Anliegen des Sozialstaates. Die Diskussion über das „abgehängte Prekariat“ zeigt: Die Frage, wie gesellschaftliche Teilhabe gelingen kann, ist aktuell wie eh und je. Gleichwohl stellt sie sich heute vor einem gewandelten Hintergrund. Neben den strukturellen Veränderungen auf den Arbeitsmärkten haben sich auch die Beziehungen zwischen den Geschlechtern und in den Familien gewandelt. Entgrenzung, Flexibilisierung, Pluralisierung, Ökonomisierung sind die Schlagworte, mit denen versucht wird, den Wandel zu fassen. Im Ergebnis bedeutet dies: In vielen gesellschaftlichen Bereichen ist nichts mehr so, wie es einmal war. Auf dem Arbeitsmarkt ist es das Normalarbeitsverhältnis, das erodiert. In den Familien haben die veränderten Geschlechterbeziehungen dazu geführt, dass die arbeitsteilige Struktur zwischen männlichem Ernährer und sorgender, nicht erwerbstätiger Mutter als Norm der Vergangenheit angehört. Beide Entwicklungen haben Freiheitsspielräume, aber auch neue Konflikte und Unsicherheiten mit sich gebracht. Angesichts dieser Veränderungen bestehen Überforderungsphänomene auf Seiten der Betroffenen und große Anpassungsprobleme in den etablierten Institutionen.

Denn mit der in den letzten Jahren gewachsenen Zahl von Menschen, die abgehängt und ausgegrenzt sind, hat auch die Hilflosigkeit von Staat und Gesellschaft zugenommen. Internationale Vergleiche zeigen, dass andere Länder auf diese sozio-ökonomischen Strukturveränderungen zum Teil besser reagieren. Welche Strategien

müsste Deutschland verfolgen, um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken? Wie können soziale Integration und Teilhabe am Arbeitsmarkt heute gestärkt werden?

Vorsorgende Sozialpolitik reagiert auf den Wandel in Familie und Arbeitswelt

Notwendig ist ein Perspektivenwechsel hin zu einer vorsorgenden und wirksamkeitsorientierten Sozialpolitik. Mit dieser neuen Etappe der Sozialstaatsdebatte sollen Antworten auf die Gerechtigkeitslücke gegeben werden, die in den letzten Jahren gewachsen ist. Sie reagiert auf die neuen Zumutungen des Arbeitsmarktes und spürbare Überlastungen der Familien. Die Legitimations- und Leistungsschwäche des eher reaktiven, nachsorgenden Sozialstaats ist angesichts der veränderten Problemlagen offensichtlich.

Die Konzeption vorsorgender Sozialpolitik steht in der Tradition der investiven und aktivierenden Sozialpolitiken der 1980er- und 1990er-Jahre des 20. Jahrhunderts. In diesem Zusammenhang sind die Stichworte von der Hilfe zur Selbsthilfe bis zum Empowerment zu nennen. Mit solchen Ansätzen ist die Absicht verbunden, die passiven, standardisierenden sozialstaatlichen Strukturen aufzubrechen und sich stärker auf die jeweiligen Lebenslagen einzulassen, um die Eigeninitiative der Individuen zu stärken. Sozialpolitik soll nicht nur reagieren, reparieren und monetär kompensieren, sondern die Menschen befähigen, sich und ihre eigenen Potenziale zu entwickeln – wohlwissend, dass der Fokus auf die Eigenverantwortung nicht Gefahr laufen darf, die Individuen zu überfordern. Es sind die Bedingungen der Möglichkeit zu schaffen, um die Menschen durch die Unterstützung von Institutionen und konkrete Hilfen zu entlasten. Als Politikfeld, das wesentlich zu einer besser integrierten Gesellschaft beitragen kann, wird allgemein eine Bildungspolitik gesehen, die verzahnt mit anderen Politikfeldern – Gesundheit, Familie, Arbeitsmarkt – den Kernpunkt einer verbesserten Vorsorgepolitik bildet.

Vorsorgende Sozialpolitik befähigt zum guten Leben

Ziel vorsorgender Sozialpolitik ist, dass Menschen aus eigener Kraft in dieser Gesellschaft gut leben können. Im „Normalfall“ realisiert sich dies über das Nadelöhr der Erwerbsarbeit. Erwerbsarbeit ist mehr als Broterwerb. Sie hat in der Regel etwas mit Sinnkonstruktionen und Integrationsperspektiven zu tun. Soziale Politik ist deshalb in einer modernen, säkularisierten Massengesellschaft gut beraten, die Erwerbsarbeit zum zentralen Ausgangspunkt ihrer Aktivitäten zu nehmen. Zugleich ist mit der starken Bezugnahme auf Erwerbsarbeit als Quelle der Integration angesichts eines gewachsenen Niedriglohnssektors, zuweilen hyperflexibilisierter und vielfach schlechter Arbeitsbedingungen, eine große Verantwortung verbunden. Wie soll Integration gelingen, wenn arbeitende Menschen schlecht bezahlt, mies behandelt und zweifelhaften Umweltbedingungen ausgesetzt werden? Da klingt die Rede von der „guten Arbeit“ oder der Arbeit

als Quelle der Integration wie billiger Lohn. Dennoch: Die Arbeitsgesellschaft ist noch lange nicht am Ende. Die Bedingungen von Arbeit fair zu gestalten, bleibt damit eine der größten Herausforderungen, vor die die Politik gestellt ist.

Vorsorgende Sozialpolitik setzt auf Qualität und Wirksamkeit

Die meisten sozialpolitischen Strategieangebote, abgesehen von den Initiativen für ein bedingungsloses Grundeinkommen, bleiben innerhalb des Korridors von mehr oder weniger Sozialstaatlichkeit – ohne die Wirkungsweise der sozialstaatlichen Strukturen selbst zu thematisieren. Für genau das Gegenteil plädiert die hier vertretene Strategie vorsorgender Sozialpolitik. Sie setzt weniger auf quantitative als vielmehr auf qualitative Veränderungen, die zu mehr Wirksamkeit der bestehenden Institutionen beitragen, indem deren Arbeitsweise durch Netzwerke ergänzt und in eine andere Kooperationsperspektive gebracht wird. Wir müssen die Koordinations- und Kooperationsmängel und damit die Wirkungsdefizite des deutschen segmentierten Sozialstaates in den Vordergrund der Debatte stellen. Ziel ist es, die Wirkung von Sozialpolitik zu verbessern und damit die Qualität sozialstaatlicher Leistungen am Wandel der neuen gesellschaftlichen Problem- und Lebenslagen auszurichten.

Netzwerke ergänzen, entlasten und verstärken die etablierten Institutionen des Sozialstaates

Sozialstaatliche Institutionen bieten zwar meist hochwertige Leistungen an, haben aber selbst kaum Einfluss darauf, ob ihre Angebote auch angenommen werden und erst Recht haben sie kaum Einfluss darauf, wie sie wirken. Sie haben also ein strukturelles Vermittlungsproblem in die gesellschaftlichen Lebenslagen hinein. Deshalb brauchen sie eine Einbettung in die Gesellschaft und bedürfen konkreter Unterstützung. An diesem Punkt setzen die Überlegungen an, ob und in welcher Form Netzwerke in der Lage sind, eine Scharnierfunktion zwischen Institutionen und Lebenslagen zu übernehmen.

Für unsere Fragestellung nach den Bedingungen sozialpolitischer Wirksamkeit kommt den Netzwerken eine grundlegende Bedeutung zu. Netzwerke können ganz unterschiedlicher Gestalt sein. Uns interessiert hier vor allem die Verbindung von Menschen mit Institutionen, die über Netzwerke hergestellt und verbessert werden kann. Je nach Lebenslage kooperieren in ihnen beispielsweise Familien mit den unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren aus Schule und Jugendhilfe. Netzwerke sind für gesellschaftliche Institutionen, wie beispielsweise Krankenhäuser („Netzwerk Gesunde Kinder“ in Brandenburg) und Schulen („Weinheimer Bildungskette“) Bindeglieder in die Gesellschaft hinein. Vor allem geht es bei Netzwerken darum, die kritischen Passagen des Lebens mit zusätzlichen Angeboten auszustatten. Also vor allem den Übergang vom Kindergarten in die Schule, die ersten Grundschuljahre, die Pubertät in der Schule,

Eine Frage der Klasse? Deutschlands Mitte zwischen Abstiegsangst und dem Tritt nach unten

die Phase des Übergangs von der Schule in den Beruf; aber auch die Begleitung in den ersten Berufsjahren kann Gegenstand eines Netzwerkes sein. Spätere Lebensphasen, wie Arbeitsmarkt- und Familienprobleme sowie das Seniorenalter zählen ebenfalls dazu. Die Funktion der Netzwerke besteht darin, Menschen mit ihren individuellen Problemen mit den jeweils zuständigen sozialstaatlichen Institutionen zu verzahnen. Über Netzwerke werden Menschen Informations-, Kooperations-, Hilfe- und Entfaltungsmöglichkeiten in einem sozialen Rahmen eröffnet.

Darüber hinaus sollen Netzwerke vor allem die Menschen dazu befähigen, ihre Kräfte zu stärken und ihre Herausforderungen und Ziele im Sinne eines guten Lebens selbst in die Hand zu nehmen. Ob dies gelingt, hängt maßgeblich davon ab, ob eine verlässliche Kooperation zwischen Betroffenen und haupt- wie ehrenamtlichen Expertinnen und Experten etabliert werden kann. Die Politik der Netzwerke, die durch staatliche Politik verstärkt werden sollte, erschöpft sich aber nicht darin, Betroffene und Unterstützer/innen in ein kooperatives Verhältnis zu bringen.

Netzwerke können auch die Kooperation zwischen Institutionen, Organisationen und Selbsthilfegruppen vorantreiben. Mithin können Netzwerke – gedacht im Sinne einer Politik des Schnittstellenmanagements – dazu beitragen, die segmentierte und fragmentierte Landschaft der deutschen Sozialpolitik auf eine kooperative Logik der sozialpolitischen Wirksamkeit festzulegen. Das wird man vermutlich nicht alleine durch die Kraft des guten Arguments erreichen, sondern eher durch politische Vorgaben und positive Anreize, nötigenfalls auch durch Sanktionen. Denn ohne deutliche Fortschritte in der Kooperation der Ebenen, Institutionen und Akteur/innen werden viele Ressourcen verschwendet und Prozesse blockiert.

Die haupt- und ehrenamtlichen Akteur/innen des Sozialstaates sind die zentralen Träger vorsorgender Sozialpolitik

Es zeigt sich: Netzwerke sind voraussetzungsvoll. Wichtigste Voraussetzung ist, dass das in ihnen agierende Personal für die Bedeutung der Netzwerkarbeit sensibilisiert und für das erforderliche Schnittstellenmanagement qualifiziert ist. Deshalb müssen die Arbeitsbedingungen für die Akteur/innen der Sozialpolitik verbessert werden. Denn sie sind die Hoffnungsträger/innen dafür, dass die vorsorgende Sozialpolitik gelingt. Zu ihnen gehören sowohl die hauptamtlichen Erzieher/innen, Altenpfleger/innen, Sozialpädagoge/innen, Lehrer/innen etc. als auch die vielen ehrenamtlichen Kräfte. Sie alle sind nicht einfach da, sondern auch ihre Rolle und Bedeutung muss politisch flankiert werden. Dazu gehören die Wertschätzung und Anerkennung ihrer Leistungen. Man kann von ihnen nicht erwarten, dass sie für die Gesellschaft die „Kohlen aus dem Feuer holen“ und sie nebenbei als „faule Säcke“ beschimpfen. Vielmehr geht es darum, sie dazu zu befähigen, die verlässlichen und reformfreudigen Träger/innen des Vorsorgenden Sozialstaates zu werden.

Angesichts der zuweilen schweren Arbeitsbedingungen und der – gemessen an ihrer bedeutsamen gesellschaftlichen Aufgabe – wenig attraktiven Bezahlung in einzelnen Berufen sind besondere Anstrengungen notwendig. Dabei geht es sowohl darum, für bestimmte Gruppen, wie Erzieher/innen und Altenpfleger/innen, eine bessere Bezahlung durchzusetzen, als auch um professionellere und bessere Arbeitsbedingungen. Sonst wird angesichts des bereits jetzt greifbaren Fachkräftemangels die Gesellschaft das Nachsehen haben. Denn dann suchen sich die für diese Berufe durchaus motivierten Menschen andere Jobs, die ihnen bessere Arbeitsbedingungen bieten. Der Dienst am Menschen ist kein Feld für Billiglohnpolitik und Schwarzarbeit. Der Reformstau, der die Aufwertung der sozialen Berufe noch behindert, ist sowohl „oben“, also auf Seiten der Politik und der Arbeitgeber/innen zu lokalisieren, als auch „unten“. Denn die Betroffenen sind teilweise nicht hinreichend gut organisiert, um ihre Interessen öffentlich wahrnehmbar in die Waagschale zu werfen. Der Reformstau von „oben“ und „unten“ muss aufgelöst werden. Wir brauchen ein öffentliches Programm zur Förderung der sozialen Berufe. In diesem Bündnis müssen öffentliche Hand, Arbeitgeber/innen, Tarifpartner/innen, die Wohlfahrtsverbände, Kirchen und kirchliche Träger/innen an einen Tisch.

Netzwerke und Akteur/innen stärken – zentrale Strategien eines Vorsorgenden Sozialstaates

Fassen wir zusammen: Es sind zwei zentrale Strategien, die es umzusetzen gilt und die in der öffentlich-politischen Debatte bisher vernachlässigt werden: Erstens müssen Institutionen wie Schulen, Jugendämter und Vereine wieder zielgenauere Antworten in Bezug auf die veränderten Lebenslagen der Menschen geben. Netzwerke sollen dabei aktive Verbindungen zwischen Institutionen und Familien knüpfen und eine umfassende individuelle Förderung ermöglichen, die so früh wie möglich beginnt und über den Lebensverlauf hinweg verlässlich begleitet. Zweitens müssen die haupt- und ehrenamtlich Engagierten gestärkt und für die Netzwerkarbeit qualifiziert werden. Lehrer/innen, Sozialarbeiter/innen, Altenpfleger/innen, Hebammen oder Übungsleiter/innen sind die tragenden Akteur/innen einer wirksamen vorsorgenden Sozialpolitik. Diese befähigt die Menschen zu einem selbstbestimmten Leben, schafft die Voraussetzungen für die Teilhabe an Arbeitswelt beziehungsweise Gesellschaft und wirkt so Exklusionstendenzen entgegen. Sie mindert die Abstiegsängste der Mittelschicht und erhöht stattdessen die Chancen auf sozialen Aufstieg. Vorsorgende Sozialpolitik bildet damit das beste Rezept gegen die Ausgrenzung und Abwertung vermeintlich Leistungsschwacher, das die Sozialstaatsdebatte zu bieten hat.

Literatur:

Wolfgang Schroeder, *Vorsorge und Inklusion. Wie kommen Sozialpolitik und Gesellschaft zusammen?*, Berlin 2012



Angst vor dem Super-Gau.

Der Mitte gehen die Messer in
den Taschen auf



Franz Walter

Eine Frage der Klasse? Deutschlands Mitte zwischen Abstiegsangst und dem Tritt nach unten

Zum Ende der Großen Koalition war oft zu lesen, dass die Mitte in Deutschland schrumpfen würde¹, dass sie vom Abstieg bedroht sei, mit Abwertung und Distinktion nach unten zu reagieren pflege. Studien des Göttinger Instituts für Demokratieforschung aus den letzten Jahren können das in guten Teilen bestätigen, müssen das in anderen Teilen allerdings zumindest relativieren.² Zunächst: Zur Mitte zählen wir hier und im Folgenden Personen, die mittlere bis höhere Bildungszertifikate erworben haben, die in selbständigen bzw. dienstleistenden Berufen tätig sind, in denen ein erkennbar großer Anteil an autonomen Dispositionsmöglichkeiten typisch ist. Wer zur Mitte gehört, verfügt über tragfähige soziale Netzwerke und materielle Reserven, um in schwierigen Wirtschaftslagen oder bei biografischen Brüchen erfolgreich Kontinuität im Wandel zu zeigen. Diese Mitte kann dabei auf ein Set von normativen Orientierungsmustern zurückgreifen, die Halt geben, Richtung weisen und assoziierend wirken. Meritokratische Einstellungen sind nahezu dominant; man möchte an Leistungen gemessen und gesellschaftlich platziert werden. In ökonomisch prosperierenden Zeiten hat die Mitte die nächsten Aufstiegssprossen fest im Visier; in Zeiten wirtschaftlicher Stagnation oder Depression bekommt die Statussicherung höchste Priorität.

Bemerkenswert scheint das beträchtliche Zutrauen der Mitte in die eigenen Fähigkeiten. Sie präsentiert sich verblüffend zäh als krisenerprobte und krisengestählte Kraft. Sie bekommt ihr Leben durchaus in den Griff, trifft Vorsorgen, lernt dort hinzu, wo es nötig ist, verändert sich dann, wenn Stagnation zur Gefahr werden könnte, schöpft währenddessen die nötige Kraft aus dem familiären Gefüge. Die Familie bildet somit wie eh und je den Nukleus aller Mitte-Mentalität im Mitte-Alltag. Exakt hier aber keimen auch die Hauptsorgen der Mitte-Eltern: Sie fürchten weniger den eigenen Abstieg; aber sie sind pessimistisch, was die Zukunft ihrer Kinder angeht.

Mikikomori in der jungen Männer-Mitte

Das gilt insbesondere für die Söhne Anfang 20. Dort herrscht vielfach geradezu eine Paranoia des Scheiterns. Diese Frucht bezieht sich nicht allein auf die Berufsperspektive, sondern in erheblichem Maße ebenfalls auf das Verhältnis zu den gleichaltrigen Frauen. Die 20-jährigen Männer tragen nach wie vor am Anspruch, künftig als Haupternährer der Familie zu agieren, Karriere machen, in einer unsentimentalen Leistungsgesellschaft sich mit Härte durchzusetzen zu müssen. Zugleich aber wissen sie, dass ihre (potenziellen) Partnerinnen zudem andere Eigenschaften und Verhaltensweisen von ihnen

¹ Etwa Michael Sauga und Benjamin Triebe, „Deutschlands Mitte schrumpft dramatisch“, in: *Spiegel Online*, 3.3. 2008 (<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,539083,00.html>, abgerufen am 28.3.2012).

² Vgl. etwa Stine Marg, „Die ‚Mediokren‘ und ihr Verhältnis zur Politik“, in: Alexander Hensel, Daniela Kallinich, Katharina Rahlf, *Parteien, Demokratie und gesellschaftliche Kritik*, Stuttgart 2011, S. 170 ff.

verlangen. So sollen sie später die Familie nicht dem Beruf unterordnen, sollen natürlich zu gleichen Teilen wie die Frau am Haushalt mitwirken, sollen sich gleichverantwortlich um die Erziehung der Kinder kümmern, haben einfühlsame Problemversther und aufmerksame Zuhörer zu sein.

Den 20-jährigen Männern bereiten die disparaten Rollenanforderungen erkennbar die größten Probleme. Denn schließlich: Ein bisschen haben sie auch weiterhin Machos, vorpreschend und tough zu sein, nach überlieferter Art auf die Jagd um die Beute zu gehen; doch sollen sie ebenso Zartheit zeigen, Empathie beweisen, dabei aber nicht zu sehr in die Betroffenheitsattitüde des „Müslisofities“ verfallen. Man(n) hat als Ass im unerbittlichen Wettbewerb der Karrieren den Rivalen rüde aus dem Feld zu schlagen, zugleich aber auch als Vorbild am Wickeltisch sowie bei den Kindern als fantasievoller Erzähler von Märchen zu überzeugen. Und selbst wenn sie all diese Rollen virtuos miteinander kombinieren, könnten sie – so die tiefsitzende Grundbesorgnis der 20-jährigen Männer – am Ende dann doch von ihrer (künftigen) Partnerin die Koffer in die Hand gedrückt bekommen.

Junge Männer haben infolgedessen nicht mehr den Eindruck, dass sie die souveränen Autoren ihrer eigenen Biografie sind. Andere, so empfinden sie es bedrückt, schreiben und definieren ihnen ihre Rolle für das Drehbuch des Lebens. Etliche junge Männer ziehen sich im Zuge dieser Entwicklung mutlos und ängstlich aus den öffentlichen Prozessen zurück. In Japan wird dieses Phänomen des jung-männlichen Eskapismus als „Hikikomori“ bezeichnet.³ Dort wird es mittlerweile als besorgniserregende Pathologie entstrukturierter Gesellschaften behandelt, in denen individuelle Fehlentscheidungen nicht mehr durch traditionsgestiftete Vergemeinschaftungen und Loyalitäten aufgefangen und in ihren Folgen abgemildert werden, was gerade jungen Männern, die untergründig noch die klassischen Bilder und verantwortungsschweren Leiterwartungen in sich tragen, schwer zu schaffen macht. „Groß ist derzeit die Gefahr, dass Männer angesichts der Ambivalenzen und Risiken in Passivität verharren oder in Larmoyanz versinken.“⁴

Die Einschlüge kommen näher

Aber auch aus der Perspektive der älteren Mitte-Kohorten ist das Leben unaufhörlich komplizierter geworden, hat viel an Bewältigungsenergien abverlangt, nicht zuletzt eben auf Grund der dominanten Sorge über die Zukunft des verunsicherten eigenen Nachwuchses. Dabei: Zwar ist die Mitte heute für Ganztagschulen, schätzt vorschulische

3 Florian Coulmas, „Die Unfähigkeit allein zu bestehen – Hikikomori – der pathologische Rückzug junger Menschen aus der alternden Gesellschaft“, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 29.06.2007.

4 Carsten Wippermann, Marc Callenbach, Katja Wippermann, *Männer: Rolle vorwärts, Rolle rückwärts? Identitäten und Verhalten von traditionellen, modernen und postmodernen Männern*, Opladen & Farmington Hills, MI 2009, S. 214 f.

Betreuungseinrichtungen und spricht sich für einen längeren Zeitraum gemeinsamen Lernens aus. Auch bilden der Stress in der Schule und an der Universität, selbst im Kindergarten, das G-8-Abitur, die neuen Studiengänge große, zentrale Themen für die Mitte. Doch einen neuen Mobilisierungsfaktor für Gesamtschulapologet/innen oder Entschleunigungspädagog/innen bildet die Mitte deshalb nicht. Wer ihr verspricht, den Druck aus der Schule zu nehmen, die Lerngeschwindigkeit zu drosseln, überhaupt sanftere Methoden im Unterricht einzuführen, darf mit aktiver Unterstützung keineswegs rechnen. Denn die Mitte-Eltern fürchten, dass ihre Kinder so fortan ins Hintertreffen geraten, dass sie im erbarmungslosen Wettkampf mit anderem Nachwuchs auch anderer Nationen unterliegen – und somit in der harten Konkurrenz um Chancen und Positionen für das gesamte weitere Leben auf der Strecke bleiben. Mitte-Eltern sind zwar aus allerlei pragmatischen Gründen – und weil die Rezeption der von ihnen aufmerksam verfolgten Pisa-Debatten dergleichen nahe legt – keine entschiedenen Befürworter/innen des überlieferten dreigliedrigen Schulsystems, aber zu groß darf der Anteil von Kindern aus schwierigen sozialen Verhältnissen in den Klassenräumen der eigenen Sprösslinge auch nicht sein. Sonst würde die Mitte nach wie vor auf die Barrikaden gehen. In der Sorge um die Lebensperspektive ihrer Kinder reagiert die Mitte weiterhin elementar, wenn es denn sein muss: militant.

Zu ganz ähnlichen Erkenntnissen kommt auch die derzeit in Frankreich mit großem Schwung geführte Debatte über die *classes moyennes*. Der Think Tank fondapol stellte mit seinen Studien fest, dass die Mittelschichten von der Sorge getrieben seien, dass den Unterschichten durch Transferleistungen zu sehr geholfen werde und so ein Konkurrent im Kampf um die sozialen Ränge mit Mitteln gefördert werde, die vom gesellschaftlichen Zentrum erbracht werden müssen.⁵ Dies sei, so der Politik-Professor und Generalsekretär von fondapol, ein schier „unerträglicher Gedanke“ für die Mittelschichten. Ihm sekundiert Jérôme Fourquet vom renommierten Meinungsforschungsinstitut IFOP, der konstatiert, dass die Mittelschicht am meisten den Umstand fürchte, „von unten eingeholt zu werden und nicht mehr aufsteigen zu können, obwohl die Menschen das Gefühl besitzen, alles dafür gegeben zu haben, um da anzukommen, wo sie jetzt sind.“⁶ Für die Mitte, so die Bilanz des viel diskutierten Buchs *Les nouvelles classes moyennes* von Dominique Goux und Eric Maurin, zählen als Mittel der Statussicherung, des Aufstiegs und der Abgrenzung nach unten im Kern zwei Lebensbereiche: erstens die Bildung und zweitens den Wohnraum. Die Schule hat den entscheidenden Ort für die Karrierechancen des eignen Nachwuchses eingenommen. Da dieser, im Unterschied zu den Kindern der Oberschicht nicht über hinreichend finanzielles Kapital verfügt, ist der schulische Erfolg zum Ausgleich der materiellen Ressourcenschwäche

5 Vgl. hierzu die Internetseite <http://www.fondapol.org/category/sondages/classes-moyennes-sondage> (abgerufen am 28.3.2012).

6 (Etwas frei) zit. nach „La Bataille de classes moyennes est engagée“, in: *le Figaro*, 29.2. 2012.

unabdingbar. Und über ihren oft mühselig erworbenen Wohnbesitz in arrivierten Mitte-Quartieren verteidigt sich diese Klasse, koste es was es wolle, gegen Eindringlinge von unten. Wohnraum und Adresse sind wesentliche Ausweise dafür, nicht unten angesiedelt zu sein, sondern in einer Umgebung mit seinesgleichen homogene Sozialisationsnormen und Lebensweise abzusichern.⁷

Zurück nach Deutschland: Das gesellschaftliche „Unten“ war in den letzten vier Jahren der finanzkapitalistischen Einbrüche und Sanierungsaktionen nicht der Negativadressat Nr. 1 der Mitte-Wut. Zuvor konnte man es noch anders erleben. Invektiven gegen „arbeits scheues Gesindel“, das dem Steuerzahler auf der Tasche läge, waren in der Mitte wohlfeil.⁸ Doch mit solchen hochfahrenden Vorwürfen ist man vorsichtiger geworden. Die Attacken von Guido Westerwelle Anfang 2010 („spätromische Dakadenz“) waren hier, wo zweifelsohne die Zielgruppe des damaligen FDP-Chefs zu lokalisieren war, bezeichnenderweise ohne wirksame Resonanz oder deutlichen Zuspriech geblieben.⁹ Die Mitte hat gegenwärtig nicht den Eindruck, dass Ansprüche von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und auch Arbeitslosen die sozialen Systeme und das finanzielle Gerüst der kapitalistischen Demokratien in Gefahr gebracht haben. Und mindestens ebenso wichtig: In der Mitte wächst die Bangigkeit, dass die eigenen Kinder es beruflich nicht schaffen könnten, infolgedessen nach unten fallen mögen, am Ende gar von sozialen Transfers leben müssen. Das wäre der Super-Gau für die strebsame Mitte, für die ein Scheitern auf dem Gymnasium oder an der Hochschule als schlimme Blamage gilt, die man im eigenen Umfeld möglichst nicht offenbart. Infolgedessen schwadroniert die Mitte nun nicht mehr ungehemmt über „Sozialschmarotzer“, da man unerschrocken spürt, dass das einst so ferne Stigma näher und näher kommt, peu à peu in die lange so sicher erscheinende familiäre Wagenburg einzudringen droht.

Der Gegner der Mitte siedelt derzeit vermehrt oben in der gesellschaftlichen Hierarchie. Mittig im Sinne von maßvoll, konservativ und vorsichtig ist die reale Mitte des Jahres 2012 nicht mehr, jedenfalls soweit die Rede auf Konzernchefs, Banker, Finanzjongleure etc. kommt. Bei diesen Themen argumentiert ein Großteil der Mitte inzwischen radikaler als die Gabriel-SPD. Die Verstaatlichungslosung ist für die Mitte längst kein Tabu mehr. Hier will man nicht mehr akzeptieren, dass Gewinne privatisiert, Verluste der Unternehmen hingegen sozialisiert werden. Und die Majorität der Mitte tritt für ordentliche Mindestlöhne ein, geißelt das Prinzip der Leih- und Zeitarbeit. Gerade diejenigen in der Mitte, die älter als 45 sind, hadern mit den „Sozialreformen“ der letzten Jahre. Sie erkennen darin nicht mehr die Rason ihres bisherigen Lebens, das Grundgesetz der Sozialpartnerschaft, das Versprechen der

⁸ Etwa Clemens Wemhoff, Melkvieh Mittelschicht, *Wie die Politik die Bürger plündert*, München 2009; Marc Beise, *Die Ausplünderung der Mittelschicht: Alternativen zur aktuellen Politik*, München 2009.

⁹ Siehe hierzu Franz Walter, *Gelb oder Grün, Kleine Parteiengeschichte der besserverdienenden Mitte in Deutschland*, Bielefeld 2010, S. 63 ff.

bundesdeutschen Republik von Fairness, Anstand, Verlässlichkeit, Menschlichkeit. Sie fühlen sich abgewertet.

Der ältere Teil der Mitte hat mehr und mehr das Gefühl, dass es nicht mehr seine Gesellschaft ist, in die er seit den Schröder-Jahren hineingeführt wurde. Dass Ersparnisse durch die Hartz-Gesetzgebung in Gefahr gerieten, hat diesen Teil der Mitte ins Mark getroffen. Ihr wachsender Eindruck: Viele Kriterien gelten nicht mehr, bewährte Routinen und ordnende Muster haben ihre Gültigkeit verloren, die Zukunftsstrecken in den Biografien wirken unkalkulierbarer als in früheren Jahren. Und aus dieser durch Unsicherheit geprägten Gefühlslage wachsen Frustrationen, Unmut, Abwertungsreaktionen gegenüber oben und unten.¹⁰

Dabei haben die jederzeit adaptionsbereiten und adaptionsfähigen Mitte-Bürger/innen in den letzten Jahren in ihr Leben integriert, was die meinungsführenden Eliten ihnen gepredigt haben: Sie haben zweite und dritte Sprachen gelernt, haben sich die neuen Kommunikationstechniken im raschen Wandel angeeignet, haben Fortbildungskurse besucht, haben die Arbeitszeit gedehnt und in die früher freie Zeit des Feierabends und des Urlaubs hinein verlagert. Doch hat die bürgerliche Mitte das Gefühl, dass all die ihr abverlangten Anpassungsleistungen wenig prämiert wurden. Sie sehen sich als die genuinen Verlierer im gesellschaftlichen Gefüge und bei den Sozialstaatskorrekturen, bei den Beschneidungen der Pendlerpauschalen, Eigenheimzulagen, anfangs auch in der Gefahr des raschen Absturzes in das Arbeitslosengeld II, dass sie, die notorisch Fleißigen, mit Stadstreichern und ähnlichen zwielichten Gestalten zusammenwürfelt.

Die Familien der gesellschaftlichen Mitte sind während der letzten Jahre bis hart an die Grenze ihrer Belastungsfähigkeit gedrängt worden. Das Förderungs- und Belohnungssystem für die Zukunftsinvestitionen in den eigenen Nachwuchs zehren an den materiellen und psychischen Ressourcen. Klavier- und Ballettunterricht kosten, die Nachhilfe ebenfalls, die Reitstunde und der Sprachaufenthalt in England erst recht. Das alles erfordert berufliche Anspannung beider Elternteile und mindert so bei ihnen die Zeit für Aufsicht und Erziehung der Kinder, was dann durch außerfamiliäre Betreuungspersonen und -einrichtungen kompensiert werden muss. Auch das ist mit hohen Kosten verbunden – und es verschafft den Eltern der sozialen Mitte zugleich ein chronisch schlechtes Gewissen, den Lernprozess ihrer Kinder nicht ausreichend individuell begleitet zu haben.

Dabei hat die Mitte den Eindruck, dass ihr Einsatz weitaus zu wenig gewürdigt wird. Der Groll darüber erfolgt nicht laut und elaboriert, aber er existiert ganz unverkennbar. In der Mitte ist der Traum von der Karriere regelmäßig präsent. Doch sind die Aufstiegskanäle durch den Vorsprung der gleichaltrigen Abiturient/innen/Universitätsabsolvent/innen in den Zeiten der Wissensgesellschaft weitgehend verstopft. Der Rutsch

¹⁰ Hierzu auch Franz Walter, „Neue Panik in der Mitte“, in: *Internationale Politik* 63.2008, Heft 6, S. 92 ff.

nach unten ist realistischer als der Sprung nach oben. Mitte-Menschen haben das in den letzten Jahren hochsensibel wahrgenommen, fürchten um den Erhalt dessen, was im Mittelpunkt ihres Lebensplans steht: Eben Ansehen im Beruf und in Freundeskreisen, eine stabile Familie, ein sicheres Einkommen, ein eigenes Haus, schließlich Kinder, die – so galt es über Jahrzehnte als festes Ziel kontinuierlicher Familienbiografien – es einmal noch ein Stückchen besser als man selbst haben sollen. Nun ist man froh, wenn der Nachwuchs den Staus erhalten kann, den man so mühevoll errungen hat.

Der Mitte gehen die Messer in den Taschen auf

Und daher stellt sich weiterhin beziehungsweise nun erst recht die gewiss zentrale Zukunftsfrage, ob Mitte und Mehrheit in den modernen Demokratien des 21. Jahrhunderts zur Solidarität und Sozialstaatlichkeit fähig und willens sind. Nicht wenige Auguren äußern jedenfalls beträchtliche Skepsis. Und viele verbinden das mit einem düsteren Ausblick auf die nächsten Jahrzehnte. Angesichts des Anstiegs von Ungleichheit und Ungerechtigkeit gebe es in den nächsten Jahrzehnten unzweifelhaft einen wachsenden Bedarf an Solidarität, statt einer Zunahme von Abwertung und Desintegration. Aber während die Nachfrage nach Solidarität zugenommen habe, seien die tragenden Bedingungen solidarischer Zusammenschlüsse und Aktionen zuletzt erheblich erodiert – abgeschmolzen „wie Gletscher in den Zeiten globaler Erwärmung“, so der Politologe Herfried Münkler von der Berliner Humboldt-Universität.¹¹

Denn schließlich: Solidarität ist enorm voraussetzungsreich. Sie ist die Moral von Gruppen mit ähnlichen Interessen, oft einer gemeinsam erlebten Geschichte. Solidarität braucht Nähe. Daher ist Solidarität als universalistische Norm kaum zu realisieren. Altruistische Motive reichen nicht. Hinzukommen müssen gemeinsame soziale Interessen, auch der Druck von außen, durch den die einzelnen Individuen erst zusammengefügt werden. Nichts davon vollzieht sich automatisch, gleichsam als Reaktion auf den stummen Zwang von Verhältnissen. Aus einem objektiven Sein wird ein wünschenswertes Sollen erst durch Orientierungs- und Interpretationskonzepte.

Jedenfalls: Mitte und Mehrheit sind keineswegs per se solidarisch. Dazu hat gerade die tiefe soziale Spaltung der Arbeitnehmer/innenschaft seit den 1970er-Jahren in In- und Outsider am Arbeitsmarkt beigetragen, ja: die Grundlagen von Solidarität und Sozialstaatlichkeit erheblich belastet.¹² Solidarität im Wohlfahrtsstaat beruht also auf Wechselseitigkeit: Die einen gaben den bedrängten anderen, wenn sie erwarten

11 Herfried Münkler, „Enzyklopädie der Ideen der Zukunft: Solidarität“, in: Jens Beckert u. a. (Hg.), *Transnationale Solidarität. Chancen und Grenzen*, Frankfurt am Main 2004 S. 15ff, hier S. 16.

12 Siehe David Rueda, „Spaltung der Sozialdemokratie in Insider und Outsider. Beschäftigungsförderung und Großbritanniens ‚Third Way‘“, in: *Berliner Debatte Initial* 17.2006 H.1/2, S. 199 ff.

13 Vgl. hierzu ebenfalls Kurt Bayertz, „Begriff und Problem der Solidarität“, in: ders. (Hg.), *Solidarität. Begriff und Problem*, Frankfurt am Main 1998, S. 11 ff.

durften, später in einer für sie kritischen Situation vergleichbare Hilfe zurückzuerhalten.¹³ Solidarität bedeutet nicht Mildtätigkeit, sondern eine Unterstützungs- und Austauschbeziehung von im Grunde gleichstarken Gruppen beziehungsweise Individuen. Nur deshalb lässt sich Solidarität organisatorisch verstetigen, in wohlfahrtsstaatliche Systeme institutionalisieren. Bis in die 1970er Jahre funktionierte das industriegesellschaftliche Gemeinwesen auf diese Weise, so dass Solidarität auch gelingen konnte. Seither aber hat sich in den Brachen der überkommenen industriellen Räume eine Schicht von „Überflüssigen“, „Entbehrlichen“ und „Verlorenen“, von Heerscharen der Hartz-IV-Lebensbereiche entwickelt und sodann verfestigt, die nicht zurückgeben können, was ihnen über den Sozialstaat, also über die Abgaben und Steuerzahlungen insbesondere der Mittelklassen, zugeleitet wird. Das aber stellt das Grundgesetz der Solidarität in Frage. „Den Leuten gehen die Messer in den Taschen auf,“ so der Soziologe Heinz Bude, „wenn jemand Geld“ einstecke, „ohne etwas dafür getan zu haben.“¹⁴

Mitte-Menschen fürchten um den Erhalt dessen, was seit jeher im Mittelpunkt ihres Lebens- und Aufstiegsplanplans stand. So nehmen in der Mitte auch wirtschaftsprotektionistische Neigungen zu; man erwartet vom Staat den Schutz des nationalen Arbeitsmarkts. Auch Mindestlöhne, ein frühes Renteneintrittsalter, eine Bürgerversicherung für den Gesundheitssektor finden in der Mitte mehrheitlich Zuspruch. Die Ergebnisse der Sozialforschung belegen das unzweifelhaft. Doch deswegen ist die gesellschaftliche Mitte nicht unmittelbar „solidarisch“ oder gar „links“. Die Mindeststandards bilden im Angstraum der Mitte das potenzielle Auffangnetz beim befürchteten Fall aus der Sicherheit. Aber zugleich sind die Aggressionen in der Mitte gegen „fremdartige“ Randgruppen gestiegen. Für kostenträchtige Integrationsprojekte zugunsten von Migrantinnen und Migranten wird man in der Mitte auch nicht mehr allzu viel Applaus ernten und auf Finanzierungsbereitschaft stoßen. Die mentale Distanz zu Ausländerinnen und Ausländern etwa ist gerade im Zentrum der Gesellschaft signifikant gewachsen. Die Sarrazin-Zustimmung fand hier ihren Humus.¹⁵

Bezeichnend ist sicher auch, dass sich die soziale Mitte bildungs- und schulpolitisch keineswegs für das Modell erweiterter Chancen auch für Kinder des „sozialen Unten“ ins Zeug legt. Dabei: Viele Mittezugehörige zählen selbst zu Gewinnern der ersten Bildungsreform in den 1960er-/70er-Jahren. Doch gerade weil sie seinerzeit den Aufstieg von unten in die Mitte geschafft haben, gerade darum besitzen sie nun – ganz wie schon in früheren Jahrzehnten die etablierten Mittel- und Oberschichten – kein Interesse an weiteren Emanzipationsschüben von unten, da dies für sie zusätzliche Konkurrenz, auch die Entwertung der eigenen, mühselig erworbenen Bildungsabschlüsse und Statuspositionen bedeuten musste. Soziolog/innen pflegen einen solchen Vorgang

14 Heinz Bude, „Eine Frage der Weltsicht“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 14.9.2009.

15 Thilo Sarrazin, *Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen*, München 2010.

als „soziale Schließung“ zu bezeichnen. Generell gilt: In der gegenwärtigen Druck- wie Konkurrenzsituation grenzen sich die verschiedenen Elternmilieus schroff voneinander ab, verhindern, dass ihre Kinder mit dem Nachwuchs der jeweils unter ihnen verorteten Schichten in Kontakt geraten. Das klassische Bildungsbürgertum achtet neuerdings mehr als in den vergangenen drei Jahrzehnten darauf, dass ihre Sprösslinge nicht mit den „Parvenüs“ aus dem Mittelstand ihre Freizeit verbringen. Und die kleinbürgerliche Mitte unterbindet entschlossen Begegnungen mit Familien aus der „Underclass“, da sie dort kulturelle Verwahrlosung, haltlosen Konsumismus, unheilstiftende Disziplinlosigkeiten wittern. Man mag das eine Abwertungsspirale nach unten nennen. Sicher ist jedenfalls nicht, dass die Mitte ganz selbstverständlich das Maß vielfach erstrebter und vorwiegend ihr gutgeschriebenen Dinge – Harmonie, Ausgleich, Vernunft – verkörpert und vorlebt.¹⁶

¹⁶ Zur Mitte aus Perspektive der Milieuanalyse auch und sehr differenziert Carsten Wippermann, *Milieus in Bewegung, Werte, Sinn, Religion und Ästhetik in Deutschland*, Würzburg 2011, S. 28 ff.

Warum Islamfeindlichkeit? >>

Hilal Sezgin

Es ist schon ein Fortschritt, dass man, anders als noch vor fünf Jahren, inzwischen von Islamfeindlichkeit sprechen kann, ohne gleich einer Verschwörungstheorie oder einer angeblich typisch muslimischen „Überempfindlichkeit“ beschuldigt zu werden. Dieser Fortschritt im öffentlichen Diskurs wurde allerdings nur durch einen gewaltigen gesellschaftlichen Rückschritt erkaufte, nämlich einen deutlichen Anstieg islamfeindlicher Worte und Taten. Islamfeindliche Einstellungen (insbesondere Vorurteile zu Frauenunterdrückung und Demokratieinkompatibilität) sind laut sämtlichen empirischen Untersuchungen der letzten zehn Jahre in der deutschen Mehrheitsbevölkerung weit verbreitet. Und zu den „üblichen“ fremdenfeindlichen Delikten hat sich, neben die weiterhin bestehenden antisemitischen Friedhofsschändungen, längst ein weiteres, spezifisch antiislamisches Muster von Handlungen gesellt: Brandsätze auf Moscheen, Schweineblut und Schweineköpfe vor Moscheen etc.

Natürlich sollte man nicht davon ausgehen, dass diese einzelnen Motivstränge innerhalb der Vorstellungswelten der Täter/innen oder Normalbürger/innen säuberlich getrennt sind. Vielmehr scheint die allgemeine Ausländerfeindlichkeit, Fremdenfeindlichkeit oder auch gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sich im öffentlichen Diskurs vor allem eines bestimmten Musters zu bedienen, d.h. unter dem Stichwort „Islam“ zu versammeln; tatsächlich ist unsere Gesellschaft indes in vielerlei Hinsicht fremden- oder menschenfeindlich, und es stehen nicht spezifische Fragen zum Islam, sondern viel grundsätzlichere wie die offene Gesellschaft insgesamt zur Debatte.

Kein Rauch ohne Feuer, sagt man gerne, und so wurde wiederholt die (leicht suggestive) Frage gestellt, warum nun ausgerechnet der Islam die geballte Ladung öffentlicher Skepsis abbekomme. So fragte – als einer unter vielen – *Der Spiegel* im März 2011: „Niemand beschäftigt sich mit der Frage: Warum hat Sarrazin Erfolg? Warum ist ausgerechnet sein Bild von den Muslimen das Bild, das Millionen Deutsche mit dem Islam verbinden? Wie konnte das passieren? Diese Katastrophe?“

Nun, die eine Antwort auf die Frage nach dem Erfolg Sarrazins ist sicherlich, dass es der Verbreitung eines Buchs schon ungemein hilft, wenn Deutschlands bedeutendstes Nachrichtenmagazin einen fünfseitigen Vorabdruck bringt und diesen zum Gegenstand einer wochenlangen Debatte macht. Die „Katastrophe“ wurde mit vorbereitet – von beinahe sämtlichen Medien, auch Qualitätsmedien, dieses Landes, und mit begleitendem Feuer aus allen öffentlich-rechtlichen Kanälen. Islamfeindlichkeit ist kein Phänomen, das spontan aus „Volkes Mitte“ erwuchs, sondern eher ein Effekt ausgerechnet der bürgerlichen Öffentlichkeit, die doch eigentlich dem Abwägen, Installieren und Bestätigen universalistischer demokratischer Normen zugeordnet ist.

Dabei will der Begriff Islamfeindlichkeit wie gesagt nicht suggerieren, dass mit den Ressentiments gegen Muslim/innen – oder einfach Menschen mit arabischen, türkischen oder persischen Namen – eine völlig neue Form der Diskriminierung auf den Plan getreten sei. Nein, im Gegenteil: Die Islamfeindlichkeit ist nur eine Form von etwas, das man allgemein Fremdenfeindlichkeit, Ausländerfeindlichkeit oder Rassismus

Eine Frage der Klasse? Deutschlands Mitte zwischen Abstiegsangst und dem Tritt nach unten

nennen könnte. Es handelt sich um einen altbekannten sozialen Mechanismus, bei dem bestimmte Gruppen von Menschen herausgedeutet, als „Andere“ klassifiziert und mit wiederkehrenden negativen Attributen belegt werden, bis ein fester Assoziationskontext geschaffen ist, der über gewisse Schlüsselworte und Ikonografien sämtlichen Mitgliedern einer Gesellschaft vertraut und abrufbar ist. Zu den Schlüsselwörtern gehören natürlich „Frauenunterdrückung“ und „Terrorismus“, und zur Ikonografie der Kirchturm der Liebfrauenkirche in Mannheim (74 Meter) mitsamt dem Minarett der benachbarten Yavuz-Sultan-Selim-Moschee (35 Meter), die irgendwann einmal ein Fotograf unter vielen Verrenkungen derart zu fotografieren vollbracht hat, dass das Minarett den Turm zu überragen scheint.

Nun verhält sich ein Rassismus nicht exklusiv gegenüber anderen. Eine Gesellschaft, die verbal über Muslim/innen herfällt, kann gleichzeitig antisemitisch sein und geht auch mit afrikanischen Asylbewerber/innen (soweit sie überhaupt noch ins Land gelassen werden) nicht pfleglich um. Warum also steht in unseren öffentlichen Debatten ausgerechnet der Islam im Mittelpunkt, gleichsam als Auge eines Wirbelsturms, der das christliche Abendland zu verschlingen droht? Die einfachste Antwort würde natürlich lauten, es sei der 11. September 2001 gewesen, der mit seinem ganz realen Schrecken eine Welle der Angst vor Muslim/innen freigesetzt hätte, die sich dann ins Ressentiment gewandelt hätte. Doch wenn auch der 11. September sicher ein Beschleuniger und Verstärker für, neutral ausgedrückt, eine gewisse skeptische Haltung gegenüber dem Islam darstellt, gab es diese in Grundzügen schon vorher, wie Interviews mit Zeithistoriker/innen und Pädagog/innen, mit Moscheegemeinden und Expert/innen aus der „Ausländerarbeit“ zeigen. Bereits im Jahr 1993 erregte Samuel Huntington Aufsehen mit seiner – von ihm keineswegs kritisch gemeinten – These, nach dem Zusammenbruch des Eisernen Vorhangs würden sich neue Fronten etablieren. Als einer der möglichen Kontrahenten Europas und Nordamerikas wird hier der islamische Raum genannt.

Den sonderbaren Kulturbegriff sowie den global-kapitalistischen Freudeneruf Huntingtons beiseite lassend, kann man diese Behauptung durchaus kritisch aufgreifen und bestätigen: In der Tat scheint es sich um ein fast universelles menschliches Verfahren zu handeln, nach der jedes Gemeinwesen eines Gegenübers, jedes Eigene eines Fremden bedarf, indem es sich spiegeln, oder eher: vor dessen Negativfolie es erstrahlen kann. Sowohl in der klassischen soziologischen wie auch in der neueren post-strukturalistischen Literatur ist dieser Mechanismus hinreichend deutlich beschrieben.

Und dennoch: Lassen sich neben diesen „weichen“ sozialen Mechanismen noch „härtere“ Gründe benennen – ohne in alte vulgärmarxistische Muster zu verfallen, denen gemäß sich jedes soziale oder ideologische Phänomen auf eine einzige ökonomische Ursache zurückführen lässt? Falls es solche begleitenden Faktoren gibt, wird man sie jedenfalls schwer aus der Nahsicht erkennen. Schwer zu ergründen auch, wer oder was solche Mechanismen in Gang setzt und inwieweit gar einzelne oder kollektive Akteur/

innen absichtlich bestimmte Stimmungen fördern, um, wie wiederum vulgärmarxistisch immer so unbekümmert geschlussfolgert wurde, von ihnen „zu profitieren“. Wenn man jedoch in einer Art Gedankenexperiment versucht, in die Rolle zukünftiger Historiker/innen hineinzuschlüpfen, die die 1990er, 2000er- und möglicherweise 2010er-Jahre rückblickend betrachten, werden vermutlich Zusammenhänge auffallen. Ein/e Historiker/in des Jahres 2111 würde sicherlich betonen, dass unsere Jahrzehnte einen Zeitraum bildeten, in dem Europa und Nordamerika in ökonomischer und geostrategischer Hinsicht vor allem mit mehrheitlich islamischen Ländern rangen. Die Kriege, die unsere westlichen Länder führen, führen sie vor allem gegen islamische Staaten des vorderen und mittleren Asiens; die Energie-Ressourcen, vor deren Versiegen wir Angst haben, befinden sich in den Händen just solcher Gegner/innen.

Gleichzeitig ist Europa nicht allein ideell, sondern auch realpolitisch in eine Art Selbstbestätigung verstrickt, was die eigenen Grenzen angeht. Auch hier sind es muslimische Länder, die an Europas südliche Außengrenze stoßen. Seit Längerem hat sich Europa der Länder Nordafrikas und deren Diktaturen bedient, um sich mit ihrer Hilfe (und ihren menschenrechtlich mehr als zweifelhaften Methoden) Flüchtlinge aus dem mittleren und südlichen Afrika vom Leib zu halten. Wir sehen hier zwei unterschiedliche Funktionen des Fremden für das Eigene: Während im Falle von Ländern wie Irak und Afghanistan jeweils ein islamisches Land als Gegner und somit als das bedrohliche Fremde auftritt, muss im anderen Kontext der Flüchtlingsabwehr der südliche Mittelmeerraum, obwohl Verbündeter, schon allein daher fremd bleiben, weil andernfalls der schützende Ring um Europa in sich zusammen fiel. Wir sahen und sehen die tragischen Folgen dieser Politik in der zögernden Haltung, mit der Europa die arabischen Revolutionen nur halbherzig unterstütz(e). Im Falle der Türkei wiederum wird ein Land einerseits als dazugehöriger Partner, andererseits auch als Schutzschild auf dem Landweg der Flüchtlinge benötigt wird; dieser fast schon ironisch anmutende Konflikt hat zu eben der Patt-Situation geführt, in der die Frage der türkischen EU-Mitgliedschaft seit Jahren feststeckt.

Dass beiden außenpolitischen Phänomenen – also den handfesten militärischen Auseinandersetzungen mit einem „fremden“ Gegner einerseits und dem Bedarf an einem Saum verbündeter „Fremder“ andererseits – innenpolitisch das Anwachsen eines Feindbildes Islam entspricht, ist wenig erstaunlich. Dabei werden Menschen, die ja seit Jahren und Jahrzehnten inmitten dieses Landes leben, wiederum zu Fremden gemacht, wie die unbeirrbar Rede von „muslimischen“ Migrant/innen belegt, die tatsächlich zur Hälfte deutsche Staatsbürger/innen und zur anderen Hälfte fast komplett seit Langem hier ansässige Bevölkerungsmitglieder sind.

Doch noch einmal: Solche sozialen Phänomene sind nicht monokausal zu erklären, sondern geradezu überdeterminiert. Ebenso wie die außenpolitischen Motive gibt es innenpolitische, die das Anwachsen eines festgefügt Bildes vom Fremden im Inneren befördern. Sozialmisere, Bildungsmisere, drohender Notstand im Gesundheits-

system – es gibt einen gewaltigen Bedarf für die Politik zu handeln, und im Grunde weiß jede/r Bürger/in, dass dies auch für sie oder ihn Umdenken, Einbußen im Lebensstandard und zusätzliche Kosten bedeuten kann. Hier kommt die Mittelschicht mit ihren Abstiegs- und Zukunftsängsten ins Spiel, und nichts ist in solch einer Situation leichter, als eine/n Schuldige/n zu finden, die oder der hilft, die Probleme zu externalisieren. Auch hierfür muss diese/r Schuldige zunächst als uneigen, als fremd stigmatisiert werden, damit die Entlastungsfunktion voll greifen kann: „Die waren es! Die Muslime mit ihrem Integrationsunwillen, ihrem Koran und ihrem niedrigen IQ haben unseren Schnitt gesenkt.“ Die Muslim/innen übernehmen hier die Funktion einer „Unterschicht“, von der sich die, die sich darüber erheben wollen, als bildungsnah, demokratiebegeistert, geschlechteregalitär abgrenzen können (egal, wie bedeutend ihnen diese Attribute im Alltag sind und inwieweit sie tatsächlich auf sie zutreffen).

Dass sich ausgerechnet ein Buch wie das Sarrazins in solchen Stückzahlen verkaufen lässt, ist daher kein Wunder, sondern eher eine Art Ablasshandel in einer von diversen Krisen geschüttelten Zeit, ein Happen Zuckerwatte, der es den Käufer/innen leicht macht. Träumen können sie nun von einer Welt, oder zumindest einem Europa, in dem die Muslim/innen fort oder gar nicht erst gekommen sind und jedes blonde Kind ein hervorragendes Abitur ablegen und einen tollen Beruf ergreifen kann, während seine Eltern wohlversorgt und in Frieden altern.

Nur wird dies nicht passieren. Die Geschichte der Bundesrepublik und Europas ist unumkehrbar. Muslim/innen leben hier und werden bleiben, und „schlimmer“ noch: Verteilungsprobleme, Bildungsnot, soziale Ungerechtigkeiten existieren ja unabhängig von ihnen und bestehen so oder so weiter. Kein Islamhass kann dies ändern, nur kommen durch ihn noch soziale Spannungen zwischen den Bevölkerungsgruppen und verschärfter Brain Drain dazu. Es ist daher nicht nur aus der Sicht der von Rassismus Betroffenen, sondern auch in der Gesamtsicht auf Deutschland tragisch, wie hemmungslos und selbstmitleidig sich große Teile der Bevölkerung dem tröstenden Wahn hingeben, es seien „die Moslems“, deren Minarette den schönen deutschen Himmel zerkratzen.

Große Teile wännen dies, aber nicht alle. Der Rechtsruck unserer Gesellschaft wird ja nicht nur von deutschen Musliminnen und Muslimen bedauert, sondern auch von nicht-muslimischen, autochthonen Deutschen. Immer mehr von ihnen sind entsetzt, wohin dieses Land treibt, ihre Stimmen vermischen sich mit denen der muslimischen oder sonstwie „migrantisch“ angehauchten. Denn man muss der viel gescholtenen Mittelschicht zugute halten, dass auch sie höchst heterogen ist. Wenn ich einmal an meinen eigenen Bekanntenkreis denke und daran, wie dessen Mitglieder in den letzten Jahren auf „Islam“ und verwandte Topoi reagiert haben, stelle ich zum einen fest, dass sich einige latente, aber eben deutliche „Ausländerfeind/innen“ unter denen befunden haben, die ich früher für „links“, „liberal“ oder „progressiv“ gehalten hätte.

Das war schockierend. Ich konnte zum anderen glücklicherweise aber auch feststellen, dass bei vielen eine eher unsichere, ambivalente Haltung („Man muss immer

beide Seiten sehen“) jetzt, wo die Islam- und Ausländerfeindlichkeit immer manifest zu Tage tritt, einer entschiedener ablehnenden Haltung gewichen ist. (Nichts gegen ambivalente, behutsame Haltungen an sich – ich spreche hier nur von der Haltung gegenüber Ausländerfeindlichkeit und kulturalistisch verbrämtem Rassismus.) Man denke beispielsweise an die Reaktionen auf die türkischstämmige Publizistin Necla Kelek, die vor einigen Jahren noch als irgendwie „interessante“ und vermeintlich authentische öffentliche Stimme von vielen unterschiedlichen Medien eingeladen wurde. Heute (und dies nicht erst seit Keleks Stellungnahme pro Sarrazin) ist die Streubreite ihrer Texte deutlich geschrumpft, denn die Mehrheit der Kolleginnen und Kollegen in Redaktionen hat inzwischen dazu gelernt, dass das Wort „Islamkritik“ eben nicht berechtigte inhaltliche Kritik an den Inhalten einer bestimmten Religion verspricht, sondern ein Euphemismus für die Wiederholung anti-orientalistischer Klischees ist.

Die Mittelschicht ist also lernfähig, sonst hätten die Projekte Bildung und Aufklärung ja auch keinen Sinne; dass diese allein natürlich keine Allheilmittel sind, versteht sich von selbst. Doch ich wage die doppelte Behauptung, dass unsere Gesellschaft in ihren Einstellungen und daher auch in den Chancen, die sie ihren Mitgliedern bietet, zwar massiv rassistischer geworden ist, dass aber gleichzeitig Licht am Horizont erkennbar ist. Mit „Chancen“ meine ich hier nicht nur Bildungs- und Berufschancen, Chancen auf gutes, selbstbestimmtes Wohnen, sondern auch Teilhabe an gleich guter gesundheitlicher Versorgung (die Diskriminierung im Gesundheitssektor ist enorm), an Sicherheit (siehe NSU und Verfassungsschutz) wie auch das Recht, als die Person wahrgenommen zu werden, als die man/frau verstanden werden möchte (und nicht nur als Abziehbild einer sozialen Gruppe, „die mit dem Kopftuch“, „der vermutlich seine Frau schlägt“ etc.). In all diesen Punkten ist die Stimmung deutlich härter geworden. Der zweite Teil meiner Behauptung lautet demgegenüber allerdings, dass sich in den letzten zwei, drei Jahren doch auch eine breite Strömung von Bürgerinnen und Bürgern unterschiedlichster Herkunft und politischer Couleur gebildet hat, die diesen Rassismus als solchen erkennt, ablehnt und ihm auf Dauer die Stirn zu bieten bereit ist.

Inklusive Strategien statt Leistungsdruck. Der Beitrag der Gewerkschaften



Wolfgang
Uellenberg-van Dawen

Wer sich kritisch mit abwertenden Einstellungen der Mitte der Gesellschaft auseinandersetzen will, muss sich zuerst fragen, was denn diese Mitte ist. Ich könnte es mir als Gewerkschafter leicht machen und behaupten, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht zur Mitte, sondern eher zu den unteren Einkommensgruppen in dieser Gesellschaft gehörten, und dass die Milieus, die sie repräsentieren, wenig mit den Schichten und Milieus zu tun haben, bei denen abwertende Einstellungen und gruppenbezogene Vorurteile virulent sind. Die Konsequenz bestünde dann in einer geradlinigen Position der Aufklärung und Abgrenzung gegenüber denjenigen aus der Mitte, die diese Vorurteile und Abwertungen äußern, und eine klare Positionierung gegenüber den Abwertungen und Vorurteilen selbst.

Aber so einfach ist das nicht: Zum einen gehören Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sehr wohl zur Mitte, sie sind von der Zahl her die Mitte – was die Politik gerne vergisst, wenn sie um die Mitte kämpft und dabei an den Mittelstand denkt –, und sie bilden spätestens nach der Zeit des Wirtschaftswunders in den Fünfziger- und Sechzigerjahren der vorigen Jahrhunderts kein fest abgegrenztes soziales und durch Einstellungen und Wertvorstellungen gefestigtes Milieu mehr. Konkurrenz und Leistungsorientierung bestimmen auch das Selbstverständnis und die Wertvorstellungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Das ist nichts Negatives, wie die von den Gewerkschaften durchaus erfolgreich geführte Diskussion um den Wert der Arbeit zeigt – gute Arbeit soll leistungsgerecht und der jeweiligen Tätigkeit und Qualifikation angemessen entgolten werden. Mit dieser strategischen Initiative „Gute Arbeit“ wollen die Gewerkschaften gegenüber den Arbeitgebern wie der Politik deutlich machen, dass gut qualifizierte, angemessen entgoltene, zu menschenwürdigen Arbeitsbedingungen tätige Beschäftigte der Schlüssel zu guten Leistungen sind – sei es im privaten, sei es im öffentlichen Sektor.

Dieser hohe Wert der Arbeit und damit auch der Leistung legt es nahe, dort gruppenspezifische Ausgrenzungen zu vermuten, wo Menschen – aus welchen Gründen auch immer – diese Leistungen nicht erbringen. Gerade die Politik hat sich im Kampf um die Mitte solcher Vorurteile häufiger bedient: So bestand eine der wesentlichen Argumentationsfiguren der Rot-Grünen Agenda 2010 darin, der Arbeitslose und seine Familie dürften nicht mehr Sozialleistungen erhalten als der junge Facharbeiter oder die Beschäftigte im Handel. Diese so genannte Diskussion über das Lohnabstandsgebot sollte die mit den Hartz-Reformen intendierte Absenkung des Lohnniveaus, die weitere Deregulierung des Arbeitsmarktes (Minijobs, Leiharbeit, Ich AG) und Sanktionen gegen so genannte Arbeitsverweigerer (Stichwort „fordern und fördern“) legitimieren. Dass Union und FDP einen noch leistungsorientierteren Kurs forderten, der die sozial Schwächeren weiter ausgrenzt, und dass die heutige Bundesregierung bei der Reform der Kindergrundsicherung ein deutliches Zeichen für soziale Kälte setzt, macht die Legitimationsstrategie der Agenda 2010 nicht besser.

Dass die DGB-Gewerkschaften und allen voran die Gewerkschaft ver.di sich gegen die Agenda 2010 und die Hartz-Reformen positioniert haben, ist Zeugnis

für eine andere, inklusive Strategie im Umgang mit gruppenspezifischen Ausgrenzungen: Inklusion bedeutet hier, die gemeinsamen Interessen von Arbeit suchenden und Beschäftigten zu ermitteln und zu formulieren: das gemeinsame Interesse daran, dass nicht die schlechten Arbeitsbedingungen der einen die Arbeit der anderen gefährden.

Atypische Arbeitsverhältnisse wurden vor zehn Jahren den Beschäftigten mit dem Argument angedient, es träfe nur die Randbelegschaften – man müsse eben flexibler sein, um Arbeit zu bekommen. Heute sind nach neuesten Zahlen der Hans-Böckler-Stiftung fast 40 Prozent aller Erwerbstätigen prekär beschäftigt: 30 Prozent aller jungen Menschen werden nur befristet eingestellt, fast fünf Millionen Menschen sind in der Hauptbeschäftigung geringfügig entlohnt (Minijobs), mehr als acht Millionen sind Teilzeitbeschäftigte, eine knappe Million sind Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter und 2,8 Millionen Solo-Selbständige. Nicht jede atypische Beschäftigung ist eine prekäre, aber der weit überwiegende Teil – und dies trifft zum überwiegenden Teil Frauen. Aus dem Rand der Belegschaften wird zunehmend der Kern.

Diese von den Gewerkschaften in der Öffentlichkeit und in den Betrieben und Verwaltungen zunehmend kritisierte Entwicklung zeigt, dass die Ausgrenzung von Erwerbslosen und ihre Stigmatisierung als leistungsunwillig sich am Ende gegen die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer selbst wendet. Hinzu kommt, dass immer mehr Menschen nicht nur in den unteren, sondern auch in den mittleren und höheren Entgeltgruppen die Erfahrung von Arbeitslosigkeit machen und die Angst vor dem sozialen Absturz in Hartz IV kennen lernen. Eine inklusive Strategie, wie sie der DGB und seine Gewerkschaften verfolgen, setzt darauf, die gemeinsamen Interessen von Beschäftigten wie Erwerbslosen an dauerhaft gesicherten Arbeitsverhältnissen und an guter Arbeit durchzusetzen, statt sie gegeneinander zu stellen.

Totale Leistungsorientierung wird zudem zu einem immer größeren Problem in der Gestaltung der Arbeit selbst. So klagen immer mehr Beschäftigte in Industrie und Dienstleistungen über Arbeitshetze und Arbeitsverdichtung. „Burning out“ wird zum geflügelten Wort des Jahres und die Brutalität unternehmerischer Konzepte, diejenigen, die nicht mithalten können, als Leistungsgeminderte aus den Betrieben und Verwaltungen auszusortieren, erschreckt. Sie relativiert zunehmend auch bei vielen leistungsbewussten Menschen einen verabsolutierten Leistungsbegriff. Die Rente erst ab 67 Jahren wird in den breiten Schichten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abgelehnt, weil sie wissen, dass wachsender Leistungsdruck sie gar nicht mehr bis zum Rentenalter arbeiten lässt und sie früher und mit hohen Abschlägen in Rente gehen müssen. Für mehr als 70 Prozent der Beschäftigten ist nicht mehr die Arbeit bis ins hohe Alter, sondern ein möglichst früher und sozial gesicherter Ruhestand das Ideal.

Leistungsorientierung wird da relativiert, wo sie keinen Ertrag mehr bringt, wo sie sich nicht mehr lohnt. Ein wachsender Niedriglohnsektor selbst für Qualifizierte, prekäre Arbeit und Selbstausbeutung vieler wissenschaftlich Ausgebildeter auf der einen, exorbitante Managergehälter, die selbst im Falle des Misserfolges gezahlt werden, auf

der anderen Seite stellen die herkömmliche Wertorientierung zunehmend in Frage. Die Vorstellung eines unauflösbaren Zusammenhangs zwischen Leistung und immaterieller wie materieller Anerkennung beginnt zu erodieren. Die Legitimationsgrundlage des Kapitalismus rheinischer Prägung, nach der sozialer Aufstieg auf individueller Leistung beruht, und alle, die nicht mithalten, an ihrem Schicksal selbst schuld und damit weniger wert sind, wird brüchig.

Gewerkschaften greifen diese Widersprüche auf, engagieren sich für gute Arbeit, guten Lohn und menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen. Die Veränderung gesellschaftlicher Wertschätzung für Nicht-Erwerbsarbeit, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, vom Stellenwert eines guten Lebens für Frauen und Männer – dieser gesellschaftliche Wandel ermöglicht mehr Toleranz und Vielfalt in den Lebensentwürfen jenseits der klassischen Leistungsorientierung.

Immer mehr Menschen sorgen sich zudem um ihre soziale Sicherheit. Sie erleben und erfahren die Zweiklassengesellschaft in den Bildungseinrichtungen, in den Krankenhäusern, sie haben Angst vor Armut im Alter. Der Stellenwert sozialer Sicherheit wächst und die Finanzmarktkrise hat viele aus der Illusion aufgeweckt, sie könnten soziale Sicherheit einzig mit privater Vorsorge über die Kapitalmärkte regeln. So wächst der Stellenwert solidarischer sozialer Sicherung ebenso wie der Protest gegen Sozialabbau und noch weitere Einschnitte in das soziale Netz. Gewerkschaften greifen diesen Protest auf und engagieren sich für soziale Gerechtigkeit und Solidarität, die den Arbeitslosen, den Kranken und den Alten gilt.

Während so bei vielen Menschen der Mitte das Bewusstsein für soziale Gerechtigkeit und Solidarität in unserer Gesellschaft wächst, werden in der aktuellen Phase der Weltwirtschaftskrise, die zur Krise im Euroraum mutiert ist, alle Vorurteile von Teilen der Politik, der Wissenschaft und der Medien reaktiviert, die sich über Jahre hinweg Ausländern/innen aus dem südeuropäischen Raum gegenüber gebildet haben: „Die Griechen, die über ihre Verhältnisse leben, die Italiener, die schon früher unzuverlässig waren, die Spanier, die mit ihrer Siesta das Arbeiten nicht erfunden haben“ – solche Vorurteile werden bewusst geschürt. Was aber ist, wenn nun die Niederländer/innen, die Skandinavier/innen und die Brit/innen in die von der EU verfügte Defizitklemme kommen? Dass Angela Merkel mit ihrer Weigerung, „denen, die über ihre Verhältnisse gelebt haben“ noch „gutes deutsches Geld“ hinterherzuwerfen, nichts anderes als eine knallharte Politik im Interesse der um die Wahrung ihres (spekulativen) Kapitals besorgten Akteur/innen des Finanzmarktkapitalismus betreibt, fällt nicht weiter auf. Die drakonischen Kürzungsprogramme, die unter Missachtung von Demokratie und nationaler Souveränität der Bevölkerung dieser Länder aufgezwungen werden, werden im gewohnten Schönsprech der Politik als Strukturreformen getarnt, damit „die“ – wer immer das ist – jetzt endlich ihre Hausaufgaben machen. Erst allmählich setzt sich die Erkenntnis durch, dass diese Hausaufgaben in der wachsenden Verelendung großer Teile der Bevölkerung münden und die Krise noch verschärfen. Gegen diese Politik setzen die

Gewerkschaften Aufklärung und Solidarität: Aufklärung über die Verursacher und die Ursachen der Krise, über eine alternative, sozial gerechte und ökonomisch vernünftige Politik, Solidarität mit den von der Krise Betroffenen. Und das sind nicht die oberen Drittel der Bevölkerung jener Länder, die ihre eigene Haut in Sicherheit bringen wollen und nicht gewillt sind, sich an einer sozial gerechten Überwindung der Krise zu beteiligen. Diese Arbeit der Aufklärung, der Zuspitzung und der Solidarität muss noch weiter verstärkt werden.

Abwertung spaltet und fremdenfeindliche Vorurteile münden in Rassismus, der den gesellschaftlichen Zusammenhang zerstört. In der Mittelschicht lassen sich derzeit grob überzeichnet zwei Strömungen erkennen: Die einen öffnen sich bewusst den Fremden, den Eingewanderten, die mit wachsendem Selbstbewusstsein ihren Platz in der Gesellschaft einnehmen. Interkulturalität nimmt zu, der Reichtum einer multikulturellen Gesellschaft wird erkannt und auch die Probleme des Zusammenlebens und der Integration werden diskutiert und als bewältigende Herausforderung für die Gesellschaft begriffen.

Eine andere Strömung trägt mittlerweile einen Namen: Thilo Sarrazin. Jenes pseudowissenschaftliche Machwerk wurde zum Label der gesammelten Vorurteile gegen eine Einwanderungsgesellschaft, in der Menschen aus verschiedenen kulturellen Zusammenhängern respektvoll miteinander umgehen und dabei auch lernen müssen, ihre Konflikte zu lösen. Was Sarrazin entgegenkommt, ist die Verknüpfung der Migration mit der sozialen Frage. Wo Einwanderinnen und Einwanderer selbst in der dritten Generation immer noch ein Ausbildungs- und Arbeitsplatz am unteren Ende der Hierarchie angeboten wird, werden nicht die Ursachen bekämpft, sondern die Opfer zu Täter/innen gemacht. Nach den Morden von Zwickau und den über zehnjährigen Ermittlungen der Strafverfolgungsbehörden in Richtung der Opfer bekommen Gesellschaft und Politik eine Ahnung davon, wohin solche Verfälschungen gesellschaftlicher Realität führen. Dagegen kämpfen Gewerkschaften, seitdem die ersten Einwander/innen in den Fünfzigerjahren in das Wirtschaftswunderland geholt wurden. Gleiche soziale Rechte, menschenwürdige Arbeit und solidarische Interessensvertretungen waren und sind das Kernelement gewerkschaftlicher Migrationspolitik. Dass es dabei immer wieder zu Konflikten und Spannungen kam, ist nicht verwunderlich. Und dass es eine Zeit brauchte, bis sich Gewerkschaften – gemeinsam mit den Arbeitgeber/innen – gegen den Rassismus und Rechtsextremismus in den Betrieben wandten, sei zugestanden. Aber die gemeinsame Haltung von Null Toleranz gegenüber Rassismus und Rechtsextremismus ist der Beitrag der Gewerkschaften gegen gruppenspezifische Ausgrenzung. Dies ist auch ein Engagement nach innen, in die eigenen Reihen hinein. Gewerkschaften sind glücklicherweise Massenorganisationen und reflektieren die verschiedenen Einstellungen ihrer Mitglieder. Entscheidend ist die Orientierung, die sie dabei vermitteln und die lautet: Konkurrenzen abbauen, Vorurteile überwinden, solidarisch Interessen vertreten.



Medien, Mittelschicht und Abwertung >>

Hans-Jürgen Arlt
und Fabian Arlt

Sozialstatistiker/innen können Auskunft geben, was unter „Mittelschicht“ verstanden werden soll. In der öffentlichen Kommunikation ist es ein Allerweltsbegriff, für den gilt: „Etwas Unschärfes wird nicht schärfer, wenn man es scharf beobachtet.“ (Matthias Varga von Kibéd). Der Begriff Mittelschicht ist eine Hilfs- und Verlegenheitskonstruktion gerade auch der Massenmedien. Wenn gesellschaftliche Komplexität auf einen Akteur oder eine Akteurin reduziert werden soll, die/der als Erklärung für so ziemlich alles herhalten kann, wird häufig zur „Mittelschicht“ gegriffen. Besonders im Zusammenhang mit sozialen Protesten wird der – abstiegsbedrohte oder aufstiegsbegierige – Gemüsehändler Fritz Schulze zum globalen Erklärungsmodell. Ein paar Beispiele, wie sie im Internet schnell zu finden sind:

- „Amerikas Mittelschicht wehrt sich gegen Bankenmacht. Tausende US-Amerikaner gehen auf die Straße und protestieren gegen Arbeitslosigkeit und die Macht der Wall Street. Sie sind enttäuscht vom Staat.“ (www.welt.de)
- „Keine andere soziale Klasse hat so vom wirtschaftlichen Aufstieg Chinas profitiert. Und doch beginnt die chinesische Mittelschicht jetzt zu protestieren.“ (www.faz.net)
- „Eine Protestwelle aus der Mittelschicht breitet sich derzeit weltweit aus. Anfängen hat es in einigen arabischen Ländern.“ (www.ardmediathek.de)

Vor diesem Hintergrund haben wir uns entschieden, die Problematik der Abwertung durch massenmediale Kommunikation nicht auf die ohnehin schwer dingfest zu machende Mittelschicht zu beschränken. Wir fragen vielmehr allgemein nach Strukturen und Mechanismen, die dafür verantwortlich sein könnten, dass Massenmedien Abwertungs-Diskurse oder sogar Abwertungs-Kampagnen führen. Dabei überlegen wir, welche Massenmedien stärker zur Abwertung von Personen, sozialen Gruppen, Nationen, Kulturen neigen und welche dafür weniger anfällig sind. Der Argumentationsgang macht diese Schritte:

- 1) Wir erläutern unseren Zugang zu den Begriffen massenmediale Kommunikation und Öffentlichkeit.
- 2) Wir beschreiben Rahmenbedingungen heutiger Massenmedien und interessieren uns dabei vorrangig für solche, die sich an politischer Kommunikation beteiligen.
- 3) Wir zeigen, weshalb Abwertung zu den Erfolgsmethoden bestimmter Massenmedien gehört.

4) Massenmediale Kommunikation und Öffentlichkeit

Wenn man Medien thematisiert, spricht man eigentlich nur über Transporteure, über Transportmittel, so wie man von Pferden, Kutschen, Autos und Flugzeugen als Mittel der Fortbewegung spricht. Im Grunde sprechen wir also über Kommunikation. „Küssen

kann man nicht alleine“ singt Max Raabe, kommunizieren kann man auch nicht alleine. Kommunikation ist ein Beziehungsspiel, über dessen Ausgang nicht die Absender/innen entscheiden, sondern die Adressat/innen. Die gängigen Darstellungen kommunikativen Handelns sind außerordentlich absenderorientiert. Das hat augenfällige Gründe, denn Absender/innen können oft über das Thema entscheiden, sie können festlegen, wie das Thema fokussiert, was erwähnt und was weggelassen wird. Aber ausschlaggebend sind am Ende die Adressat/innen, denn sie können die Mitteilungen annehmen oder ablehnen; ganz davon abgesehen, dass sie gar nicht erst hinschauen und anhören oder alles anders verstehen können, als es gemeint ist. Klar ist, zu einer Kommunikation gehören mindestens zwei.

Öffentliche Kommunikation, die sich nicht an Anwesende, sondern an ein größeres, ungeschlossenes und weitgehend unbekanntes Publikum richtet, hat sehr besondere Funktionsbedingungen. Die Kommunikation unter Anwesenden weiß, dass sie ihre Adressat/innen erreicht. Die Absender/innen sehen ihre Adressat/innen, auch wenn sie vielleicht nicht alle persönlich kennen. Die Mitteilungen werden praktisch zeitgleich rezipiert. Den Reaktionen der Adressat/innen sind Hinweise zu entnehmen, wie die Mitteilung verstanden wurde und ob sie mit Zustimmung rechnen darf. Vor allem hat die Reaktion der Adressat/innen, sei sie verbal oder nonverbal, in der Regel unmittelbare Wirkungen auf den Fortgang der Kommunikation. Kein/e Absender/in, die/der als zurechnungsfähig gelten will, kann aktuelle Einwände von Seiten der Adressat/innen umstandslos ignorieren.

Die Massenkommunikation kann Reaktionen nicht nur ignorieren, sie muss es; eine Fernsehsendung wird nicht unterbrochen, nur weil sich in den Wohnzimmern der Unmut über sie staut. Grundsätzlich kann über eine öffentliche Mitteilung – aller Wirkungsforschung zum Trotz – letztlich nur spekuliert werden, wen sie alles erreicht, wie viele ihr Aufmerksamkeit schenken, was von wem verstanden wird, wie viel Zustimmung und wie viel Ablehnung sie erntet. Selbst im Nachhinein können nur Indizien gesammelt, Erfahrungswerte zusammen getragen und Wahrscheinlichkeiten errechnet werden.

Öffentlichkeit produziert in einem Akt Sichtbarkeit und Unvorhersehbarkeit.¹ Öffentliche Mitteilungen verschieben die Grenze zwischen Nichtwissen und Wissen, zwischen unbeachtet und beobachtet zugunsten des letzteren, aber sie erzeugen zugleich Intransparenz über die Folgen dieser Grenzverschiebungen. Solche Ambivalenzen kann man sehen, sofern man Kommunikation analysiert und nicht nur das Mitteilungshandeln.

☐ Rahmenbedingungen

Die Massenmedien, deren „Geschäft“ die öffentliche Kommunikation ist, bilden das Zentrum des Themas Öffentlichkeit, aber sie werden missverstanden, wenn man sie mit „der Öffentlichkeit“ gleichsetzt. Der einschlägige Bestseller, Jürgen Habermas' Buch

1 Niklas Luhmann, *Die Realität der Massenmedien*, Opladen 1996, S. 183f.

über den *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, unterscheidet sehr sorgfältig zwischen der Aufklärungsöffentlichkeit einerseits, also der (politischen) Öffentlichkeit, welche einen Gegenpol zur Regierung bildet und die allgemeinen Angelegenheiten im Licht der Vernunft diskutiert, und den massenmedialen Publikationen andererseits. Allerdings muss man das Habermas-Buch auch als eine kluge Klage darüber lesen, dass die Öffentlichkeit den Massenmedien in die Hände gefallen sei. Habermas sieht die politische Öffentlichkeit aus der literarischen Öffentlichkeit der Salons, Tischgesellschaften und Kaffeehäuser hervortreten. Er kommt zu dem Ergebnis, dass die alte Vernunft-, Kritik- und Kontrollidee der öffentlichen Meinung in den Massenmedien nicht mehr wieder zu erkennen sei. Bücher, Filme, Zeitungen, Rundfunk seien kommerzialisiert oder von den politischen Parteien okkupiert. PR, Werbung, Unterhaltung gäben den Ton an. „Öffentlichkeit wird zum Hof, vor dessen Publikum sich Prestige entfalten lässt – statt in ihm Kritik.“² Das ist bis heute ein Muster der öffentlichen Kritik an den Massenmedien geblieben, ohne dass überprüft wird, ob massenmediale Kommunikation nicht originär einer ganz anderen Logik folgt und folgen muss, als sie einer politisch-demokratischen Öffentlichkeit willkommen und angemessen erscheinen mag.

Diese Aufklärungsöffentlichkeit ist politisch ein hohes Gut, sie ist eine direkte Verwandte der Demokratie. Sie hat eine Menge mit dem Buchdruck zu tun, nicht aber per se mit den Massenmedien Presse, Funk, Fernsehen sowie jetzt dem Internet. Erst im Lauf des 19. Jahrhunderts bewegen sich Aufklärungsöffentlichkeit und Massenmedien aufeinander zu: Die politische Demokratie zwangsläufig, weil ohne die Massenmedien die Erreichbarkeit der Bevölkerung, die jetzt wählen darf, nicht zu gewährleisten ist. Die Massenmedien aus Gründen der Reputation, weil sie als demokratische Stimmen, als Informationsträger/innen politischer Meinungs- und Willensbildung ganz anders dastehen, als wenn sie nur Unterhaltung und Werbung machen. Das Problem dabei von Anfang an: Geld ist zuverlässig und in größeren Mengen nur mit eben jener Unterhaltung und Werbung zu bekommen. Andernfalls bedarf es alternativer Finanzierungsquellen, etwa der Rundfunkgebühren für öffentlich-rechtliches Fernsehen.

Die Eigenlogik der Massenkommunikation wird beherrscht von der Notwendigkeit Aufmerksamkeit zu gewinnen. Wenn Mitteilung und Rezeption zeitlich und sozial getrennt sind – die Absender/innen wissen nicht wirklich, ob überhaupt jemand, und wenn doch, wer wann ihre Veröffentlichungen rezipiert –, werden die Erreichbarkeit und die Aufmerksamkeit der Adressat/innen zur ständig gefährdeten Grundvoraussetzung gelingender Kommunikation. Sobald es sehr viele Absender/innen sind – das ist spätestens seit dem 19. Jahrhundert der Fall –, die die Aufmerksamkeit des Publikums gewinnen wollen, ist ein Konkurrenzkampf um diese Aufmerksamkeit programmiert. Der Begriff der *Ökonomie der Aufmerksamkeit* (Georg Franck) scheint die größte Erklärungskraft für

2 Jürgen Habermas, *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, Frankfurt/M. 1990, S. 299.

die modernen Massenmedien zu haben. Es kann kein Zufall und nicht nur böser Verleger/innen- und Produzent/innenwillen sein, dass überall auf dem Text-, Ton- und (Bewegt-) Bild-Markt Unterhaltung und Werbung, gestützt auf die Aufmerksamkeitswerte Sensation und Prominenz, die erste Geige spielen. Journalismus war auch in seinen besten Zeiten nur eine eher schwache Einzeldisziplin im massenmedialen Mehrkampf. Im Vergleich zu Madonna, Harry Potter, Star Wars und ihren historischen Vorläufern war und ist Journalismus ein Mauerblümchen. Wo Zeitungen, Zeitschriften, Hörfunk- und Fernsehsendungen Publikumserfolge feiern, haben sie – wie *Der Spiegel*, *BILD*, Privatfunk – die Selektionskriterien der Aufmerksamkeitsökonomie weitgehend bis vollständig übernommen. Spätestens der Blick ins Internet – diesen Informationsurwald aus PR und Porno, Werbung und Wissenschaft, Lexika und Blogs, Filmchen und Songs, Eigeninszenierung und Plagiat, Spiel und Sport, Nachdenkseiten und Klatschspalten – lädt dazu ein, Massenmedien anders zu analysieren als durch die Brille der Salonöffentlichkeiten des 18. Jahrhunderts.

Die Aufmerksamkeit eines möglichst großen Publikums zu gewinnen, ist das Ziel und das Entscheidungskriterium massenmedialer Kommunikation. Die Währung der Wirtschaft ist das Geld, die Währung der Massenmedien die Aufmerksamkeit. Das eine wie das andere ist knapp und beides funktioniert mit dem sogenannten Matthäus-Effekt: Wer hat, dem wird gegeben. Viel Geld zieht mehr Geld an, hohe Aufmerksamkeit weckt höhere Aufmerksamkeit. Geld und Aufmerksamkeit sind gleichermaßen unmoralisch, gleichwohl lässt sich mit Moralisieren Aufmerksamkeit gewinnen. Für die Aufmerksamkeit zählt nicht, wie sie geweckt wird und welche Folgen sie hat; ihr ist nichts peinlich, im Gegenteil, Peinlichkeit weckt sie.

Abwertung und Massenmedien

Wann sind Mitteilungen interessant, wann wecken sie Aufmerksamkeit? Als klassische Nachrichtenkriterien gelten Neuigkeit, Betroffenheit und Konflikt: Wenn zwei sich streiten, berichtet die/der Dritte. Im Wesentlichen sind es Sensation und Prominenz, die im Mittelpunkt stehen. Kommunikation braucht als Kern etwas Bekanntes. Es funktioniert nicht, über Sachen zu reden, von welchen die Adressat/innen keine Ahnung haben. Was man kennt, das Bekannte, nennt man in seiner Bestform Prominenz. Deshalb laufen uns in den Massenmedien ständig Angela Merkel, Paris Hilton und Dieter Bohlen über den Weg. Wer jedoch nur erzählt, was schon alle wissen, sitzt bald alleine am Tisch. Die Mitteilung muss eine Neuigkeit enthalten, es muss irgendwie eine neue, aufregende Information darin sein. Die Bibel kennt zehn Gebote, die Mediengesellschaft nur eines: Du sollst nicht langweilen. Was ist die Bestform des Neuen? Die Sensation und zwar am allerbesten in ihrer Negativform, dem Skandal. Sensationelles, Skandalöses über Prominente ist der Idealfall massenmedialer Kommunikation. Christian Wulff weiß das spätestens seit dem 13. Dezember 2011.

Um Mitteilungen aufmerksamkeitsstark zu gestalten, gibt es neben den Basiswerten Prominenz und Sensation bestimmte Attraktionsmethoden, an der Spitze die Personalisierung. Personen interessieren uns mehr als Sachen. Dass emotionalisiert wird, dass dramatisiert wird, dass moralisiert wird, all das sind Kriterien einer aufmerksamkeitsstarken Kommunikation. Hinzu kommen bestimmte Reizthemen, wobei es nicht auf das *Thema*, sondern den *Reiz* ankommt. Wovon gehen Reize aus, worum dreht sich alles? Ein schneller Blick auf verschiedene Lebensbereiche genügt, um festzustellen, dass es um Geld geht, um Macht, Sex, Sieg und Niederlage, Krankheit, Kriminalität, Erfolg und Misserfolg. Welches konkrete Thema mit solchen Reizwerten ausgestattet wird, spielt keine Rolle; es wird nur benutzt, um die Reizwerte zu präsentieren. Dabei spielt es zunehmend weniger eine Rolle – nennenswerte Ausnahmen im Eliten-Netzwerk der Reichen und Mächtigen bestätigen die Regel –, für wen in der Gesellschaft sich diese „reizenden Mitteilungen“ positiv oder negativ auswirken. Das können vor allem die negativ Betroffenen nicht so leicht glauben, sie vermuten lieber, dass böse Absichten dahinter stecken.

Mit der Logik der Massenkommunikation tun sich besonders diejenigen schwer, die politische Ziele, humanistische Anliegen, soziale Zwecke verfolgen. Ihnen muss die Gleichgültigkeit gegenüber den Themen als Zynismus erscheinen. Erschwerend kommt für „politische Menschen“ der Statusverlust der Politik hinzu. Für die Massenmedien sind politische Themen und Ereignisse „nicht mehr wichtig, weil sie Politik und politische Angelegenheiten betreffen. Sie müssen sich vielmehr in den täglichen Entscheidungs- und Selektionsprozessen gegen andere Themen durchsetzen, die mit Blick auf Themenmischung und Zielgruppen um Aufmerksamkeit konkurrieren“³

Weshalb also operiert die Massenkommunikation (auch) mit Abwertungen? Kommunikation lebt davon, Unterschiede zu machen. Alles Beobachten und Beschreiben beruht darauf zu unterscheiden – den Himmel von der Hölle, den Regen vom Schnee, Hunde von Katzen, Amerikaner/innen von Europäer/innen, Deutsche von Ausländer/innen, Wälder von Wiesen. Die Verführung, nicht nur zu unterscheiden, sondern den Unterschied auch zu bewerten, die eine Seite für besser, die andere für schlechter zu erklären, ist sehr groß, weil in dieser Wertung ein Orientierungsangebot steckt, ein Vorschlag, was wir davon halten sollen. Einer vorsichtigen, differenzierten, wertneutralen Unterscheidung schenken wir gewöhnlich weniger Aufmerksamkeit als einer scharfen, pointierten, welche die eine Seite stark aufwertet und die andere deutlich abwertet. Ein Unterschied, der als Urteil, als Verurteilung auftritt, gewinnt mehr Publikum. Ein Massenmedium, das nichts anderes als die höchste Auflage beziehungsweise die höchste Quote im Auge hat, wird deshalb regelmäßig und ausführlich mit rigorosen Ab- und Aufwertungen arbeiten.

Das Risiko liegt auf der Hand, wenn vor diesem Hintergrund *Bild*-Chefredakteur Kai Diekmann beansprucht: „*Bild* misst die Temperatur im Lande. Wenn Zeitungen wie

3 Bernd Blöbaum, „Wandel redaktioneller Strukturen und Entscheidungsprozesse“, in: Heinz Bonfadelli, Kurt Imhof, Roger Blum, Otfried Jarren, *Seismographische Funktion von Öffentlichkeit im Wandel*, Wiesbaden, 2008, S. 127.

die *FAZ* schreiben, was passiert ist, dann schreiben wir, wie das, was passiert, sich anfühlt.“⁴ Gefühle in den Mittelpunkt zu rücken und gleichzeitig Abwertungen zu praktizieren, das kann sich zu einer brisanten Mischung verdichten – die „Pleite-Griechen“ sind ein aktuelles Beispiel. Auch eine Bezeichnung wie „Döner-Mord“ kommt aus dieser Praxis.

Wie viel gesellschaftlichen Zündstoff das Geschäft der Massenmedien birgt, entscheidet sich jedoch nicht im Mediensystem, sondern aufgrund gesellschaftlicher Zustände. In einer Gesellschaft mit starken Interessenskonflikten, ausgeprägten sozialen Ungerechtigkeiten, Statusängsten und großen Verunsicherungen, was die eigene Lebensperspektive und die Stabilität der Lebensverhältnisse überhaupt betrifft, kann die Abwertungspraxis der Massenmedien schneller zu kollektiven Sündenbock-Mustern führen – mit allen Gefahren der Verselbständigung und Unkontrollierbarkeit.

Daraus leiten wir diese These ab:

Vor dem Hintergrund der Chancen und Zumutungen einer selbstverantwortlichen Lebensführung unter Konkurrenzverhältnissen mit

- permanenten Interessenskonflikten,
- den Risiken des Scheiterns und des sozialen Absturzes,
- den Identitätsbedrohungen durch Multikulti und Sinnpluralismus,
- den luxuriösen Möglichkeiten unverschämten Reichtums der anderen vor Augen, machen Quotenjagd plus Werterigorismus Menschenjagd wahrscheinlich.

Wenn das publizistische Geschäft zur Gleichgültigkeit gegenüber der politischen Kultur drängt, dann bedarf es einer verantwortungsbewussten Haltung, diesem Drängen nicht nachzugeben. Wir sind – im Unterschied zu vielen Verfalls-Diagnosen, die mit Blick auf die Massenmedien, Internet inklusive, immer alles schlechter werden sehen – nicht der Meinung, dass die massenmediale Kommunikation von einem wachsenden Verlust solcher Haltungen geprägt ist; wir beobachten im Gegenteil viele Gegenteilstendenzen, die Mut machen. Erweiterte Zugänge zu öffentlicher Kommunikation – egal ob auf der Absender/innen-Seite oder auf der Rezipient/innen-Seite haben bei deutschen Oberlehrern immer schon schreckliche Befürchtungen ausgelöst, ob es um Romane, Filme, Schlager oder Comics ging. Neben allem, was es sonst noch bringen mag, bedeutet das Internet vor allem einen riesigen Öffnungsschub der öffentlichen Kommunikation sowohl für Personen wie für Themen.⁵ Zudem sind vorher getrennte Teilöffentlichkeiten jetzt nur noch einen Mausklick voneinander entfernt. Eine der Auswirkungen ist, dass alte Autoritäten geschliffen werden. Über Relevanz entscheiden die User/innen selbst – allerdings auch die

4 Kai Diekmann: „Wir wollen anderen auf die Füße treten“, Interview mit: *Die Presse*, Wien, 24. 3. 2012.

5 Genauer dazu: Manuel Wendelin, *Medialisierung der Öffentlichkeit. Kontinuität und Wandel einer normativen Kategorie der Moderne*, Köln 2011

Suchmaschinen, deren Kriterien jedoch viel mit dem Nutzer/innenverhalten zu tun haben. In der Konsequenz begegnen uns in der öffentlichen Kommunikation mehr Müll und mehr Mut. Und wir lernen dabei, dass das eine wohl ohne das andere nicht zu haben ist.

„Blogs und Leitmedien, früher zerstritten wie die Kesselflicker, verschmelzen heute zu einer einträchtigen Super-Macht, die Rücktritte erzwingen (#notmypresident) und neue Kandidaten küren will (#mynewpresident)... Ein Bundespräsident inter pares findet eben nichts dabei, sich auf der Mailbox eines Chefredakteurs so rüpelhaft zu benehmen, wie es Chefredakteure sonst gegenüber unbotmäßigen Mitarbeitern tun. Alle fallen irgendwie aus der Rolle. Alle überschreiten ihre Grenzen... Kontrollverlust? Eher Koordinatenverlust. Und Emanzipationsgewinn.“⁶

6 Wolfgang Michal, „BILD, du Schwert und Schild des deutschen Volkes!! Erlöse uns!“, online unter www.wolfgangmichal.de/?p=1544



leichheit heute?

Menschenrechte, Bürgerrechte,
Zivilität



Étienne Balibar

Eine Frage der Klasse? Deutschlands Mitte zwischen Abstiegsangst und dem Tritt nach unten

Ausgehend von einem bestimmten Begriff der *Grundrechte oder Menschenrechte* werde ich versuchen darzulegen, warum die Forderung nach Gleichheit, insbesondere in Form von sozialen Rechten, und ein kollektiver Kampf um diese Rechte tatsächlich zur Tradition der Menschenrechte gehören, aber auch, warum ihr spezifischer Gehalt ein Problem innerhalb dieser Tradition darstellt. Zu einer Zeit, in der das Prinzip der sozialen Rechte mit Macht in Frage gestellt wird, gewinnt dieses Problem an Bedeutung. Diejenigen unter uns, die sich zur Verteidigung der Gleichheit als fundamentalem politischem Wert aufschwingen wollen, können eine kritische Reflexion der Schwierigkeiten nicht umgehen, die die Einbindung der sozialen Rechte in das System der Menschenrechte als grundlegenden, konstitutionellen Zusammenhang mit sich bringt. Traditionell werden diese Schwierigkeiten als Gegensatz zwischen einem *formalen, universalistischen* Verständnis von Rechten und einem materiellen oder *substanziellen* diskutiert, das an bestimmte, partikulare gesellschaftliche Interessen und Bedingungen gebunden ist. Dies ist eine wichtige Unterscheidung. Ich werde jedoch versuchen zu zeigen, dass sie nicht wirklich zufrieden stellt.

Der Diskurs um die Unterscheidung zwischen dem formalen und dem materiellen Aspekt von *Freiheit und Gleichheit* hat in der politischen Ideengeschichte einen eindeutigen Ausgangspunkt: Diese Unterscheidung ist eine Folge der so genannten „bürgerlichen“ Revolutionen, wenn ich mir diesen vagen Gebrauch einer marxistischen Terminologie gestatten darf. Sie behaupteten Werte als zugleich universalistisch und individualistisch. Und dem Prozess, den Historiker/innen wie unser österreichischer Kollege, mein Freund Gerald Stourzh¹, *Konstitutionalisierung der Menschenrechte* nennen, gaben sie einen machtvollen Impuls. Sie definierten den Zutritt zur (Staats-)Bürgerschaft (die Rechte und Pflichten des Bürgers) nicht über Privilegien, sondern durch *capacités* – Befähigungen, um der jüngsten Terminologie von Amartya Sen² zu folgen.

In seinen frühen Aufsätzen kritisierte Karl Marx das, was er als den „formalen“ Charakter der Bürgerrechte (im Sinne der Rechte des Bürgers und des Bourgeois) ansah, indem er sich auf die materiellen sozialen Konflikte und die revolutionären Forderungen bezog, die aus diesen Konflikten hervorgingen. Er war zu dieser Zeit nicht der Einzige: Tatsächlich bestehen überraschende konzeptionelle Analogien zwischen den Kritikern, die Burke, Bentham und Marx gegen die *Déclaration des droits de l'homme et du citoyen* und ihre amerikanischen Entsprechungen erhoben, drei Autoren mit vollkommen gegensätzlichen Hintergründen: konservativ, liberal und sozialistisch. Wir wissen auch, dass die Marxsche Kritik in *umgekehrter Richtung zur Verteidigung* des formalen Charakters der Grundrechte gewendet werden kann: Tatsächlich war das das Ziel eines großen Teils der

1 Vgl. Gerald Stourzh, *Wege zur Grundrechtsdemokratie. Studien zur Begriffs- und Institutionengeschichte des liberalen Verfassungsstaates*, Wien 1989 (A.d.Ü.).

2 Vgl. Amartya Sen, „Human Rights and Capabilities“, in: *Journal of Human Development*, 6 (2005), S. 151–166; ders., *Ökonomie für den Menschen: Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft*, München 2000 (A.d.Ü.).

liberalen oder „libertären“ politischen Theorie des 19. und 20. Jahrhunderts. Das Problem ändert sich dadurch nicht wirklich. Eine genaue Lektüre von Marx zeigt, dass die gesamte Debatte in den inneren Dilemmata der bürgerlichen Revolution selbst verwurzelt ist, die vorwegnahmen, was im 19. Jahrhundert zur „sozialen Frage“ werden sollte. Es sind diese neuen Konfliktformen des modernen demokratischen Staates, die dessen Institutionen und politische Sprache formten. Aber genau dieser Typus von Staat ist jetzt überall in der Krise, trotz seiner mehr oder weniger vollständigen Akzeptanz und Verwirklichung.

Wir können uns jedoch nicht mit dieser Art historischer (oder historisierender) Überlegungen zufriedengeben, da die Unterscheidungen zwischen den formalen und den materiellen Aspekten von Freiheit oder Freiheiten und Gleichheit zugleich einen theoretischen Gehalt haben. Ich möchte zu bedenken geben, dass dieser Gehalt eng mit einer bestimmten Figur eines ideologischen Dilemmas verbunden ist, das in der Politik immer eine große Rolle gespielt hat, insbesondere in Europa, und heute im Bereich der Moral- und politischen Philosophie wieder deutlich zum Ausdruck kommen. Ich denke an Dilemmata wie *Individualismus vs. Holismus* (oder organische Einheit), *Universalismus vs. Kommunitarismus*, die häufig mit dem Konflikt zwischen „libertär“ und „egalitär“ in Verbindung gebracht werden, oder, etwas zurückhaltender, den Vorrang von Freiheit oder Gleichheit bei ihrer jeweiligen Verbindung. Meiner Meinung nach sind solche Dichotomien hochproblematisch, weil sie zur Verdunklung und Verschleierung der grundlegenden Verschränkung der sozialen und individuellen Aspekte von Rechten (was ich in meiner Begrifflichkeit das Transindividuelle nenne) führen können. Es gibt gesellschaftliche Beziehungen, die für die Entwicklung der Individualität und des Individuums selbst konstitutiv sind (um nicht zu vergessen, dass „Individualismus“ vor allem ein gesellschaftlicher Wert und gesellschaftliches Verhalten ist). Die Moderne als politischer Prozess hat Staatsbürgerschaft nicht nur über den Genuss bestimmter Rechte definiert und über die Mitgliedschaft in einer bestimmten Gemeinschaft „freier und gleicher“ Bürger/innen, die bestimmte Fähigkeiten und Verantwortlichkeiten teilen, sondern sie brachte auch, auf eine aktivere Weise, mit sich, dass Individuen sich gegenseitig Rechte und Fähigkeiten garantieren, um die Gemeinschaft oder das „Gemeinwohl“ zu schaffen. Das war ein maßgeblicher Wandel. Der Schluss, den ich daraus ziehe, und den ich in eine kritische Betrachtung der *Grundrechte* selbst einbeziehen möchte: Es ist aus philosophischer Sicht unmöglich, den Wert des Individuums abstrakt gegen den Wert der Gemeinschaft zu stellen, oder umgekehrt. Das politische Problem hat immer mit der Suche nach einer Aufhebung zu tun, mit der gleichzeitigen Überwindung isolierter und abstrakter Gegensätze. Ein wenig Dialektik kann hier nicht schaden.

Aber dies stellt nicht nur ein philosophisches Problem dar. Es ist zugleich ein dauerhaftes Problem bei der Entwicklung von Institutionen. Die Moderne, wie ich in Erinnerung rufen möchte, war in dieser Frage schließlich vollkommen uneinig. Es ging nur insofern, als der „sozialen Frage“ eine immer größere politische Bedeutung zugemessen wurde. Aber das führte auch zu einer gewissen Umdeutung von Begriffen

wie „abstrakt“, „formal“, „materiell“, „substanziell“. In dieser Hinsicht sind auch die Marxschen Formulierungen aufschlussreich. Marx hatte erklärt, dass ein universalistischer Begriff der Menschenrechte in der Geschichte gegensätzliche Rollen spielen kann: Manchmal muss er als authentischer Ausdruck der politischen Emanzipationsbewegung angesehen werden, manchmal erscheint er als Illusion oder Maske, hinter der alle nicht-egalitären Folgen der Vorherrschaft des Privateigentums wirken und sich verbergen. Daher ist die Sprache der Menschenrechte zutiefst ambivalent: Sie beinhaltet die Anerkennung des Menschen als Gattungswesen ebenso wie eine entfremdete und entfremdende Vorstellung der politischen Gemeinschaft als imaginäre Versöhnung der Konflikte innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft. Marx jedoch – zumindest in seinen frühen Werken, die denen eine radikaldemokratische Position zum Ausdruck kommt – besteht auf der Notwendigkeit einer Philosophie der Menschenrechte, um die Lücken zwischen den formalen Anforderungen von Freiheit und Gleichheit und ihrer tatsächlichen Durchsetzung zu füllen. Vor einigen Jahren habe ich versuchsweise den Neologismus „equaliberty“ geprägt, um diese Wechselwirkung, diese dialektische Spannung begrifflich zu fassen. In einer tiefgründigen Interpretation der Tendenzen der klassischen politischen Moderne, die er vor allem Rousseau verdankt, behauptete Marx eine notwendige Beziehung zwischen der Fähigkeit der Individuen, ihre produktiven oder kreativen Kräfte vollständig zu entwickeln, und dem Heraufziehen der Gestalt einer Gemeinschaft – die er Kommunismus nannte – wo (ich zitiere) „die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller“ wird³. Bei Marx findet sich jedoch auch ein weniger klassisches Verständnis der politischen Bedeutung und der Konsequenzen der Idee gleicher Freiheit, das schon auf eine zweite Moderne hinweist, wo *die formalen und die materiellen, oder die symbolischen und die realen Aspekte* ihre Funktionen praktisch vertauschen.

Dieses zeigte sich meiner Meinung nach, als Marx in der Inauguraladresse an die Internationale Arbeiterassoziation (1864) das *politische* Motto ausgab, „daß die Emanzipation der Arbeiterklasse durch die Arbeiterklasse selbst erobert werden muß“,⁴ also das Ergebnis ihrer eigenen Aktivität – oder ihrer eigenen Arbeit – ist, mit der typischen Verschmelzung der Begriffe „Arbeit“ und „Aktivität“. Was ganz klar heißt, dass der materielle und praktische Gehalt nicht mehr als etwas verstanden wird, das außerhalb der politischen Praxis liegt. Politik ist kein abstraktes Feld, dem der gesellschaftliche Gehalt fehlt; sie ist immer schon im Feld der gesellschaftlichen Praxis und des materiellen Lebens verortet – letztendlich ist sie die Politik einer bestimmten Klasse. Daher rührt ihre Stärke und Überzeugungskraft. Aber Marx ist weit davon entfernt, die ideelle oder symbolische Dimension, wie sie sich etwa in der Gestalt von Prinzipien im

3 Karl Marx/Friedrich Engels, „Manifest der Kommunistischen Partei“, in: Karl Marx/Friedrich Engels, *Werke*, Band 4, Berlin 1972, S. 482.

4 Karl Marx, „Provisorische Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation“, in: Karl Marx/Friedrich Engels, *Werke*, Band 16, Berlin 1975, S. 14.

Bewusstsein niederschlägt, zu unterschätzen, er sieht sie gerade als Moment der „Subjektivierung“, wenn ich mir die spätere Terminologie von Foucault borgen darf. Und genau diese Dimension beschreibt eine Differenz innerhalb der Praxis selbst. Wir dürfen nicht vergessen, dass Marx diese Ideen von der Selbstbefreiung der Arbeiterklasse in enger Verbindung mit der zeitgenössischen Arbeiterbewegung entwickelte, wo die revolutionären Aktivist/innen größtenteils die Terminologie von „Staatsbürger/innen“ und „Staatsbürgerschaft“ untereinander gebrauchten, um die Art von Gleichheit und Brüderlichkeit zu bezeichnen, auf die sie abzielten. Dies ist bereits ein typischer Ausdruck dessen, was ich mit einer Umkehrung des Verhältnisses zwischen formalen Rechten und dem gesellschaftlichen Gehalt in der Institution der Menschenrechte gemeint habe. Aber Marx bleibt mehrdeutig und zögerlich, weil es ihm völlig widerstrebt, die Bedeutung des juristischen Aspektes der Kämpfe um Emanzipation zu berücksichtigen und weil er nahezu besessen war von der Kritik dessen, was er „gesetzlichen Formalismus“ nannte⁵.

Der Grund, warum ich auf dieses allseits bekannte Spannungsverhältnis innerhalb des marxistischen Erbes zurückgekommen bin (das wir, wie gesagt, nicht als einziges berücksichtigen sollten), ist folgender: Ich möchte versuchen, die Verbindung zwischen dem, was ich eine erste Moderne oder eine erste Phase der Moderne nenne, und einer zweiten Moderne oder zweiten Phase der Moderne zu untersuchen. Diese gehen den nationalen und industriellen Revolutionen des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts voraus oder folgen ihnen. Eine strikte Trennung der beiden von einander ist nicht möglich, weil die Auslegung der Menschenrechte als Fahrplan für die Veränderung ungerechter gesellschaftlicher Umstände durch kollektive soziale Bewegungen in der Idee einer universellen Staatsbürgerschaft verwurzelt ist und das emanzipatorische Programm der Aufklärung nie aufgehört hat, die Entwicklung der „sozialen Frage“ zu beeinflussen, was dazu führte, dass die sozialen Rechte selbst als Grundrechte angesehen wurden. Und es findet in dieser Beziehung noch immer eine Transformation statt, die vielleicht nicht notwendig war und die heute zunehmend in Frage gestellt wird. Ich möchte allerdings behaupten, dass diese Transformation, selbst wenn sie sich nicht mit Notwendigkeit vollzog, in einem gewissen Sinne unwiderruflich war. Und zwar in dem Sinne, dass eine Kritik oder Demontage sozialer Rechte etwa im Namen des Primats der Freiheit über die Gleichheit praktisch einer Demontage der früheren Generation von Menschen- und politischen Rechten selbst gleichkommt – einer Kritik der Moderne als solcher.

Ich nenne erste Moderne den Augenblick, in dem das Konzept des Staatsbürgers nicht mehr an ein gesellschaftliches Privileg geknüpft ist, auf einen exklusiven Status, wie es in antiken oder mittelalterlichen Städten der Fall war, sondern im Gegenteil – und zum ersten Mal in der Geschichte – mit einem universellen Prinzip politischer Partizipation verbunden wird, mit der Zugehörigkeit zum Gemeinwesen, aus

⁵ Dies, obwohl er sich in seinen konkreten Analysen, etwa in der Frage der Einschränkung von Überausbeutung, der zentralen Bedeutung des Gesetzes im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Kämpfen durchaus bewusst war.

dem kein menschliches Individuum ausgeschlossen werden darf. Dies scheint die Tür für eine fortschreitende Befreiung von jeglicher Unterwerfung und Diskriminierung zu öffnen. In der Praxis sind die Dinge freilich komplizierter und widersprüchlicher. Es überleben nicht nur ältere Formen der Ausgrenzung oder finden neue Rechtfertigungsmuster⁶, abwegige Ausgrenzungsgrundsätze kommen plötzlich zum Vorschein, die sich auf den universalistischen Diskurs selbst berufen und deshalb noch radikaler erscheinen. Dies ist ein entscheidender Punkt, der ohne abstrakte Formulierungen jedoch kaum schnell zu erklären ist. Ich erlaube mir daher nur anzudeuten, wie diese *Dialektik der Aufklärung* funktioniert.

Wir müssen verstehen, dass das Wesen des Menschen (*conditio humana*) in unterschiedliche Universalbegriffe gefasst werden kann. Das sich daraus ergebende Spannungsverhältnis ist vielleicht so alt wie die universalistischen Religionen selbst, doch erst im modernen politischen und ethischen Diskurs wird es in voller Tragweite virulent. Der Universalismus besitzt meiner Meinung nach einen *nach außen* gerichteten Aspekt, demzufolge die Geltung von Prinzipien oder die Herrschaft des Gesetzes nicht von Grenzen oder dem Vorrang bestimmter Gemeinschaften, die sich auf Werte von partikularer Reichweite berufen, beschränkt werden kann. Er besitzt jedoch auch einen, wie ich es nennen möchte, *nach innen* gerichteten Aspekt, demzufolge Unterschiede, die zu interner Benachteiligung und Vorherrschaft führen, neutralisiert oder aufgehoben werden müssen, unabhängig von den Grenzen der Gemeinschaft (selbst wenn diese nur ein kleiner versammelter Teil der Menschheit ist). In klassischen politischen Revolutionen wird hier von „Tyrannei“, „Despotismus“, „Privilegien“, „hierarchischen“ oder „Kasten“-Gesellschaften gesprochen, in denen Individuen Rechte nach ihrem Status zugesprochen bekommen. Diese Vorstellung eines nach innen gerichteten Universalismus – der zum Beispiel das Ideal für die Gründung einer Nation gleicher Bürger/innen darstellen kann – ist eng mit dem verbunden, was ich gerade „das universelle Recht an öffentlichen Angelegenheiten teilzunehmen“ genannt habe, oder einer *aktiven* Auffassung von Politik. Sie ist auch eng daran geknüpft, was Hannah Arendt das „Recht, Rechte zu haben“ genannt hat,⁷ wenn wir es in einem aktiven Sinne verstehen. Diese Auffassung führt zur praktischen Gleichsetzung des Menschen und des Staatsbürgers, weil die Beteiligung des Bürgers an der Politik den Menschen autonom, zum Herrn seiner selbst macht, ihn aber auch tatsächlich jedem anderen Menschen gleichstellt. Damit werden die *anthropologischen Differenzen* entwertet, die etwa in der antiken Stadt viele aus dem öffentlichen Raum ausschlossen, indem auf den Wesensunterschieden zwischen Kriegern und Handwerkern, Männern und Frauen, manchmal auch Jüngeren und Älteren insistiert wurde. Es mag verwundern, wie es möglich wurde, dass solche universellen Prinzipien dennoch Ungleichheiten und Ausschließungen nach innen rechtfertigen und sie sogar noch mit einer radikaleren, einer sozusagen selbst noch

⁶ Insbesondere etwa bei der Ausgrenzung der Frauen aus der Öffentlichkeit im Namen des heiligen Wesens und der sozialen Funktion der Familie.

⁷ Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, München 1986, S. 614.

universalistischen Begründung ausstatten konnten. Um dieses Paradox verständlich zu machen, muss ich einen Umweg zur Frage nach der Institution des Politischen und des Gesellschaftlichen nehmen, zu den *institutionellen Vermittlungen*, die der Prozess der *Konstitutionalisierung von Menschenrechten*, wie er sich in der Geschichte entfaltete, erforderte. Sie gehören zur Entstehungsgeschichte des Staates (in der Praxis, des souveränen Nationalstaates) und des Marktes (in der Praxis, des kapitalistischen Marktes), Ausdruck einer politischen Verfasstheit und einer bürgerlichen Gesellschaft, die auf dem Austausch von Waren und einer universellen Ökonomisierung gesellschaftlicher Beziehungen beruht. Letzten Endes führen sie zu einer quasi-metaphysischen Spannung zwischen zwei Vorstellungen vom Menschen – als einem moralischen und rechtlich verantwortlichen Subjekt, und als einem Individuum mit Bedürfnissen und Interessen und einer utilitaristischen Psychologie. Beide Aspekte sind eng verknüpft mit der Vorstellung vom Menschen als einem universalistischen oder undifferenzierten Wesen, und beide funktionieren auch als *normative Modelle*, oder *Grundsätze*, die es im Gegenzug paradoxerweise möglich machen, Menschen aus der Menschheit auszuschließen, oder ihnen die Anerkennung als vollwertigem Teil der menschlichen Gattung zu verweigern, weil sie in Bezug auf diese Normen als sozusagen „weniger menschlich“, manchmal gar als „weniger als menschlich“ erscheinen. Es ist unnötig zu sagen, dass dies ein sehr gewalttätiger Prozess ist, auch oder gerade wenn er in der Stille des Alltags und innerhalb gesellschaftlicher Institutionen stattfindet.

Die beiden Kategorien des Subjekts und des Individuums beziehen sich auf zwei entgegengesetzte Weisen, die bürgerliche Gesellschaft und den Staat zu hierarchisieren: Eine der beiden (die Kategorie des moralischen und politischen Subjekts) besteht auf der Frage nach der Gemeinschaft, die andere (die Kategorie des utilitaristischen Individuums) besteht auf der Frage nach dem Eigentum⁸. Im klassischen Zeitalter wurde das traditionell der Autorität des Souveräns unterworfenen Subjekt (der Untertan) zum Mitglied einer Gemeinschaft gleicher Staatsbürger/innen, die in der Praxis als Nationalstaat organisiert war. In seinem *Contrat social* bot Rousseau eine klassische und idealisierte Vorstellung dieser Gestalt des Subjekts als Mitglied der politischen Gemeinschaft, die auch zur Grundlage von mehr oder weniger utopischen Vorstellungen zukünftiger Zivilgesellschaften jenseits des Staates werden konnte. Sein Gegenstück ist das utilitaristische Individuum oder das Subjekt einer Tauschhandlung. Auch dies ist eine universalistische Auffassung, nicht weniger als die andere, weil „Tausch“ hier im weitesten Sinne verstanden werden muss, intellektuellen Austausch ebenso beinhaltend wie den Austausch von Waren⁹.

8 Einschließlich des Eigentums an sich selbst oder dem Besitz seiner selbst, wie von John Locke 1689 in *Two Treatises on Government* formuliert: „Every man has a Property in his own Person.“

9 Dies wird sehr deutlich in Kants berühmtem Aufsatz „Zum ewigen Frieden“ (1795), der uns auch mit dem klassischen Begriff ausstattet, in dem die Gemeinschaft zum sich selbst besitzenden Individuum passt, nämlich „Verkehr“ – auch bei Marx ein sehr wichtiger Begriff.

Der Verweis auf diese beiden Begriffssysteme macht die paradoxe Idee von menschlich unvollkommenen Menschen oder von Menschen, die praktisch aus der Menschheit und damit von den Regeln des Anstandes ausgeschlossen werden sollten, eher nachvollziehbar. Diese erscheinen demnach als unfähig oder unwert, an der Gemeinschaft teilzuhaben, weil sie keine authentischen Subjekte wären, oder unfähig, Eigentümer oder Handelssubjekte zu werden, weil ihnen grundlegende Dimensionen der Individualität oder der individuellen Autonomie fehlten. Einerseits werden Menschen ausgeschlossen oder aussortiert, weil ihnen ein Fehlen der *subjektiven* Dimensionen unterstellt wird, die ja den „Gesetzgeber“ im Rousseauschen und Kantschen Sinne erst möglich macht. Andererseits werden Menschen ausgeschlossen oder auf einen untergeordneten Status reduziert, weil ihnen die individuellen Befähigungen fehlen, als Eigentümer/innen zu handeln, also rational Handelnde im Sinne des Besitzindividualismus zu werden. Freilich sind diese Normen Anlass von Auseinandersetzungen, Gegenstand ständiger Kämpfe und damit nicht an feste Anwendungsbedingungen geknüpft. Es bedurfte eines halben Jahrhunderts der Fortschritte und Rückschläge, bis Lohnarbeiter/innen als Eigentümer/innen ihrer selbst angesehen wurden und insofern – wie es Marx bereits vorweggenommen hatte –, als Individuen im vollen Sinn, qua „Besitzer/innen“ ihrer eigenen Arbeitskraft in einem Vertragsverhältnis mit den Kapitalisten. Und es dauerte nach der „Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte“ von 1789 – je nach Ort mehr oder weniger lang –, noch mindestens ein Jahrhundert, bis Frauen zumindest formal als Subjekte im selben moralischen Sinne wie Männer anerkannt wurden¹⁰. Das am meisten beunruhigende Problem verursachte allerdings die Frage der „rassistisch Anderen“. Man könnte gewissermaßen sagen, dass die *Einbeziehung der Ausgeschlossenen* innerhalb der kolonialen Ordnung nie in Angriff genommen wurde, um zugleich konstatieren zu müssen, dass sie auch in der „postkolonialen“ Ordnung nie wirklich erreicht wurde.

Was ich in groben Zügen erläutert habe, ist, dass das menschliche Individuum, das zugleich ein *potenzieller* Staatsbürger ist, in der *ersten Moderne*, mit deren Erbe wir noch heute leben, seine Beziehung zu einer universalistischen *sozialen Norm* auf zwei Arten reflektiert: Eine subjektive Möglichkeit, die auf der Selbstgesetzgebung und im Selbstbewusstsein gründet, und eine objektive Möglichkeit, die auf der Effizienz utilitaristischer Prinzipien und den Regeln rationalen Benehmens oder Verhaltens basiert. Dies sind zwei Arten, das individuelle Subjekt an die Gesellschaft, mit der es konfrontiert ist, zu binden. Ich beharre darauf, dass beide universalistisch sind, und dass beide auf paradoxe und brutale Weise eine Möglichkeit der Exklusion beinhalten, die ausgerechnet in ihren Prinzipien der Inklusion verortet werden können. Diese Möglichkeit trifft uns besonders brutal, weil sie nicht (oder nicht auf den ersten Blick) auf *Außenseiter/innen*, *Fremde* abzielt, die von außerhalb der jeweiligen Gemeinschaft der

10 Frankreich war in dieser Hinsicht eines der letzten Länder in Europa.

Staatsbürger kommen, sondern auf Individuen oder Gruppen, die *von innen als Fremde* empfunden werden, als jenseits einer Norm des vollkommenen Menschseins befindlich: Frauen, Kriminelle, Kinder, Verrückte, Angehörige einer minderwertigen „Rasse“ usw. – je nach den gegebenen Umständen. Feministische Historikerinnen haben dieses *Paradox*¹¹ am Beispiel des Ausschlusses von Frauen aus der aktiven Bürgerschaft in klassischen Gemeinschaften und dessen „anthropologische“ Wurzeln minutiös untersucht. Dieses ist nicht mehr (oder zumindest nicht mehr vorrangig) in einer traditionellen genealogischen oder patriarchalen Ordnung verwurzelt, sondern in einer Theorie – oder besser gesagt, einer Ideologie – der öffentlichen Vernunft, die behauptet, dass es unterschiedliche Vernunftbegabungen gebe und damit einen unterschiedlichen Zugang zur Rationalität. Jeder Fall ist freilich besonders und hat seine eigene Geschichte, doch die Ähnlichkeit liegt in der Tatsache, dass solche *inneren Ausschlüsse* entweder als Abwesenheit von Subjektivität oder als Auflösung von Individualität oder autonomer Handlungsfähigkeit dargestellt werden können.

Damit stellt sich nun die Frage, wie diese Ausschlüsse entstehen, und aus welchen Gründen, unter dem Einfluss welcher philosophischen, politischen und gesellschaftlichen Bewegungen und emanzipatorischen Kämpfen. Der Gedanke einer Frontlinie oder Grenze zwischen dem Menschlichen und dem Nichtmenschlichen innerhalb des Menschlichen selbst und deren Folgen für die Zuteilung von Bürgerrechten und Bürgerstatus ist *unhaltbar* und inakzeptabel per definitionem, da er die universalistischen Prinzipien verletzt. Aber in manchen Fällen erscheint er als *dialektischer Konflikt* zwischen dem formalen Begriff von Rechten und seiner praktischen oder institutionellen Verwirklichung, der zu einer im weitesten Sinne des Wortes revolutionär zu nennenden Transformation der Gemeinschaft führt. Lohnarbeiter, Frauen, Diener werden selbst zu aktiven Staatsbürger/innen, genauso wie ihre Herren, Väter und Ehemänner. In anderen Fällen wiederum scheint dem Konflikt diese dialektische Qualität zu fehlen, und er wird daher auf ein System naturalistischer Vorstellungen zurückgeworfen: Das abnormale, „minoritäre“ Subjekt scheint den Normen, die bestimmen (und in der Tat auch gesellschaftlich und historisch festschreiben), was als „menschliche Natur“ angesehen wird, vollständig zu widersprechen. Mit Blick auf *Verrücktheit und Verbrechen* (oder Kriminalität) ist das ein berechtigtes Problem. Vielleicht spielt es aber in Bezug auf *Kindheit* eine noch bedeutendere Rolle: Für „uns“, unsere Zivilisation, ist es schwierig, wenn nicht gar unmöglich, sich vorzustellen, dass Kinder gegen Erwachsene für ihre Emanzipation kämpfen oder gleiche Rechte einfordern könnten. Dies betont beträchtlich den naturalistischen Charakter einer Vorstellung von Kind, was kaum dadurch aufgewogen wird, dass *Kindheit* in den meisten Fällen als *Übergangsstadium* angesehen wird. Obwohl es in der Tat *Kämpfe gibt*, die in ihrem Gehalt politisch sind,

11 Ich beziehe mich hier auf den Titel von Joan Wallach Scotts berühmtem Buch: *Only Paradoxes to Offer: French Feminists and the Rights of Man*, Cambridge/MA 1996.

um zu bestimmen, *wo* genau die Grenze gezogen werden muss, und welche Art von Macht Erwachsener über Kinder diese rechtfertigt... Und lassen Sie uns noch einmal festhalten, dass „unmöglich“ erscheint, den/die zivilisatorisch oder kulturell/„rassisch“ Anderen innerhalb diesen Dichotomien in einem eindeutigen Sinne zu verorten, weil er oder sie zugleich analog im Modell des (von Natur aus) Dienenden und im Modell des (widerstandsfähigen) Kindes gesehen werden kann...

Der klassische Universalismus, mit seinem Prinzip eines „Rechtes, Rechte zu haben“ oder dem universalen Zugang zur Staatsbürgerschaft, den ich um der Kürze Willen den Universalismus der Aufklärung genannt habe, endet daher mit einer Dialektik der *Fähigkeiten und Unfähigkeiten*. Was im Prinzip bedingungslos sein sollte, setzt in der Praxis die Erfüllung von Bedingungen voraus. Diese Bedingungen jedoch, wie zufällig und historisch relativ sie in Wirklichkeit auch sein mögen, werden auf ein tiefe anthropologische Dimension projiziert, in der Mensch-sein in Konflikt mit sich selbst über Normalität und Anormalität – also deren Verkehrung oder Perversion – gerät. Von daher stammt die „pathologische“ Dimension der Ausschließungen, die es erlaubt, Staatsbürgerschaft, die formal unbegrenzt ist und nicht länger über ein Privileg oder einen Status definiert wird, zu begrenzen.

Welche Veränderungen bringt diesem Modell zufolge die Entwicklung einer *zweiten Moderne* tendenziell mit sich, in der die Fragen nach sozialen Rechten und sozialer Gerechtigkeit vorrangig werden? Wie wir wissen, ist die hegemoniale Vorstellung im politischen Diskurs nicht mehr die der *Natur*, sondern die der Geschichte: historische Transformation, revolutionär oder reformistisch, aber auch *historische Konstruktion*. Gleichheit, wenn es sie denn geben soll, erscheint dann nicht mehr als „Geburtsrecht“, als anthropologische *Bestimmung*, als metaphysisches Prinzip, sondern eher als eine materielle Errungenschaft und als historisches Ergebnis kollektiver Handlungen.

Weiter oben habe ich den klassischen Dualismus von *Subjekt und Individuum, Gemeinschaft und Handel* mit dem Aufkommen eines Begriffs universeller Staatsbürgerschaft in Verbindung gebracht. Auf ähnliche Weise möchte ich die Debatten um soziale Rechte, die so typisch für die zweite Moderne sind, mit einem anderen Konzept oder Bild vom Staatsbürger in Verbindung bringen: T.H. Marshalls klassischem Essay „*Citizenship and social class*“¹² von 1950 folgend, können wir es *soziale Bürgerschaft* nennen. Ganz offensichtlich besteht eine enge Beziehung zwischen der Frage der sozialen Rechte als einer neuen „Generation“ von *Grundrechten* und dem politischen Projekt einer Transformation der (nationalen) Bürgerschaft in *soziale Bürgerschaft*, auch wenn beide Begriffe sich nicht einfach entsprechen. In gewisser Weise begrenzt der eine den anderen in einer Dialektik, die das Ideal der gleichen Freiheit grundlegend verändert. Um das zu verstehen, müssen wir die volle Bedeutung und das historische Gewicht der

12 Vgl. T.H. Marshall, *Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates*, Frankfurt am Main 1992 (A.d.Ü.).

Tatsache akzeptieren, dass nun *ein dritter Begriff, der Staat* (oder der „bürokratische Staat“ im Weberschen Sinne, mit seiner eigenen spezifischen Rationalität) zur historischen Kraft und vermittelnden Instanz innerhalb jeder Beziehung zwischen Individuen und Gemeinschaften geworden ist. Und diese Tatsache, so unbestreitbar sie auch ist, wird nur zu oft in philosophischen Debatten über den Primat des Individuums oder der Gruppe übersehen. In gewissem Sinne *hat keiner den Primat*, oder nur durch die Vermittlung festgelegter staatlicher Regelungen.

Damit eine ausschließlich „politische“ Institution der Staatsbürgerschaft auch zu einer „sozialen“ werden kann, muss der Staat selbst zum *Sozialstaat* werden, entweder auf autoritäre oder auf mehr oder weniger demokratische Weise. Das ist in der Tat das zentrale politische Faktum. Wir sind nicht gezwungen, hierfür den zweifelhaften Begriff des „totalen Staates“ zu gebrauchen, der in der Zwischenkriegszeit, namentlich durch Carl Schmitt, geprägt wurde, aber wir müssen berücksichtigen, dass die Einflussphären des Staat größer werden, und dass der Staat zu einem zentralen Akteur einer *neuen sozialen Gouvernementalität* wird¹³. Dies ist nicht die Folge ausschließlich ideologischer Transformationen, sondern von handfesten materiellen Zwängen. Die soziale Frage – im Klartext die Klassenunterschiede und Klassenkämpfe – durchdrang die Debatten um öffentliche Freiheiten (etwa das Streikrecht, das Versammlungsrecht) und Bürgerrechte. Gesellschaftliche Konflikte wurden „politisch“ im vollen Sinn (wiederum wie von Marx vorweggenommen) oder sogar – für einen gewissen Zeitraum – zum *dominanten Aspekt* der so genannten „*Innenpolitik*“. Und vor allem wurden Sozialprogramme oder *Wohlfahrtsprogramme* schlussendlich nicht als humanitäre Hilfe für die Armen, die Behinderten usw., als moderne *Barmherzigkeit* eingeführt, sondern in der *universalistischen Gestalt sozialer Rechte* (einschließlich medizinischer Versorgung, Bildung und sogar Kultur) für *jede/n*, also für jedes Mitglied der Gemeinschaft. Dieser lange und ungerade Prozess, der, um es ausdrücklich zu sagen, ganz offensichtlich nicht unumkehrbar, aber kaum ohne eine Art gewaltsamer Konterrevolution aufzuheben ist, kann meiner Meinung nach – die ich den Historiker/innen nahelegen möchte – nicht von individuellen und kollektiven historischen Handlungen getrennt werden, von Kämpfen, die der „Arbeit“ im weiten Sinne (einschließlich intellektueller Arbeit) einen *politischen Status* verliehen und dementsprechend auf neue Weise ein positives „republikanisches“ Verständnis von Freiheit *konstituierten*, das über die ausschließlich negative Freiheit des klassischen Liberalismus hinausgeht.

Wir wissen, dass die Kritik an den klassischen Freiheiten mit einer Wiedergeburt des uralten Themas der *sozialen Gerechtigkeit* assoziiert wird. Dass diese nun nicht mehr mit einer ewigen oder transzendenten kosmischen Ordnung verbunden wird, sondern mit einem Begriff von historischem Wandel und Fortschritt, ist sicherlich von

¹³ Die kommt selbstverständlich nicht aus dem Nichts, da es, wie Foucault und andere gezeigt haben, schon immer einen *Polizeistaat* im klassischen Sinne, mit sozialen, kulturellen und biopolitischen Funktionen gegeben hat.

großer Bedeutung. Aber die Tatsache, dass der Staat als machtvoller Akteur der Realisierung sozialer Gerechtigkeit erscheint oder, gerade im Gegenteil, als das *Hindernis par excellence*, das als erstes aufgehoben oder verändert (d.h. rationalisiert oder demokratisiert) werden sollte, bietet eine neue Grundlage für ideologische Gräben. Soziale Staatsbürgerschaft ist ebenso antagonistisch wie es die universale Staatsbürgerschaft einmal war...

Eines möchte ich besonders betonen, weil es den Kern der zeitgenössischen Krisen und die Unschärfe des Begriffs der Grundrechte betrifft: die Tatsache, dass der Staat, mit dem solche Begriffe von sozialen Rechten und sozialer Staatsbürgerschaft vor dem Hintergrund konflikthafter gesellschaftlicher Prozesse verknüpft wurden, *in erster Linie ein Nationalstaat* war. Tatsächlich konkurrierten *bestimmte Nationalstaaten*, die in Bezug auf die weltweite Verteilung von Reichtum und Macht eine privilegierte Position einnahmen, wie wir wissen, hartnäckig darum, diesen hegemonialen Status zu behalten. Dabei handelt es sich um ein Phänomen der Überdeterminierung, um auf eine philosophische Kategorie von Althusser zurückzugreifen¹⁴. Ich betone, dass hinter der Institutionalisierung von Sozialreformen, wohlfahrtsstaatlichen Politiken oder Elementen von Gerechtigkeit, die durch die kapitalistische Akkumulation verursachte Ungleichheiten kompensieren sollen, Kämpfe oder gar Aufstände (manchmal auch nur vorweggenommene Angst vor Aufständen) stattfinden. Für den Staat besteht zudem die Notwendigkeit, jenseits der Klassenunterschiede subjektiv und institutionell das Gefühl nationaler Einheit und nationaler Zugehörigkeit herzustellen – was Hegel *Gesinnung* nannte. So „benutzt“ der Staat die Sozialpolitik, um gesellschaftliche Antagonismen zu vermitteln und zu verschieben, aber auch um eine *Substanz* zu schaffen – mit der er das Gefühl gemeinsamer nationaler Zugehörigkeit unterfüttert, ebenso wie er das Ideal und den Wert der Nationalität und des Nationalismus benutzt, um die konkreten Bestandteile der sozialen Bürgerschaft wie Arbeitsrecht, Bildung, Gesundheit, Kultur zur Vermittlungen zwischen den antagonistischen Interessen der Klassen einzusetzen. Um das Besondere an dieser theoretischen Konstruktion als Idealtypus zu erfassen, aber auch, um zu verstehen, warum sie trotz ihrer Errungenschaften und ihrer in Teilen der Welt langen Lebensdauer im Grunde genommen labil ist, habe ich sie den *national-sozialen Staat* genannt, in dem wir in unserem Teil der Welt, speziell in Europa, derzeit leben oder bis vor Kurzem noch lebten. Auf diese Weise habe ich versucht, die verborgene Seite der Gleichung zu erfassen, die Staatsbürgerschaft und Nationalität zu austauschbaren oder reziproken Begriffen macht, ohne den provokativen Moment dieser Formel zu vernachlässigen.

Warum ist diese Provokation hilfreich, oder kann es vielleicht sein? Damit möchte ich schließen. Wie in der ersten Moderne hat diese institutionelle Konstruktion,

¹⁴ Vgl. Louis Althusser, „Widerspruch und Überdeterminierung“, in: *Für Marx*, Frankfurt a. M. 1968, S. 105–144. (A.d.Ü.)

die in der Gestalt von Prinzipien ausgedrückt wird, genauso eine *ausschließende* wie eine *einschließende* Seite. Die Institution von Rechten, die Individuen und Gruppen garantiert werden, setzt voraus, dass diese zur *Nation* gehören, und hängt daher davon ab, ob sie eine *kollektive Identität* formen, erwerben und besitzen. Besser gesagt, sie löst im Allgemeinen eine noch stärkere Spannung zwischen *universalistischen und nationalistischen (oder kommunitären)* Aspekten innerhalb des Begriffs der Staatsbürgerschaft aus.

Die zentralen Debatten am Ende des Zweiten Weltkriegs, die mit dem Aufstieg *sozialdemokratischer*, in Westeuropa manchmal auch *christlich-sozialer Regierungen* verbunden sind, endeten mit einer klaren Entscheidung zugunsten einer universalistischen Auffassung von Wohlfahrt, und gegen den liberalen Begriff der „Armengesetze“ und ihre zeitgenössische Fortführung in Spezialprogrammen der Fürsorge und Kontrolle der Benachteiligten, die die Idee der *Gleichheit* von Anfang an ausschließen. Zugleich hing dieser Begriff der sozialen Bürgerschaft schon bei seiner Entstehung stark von einer bestimmten Organisationsform der Industriearbeit und einem bestimmten Typus „korporatistischer“ Klassenauseinandersetzungen ab und beschränkte sich eindeutig auf die Grenzen der nationalen Gemeinschaft – als *Solidarität unter Landsleuten*, die nur in Ausnahmefällen auf Ausländer/innen ausgeweitet werden konnte, von denen erwartet wurde, dass sie sich nur vorübergehend innerhalb der Landesgrenzen aufhielten.

Diese beiden Begrenzungen wurden gesprengt, und in der Folge ist nicht nur die bloße Idee der „sozialen Bürgerschaft“ unter dem brutalen Angriff gesellschaftlicher Kräfte, welche selbst kaum nationale sind, zurückgewichen, sondern die gesamte Konzeption einer Geschichte der Menschenrechte als fortschrittliche Konstruktion hat ihre Selbstverständlichkeit verloren. Das soll nicht heißen, dass die philosophische Dialektik von Freiheit und Gleichheit nicht mehr existiert, sondern es geht darum, die Konstruktion einer politischen Gemeinschaft freier oder autonom Handelnder auf einem zufriedenstellenden Grad an der Gleichheit zu fundieren, d. h. eine Einschränkung der Einschränkungen und Unzulänglichkeiten selbst (also der Exklusionen oder Diskriminierungen, die entweder in der Natur oder in der Geschichte verwurzelt sind). Diese Dialektik muss sich jedoch eindeutig in einem anderen Raum entwickeln, vielleicht in einer anderen Sprache. Und sie wird die Frage ins Zentrum stellen müssen, welche Art von Staat oder „öffentlicher Institution“ heute die *Konstitutionalisierung von Menschenrechten* zwischen Individuen und Gemeinschaften vermitteln kann, die nicht vorrangig oder ausschließlich über ihre nationale Identität definiert sind.

Aus dem Englischen von Claire Horst und Mathias Richter

Fabian Arlt, B. A., geboren 1987, hat an der MediaDesignHochschule Berlin Medienmanagement studiert und ist zur Zeit Mathematik-Student an der Freien Universität. Er arbeitet zu den Themen Kommunikation und Wirklichkeitskonstruktion, Beratung und Rollenspiel.

Dr. Hans-Jürgen Arlt, geboren 1948, hat zur Zeit eine Gastprofessur für Strategische Organisationskommunikation an der Universität der Künste in Berlin; zwischen 1990 und 2003 leitete er die Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB).

Prof. Dr. Etienne Balibar, geboren 1942, ist als Schüler und Mitarbeiter des Philosophen Louis Althusser seit den Siebzigerjahren in Deutschland bekannt. Er lehrt als Professor emeritus an der Universität Paris-X (Nanterre), seit 2000 ist er zudem Distinguished Professor of Humanities an der University of California, Irvine. Balibar hat zahlreiche Bücher und Artikel über Marx und den Marxismus, zur Philosophie der Politik und zur Politik der Philosophie verfasst, auf Deutsch erschien in den letzten Jahren u. a. *Der Schauplatz des Anderen. Formen der Gewalt und Grenzen der Zivilität* (2006) und *Sind wir Bürger Europas? Politische Integration, soziale Ausgrenzung und die Zukunft des Nationalen* (2003).

Prof. Dr. Ursula Dallinger ist Professorin für Soziologie/Sozialpolitik

an der Universität Trier. Ihr Forschungsschwerpunkt ist die international vergleichende Sozialpolitikforschung, mit einem Fokus auf soziale Grundlagen des Wohlfahrtsstaates, Akzeptanz von Umverteilung und den Wandel von sozialer Ungleichheit und Sozialstaat. Zu ihren jüngeren Publikationen zählen: *Prekäre Mitte – Sozialstaat und Mittelschicht im internationalen Vergleich*, Zeitschrift für Sozialreform 57 (2011) und *Die Solidarität der modernen Gesellschaft – Der Diskurs um rationale oder normative Ordnung in Sozialtheorie und Soziologie des Wohlfahrtsstaates* (2009).

Prof. Dr. Klaus Dörre ist Professor am Lehrstuhl für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie der FSU Jena. Seine Arbeitsschwerpunkte sind u. a. flexible und prekäre Beschäftigung, Arbeitsbeziehungen und Strategic Unionism, Gewerkschaftliche Erneuerung, Green New Deal und Arbeitsmarkt. Zu seinen jüngeren Publikationen zählen *Gewerkschaftliche Modernisierung* (hrsg. zusammen mit Thomas Haipeter, 2011) und *Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte* (zusammen mit Stephan Lessenich und Hartmut Rosa 2009).

Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer ist Professor für Sozialisation und Direktor des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld. Seine Forschungsschwerpunkte sind u.a. Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Er ist geschäftsführender Herausgeber u. a. der Schriftenreihe

Deutsche Zustände. Mit Prof. Dr. Andreas Zick leitet er das Projekt „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (Survey 2002-2012)“ am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld.

Ulrike Herrmann, geboren 1964, studierte nach einer abgeschlossenen Banklehre Wirtschaftsge- schichte und Philosophie an der Freien Universität Berlin. Anschließend arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Körber-Stiftung und als Pressesprecherin der Hamburger Gleichstellungssenatorin Krista Sager. Seit 2000 ist Ulrike Herrmann bei der taz für wirtschaftspolitische und soziale Themen zuständig. 2010 veröffentlichte sie das Buch *Hurra wir dürfen zahlen. Der Selbstbetrug der Mittelschicht*.

Prof. Dr. Wolfgang Schroeder, geboren 1960, war von 1991 bis 2006 im Vorstand der IG Metall, seit 2006 hat er eine Professur für „Politisches System der Bundesrepublik/Staatlichkeit im Wandel“ inne, seit 2009 ist er Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg. Zu seinen letzten Veröffentlichungen zählen *Vorsorge und Inklusion, Wie kommen Sozialpolitik und Gesellschaft zusammen?* (2012); *Berufsgewerkschaften in der Offensive* (2011) und *Seniorenpolitik im Wandel* (2010).

Hilal Sezgin, geboren 1970, studierte Philosophie in Frankfurt am Main und arbeitete danach

mehrere Jahre im Feuilleton der Frankfurter Rundschau. Jetzt lebt sie als freie Schriftstellerin und Journalistin in der Lüneburger Heide. Sie schreibt u. a. für DIE ZEIT sowie als Kolumnistin für die Meinungsseite der taz, das Feuilleton der Frankfurter Rundschau und der Berliner Zeitung. In Buchform erschienen zuletzt ihr Bericht *Landleben. Von einer, die raus zog* (2011) sowie der von ihr herausgegebene Sammelband *Manifest der Vielen. Deutschland erfindet sich neu* (2011).

Dr. Wolfgang Uellenberg-van Dawen, geboren 1950, ist seit 2008 Bereichsleiter Politik und Planung im ver.di Bundesvorstand. 1981 promovierte er über die Auseinandersetzungen sozialdemokratischer Jugendorganisationen mit dem Nationalsozialismus am Ende der Weimarer Republik. Seit 1982 ist er in verschiedenen Funktionen beim DGB Bundesvorstand tätig, 2001 bis 2008 war er DGB Regionsvorsitzender in Köln.

Prof. Dr. Franz Walter, geboren 1956, ist seit 2010 Leiter des Instituts für Demokratieforschung in Göttingen. Seit 2000 bekleidet er eine Professur für Politikwissenschaft an der Universität Göttingen. Zu seinen Publikationen zählen: *Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Sozial Benachteiligte und Engagement* (zusammen mit Johanna Klatt, 2011), *Gelb oder Grün? Kleine Parteiengeschichte der besserverdienenden Mitte in Deutschland* (2010), *Charismatiker und Effizienzen: Porträts aus 60 Jahren Bundesrepublik* (2009).

Eine Frage der Klasse? Deutschlands Mitte zwischen Abstiegsangst und dem Tritt nach unten

Die Publikation ist Teil des Projektes „SPACES – Information, Debatte und Training für Toleranz“ und wird gefördert im Rahmen des Bundesprogramms „XENOS – Integration und Vielfalt“ durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den Europäischen Sozialfonds. Ziel des Projektes ist es, öffentliche (Frei)räume durch Informationsveranstaltungen und eine gezielte Auseinandersetzung über Phänomene des Rechtsextremismus in ganz Brandenburg zu besetzen.



Herausgeberin

Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg

Werkstatt für politische Bildung e.V.



Dortustr. 52

D-14467 Potsdam

www.boell-brandenburg.de

© Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg e.V.,

Potsdam 2012

Alle Rechte vorbehalten.

Gestaltung: Ulf Meyer zu Kueingdorf

Redaktion: Martin Hager



ine Frage der Klasse?

Deutschlands Mitte zwischen
Abstiegsangst und dem Tritt
nach unten



| | |
|---|-----|
| E inleitung | 7 |
| D ie soziale Spaltung in Deutschland schlägt sich in Desintegrationsprozessen nieder | 12 |
| Wilhelm Heitmeyer im Gespräch mit Inka Thunecke und Mathias Richter | |
| A bwertung, die aus der Mitte kommt. Prekarität als fatales Wettbewerbsystem | 18 |
| Klaus Dörre | |
| W ie sich die Mittelschicht selbst betrügt | 44 |
| Ulrike Herrmann im Gespräch mit Daniela Krebs und Claire Horst | |
| G eht es tatsächlich abwärts? Einkommensposition und Mentalitäten der gesellschaftlichen Mitte im Vergleich | 56 |
| Ursula Dallinger | |
| V orsorgende Sozialpolitik als Antwort auf soziale Exklusion | 66 |
| Wolfgang Schroeder | |
| A ngst vor dem Super-Gau. Der Mitte gehen die Messer in den Taschen auf | 72 |
| Franz Walter | |
| W arum Islamfeindlichkeit? | 82 |
| Hilal Sezgin | |
| I nklusive Strategien statt Leistungsdruck. Der Beitrag der Gewerkschaften | 88 |
| Wolfgang Uellenberg-van Dawen | |
| M edien, Mittelschicht und Abwertung | 94 |
| Hans-Jürgen Arlt und Fabian Arlt | |
| G leichheit heute? Menschenrechte, Bürgerrechte, Zivilität | 102 |
| Étienne Balibar | |
| Biografien | 116 |
| Impressum | 120 |

EINLEITUNG

Lange galt die Mittelschicht als Garant des sozialen Friedens im Zentrum der Gesellschaft. Ein Job, gesichertes Einkommen, und ein hoher Grad an Bildung bescherten den Menschen der Mitte den Ruf, krisen- und abstiegssicher zu sein. Als zahlenmäßig größte Gruppe sicherte der Mittelstand den Zusammenhalt der Gesellschaft – so wirkte es jedenfalls. Doch diese Grundannahme scheint zunehmend fragwürdiger. Die Mittelschicht ist in den vergangenen Jahren aufgrund des sinkenden Reallohns geschrumpft und hat sich ausdifferenziert, Abstiegsängste haben zugenommen. Es mehren sich Vorurteile und Ressentiments, besonders gegenüber denjenigen, die als schwächer wahrgenommen werden. Abwertungstendenzen als Ausprägung einer eigenen Abstiegsangst kommen immer deutlicher zum Vorschein.

Allein durch die Mehrheit ihrer Wähler/innen-Stimmen könnte die Mittelschicht das Schicksal des gesamten Landes beeinflussen. Doch prekäre Arbeitsverhältnisse und Krisen rütteln an ihrem Status. So prognostizierte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) 2010 bereits einen Abstieg von Millionen von Menschen aus der Mittelschicht in den kommenden zwanzig Jahren.¹ Viele Menschen befürchten einen finanziellen und sozialen Abstieg und begegnen diesen Abstiegsängsten vermehrt mit Abwertungstendenzen. Die eigene Unsicherheit wird auf die unteren Schichten projiziert, auf Menschen, die angeblich nicht genug leisten oder sogar von Transfer-Leistungen abhängig sind. Dieser „Tritt nach unten“, mit dem die Angst vor dem eigenen Abstieg mit Abgrenzungen bekämpft wird, richtet sich nicht gegen einzelne Menschen, sondern verallgemeinert Menschen aus einer bestimmten sozialen Lage zu einer Gruppe. Wilhelm Heitmeyer vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld hat dieses Phänomen in einer zehnjährigen Langzeitstudie erforscht. Er spricht vom „Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“. Dabei handelt es sich um die Abwertung von Menschen aufgrund von ethnischen, kulturellen oder religiösen Merkmalen, der sexuellen Orientierung, des Geschlechts, einer körperlichen Einschränkung oder aus sozialen Gründen.² Die Studie zeigt, dass insbesondere höhere Einkommensgruppen zunehmend schwachen Gruppen ihre Unterstützung verweigern. Einstellungen wie der Ruf nach Vorrechten für Etablierte, Islamfeindlichkeit und Antisemitismus, nehmen gerade in der Mitte der Gesellschaft zu. Daher ist es wichtig, die Mittelschicht und deren Entwicklung im Blick zu behalten und kritisch zu begleiten. Aktuelle

¹ Jan Goebel, Martin Gornig, Hartmut Häußermann, „Polarisierung der Einkommen. Die Mittelschicht verliert“, in: *DIW-Wochenbericht*, 24 (2010), S. 2-9.

² Wilhelm Heitmeyer, (Hg.), *Deutsche Zustände. Folge 10*, Suhrkamp, Berlin 2010.

Krisen verstärken die Wahrnehmung einer sozialen Bedrohung. Betroffene können aggressiv reagieren – die Abwertungstendenzen werden zur eigenen Entlastung genutzt.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen stellt sich die Frage nach der zukünftigen Entwicklung der deutschen Gesellschaft. Was passiert tatsächlich mit der Mittelschicht? Und wer gehört eigentlich zu dieser Mittelschicht? Welche Abwertungstendenzen gibt es und was bedeuten sie für die Gesamtgesellschaft? Welche Zukunftsperspektiven hat die Mittelschicht in Deutschland?

Die Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg hat zu diesem Thema im Herbst 2011 die Tagung „Ausgrenzung durch die Mittelschicht. Abwertende Einstellungen der Mitte und ihre Folgen für die Gesellschaft“ organisiert. Die Tagungsbeiträge behandeln aktuelle Entwicklungen der Mittelschicht und eine Einschätzung der Lage. In der vorliegenden Essay-Sammlung sind diese Analysen um Beiträge ergänzt, die das Thema aus weiteren Blickwinkeln betrachten und etwa die Einflüsse von Medien, Wirtschaft und Politik untersuchen. Die Anthologie reicht von datenbasierten, wissenschaftlichen Texten über journalistische Perspektiven bis zu polemischen Reflektionen zum Thema „Mittelschicht und Abwertung“. Ein philosophischer Exkurs zum Thema „Gleichheit und Menschenrechte“ schließt den Band ab. Das hier von Étienne Balibar angesprochene Feld ist von grundlegender Bedeutung für die Diskussion um gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Abgrenzungstendenzen einer ganzen Schicht.

Zum Aufbau

Die Publikation spiegelt die breitgefächerte Diskussion über die Mittelschicht wieder. Aus unterschiedlichen Perspektiven untersucht sie die soziale Lage, Einstellungen und Positionierung dieser zentralen gesellschaftlichen Gruppe. Die Debatte beginnt bereits mit der Frage nach der Definition der Mittelschicht – ist sie allein nach dem Einkommen zu bestimmen oder nach dem Bildungsgrad? Wie durchlässig sind die Grenzen zur Mitte von oben und unten gesehen? Wer fühlt sich als zugehörig zur Mitte? Um sich diesen Fragen zu nähern, beginnen wir zunächst mit grundsätzlichen Gesprächen, Analysen und Berichten. In der zweiten Hälfte der Publikation widmen wir uns dann bestimmten Aspekten der Debatte um Mittelschicht, Ausgrenzung und Abwertung.

Zu Beginn steht ein Interview mit Wilhelm Heitmeyer, der einen Einblick in die Ergebnisse und Vorgehensweise der Studie gibt. Er erklärt das Phänomen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit und spricht über Prozesse der Veränderung in der Gesellschaft und in den Einstellungsmustern. Heitmeyer stellt dabei Krisen als Katalysatoren von Abwertungstendenzen in den Fokus und führt ihre Wirkung auf die Einstellungen der Mittelschicht aus. So kann ein erster Einblick in deren Denken und Einstellungsmuster gegeben werden.

Eine Analyse der Arbeitsmarktpolitik, die sich auf die Debatten um eine „Unterschicht“ auswirkt, bietet Klaus Dörre vom Lehrstuhl für Arbeits-, Industrie- und

Wirtschaftssoziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena an. Er kritisiert, dass in der öffentlich-politischen Diskussion überbordender Wohlstand als Ursache von Langzeitarbeitslosigkeit erklärt wird. Dörre stellt dagegen die These auf, dass sich im neuen Arbeitsmarktregime in immer neuen Wettbewerbssituationen entscheide, wer Zugang zur guten Gesellschaft anerkannter Bürger/innen findet und wer nicht. Viele Menschen würden kaum die Möglichkeit sehen, ihre Lage zu verbessern. Diese äußerst heterogene soziale Gruppe werde als neue Unterschicht konstruiert und dadurch kollektiv abgewertet.

In einem Interview mit der Journalistin Ulrike Herrmann nähern wir uns der Mittelschicht von der politischen und wirtschaftlichen Seite an. Sie beschreibt die Mittelschicht als Verlierer der Krisen. Doch anstatt zu handeln – was mit der Mehrheit der Wähler/innenstimmen möglich wäre – stimme die Mittelschicht für Gesetze, die ihr schaden. Das Fazit von Ulrike Herrmann: Die Mittelschicht betrügt sich selbst. Bereits 2010 veröffentlichte sie das Buch *Hurra, wir dürfen zahlen. Der Selbstbetrug der Mittelschicht*. Für die Publikation zieht sie eine aktuelle Bilanz über die Mittelschicht und zeigt deren Zukunftsperspektiven auf. Denn diese sieht Herrmann durch die aktuellen Trends – wie den demografischen Wandel und politische Angeboten wie die so genannte „Herdprämie“ – pessimistisch.

In ihrer Bestandsaufnahme der Mittelschicht zeichnet die Soziologin Ursula Dallinger von der Universität Trier ein alarmierendes Bild von den ökonomischen Zukunftsaussichten der Mittelschicht. Sie schildert ihr mögliches Schwinden und dessen Folgen für die Gesellschaft. Dallinger analysiert die Mittelschicht ausgehend von deren Einkommensposition und geht der Frage nach, welchen Anteil sozialstaatliche Programme an der günstigen Lage der Mitte haben und ob Transferprogramme und Steuern am vermuteten Abstieg der gesellschaftlichen Mitte einen Anteil haben.

Wolfgang Schroeder, Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg, skizziert den gesellschaftlichen Wandel und die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt der vergangenen Jahrzehnte. Er diskutiert zentrale Strategien und Akteure in einem Sozialstaat und stellt das Modell der vorsorgenden Sozialpolitik vor. Damit stellt er die Frage nach sozialer Integration und Teilhabe auf dem Arbeitsmarkt in den Fokus.

Der Leiter des Instituts für Demokratieforschung in Göttingen, Franz Walter, geht der Mittelschicht und deren Ängsten vor dem sozialen und finanziellen Abstieg auf den Grund. In seinem anschaulichen und provokativen Essay beschreibt er die „Paranoia des Scheiterns“ aus zwei Perspektiven: aus der Sicht der „Mitte-Eltern“, die nicht den eigenen Abstieg befürchten, sondern die Zukunft ihrer Kinder pessimistisch sehen, sowie aus Sicht von jungen Männern Anfang 20, die einem veränderten Verhältnis zum Beruf sowie neuen sozialen Herausforderungen gegenüber stehen. Seine Diagnose: Die Mittelschicht fürchtet um den Erhalt dessen, was seit jeher im Mittelpunkt ihres Lebens- und Aufstiegsplans steht. Er fügt seiner Analyse zudem mit dem Vergleich der deutschen und der französischen Gesellschaft eine europäische Perspektive hinzu.

Einen Abstecher in einen bedeutsamen Bereich der aktuellen Ausgrenzungsdebatte unternimmt die Journalistin Hilal Sezgin. Sie problematisiert die Tendenz,

eigene Probleme zu externalisieren und auf den Islam zu projizieren. Die Zukunfts- und Abstiegsängste der Mittelschicht würden die Abwertung von vor allem muslimischen Migrant/innen vorantreiben und diese als eine Art Entlastung benutzen. In ihrem Essay diskutiert sie daher die Frage, warum aktuell der Fokus der Fremdenfeindlichkeit auf dem Islam liege.

Wolfgang Uellenberg-van Dawen, Bereichsleiter Politik und Planung im ver.di Bundesvorstand, geht auf die Handlungsperspektiven der Gewerkschaften ein. Er kritisiert in seinem Beitrag die absolute Leistungsorientierung in der aktuellen Gesellschaft. Im Kampf um Stimmen von Wähler/innen aus der Mittelschicht habe sich auch die Regierung Vorurteile gegen Leistungsschwache zu eigen gemacht. Sein Fokus liegt auf der Forderung nach Anerkennung des Wertes der Arbeit und einer leistungsgerechten Bezahlung. Die Arbeit gegen Vorurteile, für gleiche Rechte aller in der Gesellschaft und eine gute Migrationspolitik seien essenziell.

Einen Blick auf die Medien werfen Fabian und Hans-Jürgen Arlt. Die Medienwissenschaftler analysieren Strukturen und Mechanismen, die dafür verantwortlich sein könnten, dass Massenmedien Abwertungsdiskurse oder sogar Abwertungskampagnen führen. Sie beschreiben die Rahmenbedingungen heutiger Massenmedien und die Funktionen politischer Kommunikation. Dabei kritisieren sie, dass Abwertung zum Teil gezielt von bestimmten Massenmedien genutzt werde. Quotenjagd und Werterigorismus in den Medien würden Abwertung und Ausgrenzung in der Gesellschaft wahrscheinlicher machen, lautet ihre These.

Die Betrachtungen zur Mittelschicht in dieser Publikation enden mit einem philosophischen Exkurs zu den Themen Menschenrechte, Bürgerrechte und Zivilität des französischen Philosophen Étienne Balibar. In seiner systematischen Rekonstruktion der Geschichte der Menschenrechte zeigt Balibar wie der Gebrauch universalistischer Werte wie Freiheit und Gleichheit immer zugleich dazu dienen konnte, bestimmten Gruppen von Menschen den Anspruch darauf zu verweigern, in dem ihnen bestimmte menschliche Qualitäten abgesprochen wurden. Balibar knüpft damit indirekt an die aktuellen Leistungsdebatten und die damit verbundenen gesellschaftlichen Ausschlussmechanismen der Mittelschicht an. Der Text entstand ursprünglich als Vortrag auf der Abschlussveranstaltung zur Kunstausstellung XIV. Rohkunstbau „Drei Farben – Weiß“ auf dem Schloss Sacrow im Jahr 2007, die von der Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg veranstaltet wurde. Die Ausstellung war an die Trilogie „Drei Farben – Blau Weiß Rot“ des polnischen Regisseurs Krzysztof Kieslowski angelehnt. Dabei ging es um den demokratischen Grundwert der Gleichheit, der in den künstlerischen Arbeiten unmittelbar vor Ort diskutiert wurde. Balibars Vortrag griff das Ausstellungsmotto auf und diskutierte die Fragen, wie Gleichheit heute ausgestaltet wird und welche Rolle „Freiheit, Gleichheit, Solidarität“ als die zentralen Werte der Französischen Revolution in heutigen Demokratien spielen.

Daniela Krebs
Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg

Die soziale Spaltung in Deutschland schlägt sich in Desintegrationsprozessen nieder >>

Wilhelm Heitmeyer im Gespräch mit Inka Thunecke und Mathias Richter

Lieber Herr Heitmeyer, Sie haben gerade eine zehnjährige Langzeitstudie über „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ abgeschlossen, in der Sie die deutschen Zustände untersucht haben.

Hat sich der Untersuchungsgegenstand – die deutschen Zustände – in dieser Zeit verändert?

Wilhelm Heitmeyer: Wir beobachten keine einheitliche Entwicklung. Man muss zwischen den Einstellungsmustern einer gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, sogenannten historischen Signalereignissen und dem schleichenden Prozess gesellschaftlicher Veränderungen unterscheiden. Bei den Einstellungsmustern lassen sich über die zehn Jahre drei Verläufe feststellen. Einige Symptome der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit haben sich durchaus abgeschwächt. Das betrifft etwa Antisemitismus und Sexismus. Der Grad der Islamfeindlichkeit hingegen ist konstant geblieben. Und schließlich beobachten wir seit Kurzem wieder einen Anstieg bei Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und bei der Abwertung von Langzeitarbeitslosen und Obdachlosen.

Welche Erklärungen bieten sich für diese Phänomene an?

Man muss die Veränderung der gesellschaftlichen Bedingungen mit in Betracht ziehen. Wir erleben seit fast drei Jahren Krisen, zunächst eine Finanzkrise, dann eine Wirtschaftskrise und schließlich eine Fiskalkrise. Wir konnten in diesem Zeitraum feststellen, wie sich die Einstellungen bestimmter Einkommensgruppen verändern. So waren es von 2009 auf 2010 vor allem die Besserverdienenden, bei denen sich vermehrt Vorurteile gegen sozial schlechter gestellte Gruppen erhöhten, also ausgerechnet bei einer sozialen Gruppe, die bislang etwas weniger anfällig für menschenfeindliche Abwertungen war.

Woran liegt das?

Für die soziale Gruppe der Besserverdienenden steht Leistungsgerechtigkeit im Zentrum ihrer Gerechtigkeitsvorstellungen. Daran, was jemand unter Gerechtigkeit versteht, zeigen sich klare soziale Unterschiede. Die Besserverdienenden setzen ganz selbstverständlich auf Leistungsgerechtigkeit und bei dieser Gruppe funktioniert entsprechend das Muster der Abwertung von Menschen, wenn eine geforderte Leistung nicht erbracht wird, oder nur vermeintlich nicht erbracht wird.

Welche „Signalereignisse“ registrierten Sie in den zehn Jahren?

Signalereignisse, auf die der Einzelne, aber auch die Öffentlichkeit insgesamt besonders stark reagierte, waren in den zehn Jahren zum Beispiel der 11. September 2001 oder die Einführung von Hartz IV. Das hat die Menschen sehr beunruhigt – mindestens ebenso wie die Krisen. Wir können zeigen, dass Bedrohungsgefühle bei den untersuchten Gruppen zu unterschiedlichen Reaktionen führten. Das heißt, meist sind diejenigen, die sich bedroht fühlen, sehr viel stärker durch gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit geprägt, als diejenigen, die solche Ereignisse weniger tangiert.

Fragen nach Ihrer Auffassung die Medien zur Abwertung bei, indem sie die Bedrohung gesellschaftlicher Gruppen wie beispielsweise der Besserverdienenden bestimmten schwachen Gruppen zuschreiben?

Nun, wir haben keine Medienwirkungsanalyse durchgeführt. Hinzu kommt, dass es „die“ Medien nicht gibt, weil sie sich in einem harten Konkurrenzkampf befinden. Aber die breite Berichterstattung zu Herrn Sarrazins Behauptungen waren für uns schon überraschend und die Leserinnen und Leser seines Buches kamen sicherlich nicht aus den unteren sozialen Lagen.

Sie nannten als weitere Komponente Ihrer Langzeituntersuchung „schleichende gesellschaftliche Prozesse“.

Das sind Veränderungen, die auf keiner Agenda stehen. Zu beobachten ist etwa eine weitverbreitete Orientierungslosigkeit, die dazu führen kann, dass Menschen nach einem stabilen Halt suchen. Dann zimmern sie sich eine Welt zusammen, in der sie meinen, auf sicheren Füßen zu stehen. Das setzt häufig Stigmatisierungsprozesse in Gang. Ein schleichender Prozess ist aber auch die zunehmende Ökonomisierung des gesellschaftlichen Lebens, das heißt, Menschen werden nach ökonomistischen Gesichtspunkten, also vorrangig aufgrund ihrer Nützlichkeit, Verwertbarkeit, Effizienz bewertet. Das hat zur Konsequenz, dass Menschen plötzlich weniger wert zu sein scheinen – und zwar nicht als Individuen, sondern als Gruppe.

Lassen Sie uns kurz den Schlüsselbegriff Ihrer Untersuchung klären: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Studien über die gesellschaftliche Verbreitung von Vorurteilen gab es schon viele.

Was ist das Besondere an Ihrer Methode?

Die Vermutung, dass Vorurteile gegenüber schwachen Gruppen zu deren faktischer Abwertung führen, gab es ja schon lange. Nur wurde dieser Zusammenhang nie anhand einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung empirisch getestet. Die Grundannahme unserer Untersuchung ist, dass die Gleichwertigkeit aller Menschen und die Sicherung ihrer physischen und psychischen Unversehrtheit zu den zentralen Werten einer modernen und humanen Gesellschaft gehört. Menschenfeindlichkeit wird in der Betonung von Ungleichwertigkeit erkennbar, wie sie in Aussagen von Vertretern sozialer Eliten öffentlich formuliert oder in privaten Kreisen durch Angehörige ganz unterschiedlicher Altersgruppen geäußert werden, so dass sie auch von extremistischen Gruppierungen zur Legitimation von offener Diskriminierung oder gar Gewalt genutzt werden können. Das heißt, der Begriff Menschenfeindlichkeit bezieht sich auf das Verhältnis zwischen gesellschaftlichen Gruppen und meint nicht etwa die Feindschaft zwischen einzelnen Privatpersonen. Deshalb sprechen wir von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Es geht um die Abwertung etwa von Zuwanderern, Muslimen, Homosexuellen oder Arbeitslosen unabhängig vom individuellen Verhalten des Einzelnen, der zu dieser Gruppe gezählt wird. Hinzu kommt, dass die Abwertungen zusammenhängen.

Signalereignisse, Krisen, schleichende Prozesse – lassen sich bei diesem Bündel von Ursachen Dominanten feststellen?

Ganz eindeutig hat die soziale Spaltung in Deutschland zugenommen. Und die schlägt sich in Desintegrationsprozessen nieder. Das heißt, wenn Menschen nicht mehr über

Arbeit, Bildung und so weiter gesellschaftlich eingebunden sind, sich machtlos fühlen und deshalb nicht mehr politisch partizipieren, dann sinkt der Grad ihrer sozialen und moralischen Anerkennung. Und je negativer die eigenen Anerkennungsbilanzen sind, desto stärker werden andere abgewertet. Dieser Mechanismus lässt sich aus unseren Umfrageergebnissen gut belegen.

Was heißt das für die sogenannte Mittelschicht, die doch ökonomisch und sozial weit weniger unter Druck geraten ist, als Menschengruppen am unteren Ende der sozialen Leiter?

Mittelschicht ist ein recht unscharfer Begriff. Man muss mehrere Interpretationsstränge unterscheiden. Bei denjenigen, die desintegrationsgefährdet sind, funktioniert der Mechanismus mit der Abwertung. Bei den Besserverdienenden greifen wie gesagt vermehrt ökonomistische Einstellungen. Dabei geraten vor allem auch diejenigen in den Fokus, die als nicht nützlich, nicht effizient benotet werden. Und dann kommt noch eine dritte Gruppe aus den mittleren sozialen Lagen hinzu, die unter den Hartz-IV-Bedingungen doch ziemlich unter Abstiegsangst gelitten hat. Wir sprechen bewusst von mittleren Soziallagen, weil man damit verschiedene Einkommensgruppen besser operationalisieren kann.

Wenn die Besserverdienenden aber auch die Angehörigen mittlerer sozialer Lagen verstärkt abwerten – entfällt damit die so genannte Mittelschicht als Stabilitätsfaktor für die Gesellschaft?

Die sozialen Spaltungen führen dazu, dass Sozialstrukturanalysen zweierlei zeigen. Die so genannten mittleren Soziallagen schrumpfen und es gibt eine Abstiegsmobilität. Der permanente Aufstieg wie in der alten Bundesrepublik scheint vorbei zu sein. Und britische Forscher zeigen an internationalen Gesellschaftsvergleichen, dass zunehmende Einkommensungleichheit eine Gesellschaft zersetzt, also instabil macht. Im internationalen Vergleich liegt Deutschland sozusagen im Mittelfeld, das heißt aber auch, dass man aufpassen muss – wenn die regierende Politik das will.

Welche Rolle spielt soziale Mobilität und damit verbundene Aufstiegshoffnungen?

Der Begriff bekommt zunehmend eine Bedrohungsdimension. Der Flexibilitätsdruck, dem Menschen ausgesetzt sind, wird als belastend empfunden, weil ihre sozialen Beziehungen dadurch gelockert werden. Es wird immer schwerer, sie stabil zu halten. Wir konnten in der Studie zeigen, dass dieser Flexibilitätsdruck – zusammen mit anderen Komponenten – für erhebliche Unruhe sorgt.

Fremdenfeindlichkeit galt in der Forschung lange Zeit eher als „Unterschichtenphänomen“. Man glaubte, dass Bildung eine Ressource ist, die Vorurteile aushebelt. Spielt Bildung mittlerweile keine Rolle mehr?

Doch, der Bildungsgrad ist nach wie vor relevant. Bildung ist über die ganzen Jahre, in denen wir das Projekt verfolgten, ein stabiler Puffer gewesen. Allerdings zeigte sich auch, dass das heute nicht mehr für alle Vorurteilstypen zutrifft. Die Islamfeindlichkeit etwa ist mittlerweile auch in so genannten gebildeten Kreisen anzutreffen.

Sie sprechen im Zusammenhang mit der Ökonomisierung der Gesellschaft auch von „autoritärem Kapitalismus“. Was meinen Sie damit? Ich spreche vom autoritären Kapitalismus, weil es in den vergangenen Jahrzehnten einen Kontrollgewinn des Kapitals gegeben hat und einen Kontrollverlust des Nationalstaats und insofern der nationalstaatlichen Politik. Das bedeutet, dass der Kapitalismus quasi ungehindert seine eigenen Maxime durchsetzen kann, ohne auf die nationalstaatliche Politik Rücksicht nehmen zu müssen. Gleichzeitig steht die nationalstaatliche Politik aber vor Legitimationsproblemen, weil sie im Grunde die Kontrolle über bestimmte politische Entscheidungen, die sie fällen muss, verloren hat. Die Unternehmen können zum Beispiel Fabriken verlagern, ohne sich politisch rechtfertigen zu müssen. Früher herrschte Konkurrenz zwischen dem Kapital um die besten Marktchancen, heute gibt es Konkurrenz zwischen Nationalstaaten, um die Fabriken vor Ort zu behalten.

Welche gesellschaftspolitischen Konsequenzen sind zu erwarten? Das ist schwer vorherzusagen. Zumindest lässt sich feststellen, dass selbst Teile der Eliten befürchten, dass ihnen der Laden um die Ohren fliegt. Es gibt ja durchaus Anzeichen, dass der Neoliberalismus in diesen Kreisen so langsam in Verruf gerät – einerseits. Andererseits ist dieses neoliberale Denken tief in die Gedankenwelt großer Teile der Bevölkerung eingesickert. Der Mensch wird wie selbstverständlich als „unternehmerisches Selbst“ verstanden. Auf eine kurze Formel gebracht bedeutet das: Sieh zu, dass du klar kommst. Jeder sorgt für sich selbst, nach dem Modell einer unternehmerischen Rationalität. Und wenn du nicht klar kommst, dann können wir dir auch nicht helfen.

Trägt in diesem Sinne die Wirtschaft mit beispielsweise einer Ausweitung der Leiharbeit dazu bei, dass vermeintlich leistungsschwache Gruppen verstärkt durch Besserverdienende abgewertet werden? Das ist genau die Konsequenz.

Sehen Sie in dem beschriebenen Rückzug der Politik einen Beitrag zu gesellschaftlichen Abwertungsprozessen? Zahlreiche politische Entscheidungen sind sicher „hausgemacht“, andere sind aber auch rabiate Effekte des weltweiten Wettbewerbs. Es gibt keinen Automatismus, deshalb muss man sich intensiver um die Kenntnisse über Mechanismen bemühen, um überhaupt eingreifen zu können.

Ihre Forschungsergebnisse erhalten vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte um einen Terrorismus von rechts eine besondere Brisanz. Welche Rolle spielt das Gedankengut gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Teilen der Gesellschaft für die Legitimation rechtsorientierter Gewalt einzelner? Ich halte es für äußerst blauäugig, dass in der derzeitigen Debatte der Rechtsterrorismus, zumindest von Teilen der etablierten Politik, von seinem gesellschaftlichen Umfeld abge-

trennt wird. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit stellt den ideologisch-weltanschaulichen Vorrat bereit, aus dem Rechtsextreme ihre Legitimation ziehen können. Der Versuch zu suggerieren, es gäbe eine intakte Gesellschaft und jenseits davon rechtsextreme Straftäter und Terroristen, funktioniert nicht. Das ist nichts anderes als eine gesellschaftliche Entlastungsstrategie und insofern eine politische Selbsttäuschung.

Lässt sich zeigen, wie der Übergang von ideologischer Gewaltzustimmung zu handfester Gewaltbereitschaft funktioniert? Auch da gibt es keinen Automatismus. Das ist von vielen Dingen abhängig. Mir ist bislang nicht klar, wie es möglich ist, dass sich so eine rechtsterroristische Zelle mitten in der Gesellschaft entwickelte. Deshalb habe ich mich bislang in dieser Debatte auch zurückgehalten.

Aber es gibt doch zumindest Erfahrungen mit linken Terrorgruppen. Es gibt wissenschaftliche Annahmen darüber, wie terroristische Netzwerke zustande kommen. Man muss vorher immer genauer hinsehen, ob das, was man über Linksterrorismus weiß, so einfach auf den Rechtsterrorismus übertragen werden kann. Ich glaube, das wäre etwas riskant. Es ist zum Beispiel fraglich, ob Radikalisierungsprozesse beim Rechtsterrorismus auf die gleiche Art und Weise funktionieren, wie wir sie vom Linksterrorismus kennen. Aus dem so genannten Deutschen Herbst wissen wir zumindest, dass sich das Blickfeld der Protagonisten immer mehr einengte und die Außenwahrnehmung immer simpler wurde. Die Welt konnte dann noch so kompliziert sein, sie wurde mittels einer eindeutigen widerspruchsfreien Interpretation immer einfacher gemacht. Das liefert die Legitimation dafür, dass alles, was in diesen schmalen Rahmen nicht passte, gnadenlos bekämpft werden musste.

Gibt es Anzeichen, dass in Milieus, in denen menschenfeindliche Einstellungen präsent sind, terroristische Taten, wie die der Jenaer Gruppe auf Zustimmung stoßen? Dazu haben wir keine Forschungsergebnisse. Das lässt sich auch kaum messen, weil Sie zustimmende Aussagen auch in anonymen Umfragen kaum repräsentativ bekommen. Denn damit geraten die Befragten ja in die Nähe des Straftatbestandes der Volksverhetzung. Soweit es möglicherweise klammheimliche Zustimmung gibt, fällt das durch das Raster des Fragenkatalogs.

Sie haben gesagt, dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit einen ideologisch-weltanschaulichen Vorrat bereitstellt, aus dem Rechtsextreme ihre Legitimation ziehen können. Welche Verantwortung sehen Sie vor diesem Hintergrund bei Politik, Medien und Wirtschaft, der Abwertung schwacher Gruppen insbesondere auch durch Besserverdienende entgegen zu treten? Das ist eine so weitreichende Frage, dass man Bücher schreiben müsste. Aber die jetzt grassierende Politik-Hektik mit Dateien und Infozentren treibt fast in die Verzweiflung, wenn man wie wir in Bielefeld seit 30 Jahren kontinuierlich an dieser Problematik arbeitet.

Das Gespräch fand am 12.12.2011 in Berlin statt.



Abwertung, die aus der
Mitte kommt. Prekarität als
fatales Wettbewerbsystem



Klaus Dörre

Eine Frage der Klasse? Deutschlands Mitte zwischen Abstiegsangst und dem Tritt nach unten

„Wächst das Heer der Arbeitsverweigerer ausgerechnet mitten im Aufschwung?“, fragte ein Kommentar¹ angesichts zunehmender Sanktionen gegen Langzeitarbeitslose.² Prompt folgte die Antwort: „Offensichtlich hält keineswegs nur eine kleine Minderheit die ‚soziale Hängematte‘ für hinreichend bequem, da sie für reguläre Arbeit wegen der geringen beruflichen Qualifikation oft nicht wesentlich mehr verdienen könnte“.³ Ein solcher Generalverdacht, der Langzeitarbeitslosen eine Neigung zur Arbeitsverweigerung unterstellt, gehört zum Standardrepertoire einer Unterschichtendebatte,⁴ wie sie in Deutschland zeitgleich mit den Arbeitsmarktreformen der Regierung Schröder aufgekomen ist.⁵ Das Bild einer aufstiegsunwilligen Unterschicht, die es sich – durch gescheiterte Integration von Migrantinnen und Migranten, Erosion der traditionellen Familienordnung und Zielgruppen-TV begünstigt⁶ – in der Hängematte des Wohlfahrtsstaates bequem macht, wird seither in immer neuen öffentlichen Inszenierungen reaktualisiert.⁷ Überraschend ist, dass die Lage *nach* Hartz IV in den öffentlichen Kommentierungen fast die gleiche zu sein scheint wie vor Hartz IV. Trotz strenger Zumutbarkeitsregeln und niedriger Eckregelsätze wird überbordender Wohlstand weiterhin zur Ursache von Langzeitarbeitslosigkeit erklärt. Haben wir es also doch mit einer verfestigten Unterschichtenmentalität zu tun, die nicht einmal mit besseren Erwerbchancen und aktivierender Arbeitsmarktpolitik aufzubrechen ist?

Tatsächlich bilden sich in den unteren Segmenten der Gesellschaft subjektive Orientierungen heraus, die auf ein Überleben in schwierigen Verhältnissen zielen. Wie wir zeigen werden, kann von einer Unterschichtenmentalität, die sich „zunehmend auch kulturell gegen Aufstiegschancen und Aufstiegswillen“ abschottet,⁸ jedoch keine Rede sein. Stattdessen drängt sich eine machtsociologische Erklärung auf. Im neuen Arbeitsmarktregime, so unsere These,⁹ entscheidet sich in immer neuen Wettbewerbssituationen, wer Zugang zur guten Gesellschaft anerkannter Bürger/innen findet und wer nicht. Da die Definitionsmacht über die Bewährungsproben asymmetrisch verteilt ist, sehen die Prekarisierten und Arbeitslosen kaum Möglichkeiten, ihre Lage kollektiv zu verbessern. Sie wännen sich in einer stigmatisierten Minderheitenposition, die durch die

1 Sven Astheimer, „Kein Kavaliersdelikt“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 20.4.2011, S. 9.

2 2010 wurden insgesamt 829.000 Strafen und damit 14 Prozent mehr als im Vorjahr gegen Bezieher/innen von Hartz IV verhängt („Viele Strafen für Hartz-Empfänger“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 20.4.2011, S. 11.). Zumeist handelte es sich um Versäumnisse bei der Meldepflicht und ähnliche Delikte.

3 Werner Hamm, „Aktivierende Sozialpolitik“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 26.4.2011, S. 11.

4 Karl-August Chassé, „Die deutsche Unterschichtdebatte und die Soziale Arbeit“, in: Peter Hammerschmidt, Juliane Sagebiel (Hg.), *Die soziale Frage zu Beginn des 21. Jahrhunderts*, AG SPAK Bücher, Frankfurt am Main 2011, S. 153-170.

5 Kurt Beck, Interview in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 8.10.2006.

6 Paul Nolte, *Riskante Moderne. Die Deutschen und der Neue Kapitalismus*, C.H. Beck, München 2006, S. 96-98.

7 Thilo Sarrazin, *Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen*, Dt. Verl.-Anst., 10. Aufl. München 2010; kritisch: Karin Scherschel, „Asylsuchende und Geduldete. Staatlich regulierte Integrationsverweigerung in Deutschland“, in: *Widerspruch* 59 (2010), Zürich, S. 73-86.

8 Paul Nolte, *Riskante Moderne. Die Deutschen und der Neue Kapitalismus*, C.H. Beck, München 2006, S. 98.

9 Wo im Plural formuliert wird, trägt das den gemeinsamen Anstrengungen der Jenaer Arbeitsgruppe Rechnung.

aktivierende Arbeitsmarktpolitik verstärkt, ja teilweise geradezu zementiert wird. Das ist der Grund, weshalb äußerst heterogene soziale Gruppen öffentlich-politisch als neue Unterschicht konstruiert und damit zugleich abgewertet werden können.¹⁰ Zur Begründung unserer Sichtweise stellen wir zunächst (1) das analytische Konzept der Bewährungsproben vor, das sodann (2) für die Analyse des aktivierenden Arbeitsmarktregimes genutzt wird. Anschließend (3) skizzieren wir strukturbildende Effekte dieses Regimes und kehren im Resümee (4) zu den Abwertungsmechanismen der Unterschichtendebatte zurück.

1.1 Abwertung und gesellschaftliche Bewährungsproben

Unterschichten sind wahrlich kein neues Phänomen. Ein gesellschaftliches „Oben“ impliziert, dass immer auch ein „Unten“ existiert. Entscheidend ist, wie dieses „Unten“ öffentlich und wissenschaftlich konstruiert wird. Jahrzehntlang vom Diskurs über die Individualisierung sozialer Ungleichheiten¹¹ beherrscht, fehlt es in Deutschland mittlerweile an analytischen Konzepten, die geeignet wären, die „groben“ Unterschiede zwischen gesellschaftlichen Großgruppen angemessen auf den Begriff zu bringen.¹² Bei aller Heterogenität der Deutungen unterscheiden sich die Redeweisen von der Unterschicht doch in mindestens einem Punkt von klassenanalytischen Kategorien wie der des Proletariats. Soziale Gruppen, die sich durch ökonomisch-soziale Unterversorgung

10 Die Ausführungen gründen sich auf empirische Daten aus qualitativen Erhebungen. In drei Wellen (2006/07; 2009/10; 2011/12) wurden Leistungsbezieher/innen des ALG II (n1 = 99, n2 = 70, n3 = 30) sowie Expert/innen aus Arbeitsverwaltungen, von Maßnahmeträgern, Selbsthilfegruppen und Verbänden (n1 = 53, n3 = 30) befragt. Um die Perspektive der Mehrheitsgesellschaft zu integrieren, werden zusätzlich Datensätze herangezogen, die aus standardisierten oder qualitativen Befragungen von teils flexibel, teils prekär Beschäftigten aus den Jahren 2008 bis 2011 hervorgegangen sind. Genutzt wurden die Studien „Funktionswandel von Leiharbeit“ (12 betriebliche Fallstudien, 72 Interviews mit Stammbeschäftigten, Leiharbeiter/innen, Vorgesetzten und Interessensvertreter/innen: Hajo Holst, Oliver Nachtwey, Klaus Dörre, *Funktionswandel von Leiharbeit. Neue Nutzungsstrategien und ihre arbeits- und mitbestimmungspolitischen Folgen*, eine Studie im Auftrag der Otto Brenner Stiftung, Frankfurt am Main, August 2009); „Flexibilität und Stabilität im Wertschöpfungssystem Automobil“ (standardisierte Befragung von Beschäftigten eines Automobilwerks, n=1442, sowie eine qualitative Befragung betrieblicher Experten/innen, n = 55: Hajo Holst, Ingo Matuschek, „Sicher durch die Krise? Leiharbeit, Krise und Interessenvertretung“, in: Thomas Haijeter, Klaus Dörre (Hg.), *Gewerkschaftliche Modernisierung*, VS-Verlag, Wiesbaden 2011, S. 167-193; Klaus Dörre, Hajo Holst, Ingo Matuschek, „Der Shareholder Value ist tot, es lebe die Maximalrendite! Von Management-Mimikry zu arbeitspolitischen Alternativen“, in: Lothar Schröder, Hans-Jürgen Urban (Hg.), *Gute Arbeit. Folgen der Krise, Arbeitsintensivierung und Restrukturierung*, Bund Verlag, Frankfurt am Main 2011, S. 80-98), sowie eine Untersuchung in fünf Betrieben der ostdeutschen optoelektronischen Industrie (Belegschaftsbefragung n = 459; qualitative Management- und Betriebsrätestudie, n = 14: Michael Behr unter Mitarbeit von Margrit Elsner, Harriet Kirschner und Anja Hänel, *Arbeitsbewusstsein und Interessenorientierung bei Scholtz AG*, Jena, 1.11.2010; Klaus Dörre, Michael Behr, Dennis Eversberg, Karen Schierhorn, „Krise ohne Krisenbewusstsein? Zur subjektiven Dimension kapitalistischer Landnahmen“, in: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 41 (2009), S. 559-576).

11 Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Suhrkamp, Frankfurt am Main 1986.
12 Nicole Burzan, „Prekarität und verunsicherte Gesellschaftsmittelpunkt – Konsequenzen für die Ungleichheitstheorie“, in: Robert Castel, Klaus Dörre (Hg.), Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts, Campus, Frankfurt am Main und New York 2009, S. 307-318; Heinz Bude, „Klassengesellschaft ohne Klassenspannung“. Leben in einer fragmentierten Gesellschaft“, Gespräch in: Neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte 3 (2012), S. 18-23.

auszeichnen, befinden sich in der Nähe privater oder staatlicher Fürsorge. Unterschichten konstituieren sich somit wesentlich darüber, wie dieser Fürsorgestatus institutionalisiert wird. In der sozialen Nähe zur Fürsorge, oder präziser: zu Institutionen, die eine Mindestabsicherung als soziales Recht garantieren, ist immer schon angelegt, dass die betreffenden Gruppen kaum in der Lage sind, ein autonomes Leben ohne die Hilfe anderer zu führen. Daraus resultieren gesellschaftliche Deutungskämpfe, die sich regelmäßig an der Frage nach der Legitimität und dem Umfang von Sozialtransfers für bedürftige Gruppen entzünden.

Die in solchen Konflikten stets mitschwingende Sorge, Fürsorgeeinrichtungen könnten die Abhängigkeit und Passivität der Leistungsempfänger/innen verstärken, findet sich schon bei Klassikern der Armutsoziologie. Im Unterschied zu Marx, der den Pauperismus mit dem industriellen Krisenzyklus erklärt und die Herausbildung einer industriellen Reservearmee als funktionale Entsprechung zur Akkumulation des Kapitals begreift,¹³ haben liberale Armutsdiaagnosen immer schon andere Akzente gesetzt. So argumentiert Tocqueville, jede Maßnahme, „welche die gesetzliche Wohltätigkeit“ verstetige, erzeuge „damit eine untätige und faule Schicht, die auf Kosten der Gewerbe treibenden und arbeitenden Schichten“ lebe.¹⁴ Und Simmel hält es für eine Unzulänglichkeit der Fürsorge, dass sie ein „Zuviel“ gewähren könne, welches „den Armen zum Müßiggang erzieht“.¹⁵ Liberale Armutsanalysen wollen so auf eine immanente Widersprüchlichkeit von Institutionen aufmerksam machen, die Sozialbeziehungen an der Schwelle gesellschaftlicher Respektabilität regulieren. Gerade weil sie darauf gerichtet sind, das Los der unteren Schichten etwas erträglicher zu gestalten, ist diesen Institutionen die Möglichkeit eingeschrieben, die soziale Positionierung der Fürsorgebedürftigen zu verfestigen. Fürsorgeeinrichtungen ermöglichen das Überleben in Positionen, die sich gesellschaftlicher Missachtung ausgesetzt sehen. Damit zielen sie jedoch, so jedenfalls die liberale Behauptung, in gewisser Weise auf die Verstetigung dieses sozialen Status, nicht auf seine Überwindung.¹⁶

In den prosperierenden kapitalistischen, aber auch in den staatssozialistischen Nachkriegsgesellschaften schienen entsprechende Regelungen für Bevölkerungsmehrheiten wenig problematisch. Zur Realität in beiden deutschen Staaten gehörte, dass sie den Status der Fürsorgebedürftigkeit in unterschiedlicher Weise aus der Erfahrungswelt einer großen Majorität der Arbeiter/innen, Angestellten und ihrer Familien ausgelagert hatten. Im Westen war ein Kapitalismus „ohne (sichtbare, d. A.) industrielle

13 Karl Marx, Karl, „Das Kapital. Erster Band. Der Produktionsprozeß des Kapitals“, in: *Karl Marx und Friedrich Engels, MEW 23*, Dietz, Berlin 1973, S. 650-676.

14 Alexis de Tocqueville, „Denkschrift über den Pauperismus“, in: Alexis de Tocqueville, *Kleine politische Schriften*, Akademie-Verlag, Berlin 2006, S. 61-80, hier S. 72.

15 Georg Simmel, „Der Arme“, in: Georg Simmel, *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*. Gesamtausgabe Bd. 11. Suhrkamp, Frankfurt am Main 1992, S. 512-555, hier S. 541. Simmel sah darin allerdings primär einen Nachteil privater Fürsorge.

16 Serge Paugam, *Die elementaren Formen der Armut*, Hamburger Edition, Hamburg 2008.

Reservearmee“ entstanden.¹⁷ Arbeitslosigkeit und Armut verschwanden nicht, wurden aber zum Problem gesellschaftlicher „Randschichten“,¹⁸ zu denen auch die von Dahrendorf so genannten fünf Prozent der „sozial Verachteten“ am untersten Ende der sozialen Hierarchie zählten.¹⁹ Auf einem niedrigeren Wohlfahrtsniveau leistete die „arbeiterliche Gesellschaft“²⁰ der DDR ähnliches. Der Terminus „arbeiterliche Gesellschaft“ bezeichnet eine Klassenstruktur, die wesentlich durch die asymmetrische Verteilung von Organisationsmacht geprägt wurde.²¹ Konstitutiv war jedoch zusätzlich „die Aushebelung der formellen Rangordnung und ihre Ersetzung durch eine informelle, jedoch desto verbindlichere, die die Führungsgruppen in Staat und Wirtschaft und selbst die verschiedenen Fraktionen der Intelligenz offen oder insgeheim, beifällig oder furchtsam zu den Arbeitern aufschauen ließ“.²² Die passive Stärke der Arbeiterinnen und Arbeiter verschaffte sich aber auch in der Abwertung der Reproduktions- gegenüber der Produktionssphäre Geltung, und sie sorgte für eine Verstärkung von Ressentiments gegenüber jenen, die sich des Verdachts der Arbeitsverweigerung ausgesetzt sahen. Wem ein solches Fehlverhalten unterstellt wurde, der bekam in der „arbeiterlichen Gesellschaft“ rasch den fürsorglichen Druck des Arbeitskollektivs oder, weit schlimmer, die Bestimmungen des Asozialenparagraphen zu spüren.

Allen Parallelen zum Trotz unterschieden sich die sozialen Gruppen am unteren Ende der gesellschaftlichen Hierarchie schon wegen der differierenden Bedeutung von Migration und Frauenerwerbstätigkeit in Ost und West erheblich. In der Bundesrepublik bildeten Gruppen mit ökonomischer Unterversorgung (Arme, Langzeitarbeitslose, Obdachlose, Sozialhilfebezieher/innen) den harten Kern der sogenannten „Randschichten“. In der DDR, wo Arbeitslosigkeit sozialstrukturell ohne Bedeutung war, fehlten diese Gruppen weitgehend. Zwar gab es 1989 5.500 Sozialhilfebezieher/innen, auch ließ sich eine latente Obdachlosigkeit feststellen; für kinderreiche Familien existierte jedoch kein besonderes Risiko und Migrant/innen waren nur in geringem Umfang präsent. Das größte soziale Problem war eine Altersarmut, die ca. eine Million Menschen, darunter vor allem Frauen (88 Prozent) mit Mindestrente, betraf.²³ Seit der Wende haben sich die Zugangsmuster zu den „Randschichten“ infolge von Arbeitslosigkeit und

17 Burkhard Lutz, *Der kurze Traum immerwährender Prosperität*, Campus, Frankfurt am Main und New York 1984, S. 186). Angesichts unterdurchschnittlicher Frauenerwerbstätigkeit in der BRD gilt diese Aussage nur eingeschränkt.

18 Rainer Geißler, *Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung*, 4. überarbeitete und aktualisierte Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2006, S. 201.

19 Ralf Dahrendorf, *Society and Democracy in Germany*, Doubleday, New York 1967, S. 88.

20 Wolfgang Engler, *Die Ostdeutschen als Avantgarde*, Aufbau-Verlag, Berlin 2004, S. 72.

21 Eric Olin Wright, „Logics of Class Analysis“, in: Anette Lareau, Dalton Conly, (Hg.), *Social Class. How Does it work?*, Russel Sage Foundation, New York 2008, S. 329-349; Eric Olin Wright, „Wo liegt die Mitte der Mittelklasse?“, in: Heike Solga, Justin Powell, Peter A. Berger (Hg.), *Soziale Ungleichheit. Klassische Texte zur Sozialstrukturanalyse*. Campus, Frankfurt am Main und New York 2009.

22 Wolfgang Engler, *Die Ostdeutschen als Avantgarde*, Aufbau-Verlag, Berlin 2004, S. 76f.

23 Rainer Geißler, *Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung*, 4. überarbeitete und aktualisierte Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2006, S. 221-223.

dadurch bedingter relativer Armut in Ost und West teilweise angeglichen. Die quantitativen Angaben variieren mit Messgrößen und theoretischem Ansatz. Nach Michael Vester sind ca. elf Prozent der Bevölkerung Unterschichtenmilieus zuzurechnen.²⁴ Eine FES-Studie zählt acht Prozent, unter ihnen überdurchschnittlich viele männliche Facharbeiter und einfache Angestellte im berufsaktiven Alter, zum „abgehängten Prekariat“. Jedoch gehören nur 49 Prozent der Personen, die diesem Typus zugeordnet werden, der Unter- oder unteren Mittelschicht an.²⁵

Wettkampf, Kraftprobe, Wertigkeitsprüfung

Das begriffliche Changieren zwischen Randgruppe, Unterschicht oder Prekariat zeugt von erheblicher analytischer Unsicherheit. Konsens besteht nur insofern, als Langzeitarbeitslosigkeit und deren Regulation als Katalysatoren von sozialstrukturellen Veränderungen in den unteren Gesellschaftssegmenten gelten. Die kategoriale Unbestimmtheit ist jedoch auch dem Faktum geschuldet, dass sich die Dinge noch im Fluss befinden. Die Neugruppierung der unteren Schichten ist ein unabgeschlossener Prozess, dessen Dynamik sich gegenwärtig eher einer Mikroperspektive erschließt, weshalb der analytische Blickwinkel neu justiert werden muss. Gleich ob als Opfer sozialer Exklusion klassifiziert oder als Arbeitsverweigerer gebrandmarkt, stets gelten die Empfänger/innen von Arbeitslosengeld II (ALG II) entweder als Opfer oder als passive Außenseiter/innen. In solchen Sichtweisen gehen die eigensinnigen Aktivitäten von Erwerbslosen verloren, die durchaus eine strukturierende Kraft besitzen.

Nach Luc Boltanski lässt sich die Akzeptanz sozialer Ungleichheit durch eigensinniges Handeln von Akteur/innen in obligatorischen Bewährungsproben erklären.²⁶ Dem liegt die Vorstellung zugrunde, dass ausdifferenzierte – kapitalistische – Gesellschaften in verschiedensten Sektoren und Feldern Wettbewerbssysteme hervorbringen, die nach dem meritokratischen Prinzip funktionieren. Menschen müssen sich für Prüfungen qualifizieren, um Zugang zu bestimmten sozialen Positionen zu erhalten. Elementar für den Ansatz sind die Begriffe „Wettkampf“ (beziehungsweise Bewährungsprobe oder Auswahlprüfung), „Kraftprobe“ und „Wertigkeitsprüfung“. Eine Gesellschaft kann „durch die Natur der von ihr begründeten *Bewährungsproben* definiert werden“.²⁷ Gesellschaften konfrontieren Individuen (Mikroperspektive), aber auch Klassen von Individuen (Makroperspektive) immer wieder mit Situationen, in denen sie ihre Kräfte messen. Als bloße Kraftproben münden Bewährungsproben in eine Feststellung und gegebenenfalls in eine Fixierung von Kräfteverhältnissen. Moral spielt

24 Michael Vester, „Sozialstaat und Sozialstruktur im Umbruch“, in: Peter Hammerschmidt, Juliane Sagebiel (Hg.), *Die soziale Frage zu Beginn des 21. Jahrhunderts*, AG SPAK Bücher, Frankfurt am Main 2011, S. 55-76.

25 Gero Neugebauer, *Politische Milieus in Deutschland*, Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2007, S. 74.

26 Luc Boltanski, *Soziologie und Sozialkritik. Frankfurter Adorno-Vorlesungen*, Suhrkamp, Berlin 2010.

27 Luc Boltanski, Ève Chiapello, *Der neue Geist des Kapitalismus*, UVK, Konstanz 2003, S. 74.

dabei keine Rolle; es geht allein um den Einsatz von Machtressourcen, um ein Ringen ohne Werturteile, bei dem auch auf Ressourcen zurückgegriffen werden kann, die für das Prüfungsformat eigentlich unspezifisch sind. Anders verhält es sich in der Dimension sozialer Ordnungen, wo das Kräftemessen einem Rechtfertigungszwang unterliegt, Wertigkeitsprüfungen vorgenommen²⁸ und moralische Urteile gefällt werden. Hier wird über die Wertigkeit von Personen und Personengruppen im sozialen Gefüge geurteilt. Wertigkeitsprüfungen kommen daher niemals ohne Gerechtigkeitsvorstellungen aus.

Der Oberbegriff des Wettkampfs führt beide Konzepte zusammen. Jeder Übergang von der Kraftprobe zur *legitimen* Bewährungsprobe beinhaltet soziale Identifizierungs- und Qualifizierungsbemühungen, in welchen die Akteur/innen ihre Ressourcen offenlegen und unterscheidbar machen. Denn um von einem Gerechtigkeitsstandpunkt aus überhaupt bewertbar zu sein, benötigen Wertigkeitsprüfungen ein eindeutig bestimmbares Format. Es muss sich um besondere Situationen mit Prüfungscharakter handeln – sei es nun ein Wettrennen, eine Lateinklausur oder auch die Qualifizierung für eine Maßnahme der Arbeitsverwaltung, eine geförderte Beschäftigung oder die Vermittlung in eine reguläre Erwerbstätigkeit. In *legitimen* Bewährungsproben kommen nur jene Ressourcen zur Anwendung, die dem Charakter der Auswahlprüfung entsprechen. Es obliegt den Institutionen, Bewährungsproben „eine Form zu geben, ihren Ablauf zu kontrollieren und dem illegitimen Einsatz externer Ressourcen vorzubeugen“, um Gerechtigkeit zu wahren. In Gesellschaften, in denen viele Bewährungsproben Rechtfertigungszwängen unterliegen, „wird die Stärke der Starken gemindert“.²⁹ Dennoch handelt es sich bei Kraftproben und legitimen Bewährungsproben, in denen Wertigkeitsprüfungen erfolgen, nicht um einander ausschließende Konzepte. Legitim wird eine Bewährungsprobe durch Institutionalisierung, das Festlegen von Regeln und Prüfungsformaten, die den Wettbewerb steuern. Dabei nehmen die Akteur/innen unweigerlich auf bereichsspezifische Konventionen von Gleichwertigkeit Bezug. Dennoch wird die Kraftprobe niemals vollständig durch eine legitime Bewährungsprobe ersetzt. Auch weitgehend institutionalisierte Wettkämpfe sind stets Veränderungen zugänglich und der Kritik ausgesetzt, daher ist die „Verfeinerungsarbeit endlos“ und die Praxis ist „innerhalb eines Kontinuums zwischen einer ‚reinen‘ Wertigkeitsprüfung und einer ‚reinen‘ Kraftprobe zu lokalisieren“,³⁰ im Wettkampf ist stets beides enthalten.

Wie kann diese abstrakte Überlegung für die Analyse eines Regimes strenger Zumutbarkeitsregeln am Arbeitsmarkt fruchtbar gemacht werden? Die Implementation dieses Regimes, so unsere Überlegung, lässt sich als Durchsetzung eines bereichsspezifischen Wettkampfsystems interpretieren. Dies geschieht mittels Umdefi-

29 Luc Boltanski, Ève Chiapello, *Der neue Geist des Kapitalismus*, UVK, Konstanz 2003, S. 73.

30 Luc Boltanski, Ève Chiapello, „Die Rolle der Kritik für die Dynamik des Kapitalismus: Sozialkritik versus Künstlerkritik“, in: Max Miller (Hg.), *Welten des Kapitalismus. Institutionelle Alternativen in der globalisierten Ökonomie*, Campus, Frankfurt am Main und New York 2005, S. 285–322, hier S. 313 f.

nition alter, teils aber auch als Quasi-Institutionalisierung neuer Auswahlprüfungen, die neben dem Zugang zu regulärer oder sozial geförderter Beschäftigung auch die Verfügung über Sozialeigentum, Qualifizierungschancen, Anerkennung und die Integration in soziale Netze regulieren. Im gesamten Prozess der Durchsetzung von Instrumenten und Verfahrensregeln einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik geht es im Grunde um die Etablierung von Prüfungsformaten, in denen sich entscheidet, ob eine Person weiterhin respektiertes Mitglied der Gesellschaft ist, oder ob sie sich dauerhaft mit einem Status arrangieren muss, der unterhalb einer „Schwelle der Sicherheit“³¹ und der Respektabilität angesiedelt ist.

Um diese Veränderungen aus einer Mikroperspektive zu betrachten, können wir Boltanskis Wettkampfkonzepkt zwar nicht in Gänze übernehmen, modifiziert aber doch sinnvoll anwenden. Denn erstens kann mit Hilfe dieses Ansatzes eine objektivistische Darstellung der Arbeitsmarktakteur/innen vermieden werden. Auf die Ausgestaltung des aktivierenden Arbeitsmarkregimes nehmen unterschiedlichste Individuen und Personengruppen Einfluss, und auch die Erwerbslosen sind weder passive Opfer noch dienstleistungshungrige „Kund/innen“ dieses Regimes. Ein erheblicher Teil der Prüfungen erfolgt informell. Leistungen, die Sachbearbeiter/innen oder Leistungsempfänger/innen in diesen Bewährungsproben erbringen müssen, sind Gegenstand von Definitionskämpfen und Aushandlungen zwischen unterschiedlichen Interessenskoalitionen, zwischen Prüfer/innen und Geprüften. *Zweitens* werden im Wettkampf die Fähigkeiten von Individuen mit dem Resultat bewertet, „dass sich die geprüften Personen in einer sozialen Rangfolge anordnen lassen“, die dann die Allokation sozialer Güter (Geld, Macht, Weisungsbefugnis) legitimiert.³² Da verschiedene Klassen von Auswahlprüfungen unterscheidbar sind, können solche Rangfolgen auch für die Sozialstrukturanalyse genutzt werden. Das aktivierende Arbeitsmarkregime umfasst eine besondere Klasse von Auswahlprüfungen, in denen über die Zugehörigkeit zur Gesellschaft respektierter Individuen befunden wird. Daher sind die Kraftproben und Wertigkeitsprüfungen dieses Regimes mit hoher Wahrscheinlichkeit auch sozialstrukturell relevant. Drittens schließlich weist das Konzept sowohl der Alltagskritik sozialer Akteur/innen als auch wissenschaftlicher Sozialkritik einen systematischen Platz zu. Beide Kritikvarianten können in unterschiedlicher Weise zu treibenden Kräften institutionellen Wandels werden. Ohne kritische Interventionen im Alltag, auf die sich wissenschaftliche Sozialkritik in einer reflektierten Weise beziehen kann, blieben die Institutionen, auch jene, die Arbeitsmärkte regulieren, starr und unbeweglich.³³

31 Pierre Bourdieu, *Zwei Gesichter der Arbeit. Interdependenzen von Zeit- und Wirtschaftsstrukturen am Beispiel einer Ethnologie der algerischen Übergangsgesellschaft*, UVK, Konstanz 2000, S. 92.

32 Luc Boltanski, Ève Chiapello, „Die Rolle der Kritik für die Dynamik des Kapitalismus: Sozialkritik versus Künstlerkritik“, in: Max Miller (Hg.), *Welten des Kapitalismus. Institutionelle Alternativen in der globalisierten Ökonomie*, Campus, Frankfurt am Main und New York 2005, S. 285–322, hier S. 309.

33 Luc Boltanski, *Soziologie und Sozialkritik. Frankfurter Adorno-Vorlesungen*, Suhrkamp, Berlin 2010, S. 13.

Erwerbslosigkeit als Bewährungsprobe

Was bedeutet es, Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarktpolitik als Wettkampfsystem zu interpretieren? Das aktivierende Arbeitsmarktregime entspricht dem hegemonialen Geist des zeitgenössischen Finanzmarktkapitalismus, dessen Wettbewerbsorientierung aus der Privatwirtschaft auf Bereiche übertragen wird, die eigentlich anderen Rationalitäten und Regeln folgen. Diesem hegemonialen Geist³⁴ folgend, erscheint Gesellschaft nur noch als Verallgemeinerung unternehmerischen Handelns möglich. Das allgegenwärtige Leitbild des kreativen Unternehmers geht jedoch eine merkwürdige ideologische Symbiose mit der nicht minder einflussreichen Kunstfigur einer Konsumentin oder eines Konsumenten ein, die beziehungsweise der auf den Märkten beständig die besten und preiswertesten Angebote nachfragt. Auch die Arbeitsmarktformen der Regierung Schröder haben sich offenbar an diesem Leitbild orientiert. Langzeitarbeitslose werden zu „Kund/innen“ der Arbeitsverwaltungen, die mittels spezieller Förderungen und strenger Zumutbarkeitsregeln ein eigenverantwortliches, quasiunternehmerisches Verhältnis zu ihrem Arbeitsvermögen entwickeln sollen.³⁵ Ökonomischer Leitgedanke ist hier, dass eine intensivere Konkurrenz zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen, aber auch unter den Arbeitslosen selbst, den „Reservationslohn“, also das „Einkommen“ von Erwerbslosen, senkt und so den Anreiz zur Arbeitsaufnahme erhöht. Dem liegt die Vorstellung zu Grunde, marktgerechtes Verhalten der Erwerbslosen könne Beschäftigung erzeugen.

Das Wettkampfsystem des Forderns und Förderns

Die Institutionalisierung dieses Leitbildes in den Gesetzwerken „Hartz I“ bis „Hartz IV“ begründet ein Wettbewerbssystem, das den Arbeitsmarkt und die Arbeitsmarktpolitik auf neue Weise strukturiert. Die Umsetzung und Praxis der Reformen wird zum Gegenstand eines Kräftermessens zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteur/innen. Dieses Ringen ist in ein feldspezifisches Rechtfertigungsregime eingebettet, das den Grundsatz „Gerecht ist, was Arbeit schafft“ als Basisregel anerkennt. Dementsprechend sind alle Maßnahmen und Anreize legitim, die Erwerbslose zur aktiven Verbesserung ihrer Beschäftigungsfähigkeit motivieren. Ohne jede Garantie, einen einmal erreichten sozialen Status dauerhaft halten zu können, müssen sich die Erwerbslosen durch Eigenaktivitäten für Fördermaßnahmen und „Kund/innen“ qualifizieren, vor allem aber

34 „Der kapitalistische Geist verkörpert eine Gesamtheit von Glaubenssätzen, die mit der kapitalistischen Ordnung verbunden sind und zur Rechtfertigung dieser Ordnung, zur Legitimation und mithin zur Förderung der damit zusammenhängenden Handlungsweisen und Dispositionen beitragen“ (Luc Boltanski, Ève Chiapello, *Der neue Geist des Kapitalismus*, UVK, Konstanz 2003, S. 46).

35 Peter Bescherer, Silke Röbenack, Karen Schierhorn, (2009) „Eigensinnige ‚Kunden‘ – Wie Hartz IV wirkt ... und wie nicht“, in: Robert Castel und Klaus Dörre (Hg.), *Prekariät, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*, Campus, Frankfurt am Main und New York 2009, S. 145-156.

den Bezug von Transferleistungen rechtfertigen. Auf diese Weise konstituieren die Arbeitsmarktakteur/innen ein Wettkampfsystem. Arbeitslosigkeit wird nicht nur für erwerbslose und beschäftigte Leistungsbezieher/innen, sondern auch für die zuständigen Sachbearbeiter/innen der Arbeitsverwaltung zur permanenten Bewährungsprobe, die sowohl machtgestütztes Kräftermessen als auch Wertigkeitsprüfungen umfasst.

Die Prüfungsformate der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik werden hauptsächlich von staatlich legitimierten Akteur/innen festgelegt. Neben dem Gesetzgeber lassen sich drei Entscheidungsebenen identifizieren, die an der Definition und Durchsetzung der Auswahlprüfungen beteiligt sind. Dazu gehört zunächst die *Ebene der regionalen Arbeitsmarktpolitik*. Hier beteiligen sich Repräsentant/innen von Arbeitsverwaltungen, lokale Politik und Interessenorganisationen an der Festlegung von Prüfungsformaten. Diese Akteur/innen nehmen Einfluss auf Integrationsmaßnahmen oder die Praxis von Sanktionen und Zwangsumzügen. Mit solchen Maßnahmen markieren sie regionale Handlungskorridore, innerhalb derer die Strategien von Prüfer/innen und zu Prüfenden aufeinander treffen. Auf der Ebene entscheidungsfähiger *Spitzen der regionalen Arbeitsverwaltungen* werden die Prüfungsformate mittels Vorgaben und Verfahrensregeln konkretisiert und in eine rechtsbeständige Form überführt. Entscheidend für die Praxis aktivierender Arbeitsmarktpolitik ist indessen die *Sachbearbeiterebene*, auf der die Auswahlprüfungen durchgeführt werden. Hier sind Langzeitarbeitslose als „Kund/innen“ zu klassifizieren, muss ein Profiling betrieben werden, sollen Leistungsansprüche geprüft, Fördermaßnahmen oder Arbeitsgelegenheiten zugeteilt und gegebenenfalls Sanktionen verhängt werden.

Vermittler/innen und Fallmanager/innen verfügen über eine gewisse Definitionsmacht, weil sie Handlungsspielräume unterschiedlich ausschöpfen und Zumutbarkeitsregeln mehr oder minder streng auslegen können. Dabei geraten sie häufig in einen Zwiespalt zwischen legalen Vorgaben und deren fallbezogener Praktikabilität. In ihrem Selbstverständnis sind viele „Prüfer/innen“ Arbeitsvermittler/in und Sozialarbeiter/in in einer Person. Selbst im Zwiespalt, versuchen die Fallbearbeiter/innen, ihre „Kund/innen“ auf ein wechselseitiges Geben und Nehmen zu verpflichten. Zugleich fordern sie die Eigenverantwortung der Leistungsbezieher/innen im Sinne einer Gerechtigkeitsnorm aktiv ein. Dementsprechend fühlen sich die Fallbearbeiter/innen geradezu persönlich angegriffen, wenn Vereinbarungen seitens der „Kund/innen“ nicht eingehalten werden. Das schlägt sich in einem ständigen, wenngleich asymmetrischen Kräftermessen zwischen Fallbearbeiter/innen und Erwerbslosen nieder, das eine soziale Hierarchie produziert. Getrieben von dem Ziel, ihre Leistungsvereinbarungen in der Verwaltung zu erfüllen, machen die Fallmanager/innen die Motivation, den „guten Willen“ der Leistungsbezieher/innen zum Selektionskriterium für die Ressourcenverteilung und ihre eigenen Bemühungen. Die „Kund/innen“ werden klassifiziert und Eingliederungsbemühungen bevorzugt an „Kund/innen“ mit vergleichsweise geringen „Vermittlungshemmnissen“ adressiert.

☞☞☞ Prüfungsformate: Eigenverantwortung versus kollektive Abwertung

Während ihres Ringens mit den Leistungsbezieher/innen machen die Mitarbeiter/innen der Arbeitsverwaltung Erfahrungen mit sperrigen Ansichten und eigensinnigen Verhaltensweisen ihrer „Kund/innen“. Die befragten Transferbezieher/innen empfinden die Auswahlprüfungen und ihre Formate überwiegend als bürokratische Disziplinierung. Das Erleben von Fremdbestimmung speist sich aus einer engmaschigen bürokratischen Kontrolle ihres Alltags. Strenge Zumutbarkeitsregeln beschränken sich keineswegs auf Sanktionen, von denen trotz deutlicher Zunahme nur eine kleine Minderheit der Arbeitslosen unmittelbar betroffen ist. Die Strenge des Regimes gründet sich auf materielle Knappheit (Regelleistungen unter der Schwelle relativer Armut) und eine teilweise rigide Überwachung von Eigenaktivitäten (Bewerbungen, Maßnahmen, Bereitschaft zu sozial geförderter Beschäftigung). Sie resultiert aus Regeln und Eingriffen, die die Lebensformen der Anspruchsberechtigten betreffen – Aufwendungsgrenzen für die Wohnung oder die Überwachung von Besitz und Zuwendungen (z. B. Höchstgrenzen für geldwerte Geburtstagsgeschenke). Und sie ist nicht zuletzt das Ergebnis ständig wiederkehrender Missachtungserfahrungen in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit. „Als Hartz bis du nichts,“ lautet ein bezeichnender Satz, der uns so oder ähnlich in vielen Interviews mit Erwerbslosen und prekär Beschäftigten begegnet ist. Ganz gleich wie die Wertigkeitsprüfungen im Einzelfall verlaufen, wer das mit „Hartz IV“ verknüpfte Format absolvieren muss, bekommt in der Selbstwahrnehmung einen Status in der Nähe der Fürsorge und damit unterhalb einer Schwelle gesellschaftlicher Respektabilität zugewiesen.

Dies vor Augen, lässt sich eine erste, für die Unterschichtendebatte bedeutsame Erkenntnis formulieren. „Hartz IV“ ist alles andere als ein sanftes Ruhekissen für notorische „Sozialschmarotzer“. Stattdessen macht sich eine eigentümliche Widersprüchlichkeit bemerkbar. Einerseits zielt strenge Zumutbarkeit, wie sie in spezifischen Auswahlprüfungen praktiziert wird, darauf, die Eigenverantwortung der Leistungsbezieher/innen zu stärken. Andererseits sehen sich die Erwerbslosen und Prekarisierten einer bürokratischen Kontrolle ihres gesamten Lebenszusammenhangs unterworfen. Rigide Kontrollpraktiken wiederum werden durch Zuschreibung eines Fürsorgestatus legitimiert, der die Arbeitslosen mit einem Stigma belegt und so selbst den kleinsten Aufstieg in der sozialen Hierarchie zusätzlich erschwert. Die Stigmatisierung trifft Leistungsbezieher/innen, welche in unserem Sample in ihrer großen Mehrheit wenig mit dem Klischee gering qualifizierter und daher schwer vermittelbarer Außenseiter gemein haben. Unter den erstbefragten Leistungsbezieher/innen finden sich Erwerbslose, Selbstständige, niedrig entlohnte Aufstocker/innen, Ein-Euro-Jobber/innen und einige wenige Absolventen einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme. Von den 99 Befragten, darunter zwei Drittel Frauen, haben immerhin 17 Prozent einen Hochschul- oder Fachhochschulabschluss, knapp die Hälfte verfügt über eine abgeschlossene Berufsausbildung. 19 Prozent der Befragten sind ohne Schulabschluss. Trotz durchaus vorhandener schulischer

und beruflicher Qualifikationen waren mehr als zwei Drittel der Befragten zum Zeitpunkt der ersten Erhebung (2006/07) länger als zwei Jahre arbeitslos.

Solche Daten beschreiben unser Sample, repräsentativ sind sie nicht. Ungeachtet dessen wird jedoch deutlich, dass eine überaus heterogene Gruppe Befragter, die auch nach sozialer Herkunft, Erwerbsbiografie, Lebensalter, Familienformen und sozialen Netzwerken erheblich differiert, ohne Unterschied einem Arbeitsmarktregime unterworfen wird, das die Bedürftigen in ihrer Selbstwahrnehmung auf dem Niveau der früheren Sozialhilfe „zwangshomogenisiert“. Gleich ob Beinahe-Rentnerin mit jahrzehntelanger Berufstätigkeit, arbeitslose Akademikerin, jugendlicher Punk mit Szeneverankerung oder ehemalige Sozialhilfebezieherin ohne jegliche Erwerbsarbeitserfahrung – „Hartz IV“ macht sie in gewisser Weise alle gleich. Was eigentlich als großer Fortschritt gedacht war, die formale Gleichstellung von Sozialhilfebezieher/innen und Arbeitslosen, erweist sich sozialpsychologisch wie sozialstrukturell als überaus problematisch.

Befragte, die aus der ehemaligen Sozialhilfe kommen, fühlen sich nicht als Gewinner/innen der Arbeitsmarktreflexen. Teilweise ist ihnen die Fähigkeit zu einer eigenständigen Lebensführung bereits abhanden gekommen, weshalb sie zum Beispiel die Verantwortung für ihre Finanzen an eine externe Instanz delegieren. Schon aus diesem Grund können sie die formale Gleichstellung mit Langzeitarbeitslosen nicht als persönliche Aufwertung betrachten. Arbeitslose wiederum, die lange erwerbstätig waren, sehen sich auf einen Fürsorgestatus zurückgeworfen. Vor allem Frauen in Ostdeutschland, deren Berufsbiografie bis in die Zeit der DDR zurückreicht, betrachten sich im Regime strenger Zumutbarkeit als Verliererinnen. Aus diesem Grund erzeugt die in Verfahren und Regelungen praktizierte soziale „Zwangshomogenisierung“ der Transferbezieher/innen eine Gerechtigkeitsproblematik, die von den Befragten allerdings nur selten offen und ungeschützt ausgesprochen wird. In der Konsequenz bleiben die Auswahlprüfungen des aktivierenden Arbeitsmarktregimes hinsichtlich der ihnen eigenen Gerechtigkeitsmaßstäbe *uneindeutig*. Ganz gleich wie die individuellen Prüfungen im Wettbewerbssystem der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik ausgehen, das Format selbst sorgt für eine kollektive Abwertung von Fürsorgebedürftigen, Erwerbslosen und Prekarisierten, die sich im Leistungsbezug von ALG II befinden.

☞☞☞ Erwerbsorientierungen eigensinniger „Kund/innen“

Zur Legitimationsordnung des Wettkampfsystems aktivierender Arbeitsmarktpolitik gehört das Versprechen, die Erwerbsneigung der Leistungsempfänger/innen zu erhöhen. In den Auswahlprüfungen treffen Sachbearbeiter/innen und Fallmanager/innen allerdings auf Personen mit bereits relativ verfestigten Ansichten und Präferenzen. Was geschieht, wenn Sachbearbeiter/innen mit ihren besonderen Interessen und eigensinnige „Kund/innen“ mit einsozialisierten Erwerbsorientierungen in Auswahlprüfungen aufeinander treffen, können wir anhand einer Typologie subjektiver Erwerbsorientierungen von Leistungsbezieher/innen

nachvollziehen, die wir im Rahmen einer explorativen, longitudinal angelegten Studie gewonnen haben.

Subjektive Erwerbsorientierungen entstehen – in Abhängigkeit von sozialer Herkunft, Bildungsweg und beruflicher Sozialisation – in einem lebensgeschichtlichen Entwicklungsprozess. Sie umfassen die jeweilige Ausprägung eines „ökonomischen Habitus“,³⁶ einer kalkulierenden Denkweise,³⁷ also die Internalisierung eines kapitalistischen „Geistes“, der rationales Verhalten an Märkten, speziell am Arbeitsmarkt, überhaupt erst ermöglicht. Eine subjektive Erwerbsorientierung erschöpft sich aber nicht in dieser latenten, vornehmlich spontan und unbewusst wirkenden Sinnstruktur. Die habitualisierten Handlungs- und Denkschemata sind, soweit sie sich einer subjektiven Erwerbsorientierung zurechnen lassen, in sozialmoralische Wertungen und explizite Ansprüche an Erwerbsarbeit eingebettet, die sich in Interviews abfragen lassen. Die Verinnerlichung des gesellschaftlich hegemonialen Erwerbszwangs (von: „Arbeiten muss man!“ zu „Ich will arbeiten!“) bildet eine Norm aus, die zwischen latenter und expliziter Sinnstruktur vermittelt. Dementsprechend umfasst unsere Typologie subjektiver Erwerbsorientierungen drei Dimensionen des Arbeitsbewusstseins: das Tätigkeitskonzept, die normative Arbeitsorientierung sowie die individuellen Kompromissbildungen, die in Abhängigkeit von den antizipierten Chancen zwischen Norm und Tätigkeitskonzept vermitteln, sich zu einem dominanten Verarbeitungsmodus verdichten und so die Typen „schneiden“.³⁸

An dieser Stelle ist es nicht möglich, die so konstruierten Typen einschließlich der Subtypen zu porträtieren. Es geht hier allein um die Wechselbeziehungen zwischen relativ verfestigten Erwerbsorientierungen auf der einen und den Auswahlprüfungen des neuen Arbeitsmarktregimes auf der anderen Seite. Um es vorab zu sagen: Unsere Ergebnisse belegen alles andere als einen Verfall von Arbeitsmoral und bürgerlichen Tugenden. Die Leistungsbezieher/innen sind überwiegend von sich aus bestrebt, sich aktiv für die Auswahlprüfungen des Arbeitsmarktregimes zu qualifizieren. Reguläre Erwerbsarbeit gilt ihnen als Norm, die nicht in Frage gestellt werden darf. Dies ist jedoch keine Leistung des neuen Arbeitsmarktregimes und seiner Prüfungsformate. Vielmehr halten die Befragten häufig trotz mehrjähriger Erwerbslosigkeit an subjektiven Erwerbsorientierungen fest, die sie völlig unabhängig vom Wettkampfsystem des Forderns und Förderns ausgebildet haben. Ihr Hauptbestreben ist es, das mit „Hartz IV“ verknüpfte Prüfungsformat zu verlassen und eine Position oberhalb der Respektabilitätsschwelle zu erreichen. Den Auswahlprüfungen des neuen

36 Pierre Bourdieu, *Zwei Gesichter der Arbeit. Interdependenzen von Zeit- und Wirtschaftsstrukturen am Beispiel einer Ethnologie der algerischen Übergangsgesellschaft*, UVK, Konstanz 2000, S. 7.

37 Werner Sombart, *Der moderne Kapitalismus. Band 1. Die Genesis des Kapitalismus*, Duncker&Humblodt, Leipzig 1928.

38 In diese Operationalisierung gehen sowohl Elemente von Bourdieus kritischer als auch von Boltanskis pragmatischer Soziologie ein. Entgegen dem Selbstverständnis ihrer Schöpfer halten wir beide Ansätze nicht für einander ausschließende.

Arbeitsmarktregimes müssen sie sich unterziehen, für sinnvoll und gerecht halten sie dies jedoch häufig nicht.

Um die Bewährungsproben einigermaßen bestehen zu können, kommen die Befragten nicht umhin, sich in der einen oder anderen Weise selbst zu disziplinieren. Eine Form der *Selbstdisziplinierung* ist die überschießende Aktivität. Leistungsbezieher/innen, die wir dem Typus der *Um-jeden-Preis-Arbeiter/innen* zurechnen, würden ungeachtet strenger Zumutbarkeitsregeln nahezu jede positionsverbessernde Erwerbstätigkeit akzeptieren, die ihnen ein Leben unterhalb einer Schwelle der Sicherheit und Respektabilität erspart. Maßnahmen der Arbeitsverwaltung betrachten diese Befragten häufig als überflüssig oder gar als Drangsalierung, weil das, wonach sie eigentlich streben – reguläre Erwerbsarbeit, die das eigene Leben oberhalb eines kulturellen Minimums dauerhaft absichert – häufig nicht im Angebot der Arbeitsagenturen ist. Die zweite Form der Selbstdisziplinierung läuft auf ein Arrangement mit widrigen Umständen hinaus. Leistungsbezieher/innen, die dem Typus der „Als-ob-Arbeitenden“ entsprechen, wollen liebend gerne einer regulären Erwerbstätigkeit nachgehen, müssen sich aber mehr und mehr mit Arbeitersatz abfinden. Sozial geförderte Tätigkeiten wie Ein-Euro-Jobs empfinden sie nicht als Bestrafung. Vielmehr erlauben es die Arbeitsgelegenheiten zeitweilig, Fassaden der Normalität aufrecht zu erhalten. Eigenaktivitäten, sei es das bürgerschaftliche Engagement oder der Ein-Euro-Job, werden subjektiv so umgedeutet, als handele es sich um eine reguläre Erwerbsarbeit. Die Spannungen zwischen Erwerbsarbeitsnorm und Tätigkeitskonzept lassen sich auf diese Weise mildern, aber niemals völlig überwinden. Dementsprechend ambivalent ist die Haltung gegenüber den offiziellen Auswahlprüfungen. Zwar werden die Prüfungsformate weitgehend akzeptiert, weil „reguläre Erwerbsarbeit“ als normative Orientierung allenfalls relativiert, subjektiv jedoch nicht gänzlich außer Kraft gesetzt wird. Doch je länger die Arbeitslosigkeit, die Erfahrung mit prekären Jobs und „Arbeitersatz“ andauert, desto eher macht sich ein Bewusstsein eigener Chancenlosigkeit bemerkbar, das sowohl die Tätigkeitskonzepte als auch die normativen Arbeitsorientierungen unter Veränderungsdruck setzt.

Nur jene Befragten, die wir dem Typus der *Nichtarbeitenden* zurechnen, haben mit der hegemonialen Erwerbsarbeitsnorm gebrochen oder sie, auf Zeit, subjektiv außer Kraft gesetzt. Dafür gibt es unterschiedliche Gründe. Befragte Frauen, die über viele Jahre im Sozialhilfebezug und niemals erwerbstätig waren, konnten eine Erwerbsorientierung gar nicht ausbilden. Für sie waren Kinder und Familie häufig die letzte und meist auch die einzige Chance, Anschluss an gesellschaftliche „Normalität“ zu gewinnen. Die teilweise zerrütteten Familienstrukturen zeugen jedoch davon, dass auch dieses Normalitätsrefugium eher fiktiv bleibt. Ebenfalls (auf Zeit) blockiert ist die Ausbildung einer Erwerbsorientierung bei Jugendlichen, die in subkulturelle Szenen eintauchen und aus der Not antizipierter Chancenlosigkeit eine Tugend machen, indem sie sich als bewusste Arbeitsverweigerer präsentieren. Wiederum anders gelagert sind Fälle, bei denen Krankheiten oder der Verschleiß in prekären Beschäftigungsverhältnissen die subjektive

Erwerbsorientierung allmählich zerstört hat. Auch gibt es besonders im Osten einige wenige „politische Erwerbslose“, die ihre soziale Identität auf den Arbeitslosenstatus gründen, um so die Kränkungen zu verarbeiten, die mit gebrochenen Berufskarrieren einhergehen. Schließlich finden sich gerade in ländlichen Regionen auch Leistungsbezieher/innen, die Transferleistungen mit informeller Arbeit kombinieren und so gut über die Runden kommen. Solche Leistungsbezieher/innen müssen, werden ihre Aktivitäten entdeckt, mit Sanktionen rechnen. Auch deshalb deutet wenig darauf hin, dass sie es sich in der „Hartz-IV-Hängematte“ bequem machen können. Nicht ihr Reservationslohn ist zu hoch, vielmehr sind in den jeweils erreichbaren Arbeitsmarktsegmenten die antizipierten Löhne so gering, die Arbeitsbedingungen in einer Weise belastend und die Beschäftigungsverhältnisse derart unsicher, dass sie keinen wirklichen Anreiz zu Verhaltensänderungen darstellen. Sanktionen oder das Absenken von Regelsätzen werden daher an solchen Orientierungen wenig ändern.

Anders als in der Unterschichtendebatte unterstellt, lässt sich zumindest für eine große Mehrzahl unserer Befragten keine Abkehr von der Erwerbsarbeitsnorm feststellen. Eher ist das Gegenteil der Fall. Man hält überwiegend selbst dann so gut es geht an der Norm fest, wenn man bereits ahnt oder gar schon sicher weiß, dass die Chance für einen Sprung in eine sichere und halbwegs attraktive Erwerbstätigkeit eigentlich nicht mehr existiert. Solche Grundhaltungen haben wenig mit einem bildungsorientierten Aufstiegsstreben gemein, wie es sich bevorzugt bei Mittelschichtenangehörigen findet. Aber das ist wenig verwunderlich. Wie die meisten Menschen favorisieren die Befragten nachhaltige biografische Handlungsstrategien, „die darauf zielen, eine *gewohnte gesellschaftliche Stellung* und Lebensweise im umfassenden Sinne, moralisch wie materiell, zu erhalten“.³⁹ „Hartz IV“ bedeutet für den größten Teil der Befragten jedoch einen gesellschaftlichen Abstieg, mit dem sie sich nur schwer arrangieren können. Deshalb sind sie bestrebt – und das ist das eigentlich Überraschende –, nicht nur ihre reproduktiven, sondern auch ihre inhaltlichen, qualitativ-subjektbezogenen Ansprüche an Arbeit so lange wie möglich aufrecht zu erhalten. Die Befragten handeln keineswegs wie Vulgärmaterialisten/innen, die in Mangelsituationen materiellen Werte absolute Priorität einräumen. Selbst in einer Lebenssituation, die zum Teil durch extreme materielle Knappheit geprägt wird, streben viele Befragte von sich aus nach gesellschaftlicher Anerkennung, ja nach Möglichkeiten zu Selbstentfaltung und zu autonomer Lebensführung. Erst wenn diese Ansprüche über längere Zeiträume hinweg nicht (mehr) in der Erwerbssphäre einzulösen sind, werden sie auf Alternativtätigkeiten und Alternativrollen projiziert.

Dies, das Bestreben, aktiv auf die eigenen Lebensumstände einzuwirken, prägt die Tätigkeitskonzepte der Befragten. Im scharfen Kontrast zum Klischee der

39 Michael Vester, „Sozialstaat und Sozialstruktur im Umbruch“, in: Peter Hammerschmidt, Juliane Sagebiel (Hg.), *Die soziale Frage zu Beginn des 21. Jahrhunderts*, AG SPAK Bücher, Frankfurt am Main 2011, S. 55-76, hier S. 57.

40 Kai Marquardsen, Aktivierung und soziale Netzwerke. *Die Dynamik sozialer Beziehungen unter dem Druck der Erwerbslosigkeit*, VS-Verlag, Wiesbaden 2012, i. E.

passiven Arbeitslosen sind die Leistungsbezieher/innen zu einem erheblichen Teil ausgesprochen aktiv. Um ihre Situation zu verändern oder zumindest einigermaßen lebbar zu gestalten, müssen die Arbeitslosen häufig hart arbeiten. Die Hierarchisierung ihrer Tätigkeit wird allerdings in erheblichem Maße von außen bestimmt. Minijob und verordnetes Praktikum können sich zeitweilig schon zu einer 48-Stunden-Woche summieren. Hinzu gesellen sich Anforderungen aus dem Familienzusammenhang und der Kindererziehung. Trotz aller Anstrengungen kommt – das zeigen unsere Folgerhebungen – ein Großteil der Befragten beruflich nicht vom Fleck. Nur eine winzige Minderheit hat den Sprung in eine einigermaßen dauerhafte Beschäftigung geschafft. Die Mehrzahl befindet sich beruflich und sozial noch immer dort, wo wir sie während der ersten Befragung auch schon angetroffen hatten. Bei einem kleineren Teil der Leistungsbezieher/innen, unter ihnen vor allem Soloselbstständige, zeichnet sich trotz günstiger Konjunktur gar eine Abwärtsmobilität ab. Zudem zeigt sich: Lange Jahre in Arbeitslosigkeit und Prekarität bewirken, dass die Betroffenen regelrecht ausbrennen. Ohne eine realistische Chance auf grundlegende Besserung ihres Lebens, gehen die subjektiven Antriebskräfte für Aufstiegsbemühungen mehr und mehr verloren.

Bewährungsproben für die Lebensführung

Indem es eine reguläre Erwerbsarbeit – sei sie nun prekär oder sicher und anerkannt – zur einzig legitimen Zielstellung erklärt, erzeugt das Wettkampfsystem aktivierender Arbeitsmarktpolitik an der Schnittstelle von Erwerbsarbeit, sozial geförderter Beschäftigung und Erwerbslosigkeit eine soziale Hierarchie, die auf ihre Weise die Perspektive eines Minderheitenstatus fixiert. Am unteren Ende dieser Hierarchie sind in der Wahrnehmung der „Mehrheitsgesellschaft“ die „faulen Arbeitslosen“, „Sozialschmarotzer“ und „Illegalen“ angesiedelt, Konstruktionen, von denen sich nahezu alle Leistungsbezieher/innen vehement abzugrenzen versuchen. Oberhalb davon befinden sich in der sozialen Hierarchie je nach Situation und lebensweltlichem Kontext Ein-Euro-Jobber/innen, Beinahe-Rentner/innen, bürgerschaftlich Engagierte, Maßnahmeabsolventen/unnen oder prekäre Soloselbstständige. Trotz ihrer enormen sozialen Heterogenität zeichnen sich die Befragten durch eine gemeinsam geteilte Grunderfahrung aus. Sie alle fühlen sich von dem ausgeschlossen, was in der Gegenwartsgesellschaft noch immer Normalität garantiert. Es mangelt an einer dauerhaften Erwerbsarbeit, die ihnen ein akzeptables Einkommen, soziale Wertschätzung und vor allem eine halbwegs stabile Basis für eine in die Zukunft gerichtete Lebensplanung bieten könnte.

Freundschaftsbeziehungen und soziale Netze können die damit verbundenen Unsicherheitserfahrungen nicht oder nur teilweise kompensieren. Zwar lässt sich Robert Castels Arbeitshypothese, derzufolge zunehmende Beschäftigungsunsicherheit mit porösen sozialen Netzwerken korreliert, in dieser Pauschalität nicht bestätigen.⁴⁰ Doch einiges spricht dafür, dass ein erheblicher Teil der Leistungsbezieher/innen zu einer Homogenisierung ihrer sozialen Verkehrskreise tendiert. Mit anderen Worten: Die

Bewährungsproben des neuen Arbeitsmarktregimes beeinflussen in ihrer Wirkung selbst das Privatleben und die Sozialbeziehungen der Leistungsempfänger/innen. Den Anforderungen an flexible Arbeit im regulären Beschäftigungssystem vergleichbar, konstituieren die Auswahlprüfungen an der Schnittstelle von Erwerbsarbeit und Beschäftigungslosigkeit ein Regime diskontinuierlicher Zeit, das die Leistungsbezieher/innen in besonderer Weise fordert.

Auch Langzeitarbeitslose leiden, so paradox das klingen mag, häufig an Zeitmangel. Sie müssen jede sich bietende Chance nutzen, um ihre Lage zu verbessern. Zum Mini-Job im Reinigungsgewerbe gesellt sich bei einer jungen Langzeitarbeitslosen und Mutter von zwei Kindern mitunter das achtstündige Praktikum. Die Teilnahme an der Maßnahme wiederum ist Voraussetzung für den Bezug von Transferleistungen. Hinzu kommen Schnäppchenjagd und Altstoffsammlung in der freien Zeit, an der sich auch die Kinder beteiligen. Der Mann, als Niedriglohnbezieher ebenfalls im Reinigungsgewerbe tätig, ist bis zum späten Abend außer Haus. In dieser familialen Konstellation wird der Alltag zu einer Dauerprüfung, deren Bewältigung eine erschöpfte Familie produziert. Übermäßiger TV-Konsum auch für Kinder entspringt bei solchen Lebensbedingungen dem Bedürfnis, dem belastenden Alltag wenigstens zeitweilig eine Ruhephase abzurufen. Frei verfügbare Zeit wird in solchen Familienkonstellationen trotz, ja wegen der Erwerbslosigkeit zu einem knappen Gut. Die Befragten sehen sich mit einem permanenten Aktivitätszwang konfrontiert, an dem sich Teilhabechancen entscheiden.

Die damit verbundenen Ausleseprozesse funktionieren über Ausschluss und Selbstselektion in sozialen Netzwerken. Gerade in prosperierenden Städten wie Jena wännen sich Arbeitslose den Ressentiments der „Mehrheitsgesellschaft“ ausgeliefert. Noch wichtiger ist jedoch, dass den Befragten häufig Equipment und finanzielle Mittel fehlen, um sich an den Freizeitaktivitäten von Freund/innen und Bekannten überhaupt beteiligen zu können. Wer nur über den Regelsatz verfügt und sich des Verdachts ausgesetzt sieht, das wenige Geld für Tabak und Alkohol auszugeben, verkneift sich den gemeinsamen Kneipenbesuch mit alten Bekannten. Man beginnt, Alltagssituationen zu meiden, in denen der prekäre Status problematisiert werden könnte. Umgekehrt heißen nur solche sozialen Kontakte, Freundschaften und Beziehungen ein Minimum an sozialer Stabilität, in denen gemeinsam geteilte Erfahrungen zur Sprache kommen, ohne sogleich Stigmatisierungen auszulösen. Unbewusst verlagern der Freundeskreis oder die eigene Familie Prüfungssituationen ins Private. Zur Entscheidung steht die Zugangsberechtigung zum Kommunikations- und Lebenszusammenhang. Scham und die Angst, mit einer Welt konfrontiert zu werden, in der man selbst nicht (mehr) leben kann, bewirken, dass sich ein erheblicher Teil der Leistungsbezieher/innen nur noch unter Ihresgleichen bewegen. Das ohnehin existente Machtgefälle am Arbeitsmarkt wird auf diese Weise im Privaten geradezu verdoppelt. Dafür spricht auch, dass verbliebene Sozialkontakte von Leistungsbezieher/innen mit Zähnen und Klauen verteidigt werden. So scheiterte ein Pilotversuch, Jugendliche über Leiharbeit in den ersten Arbeitsmarkt

zu integrieren, an der Mobilitätserwartung der Leiharbeitsfirma. Als die Jugendlichen erfuhren, dass sie im gesamten Bundesgebiet eingesetzt werden sollten, verweigerten sie ihre Unterschriften unter die Arbeitsverträge, weil sie fürchteten, sicherheitsstiftende Sozialbeziehungen zugunsten unsicherer Beschäftigung aufgeben zu müssen.⁴¹

Strukturbildende Effekte und Mechanismen

In den Handlungsstrategien, mittels der die Befragten die Auswahlprüfungen des aktivierenden Arbeitsmarktregimes zu meistern suchen, scheint jene Ambivalenz auf, wie sie seitens des liberalen Armutsdiskurses einseitig wohlfahrtstaatlicher Fürsorge zugeschrieben wird.

Der Ohnmachtszirkel strenger Zumutbarkeit

Tatsächlich kommen die Leistungsbezieher/innen nicht umhin, sich in der einen oder anderen Weise mit ihren Lebensumständen zu arrangieren. Je länger die Erwerbslosigkeit oder das Pendeln zwischen unsicherer Beschäftigung und Arbeitslosigkeit andauern, desto stärker wird der Druck, sich individuell mit unwirtschaftlichen Verhältnissen aussöhnen zu müssen. Anders als wir ursprünglich vermutet hatten, bedeutet der Entzug von Ressourcen im Regime strenger Zumutbarkeitsregeln nicht zwangsläufig den vollständigen Verlust längerfristig ausgerichteter individueller Planungsfähigkeit. Um ihre Verwundbarkeit zu reduzieren, sind viele Befragte bestrebt, ihren Alltag auch ohne dauerhaftes Beschäftigungsverhältnis zu strukturieren und die Planungsfähigkeit so gut es geht aufrecht zu erhalten. Um sich vor Rückschlägen möglichst zu schützen, entwickeln sie Formen der Lebensführung, die auf materielle Knappheit, Unsicherheit, Diskontinuität und das Erleben sozialer Missachtung ausgerichtet sind. Natürlich gelingt dies immer nur annäherungsweise. Eine Lebensführung unter dem Diktum von Ressourcenknappheit und strenger Zumutbarkeit belastet. Stets besteht die Gefahr des Abgleitens, der Verschuldung oder im Extremfall gar der Verwahrlosung. Aber dies lässt sich nicht auf die vermeintlich generösen Transferleistungen nach Hartz IV zurückführen. Es sind die von materieller Knappheit und sozialer Missachtung geprägten Lebensumstände, die Anpassungsleistungen erforderlich machen. Die „ungemütlichen“ Auswahlprüfungen erzeugen Rationalisierungsleistungen besonderer Art. Man stellt sich darauf ein, in von Unsicherheit, Deprivilegierung und sozialer Missachtung geprägten Lebenssituationen ausharren zu müssen. In dem Maße, wie die individuellen Anpassungen erfolgreich sind, konstituieren sie jedoch einen gesellschaftlichen Sonderstatus, der sich hervorragend als Projektionsfläche für negative Klassifikationen der „Mehrheitsgesellschaft“ eignet.

Im aktivierenden Arbeitsmarktregime sieht sich eine sozial ausgesprochen heterogene Gruppe von Leistungsbezieher/innen beständig mit einem institutionellen Vorbehalt konfrontiert. Nur wenn erkennbar ist, dass alle Anstrengungen auf eine reguläre Erwerbsarbeit gerichtet sind, besteht ein Anspruch auf staatliche Transfers und Sicher-

 Eine Frage der Klasse? Deutschlands Mitte zwischen Abstiegsangst und dem Tritt nach unten

heitsgarantien. Um in den Auswahlprüfungen bestehen zu können, kommen die Befragten nicht umhin, ihre gesamte Lebensführung einem fiktiven Anderen, einem Leben mit regulärer Erwerbsarbeit, unterzuordnen. Zugleich sind sie aber auch gezwungen, sich an permanente Knappheitssituationen zu gewöhnen. Die Befragten müssen sich mit ihrer Lage arrangieren, um sie verändern zu können. Arrangieren sie sich, entwickeln sie notwendige Lebensformen, die sie von der gesellschaftlichen Mehrheit separieren. Separieren sie sich, werden sie zum Objekt negativer Klassifikationen durch eben diese Mehrheitsgesellschaft. Negative Zuschreibungen erschweren aber jegliche Veränderung – ein Sachverhalt, der individuelles Scheitern wahrscheinlich macht. Und wer scheitert, besitzt gute Chancen, dass ihr beziehungsweise sein Leben an der Schwelle gesellschaftlicher Respektabilität von Dauer ist. Er oder sie wird, ungeachtet biografischen Besonderheiten, zur/zum Angehörigen einer seitens der „Mehrheitsgesellschaft“ öffentlich abgewerteten Unterschicht.

Zirkulare Mobilität, Minderheitenstatus, Stigmatisierungsparadox

Um die sozialstrukturellen Wirkungen dieses Ohnmachtszirkels angemessen erfassen zu können, wäre eine Analyse anhand repräsentativer Daten und über längere Zeiträume nötig. Dergleichen können wir mit unserer explorativen Erhebung nicht leisten. Dennoch lassen sich einige soziale Mechanismen skizzieren, die auf strukturbildende Effekte des neuen Arbeitsmarktregimes verweisen.

Einer dieser Mechanismen ist die (1) *zirkulare Mobilität* im prekären Sektor. Gegen unsere Beobachtung, wonach nur wenigen Befragten der Sprung in eine halbwegs sichere Beschäftigung gelingt, lässt sich einwenden, dass der Befund möglicherweise nur für eine besondere Gruppe von Leistungsbezieher/innen zutrifft. Immerhin signalisieren Eintritte und Austritte beim „Hartz-IV-Bezug“ eine erhebliche Fluktuation. Von einer „sozialen Schicht der Dauerarbeitslosen“⁴² wird man daher nicht sprechen können, wenngleich eine beträchtliche Zahl von Leistungsbezieher/innen trotz sinkender Arbeitslosenquote von einer regulären Beschäftigung dauerhaft ausgeschlossen bleibt. Stattdessen zeichnet sich ein anderes Phänomen ab. Repräsentative Daten sprechen nicht für eine funktionierende Aufwärtsmobilität, wohl aber für eine Verstärkung von Lebenslagen, in denen sich soziale Mobilität auf Bewegung zwischen prekärem Job, sozial geförderter Tätigkeit und Erwerbslosigkeit beschränkt.⁴³ Es kommt

42 Martin Kronauer, Berthold Vogel, Frank Gerlach, *Im Schatten der Arbeitsgesellschaft. Arbeitslose und die Dynamik sozialer Ausgrenzung*, Campus, Frankfurt am Main und New York 1993.

43 Bundesagentur für Arbeit (Hg.) *Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland. Monatsbericht für den Berichtsmat März 2011*, Nürnberg 2011; Bundesagentur für Arbeit (Hg.) *Arbeitsmarkt in Zahlen. Erwerbstätige Arbeitslosengeld II-Bezieher Juli 2011, Nürnberg 2011*; Melanie Booth, Karin Scherschel, „Aktivierung in die Prekarität. Folgen der Arbeitsmarktpolitik in Deutschland“, in: Karin Scherschel, Peter Streckeisen, Manfred Krenn (Hg.), *Neue Prekarität: Die Folgen aktivierender Arbeitsmarktpolitik – europäische Länder im Vergleich*. Campus, Frankfurt am Main New York 2012, S. 17-46.

durchaus – fortwährend und aufgrund der Eigenaktivitäten von Leistungsbezieher/innen zu Positionsveränderungen – zu Bewegung in Permanenz; doch die soziale Mobilität bleibt eine zirkulare, die nicht aus dem Sektor prekärer Lebenslagen hinausführt. Man bemüht sich, strampelt sich ab und tritt letztendlich dennoch auf der Stelle.

Dass zirkulare Mobilität funktioniert, hängt (2) mit der institutionellen *Zuweisung eines Minderheitenstatus* zusammen. Aus der gesellschaftlichen Makroperspektive als Blockierung von Lebenschancen interpretierbar, erscheint die zirkulare Bewegung in der Selbstwahrnehmung der Leistungsbezieher/innen als Bewährungschance für kleine, aber subjektiv eminent bedeutsame Positionsverschiebungen. Realistisch sehen sich die meisten Befragten am untersten Ende der sozialen Hierarchie: „Es spielt keine Rolle, dass man Jahrzehnte in Lohn und Brot war, einen gewissen Lebensstandard (hatte), Werte sind ja eh nicht, aber man hat ein bürgerliches Leben geführt und da wird man jetzt rausgekickt... Dieses Finanzielle ist schwer, aber das ist nicht der Punkt, sondern dieser soziale Abstieg... Also man fühlt sich wie ein Mensch zweiter, dritter Klasse,“ lautet die charakteristische Einschätzung. Im Selbstverständnis der Leistungsbezieher/innen ist eine soziale Hierarchie entstanden, in der diejenigen, die in den schwierigsten Verhältnissen leben und die zugleich über die geringsten Machtressourcen verfügen, sich als Angehörige minoritärer Gruppen erleben. Die alltägliche Lebenspraxis dieser Minoritäten weicht erheblich von den Standards der „Mehrheitsgesellschaft“ ab. Der gesellschaftliche Sonderstatus wird auch über Geschlecht, Nationalität und Ethnie konstruiert; er stellt jedoch etwas Eigenes dar. Immer scheint es den Befragten, als lasse sich die nächste Stufe in der sozialen Hierarchie, die ein wenig Mehr an „Normalität“ verspricht, mittels eigener Anstrengungen erklimmen. Für die Sozialhilfeempfängerin, die niemals längerfristig erwerbstätig war, wird die Familiengründung zur letzten Chance, Anschluss an die gesellschaftliche „Normalität“ zu erreichen. Die „niedrigschwellige Maßnahme“ gilt ihr als Zugang zu einer bislang unbekanntem Welt der Erwerbsarbeit und der Ein-Euro-Job als lebensgeschichtliche Herausforderung. Der Ein-Euro-Jobber empfindet die seltene ABM-Maßnahme als „Glückslos in der Lotterie“. Für die ABM'lerin verheißt die Leiharbeit in der Automobilindustrie vielleicht eine attraktive Perspektive; der Leiharbeiter, der aus der Arbeitslosigkeit kommt, beneidet wiederum die befristet Beschäftigte, weil diese immerhin auf Zeit der Stammebelegschaft angehört. Stets entscheidet die Verfügung über Zeitressourcen und soziale Kontakte im Lebenszusammenhang mit darüber, ob man die nächste Sprosse auf der Leiter, die scheinbar nach oben führt, erreicht. Stets wähnen sich die Befragten dabei als Angehörige von Minderheiten, die selbst alles dafür tun müssen, um Anschluss an das „normale Leben“ zu gewinnen.

Bezieht man die Sicht von Angehörigen der „Mehrheitsgesellschaft“ ein, stößt man (3) auf ein *Stigmatisierungsparadoxon*. Gerade wegen ihrer Bereitschaft, sich widrigsten Verhältnissen aktiv anzupassen, werden die Langzeitarbeitslosen für gesicherte Gruppen zum Problem. In der Wahrnehmung von Stammeschäftigten großer Industrieunternehmen verkörpern die Leistungsbezieher/innen den Inbegriff des schlechten

Lebens. Und wahrscheinlich löst die – zumeist überzogene – Befürchtung, eines Tages selbst ein solches Schicksal teilen zu müssen, Abgrenzungsbedarf aus. Nicht nur in der Selbstwahrnehmung, auch in den Deutungen von Angehörigen gesicherter Gruppen sind die Leistungsbezieher/innen „ganz unten“. Sie sind Unterschicht, und zwar eine, mit der sich die Gesicherten selbst nicht belasten möchten. So sieht eine Mehrheit der von uns befragten Arbeiter/innen und Angestellten eines westdeutschen Automobilherstellers die „Hartz-IV-Regelungen“ zwar kritisch; dies ändert aber nichts daran, dass die Befragten zu 54 Prozent der Meinung sind, auf Arbeitslose solle größerer Druck ausgeübt werden, ein weiteres Drittel stimmt dem immerhin teilweise zu. Dass „eine Gesellschaft, in der jedermann aufgefangen wird“, „nicht überlebensfähig“ ist, meinen fast 50 Prozent, nur eine kleine Minderheit (15 Prozent) lehnt ein solches Statement ab.⁴⁴ Allerdings existiert eine deutliche Diskrepanz zwischen Ost und West. In den von uns untersuchten Ost-Betrieben vertritt nur eine Minorität der Befragten die Ansicht, Arbeitslose müssten stärker unter Druck gesetzt werden; eine deutliche Mehrheit widerspricht.⁴⁵ Diese Differenz mag teilweise mit differierenden Erfahrungshorizonten zusammenhängen. In einer Stadt wie Jena, in der Mitte der 1990er-Jahre mehrere zehntausend Menschen offiziell als Arbeitslose registriert waren, fällt es schwer, Erwerbslosigkeit in erster Linie als Ausdruck individuellen Versagens oder mangelhafter Arbeitsmoral zu deuten. Hinzu kommt aber, dass noch immer verbreitet ist, was Wolfgang Engler als konsequente Weigerung von Ostdeutschen beschrieben hat, ihr Scheitern zu psychologisieren, sondern stattdessen „unbeirrt in soziale Begriffe zu fassen“.⁴⁶ Die Erfolgreichen im Osten sehen ihre sozialen Nachbar/innen, die es nicht geschafft haben. Und das, obwohl diese Nachbar/innen das teilweise so gar nicht wahrhaben wollen. In Ost und West unterschiedlich ausgeprägt, wird die Stigmatisierung der Arbeitslosen zur Legitimation für eine exklusive Solidarität, die sich in erster Linie auf gesicherte Gruppen erstreckt und so erheblich zur Verstärkung eines diskriminierenden Minderheitenstatus beiträgt.

Damit ist nicht gesagt, dass es sich bei den befragten Arbeitslosen durchweg um willfährige, angepasste, arbeitswütige und moralisch in jeder Hinsicht integere Persönlichkeiten handelt, die die Bewährungsproben aktivierender Arbeitsmarktpolitik vorbehaltlos akzeptieren. All das gibt es, aber die Befragten handeln durchweg (4) *eigensinnig*. Eigensinn bedeutet zunächst nicht mehr, als dass sich Handlungsstrategien und Verhaltensweisen nicht reibungslos ins Format der Prüfungssituationen fügen; es handelt sich um eine Art praktischer Alltagskritik am Arbeitsmarktregime und seinen Institutionen. Das Rechtfertigungssystem aktivierender Arbeitsmarktpolitik stützt und fördert ungewollt Ansprüche – etwa den auf eine auskömmliche reguläre Beschäftigung –, die einzulösen es

44 Klaus Dörre, Anja Hänel, Hajo Holst, Ingo Matuschek, „Guter Betrieb, schlechte Gesellschaft? Arbeits- und Gesellschaftsbewusstsein im Prozess kapitalistischer Landnahme“, in: Cornelia Koppetsch (Hg.), *Nachrichten aus den Innenwelten des Kapitalismus*, VS-Verlag, Wiesbaden 2011, S. 38, n = 1.442.

45 ebd., S. 32, n = 459.

46 Wolfgang Engler, *Die Ostdeutschen als Avantgarde*, Aufbau-Verlag, Berlin 2004, S.129ff.

nicht in der Lage ist. Die daraus resultierenden Reibungen legitimieren in den Augen von Erwerbslosen und prekär Beschäftigten Versuche, bürokratische Kontrollen „eigenverantwortlich“ zu unterlaufen. Manche Leistungsbezieher/innen kaschieren gemeinsame Haushalte, andere leisten Schwarzarbeit und einige wenige geben gar die Sorge um sich selbst auf. Auch die Praktiken der Arbeitsverwaltung werden keinesfalls vorbehaltlos akzeptiert. Erwerbslose setzen sich zur Wehr, wenn sie glauben, als „Menschen zweiter Klasse behandelt“ zu werden. Eigensinn wird hier zur Widerspenstigkeit, die unterschiedlichste Formen annehmen kann. Soloselbstständige im Leistungsbezug nutzen ihren „Unternehmerstatus“, um den – vermeintlichen oder realen – Bürokratismus der Arbeitsverwaltung anzuprangern. In, allerdings seltenen, Fällen geht die Eskalation in den Auswahlprüfungen soweit, dass Ordnungskräfte hinzugezogen werden müssen. Häufiger ist indessen der Versuch, sich legal und auf dem Klageweg Recht zu verschaffen. All diese Praktiken eigensinniger „Kund/innen“ sprechen jedoch nicht für *Wohlstandsverwahrlosung*. Vielmehr handelt es sich überwiegend um Handlungsstrategien, die darauf zielen, Reste von Autonomie und Selbstverwirklichung möglich zu machen, wo „die Teilnahme an der allgemeinen Gesellschaft weitgehend eingeschränkt ist“.⁴⁷

Solch eigensinnige Praktiken dürfen allerdings nicht mit kollektiver Interessenformierung verwechselt werden. Es handelt sich weitestgehend um individuell praktizierte Handlungsstrategien, die das aktivierende Arbeitsmarktregime und seine Prüfungsformate nicht grundsätzlich in Frage stellen. Dennoch erzielen sie Wirkung. Wie unsere Folgerhebung belegt, haben sich die Bewährungsproben in den Arbeitsverwaltungen im Laufe der Jahre versachlicht. Regelungen, die sich als schwer praktikabel erwiesen haben, werden inzwischen weniger rigide angewendet. Die Sachbearbeiter/innen haben gelernt, ihre Spielräume zu nutzen. Und die Leistungsbezieher/innen tragen ihre Konflikte eher in verrechtlichter Form und mit den Leistungsabteilungen als mit Fallmanager/innen und Vermittler/innen aus. All dies hat – ironischerweise – zur Festigung des neuen Arbeitsmarktregimes beigetragen. Insofern wirken die eigensinnigen Praktiken der „Kund/innen“ in der analytischen Rückschau wie regimeadäquate Handlungen.

Resümee: Eine „fragmentierte Klassengesellschaft“?

Alle genannten Mechanismen tragen dazu bei, dass „Hartz IV“ einen Status konstituiert, der für die Leistungsbezieher/innen eine ähnliche Wirkung entfaltet wie die Hautfarbe im Falle rassistischer oder das Geschlecht bei sexistischen Diskriminierungen. Haftet es einmal an der Person, können sich die Betroffenen des Stigmas nur noch schwer entledigen. Angehörige gesicherter Gruppen wiederum fürchten nichts mehr, als in der Hierarchie auf einen solchen Status abzusinken. Auf diese Weise erzeugt das Wettkampfregime strenger

47 Anthony Giddens, *Soziologie*, Nausner & Nausner, Graz 1995, S. 297.

Zumutbarkeit ein feingliedriges System der De- und Re-Privilegierung, das auch jene diszipliniert, die nicht oder noch nicht in prekären Verhältnissen leben müssen. Die zunehmende Konzessionsbereitschaft qualifizierter Arbeitskräfte bei der Stellenwahl, die als großer Reformersfolg gepriesen wird, ist Ausdruck dieser Entwicklung. Insofern wirken die Auswahlprüfungen aktivierender Arbeitsmarktpolitik als Treibkräfte eines historisch neuen Disziplinarregimes. Dieses Regime erzeugt Machtasymmetrien, die deutlich über das hinausgehen, was in den 1980er-Jahren als „sekundäres Machtgefälle“ am Arbeitsmarkt bezeichnet wurde.⁴⁸ Es geht nicht mehr „nur“ um Problemgruppen, die ihre „„gebrochene Normalität“ als Arbeitnehmer/innen“ mittels Ausübung von Alternativrollen zumindest subjektiv entschärfen und so zu überdurchschnittlich geduldgigen und belastbaren Arbeitnehmer/innen“ werden.⁴⁹

Machtasymmetrien, die mit den Arbeitsmarktreformen fixiert wurden, machen die zirkulare Mobilität im prekären Sektor zu einer Statusperspektive, welche auch von Gruppen antizipiert und reflektiert wird, die zuvor zu den gesicherten zählten. Dass drei Viertel der 20,7 Prozent Niedriglohnbeschäftigten über eine abgeschlossene Berufsausbildung oder gar über einen akademischen Abschluss (7 Prozent) verfügen,⁵⁰ unterstreicht diese Tendenz. Insofern ist der sozial neu zusammengesetzte prekäre Sektor, der sich neben Erwerbslosen aus Niedriglöhner/innen und anderen unsicher Beschäftigten rekrutiert, auch ein Produkt politischer Regulation. In ihrem Bemühen, die Bewährungsproben diskriminierender Prekarität erfolgreich zu absolvieren oder sie zu vermeiden, sind die Betroffenen vor allem mit sich und mit ihren sozialen Nachbar/innen beschäftigt. Dabei praktizieren sie selbst gelegentlich „ausgrenzende Integration“.⁵¹ In ihrem Bemühen, Stigmatisierungen zumindest abzuschwächen, grenzen sich die Leistungsbezieher/innen besonders vehement von den „Faulen“ und „Leistungsverweigerer/innen“ ab. Jeder und jede kennt einen solchen Fall. In ihrer bedrängten Lebenssituation verhalten sich viele Befragte wenig generös. Die Ehefrau teilt der Interviewerin hinter vorgehaltener Hand mit, dass ihr Ehemann eigentlich gar nicht mehr arbeiten will. Doch so oft die Figur des „Sozialschmarotzers“ auch beschworen wird, in der Realität anzutreffen ist sie eigentlich so gut wie nie. Stattdessen zeigt sich, dass Stigmatisierungen der „Mehrheitsgesellschaft“ selbst noch in den Deutungen der Erwerbslosen und Ausgrenzten reproduziert werden. Der Vorwurf der Leistungsunwilligkeit, an den sozialen Nachbar/innen adressiert, verschafft subjektiv Entlastung im Wettkampf um eine bessere individuelle Platzierung in der gesellschaftlichen Hierarchie.

48 Claus Offe, Karl Hinrichs, „Sozialökonomie des Arbeitsmarktes: primäres und sekundäres Machtgefälle“, in: Claus Offe, *„Arbeitsgesellschaft“*. Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven, Campus, Frankfurt am Main und New York 1984, S. 44-86.

49 ebd., S. 79.

50 Claudia Weinkopf, „Warum Deutschland einen gesetzlichen Mindestlohn braucht“, in: *Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik* 191 (2010), S. 38-49.

51 Ulrich Brinkmann, Klaus Dörre, Silke Röbenack, Klaus Kraemer, Frederic Speidel, *Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse. Eine Expertise im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung*, Bonn 2006, S. 82f.

Auf diese Weise geraten die eigentlichen Verantwortungsträger/innen, die die Prüfungsformate festlegen, weitgehend aus dem Blick. Stattdessen nimmt auch unter den Subalternen die Neigung zu exklusiven, ausschließenden Gruppensolidaritäten zu. Die „ausgrenzende Integration“, das heißt das positive Aufgreifen von Stigmatisierungen mit dem Ziel, einen fiktiven Anschluss an gesellschaftliche „Normalität“ zu finden, verstärkt die Ohnmacht prekärer Gruppen und Individuen. Was diese Mikrophysik unterschiedlicher Machtverteilungen am Arbeitsmarkt für die Sozialstrukturanalyse bedeutet, ist gegenwärtig eine offene Frage. Es ist jedoch kein Zufall, dass das Konzept sozialer Klassen nicht nur in den Sozialwissenschaften,⁵² sondern auch in der politischen Publizistik wieder Aufmerksamkeit erfährt.⁵³ Arbeitslose und prekär Beschäftigte sind jedenfalls keine „Überflüssigen“, die eine eigene soziale Realität jenseits der eigentlichen Gesellschaft konstituieren. Ihr bloßes Bemühen, gesellschaftlicher Ächtung zu entkommen, genügt, um auch das Verhalten von sozialen Gruppen zu beeinflussen, die sich oberhalb einer „Schwelle der Sicherheit“ bewegen, gekennzeichnet durch eine feste Stelle und ein sicheres Einkommen.⁵⁴ Als „fragmentierte Klassengesellschaft“ bezeichnet Heinz Bude eine makrosoziale Konstellation, in der sich soziale Mobilität zunehmend innerhalb von sozialen Großgruppen abspielt, die sich wechselseitig ignorieren.⁵⁵ Damit trifft er ein wesentliches Charakteristikum sozialer Stratifizierung im vereinigten Deutschland. Ob es sich dabei jedoch um eine „Klassengesellschaft ohne Klassenspannung“ handelt,⁵⁶ möchten wir, auch angesichts der wachsenden Zahl nicht-normierter Konflikte,⁵⁷ bezweifeln. In jedem Fall gilt, dass die „Achsen der Ungleichheit“⁵⁸ auch hierzulande in Bewegung geraten sind.

Nun ließe sich mit Blick auf die untersten Gesellschaftssegmente einiges zu fortwirkenden Ost-West-Differenzierungen hinzufügen: In abgehängten Ost-Regionen gibt es noch immer wenige Migrantinnen und Migranten. Dafür zeigen sich junge, gut qualifizierte Frauen als überdurchschnittlich mobil. Zurück bleiben junge Männer mit schlechteren Qualifikationen. Diese sehen sich im Alltag mit den kulturellen Relikten der „arbeiterlichen Gesellschaft“ und ihrem Arbeitsethos konfrontiert. Frauen, auch solche ohne DDR-Sozialisation, empfinden eine prekäre, niedrig entlohnte Beschäftigung

52 Anette Lareau, Dalton Conly, (Hg.), *Social Class. How Does it work?*, Russel Sage Foundation, New York 2008.

53 Thomas Meyer, „Die neue Klassengesellschaft“, in: *Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik* 192/4 (2010), S. 113-124.

54 Pierre Bourdieu, *Zwei Gesichter der Arbeit. Interdependenzen von Zeit- und Wirtschaftsstrukturen am Beispiel einer Ethnologie der algerischen Übergangsgesellschaft*, UVK, Konstanz 2000, S. 92.

55 Heinz Bude, „Klassengesellschaft ohne Klassenspannung“. Leben in einer fragmentierten Gesellschaft“, Gespräch in: *Neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte* 3 (2012), S. 18-23.

56 ebd., S. 18.

57 Klaus Dörre, „Landnahme, das Wachstumsdilemma und die ‚Achsen der Ungleichheit‘“, akzeptierte Fassung erscheint in: *Berliner Journal für Soziologie* 1 (2012).

58 Margaret L. Andersen, Patricia Hill Collins (Hg.), *Race, Class and Gender: An Anthology*, Wadsworth Publishing Co Inc., Belmont 1998 (third edition); Cornelia Klinger, Gudrun-Axeli Knapp, Birgit Sauer (Hg.), *Achsen der Ungleichheit – Achsen der Differenz. Verhältnisbestimmungen von Klasse, Geschlecht, Rasse/Ethnizität*, Campus, Frankfurt am Main und New York 2007.

häufig als Autonomieverlust. Sie verkörpern ein Potenzial latenter Widerspenstigkeit, dessen sich die zivilgesellschaftlichen Akteur/innen aber (noch) kaum bewusst sind. All diese Unterschiede zum „Westen“ sind real. Aber sie sind, das jedenfalls legen unsere empirischen Befunde nahe, für das Selbstverständnis der Arbeitslosen und Prekarisierten nicht entscheidend. Der eingangs zitierte Generalverdacht der Aufstiegs- und Leistungsunwilligkeit trifft Leistungsbezieher/innen in Ost und West gleichermaßen. Was sich ökonomisch, sozial und kulturell noch immer unterscheidet, wird politisch und mittels kollektiver Abwertungen zusammengezwängt. Dass dieser konstruierten Angleichung im Wettbewerbssystem aktivierender Arbeitsmarktpolitik „keine politische Sprengkraft“⁵⁹ innewohnt, wird man allerdings nur um den Preis einer Verdrängung realer Verwerfungen behaupten können.

⁵⁹ Rainer Geißler, *Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung*, 4. überarbeitete und aktualisierte Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2006, S. 226.



Wie sich die Mittelschicht selbst betrügt



Ulrike Herrmann im Gespräch mit
Daniela Krebs und Claire Horst

Ulrike Herrmann, was war der Anlass für Sie, das Buch
„Hurra, wir dürfen zahlen! Der Selbstbetrug der Mittelschicht“
zu schreiben?

Seit 2000 bin ich in der *taz* für Arbeitsmarkt, Steuern und Sozialpolitik zuständig und in dieser Zeit gab es extreme Reformen – ob die Riester-Rente, die Steuersenkung für die Spitzenverdiener/innen oder Hartz IV. Ich fand es spannend, dass derart einschneidende Maßnahmen ausgerechnet unter Rot-Grün stattfanden. Diese Entwicklung ist in der Geschichte der Bundesrepublik, eigentlich seit dem Aufbau des Sozialstaates unter Bismarck, beispiellos. Ich wollte mich damit befassen, wie dies zu erklären ist.

Was ist Ihre Hauptthese über die Mittelschicht und deren „Selbstbetrug“? Meine Behauptung ist, dass die Mittelschicht der Verlierer ist – das lässt sich an den Fakten zeigen. Die Mittelschicht schrumpft, das ist messbar. Denn die Reallöhne sinken. Gleichzeitig aber wird dieser tendenzielle Fall der Reallöhne durch die Politik nicht etwa gebremst, sondern noch verstärkt. Dabei stellt die Mittelschicht die Mehrheit der Wähler. Sie hätte also die Macht, ihre eigene Lage politisch zu verbessern. Meine These ist, dass die Mittelschicht für Gesetze stimmt, die ihr selbst schaden. Die Frage ist, woran das liegt.

Haben Sie darauf eine Antwort finden können? Die Kernidee meines Buches ist, dass die Mittelschicht für Gesetze stimmt, die nur den Reichen nutzen, weil sie sich selbst als einen Teil der Elite versteht. Doch wie kann eine Mittelschicht, die eigentlich verliert und schrumpft, das Gefühl haben, selbst ein Teil der Elite zu sein? Das ist ein komplizierter und etwas seltsamer Mechanismus, der aus drei Teilen besteht.

Der erste Mechanismus ist, dass die Mittelschicht die Unterschicht vehement ablehnt und verachtet. Diese Verachtung sieht man in allen Umfragen. So zeigen etwa die Untersuchungen von Wilhelm Heitmeyer, dass knapp 60 Prozent der Deutschen der Meinung sind, Langzeitarbeitslose machten sich ein schönes Leben auf Kosten der Gesellschaft. Diese vehemente Verachtung zeigt sich auch am Erfolg des Buchs von Thilo Sarrazin, der ja die These vertritt, die „Dummen“ saugten die Mittelschicht aus. Sarrazin hat diese Verachtung für die Unterschicht jedoch nicht erfunden, sondern benutzt sie, um als Bestsellerautor Millionen zu verdienen. Das Fatale dabei ist, dass damit in der Mittelschicht eine eigenartige Hydraulik entsteht: Wer das Gefühl hat, nicht ganz unten zu sein, fühlt sich schon ganz oben.

Der zweite Mechanismus ist der Glaube der Mittelschicht, dass sie selbst aufgestiegen sei und noch weiter aufsteigen könne. Für diesen Glauben gibt es auch einen nachvollziehbaren Grund: den realen Bildungsaufstieg. Viele Kinder sind heute besser ausgebildet als ihre Eltern. Dabei wird jedoch das Paradox übersehen, dass trotz der besseren Ausbildung die Reallöhne sinken. Bildung alleine führt also noch nicht zu steigenden Gehältern. Dass der materielle Verteilungskampf ganz anders läuft, wird ignoriert.

Außerdem haben viele Leute keinerlei Vorstellung davon, was Reichtum in Deutschland bedeutet, weil darüber fast gar nichts bekannt ist. Das ist also der dritte

Mechanismus. Denn Reichtum ist anonym und wird statistisch nicht erfasst. Wenn man sich anschaut, wer in *Gala* und *Bunte* präsent ist, den zentralen Organen, in denen sich die Deutschen über den Reichtum informieren, dann sind das nur zwei Gruppen. Das eine sind Königshäuser, die qua Amt reich sind. Über diesen Reichtum erregt sich keiner, weil der Reichtum zur Rolle gehört. Das andere sind Models, Hollywood-Schauspieler/innen oder Sport-Stars wie Michael Schuhmacher. Da besteht tatsächlich eine Verknüpfung zwischen Leistung und Gehalt. Man kann sich natürlich immer fragen, ob Sportler/innen wie Schumacher zehn oder zwanzig Millionen verdienen müssen oder ob nicht auch eine Million reichen würde. Aber dass sie wirklich selber etwas geleistet haben, ist unumstritten. Mit dem Reichtum, der da abgebildet wird, nämlich Königshäuser und Sportstars, können die Menschen bestens leben. Was sie nicht mitbekommen ist, dass die große Mehrheit der Reichen dort nie vorkommt. Das sind Erben und Erbinnen – der meiste Reichtum wird tatsächlich ererbt. Diese Reichen drängen nicht in die Hochglanzmagazine.

Warum wird nicht wahrgenommen, dass Bildungsaufstieg nicht zu höherem Einkommen führt und dass der Reichtum ungerecht verteilt ist?

Zum einen weiß man sehr wenig über den Reichtum. Haushalte, die ein Nettoeinkommen von mehr als 18.000 Euro im Monat haben, werden statistisch nicht erfasst. Das betrifft zwar nur ein Prozent der Bevölkerung, aber dieses eine Prozent besitzt ungefähr 23 Prozent des Volksvermögens. Da verschwinden Milliarden aus der Statistik. Das zeigt auch der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung: Von 226 Seiten beziehen sich zehn Seiten auf den Reichtum, der Rest beschäftigt sich mit der Armut. Über Hartz-IV-Empfänger/innen wissen wir alles, über die Reichen nichts. Zum anderen ist es auch ein psychologisches Problem. Es ist angenehm zu glauben, man sei Teil der Elite, zu glauben, man werde aufsteigen. Es macht keinen Spaß, sich damit abzufinden, zur Masse zu gehören. Es gibt einen Hang zu dieser Selbsttäuschung, der leider schädlich ist.

Warum fokussiert sich die Debatte auf die so genannten „Sozialschmarotzer“ statt auf die Frage, warum die Reichen so reich sind und trotzdem vergleichsweise wenig Steuern zahlen?

Das ist die zentrale ideologische Maßnahme: Ausbeutung wird umdefiniert. Die Idee bei dieser „Sozialschmarotzerdebatte“ ist ja, dass die „Dummen“, die Migrant/innen, die „Faulen“, „uns“ ausbeuteten, nach dem Motto: „Wenn es hier keine Migranten gäbe und keine Sozialhilfeempfänger, dann würde es der Mittelschicht gut gehen.“ Das ist natürlich völliger Unsinn. Dabei geht die traditionelle Sicht auf die Ausbeutung verloren: dass nämlich die eigentlichen Ausbeuter/innen die Reichen sind. Ausbeutung findet dann statt, wenn alle arbeiten und der Reichtum trotzdem auf wunderbare Weise nur bei Wenigen bleibt. Das wird nicht gesehen, stattdessen wird Ausbeutung umgedeutet in dem Sinne, dass die Armen die Schuldigen sind.

Wat diese Entwicklung erst in den letzten zehn oder zwanzig Jahren begonnen?

Nein, das gibt es schon sehr lange. Genau über diese Idee von den Armen als Ausbeuter/innen macht sich etwa Charles Dickens in *Oliver Twist* lustig. Anscheinend ist das eine menschliche Neigung. Dazu gibt es ja auch Studien. Erst vor Kurzem habe ich die Auswertung einer Untersuchung gelesen zum Thema: „Wer ist aggressiver – die Sieger oder die Unterlegenen?“. Dabei wurden in einem Experiment Denkaufgaben manipuliert, um zu prüfen, wie die Sieger/innen reagieren. Das Ergebnis war, dass die Sieger/innen aggressiv werden und immer nachtreten. Das könnte man auch auf die Mittelschicht übertragen. Es ist tatsächlich etwas Menschliches, dass diejenigen, die es geschafft haben, immer denken, das sei ganz allein ihre Leistung. Und dass die anderen selber schuld sind, wenn sie unten sind. Dass das strukturelle oder soziale Ursachen hat, wird ignoriert – weil man sich und sein Leben dann auch selber in Frage stellen müsste. Dieses Prinzip scheint uralte zu sein, führt aber zu ungünstigen Verteilungen für die Mittelschicht.

Könnten Sie an dieser Stelle kurz erklären, wie Sie die Mittelschicht definieren?

Ich habe die Standarddefinition des DIW, des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, übernommen, das die Mittelschicht nach Einkommen, nicht nach Vermögen definiert. Grundlage ist das mittlere Nettoeinkommen. Zur Mittelschicht gehört, wer 70 bis 150 Prozent des mittleren Nettoeinkommens verdient. Dabei geht es immer um Haushaltseinkommen – was dazu führt, dass die Definition der Mittelschicht stark variiert, je nachdem, wie viele Leute von dem Einkommen leben. Als Single zählt etwa zur Mittelschicht, wer zwischen 1.070 und 2.350 Euro netto im Monat verdient, für Familien mit zwei kleinen Kindern gelten 2.250 bis 4.935 Euro netto.

Wie schätzt sich denn Ihrer Meinung nach die Mittelschicht selbst ein? Das Interessante ist, dass sich jede/r in Deutschland für einen Teil der Mittelschicht hält. Es ist praktisch nicht möglich, jemanden zu finden, der von sich sagt, er sei arm. Selbst Langzeitarbeitslose haben tendenziell die Neigung anzunehmen, sie gehörten zur Mittelschicht. Gleichzeitig würden Manager/innen oder Reiche nie sagen, sie seien Teil der Oberschicht. Das zeigt etwa der Datenreport des Statistischen Bundesamtes. In deren Umfragen werden die Deutschen immer wieder gebeten, sich selbst auf einer Skala von 1 bis 10 einzuschätzen. Arbeitslose stufen sich durchschnittlich bei 4,4 ein, Manager/innen bei 6,4 – die oberen und unteren Ränge sind nicht besetzt.

Ist es tatsächlich so, dass die eigentliche Mittelschicht kleiner wird? Durch die sinkenden Reallöhne wird die Mittelschicht nach der Definition des DIW kleiner. Natürlich verringern sich die Reallöhne nicht bei allen gleichmäßig. Die obersten zehn Prozent der Angestellten konnten eine Reallohn-Erhöhung durchsetzen, alle anderen steigen ab. Dabei steigen jene am stärksten ab, die am weitesten unten sind, nämlich bis nach unten in die Armenschichten.

Die Abgrenzung zur Unterschicht wird ja immer stärker, auch weil die Mittelschicht befürchtet abzusteigen. Sie schreiben in Ihrem Buch, dass dies gerade ihr Fehler sei, da sie sich eher mit der Unterschicht verbünden sollte.

Das stimmt, wobei ich das jetzt schon anders sehen würde. Bei der Mittelschicht ist der Gedanke völlig unbeliebt, sich mit der Unterschicht zu verbünden. Das ist politisch aussichtslos. Aber ich glaube inzwischen, dass das gar nicht nötig wäre. Ich glaube auch nicht, dass die Mittelschicht jetzt in Occupy-Zelten campieren oder demonstrieren müsste. Es würde vollkommen reichen, wenn die Mittelschicht einfach die Meinung vertreten würde, dass der Spitzensteuersatz steigen muss. Dann würde sich schon sehr viel bewegen in diesem Land. Denn die Parteien machen ja permanent Umfragen und reagieren auf die Ergebnisse sehr stark. Das sieht man an Fukushima: Innerhalb einer Woche hatten wir den Atomausstieg, obwohl gerade die Laufzeiten verlängert worden waren. Das liegt natürlich daran, dass Angela Merkel die Umfragen liest und gesehen hat, dass es eine stabile Mehrheit gegen die Atomkraft gibt und dass dies auch wahlentscheidend werden würde. Ein anderes Lieblingsbeispiel von mir ist die CSU, die jetzt eine Frauenquote hat, obwohl die CSU-Frauen das gar nicht wollten. Horst Seehofer hat die Umfragen gelesen und gesehen, dass Frauen nur Parteien wählen, in denen auch Frauen in den vorderen Rängen vertreten sind. Wenn die Deutschen also fänden, dass die Reichen nicht genug beitragen, würde der Spitzensteuersatz sofort steigen. Die Mittelschicht ist also selbst schuld.

Warum ist das so? Eigentlich müsste doch jede/r aus der Mittelschicht der Steuererhöhung zustimmen? Wie gesagt, jede/r in der Mittelschicht hält sich für reich. Gut sichtbar ist das an der Diskussion um die Erbschaftssteuer. Es wäre wichtig, in Deutschland eine vernünftige Erbschaftssteuer zu haben, weil die Klassengesellschaft sehr stark auseinanderdriftet. Diese Vermögenskonzentration entsteht natürlich sehr stark durch die Nachlässe. Diese zunehmende Konzentration könnte man gar nicht aufhalten, es ginge nur um eine kleine Korrektur. Eine Reform des Erbschaftsrechts in Deutschland ist aber jenseits des Denkbaren, weil die kleinen Hausbesitzer/innen immer glauben, sie wären dann auch betroffen. Die Leute überschätzen, wie viel Wert ihr Haus hat. Sie überschätzen auch völlig, was passiert, wenn dieses Haus auf zwei oder drei Kinder verteilt wird, dass dann nämlich die Freigrenzen niemals erreicht werden. Dabei ist die Immobilienkonzentration gigantisch: Etwa zwei Prozent der Bevölkerung besitzen 40 Prozent des Immobilienvermögens, das heißt, zwei Prozent besitzen alle Gewerbeimmobilien, der Rest hat höchstens ein Haus. Diesen Unterschied können sich die Deutschen überhaupt nicht vorstellen.

Es ist schwer zu verstehen, dass sich ein großer Teil der Bevölkerung einerseits mit der Elite und dem Reichtum identifiziert, aber auf der anderen Seite große Angst vor dem Abstieg hat. Wie funktioniert dieser zwiespältige Mechanismus? Dieses Bedrohungsgefühl haben ja alle. Selbst Madeleine Schickedanz hat in einem legendären Interview gesagt, dass sie quasi auf dem Niveau von Hartz IV lebe, obwohl sie immer noch Millionen besitzt – nur eben keine Milliarden mehr. Ich denke, das ist

eine Folge der Entsolidarisierung: Die Mittelschicht hat immer das Gefühl, den eigenen Aufstieg am besten für sich selbst organisieren zu können. Das ist die Idee eines individuellen Aufstiegs. Man sorgt auch nicht mehr für die Armen, sondern kündigt die Solidarität auf. Das macht natürlich Angst, allerdings eine unbegründete, denn man hat bisher nicht feststellen können, dass die eigentliche Mittelschicht wirklich nach Hartz IV abstürzt. Es gibt Mythen der Armut, wie den Mythos vom Taxifahrer, der eigentlich Philosophie studiert hat. Doch faktisch herrscht bei den Akademiker/innen Vollbeschäftigung, ihre Arbeitslosigkeit beträgt nur vier Prozent. Was aber tatsächlich passiert und verdrängt wird, ist der Reallohnabstieg.

Was kann man denn der Mittelschicht raten, um aktiv etwas gegen die aktuellen Entwicklungen zu tun? Ich finde, sie muss gar nichts aktiv machen. Sie muss nur ihre Einstellung ändern, dann würde sich sofort alles ändern. Der Witz ist ja: Wenn die Mittelschicht ganz klar in Umfragen eine Erhöhung der Vermögenssteuern befürwortet und für die Bekämpfung der Steuerflucht eintreten würde, dann würde dies auch von den Parteien umgesetzt.

In Ihrem Buch schreiben Sie, dass Lobbyist/innen und Medien die Mittelschicht sehr stark in ihre Richtungen beeinflussen.

Da muss es doch Handlungsmöglichkeiten geben. Natürlich gibt es Lobbyismus und Wirkungen von Medien. Aber ich finde es völlig falsch, dass die Mittelschicht glaubt, sie sei Opfer. Nein, sie ist Täterin. Am Beispiel der Medien zeigt sich das deutlich: Die umfangreiche Leser/innenforschung zeigt, dass die Leute nur das lesen, was sie lesen wollen. Die *Bild*-Zeitung zum Beispiel hat kaum Abos, sie wird hauptsächlich über den Kiosk vertrieben. Das heißt, sie muss sich jeden Tag verkaufen. Also steht da nur drin, was die Leser/innen lesen wollen. Die Forschung zeigt zudem, dass die Leute auch innerhalb einer Zeitung nur das lesen, was sie lesen wollen. Selbst wenn zwei Personen den gleichen Artikel lesen, nehmen sie ganz unterschiedliche Informationen auf – weil sie nur aufnehmen wollen, was sie glauben. Die Vorurteile werden sozusagen nur bestätigt, und das liegt nicht an den Medien selbst. Darum glaube ich auch – und das ist bedauerlich – dass die Möglichkeiten zur Aufklärung äußerst begrenzt sind.

Ist diese Entwicklung typisch für Deutschland, oder sieht es in anderen Ländern genauso aus? Den Mechanismus, dass die Mittelschicht sich nach unten abgrenzt und gleichzeitig zertrümmert wird, gibt es auch in anderen Ländern, aber aus unterschiedlichen Gründen und unterschiedlich stark. In den USA zum Beispiel steigt die Mittelschicht noch stärker ab als in Deutschland – aber aus anderen Gründen. So wäre es zum Beispiel im Interesse der US-Mittelschicht, eine vernünftige Gesundheitsversorgung zu haben. Das kommt dort aber nicht durch, weil die Menschen das Gefühl haben, davon würden nur die Armen profitieren, sprich die Schwarzen und die Hispanics. Das Motiv ist ein anderes, sozusagen der Rassismus einer Einwanderungsgesellschaft. Das ist in Deutschland

nicht so stark, spielt aber auch hier eine Rolle. Dass etwa Hartz IV überhaupt eingeführt werden konnte, liegt aus meiner Sicht daran, dass die Mittelschicht wusste, dass es genau drei Gruppen treffen würde, nämlich Ostdeutsche, Migrant/innen und Bildungsverlierer/innen. Ein westdeutscher Facharbeiter konnte sich sicher sein, dass er nicht Hartz IV bekommen würde. Also waren alle dafür.

Das heißt also, je ungleicher die Gesellschaft, desto stärker sind die Abgrenzungsmechanismen?

So ist es. In England zum Beispiel ist es anders. Dort ist die Klassengesellschaft akzeptiert, und der Mittelschicht ist bewusst, dass sie nicht zur Oberschicht gehört.

Mie könnte denn die Mittelschicht in Deutschland politisch wählen, damit sich das ändert?

Das ist eine gute Frage. An den Reformen waren ja alle zu dem Zeitpunkt im Bundestag vertretenen Parteien beteiligt, Rot-Grün als Regierung und FDP und CDU im Bundesrat. Daher steht keine etablierte Partei zur Verfügung, die die richtige Politik für die Mittelschicht anbieten würde. Meiner Meinung nach folgt daraus nur, dass man das falsche Bild von Parteien hat. Es war nie so, dass Parteien führen – Parteien folgen! Sie drücken nur eine Stimmung aus, die in der Bevölkerung vorhanden ist, und setzen sie um. Jetzt sind auch vier Parteien für den Atomausstieg, für Gauck, für die Eurorettung. Alle Parteien drängen zur Mitte. Deswegen muss der Bevölkerung klar sein, dass sie durch ihre Einstellung vorgibt, was in der Politik passiert. Damit sind wir dann wieder bei der Frage, wie ein Bewusstseinswandel zu erreichen wäre, und da kann ich leider nur sagen, dass ich das auch nicht weiß.

Aus Ihrer Sicht wäre dann die Frage unserer Tagung nach der Rolle von Medien, Politik und Wirtschaft bei der Abwertung durch die Mittelschicht falsch gestellt?

Ich würde sagen: Was denkt denn das Volk?

In den Äußerungen von Thilo Sarrazin wurde eine Abwertung bestimmter Personengruppen, etwa Migrant/innen, deutlich.

Ist das der gleiche Mechanismus, der auch zur Abwertung der Unterschicht führt?

Das ist identisch. Es hängt immer von der Perspektive ab: Aus der Sicht der Mittelschicht ist die Verachtung für die „deutsche“ Unterschicht genauso groß wie für die migrantische Unterschicht. Diese Abwertungskaskade zieht sich aber bis in die Unterschicht durch. Die deutsche Unterschicht hält sich natürlich für besser als die eingewanderte Unterschicht.

Sarrazin ist es gelungen, auf der Welle der Ablehnung der Unterschicht mitzureiten und damit Millionen Leser/innen zu erreichen.

Wie erklären Sie sich seinen Erfolg, Sie haben ja sein Buch gelesen?

Was Sarrazin gezeigt hat – aber das ist nicht neu, darauf hat Heitmeyer ja auch schon immer hingewiesen –, ist, dass der Rassismus breit in der Mitte verankert ist. Gewaltbereiter

Rassismus ist natürlich eine Spezialität der NPD. Der Rest hat mehr oder minder starke rassistische oder nationalistische Einstellungen und sitzt bequem im Sessel. Aber man kann wohl sagen, dass diese Abwertungstendenz Mehrheitsmeinung ist. Wenn in der Allensbach-Umfrage herauskommt, dass 60 Prozent der Deutschen finden, dass Sarrazin wichtige Themen anspricht, dann dürfte das die Realität widerspiegeln.

Das Interessante an dem Sarrazin-Buch ist, dass alle faktischen Behauptungen falsch sind. Das beginnt schon mit seiner Intelligenztheorie, die völliger Unsinn ist. Denn Sarrazin stellt sich vor, dass Intelligenz vererbt werde wie die Farbe einer Erbse. Die Mendelschen Erbgesetze gelten aber nur für monogenetische Eigenschaften, und die gibt es kaum. Vielleicht noch bei der Augenfarbe des Menschen. Aber die Vererbung von Intelligenz ist ein ungeheuer komplexer Vorgang. Sämtliche Intelligenzforscher/innen haben denn auch Sarrazins Thesen zurückgewiesen – aber das interessiert seine Leser/innen nicht.

Ähnlich ist es beim Thema Migration. Auch da steht bei Sarrazin nur Unsinn drin, wie ja auch die Dossiers zeigen, die dazu angefertigt worden sind. Aber Sarrazin-Leser/innen interessieren sich nicht für Fakten. Es ist ein Buch der Angst, der Panik und des Ressentiments. Ich würde sagen, es spiegelt gar nicht so sehr das Verhältnis der Mehrheit zur Minderheit wider, sondern es sagt eine Menge über die Mehrheit aus. Denn Sarrazin selbst hat immer wieder gesagt, er habe das Buch aus Angst geschrieben. Er selbst glaubt natürlich, er habe Angst vor den Migrant/innen. Ich glaube eher, dass das eine Angst vor sozialem Wandel ausdrückt, und dass die Leser/innen ihre Angst vor dem sozialen Abstieg wiederfinden. Dieses Buch und sein Erfolg zeigt, wie weit die Angst vor dem Abstieg verbreitet ist.

Erstaunlich ist, dass das Buch nur ganz vereinzelt als rassistisch kritisiert wurde, obwohl Sarrazin rassistische Modelle wie dieses Intelligenzmodell benutzt hat. Das liegt daran, dass das Buch vorher von Jurist/innen überprüft und von allem gereinigt wurde, was eindeutig rassistisch ist. In Interviews, die Sarrazin später gab, wurde sehr deutlich, wie er dachte, beispielsweise als er von diesem „Juden-Gen“ sprach. Das „Juden-Gen“ wurde dann auch wieder gestrichen, hinterher hatte er das dann alles nicht so gemeint. Aus meiner Sicht ist das Buch natürlich klar rassistisch, aber das steht eher zwischen den Zeilen.

Mie stark kann ein solches Buch Abwertungsprozesse noch verstärken? Es hat natürlich eine Auswirkung. Ich glaube aber, die Hauptwirkung von Sarrazin ging nicht so sehr in die Mehrheitsgesellschaft hinein. Die Leute haben das schon vorher gedacht, das konnte man ja in den Heitmeyer-Studien sehen. Jetzt wurden sie bestätigt. Sarrazin war deswegen so wichtig für sie, weil er ein anerkannter Politiker aus der SPD war – das gleiche Buch von einem NPD-Funktionär hätte niemanden interessiert. So konnte man sich breit dazu bekennen. Trotzdem war die wirkliche Wirkung des Buches, dass alle Muslim/innen zu Recht sehr verletzt waren. Für sie war das wie ein Fanfarenstoß, ihr Bild von Deutschland hat sich noch einmal geändert: Sie wussten zwar, dass es

rassistische Deutsche gibt. Aber die neue Erfahrung war, dass rassistische Tendenzen in der Mitte verbreitet sind, dass man sie beleidigen darf, ohne dass das Folgen hat, und dass das ein interessantes Medienthema ist, auch für Leitmedien wie *Spiegel* oder *Zeit*. Der Witz bei Sarrazin ist, dass er von jedem Medium großflächig interviewt wurde, und zwar immer von Leuten, die keine Ahnung von der Einwanderungsthematik haben. Diejenigen Journalist/innen, die sich schon seit Jahrzehnten mit Migrationspolitik beschäftigt haben, die über Minderheiten geschrieben haben, durften keine Sarrazin-Interviews machen. Das wurde in diesen Medien immer zu einer Promi-Aktion, bei der Fachfremde Sarrazin interviewt haben, was immer im Desaster endete.

In Bezug auf die Sarrazin-Debatte haben Sie erwähnt, dass die Medien eine große Rolle für die Abwertung spielen, weil sie sie reproduzieren.

Wenn man vergleicht – vor Sarrazin und nach der Sarrazin-Debatte – wie groß ist der Einfluss auf die Meinungen der Mehrheit?

Schon vor Sarrazin hatte man genau die gleichen Umfrageergebnisse in Deutschland, schon vor Sarrazin hatten wir Asyldebatten ohne Ende, schon vor Sarrazin haben Politiker/innen – vorneweg Helmut Kohl und Wolfgang Schäuble – Anfang der Neunziger-Jahre mit der Asylfrage regelrecht gezündelt. Es sind ja nicht umsonst allein 1991/92 ungefähr zwanzig Menschen umgekommen. Das war die direkte Konsequenz der deutschen Politik, die populistisch agiert hat. Sarrazin ist nur ein deutliches Zeichen dafür, wie die deutsche Gesellschaft funktioniert. Er ist ein Kronzeuge.

Die Medien haben also auch vorher schon genauso über die abwertenden Einstellungen berichtet, weil es eben politischer Alltag war?

Ja, genau. Dass es sich so stark auf eine Person konzentriert, ist neu. Aber es gab immer wieder große Geschichten in den Medien – auch im Spiegel – darüber, dass Hartz-IV-Empfänger/innen angeblich nur betrügen. „Florida-Rolf“ war doch keine Erfindung von Sarrazin, sondern das war die *Bild*-Zeitung, und die hat einen enormen Flurschaden angerichtet.

Auffällig war vielleicht die Inszenierung als „Tabubruch“.

Dieses angebliche Tabu wurde aber auch schon vorher öfter „gebrochen“. Und auch danach – Westerwelle hat sich mit der „spätromischen Dekadenz“ auch wieder als Tabubrecher inszeniert. Jede/r, der abfällige Mehrheitsmeinungen äußert, tut so, als würde sie/er ein Tabu brechen. Aber das war ja auch schon bei Adolf Hitler so. Er war angeblich auch permanenter Tabubrecher. Das ist sozusagen der Grunddiskurs von Populismus. Man kann sich Populismus gar nicht vorstellen, ohne dass zuerst ein angebliches Tabu gebrochen wird.

Welche sozialpolitischen Maßnahmen wären nötig, um der Bevölkerung die Angst zu nehmen, die zu Abgrenzung und Abwertung führt?

Sicher wäre es gut, wenn Arbeitslosigkeit nicht Armut bedeuten würde. Wie gesagt, die meisten Menschen landen gar nicht in der Langzeitarbeitslosigkeit. Wenn die Hartz-IV-Empfänger/innen beispielsweise mehr hätten, müssten auch die unteren Löhne steigen, um das Lohnabstandsgebot zu wahren. Im Augenblick wird ja das Lohnabstandsgebot so

definiert, dass Hartz IV abgesenkt werden muss, wenn die Löhne fallen. Man könnte das ja auch andersherum denken. Schon ein Mindestlohn würde Ruhe bringen. Aber die meisten Deutschen befürworten den Mindestlohn nicht, weil sie das Gefühl haben, davon würden nur die ganz unten profitieren. Insgesamt müsste man dafür sorgen, dass Mini-Jobs, Leiharbeit und Ähnliches eingeschränkt werden, weil dadurch die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften ausgehöhlt wird. Aber versuchen Sie mal den Minijob abzuschaffen, das wäre unmöglich. Alle Deutschen sind für den Minijob. Der unter Rot-Grün eingeführte Minijob als Nebenverdienst ist völliger Wahnsinn und müsste sofort abgeschafft werden.

Das führt zurück zur Ausgangsfrage: Warum befürworten die Deutschen

Strukturen und Mechanismen, die eigentlich entgegen ihrer Interessen wirken, wie etwa den Minijob? Weil sie gar nicht über ihre Denkmuster hinauskommen?

Alle Beteiligten glauben, dass es für sie günstig ist. Sie sehen die volkswirtschaftliche Gesamtkonsequenz nicht. Wenn man wollte, dass die Deutschen sich sicher fühlen, müsste man tatsächlich alles tun, um die Erosion der Reallöhne zu verhindern. Es ist historisch neu, dass die Reallöhne sinken. Das findet erst seit 2000 statt und hängt natürlich mit den unterschiedlichen politischen Maßnahmen zusammen, die damals gestartet wurden. Dieser Reallohnverzicht hat auch damit zu tun, dass die Deutschen überzeugt sind, Exportweltmeister sein zu müssen. Niemand fragt sich jemals, wie es eigentlich möglich ist, dass die anderen Länder auch noch leben, ohne Exportweltmeister zu sein. Für die Deutschen ist völlig klar, dass man für den Export alles opfern muss. Aus meiner Sicht geht das bis ins 19. Jahrhundert zurück: Als man keine Kolonien „abbekommen“ hat, musste man eben exportieren, schon im Kaiserreich wurde auf Export gesetzt. Das hat sich in Deutschland einfach gehalten. Diese Idee, Exportweltmeister sein zu müssen, ist die nationalistische Variante des Glaubenssatzes „Ich als Mittelschicht bin Elite“. Dahinter steckt das gleiche Konkurrieren aus eigener Kraft gegen alle anderen.

Haben Sie eine Vorstellung davon, wie sich die Mittelschicht in der näheren Zukunft weiterentwickeln könnte?

Der ganze Diskurs wird sich noch einmal drehen, weil wir jetzt mit der „demografischen Katastrophe“ eine völlig neue Situation haben. Das wird zu einer faktischen Vollbeschäftigung führen. Sie wird nicht jede/n Einzelne/n erreichen, weil das ja auch immer eine Frage der Qualifikation ist. Aber bis 2025 wird das Angebot an Arbeitskräften um 6,7 Millionen Leute zurückgehen. Natürlich kann man das zum Teil dadurch kompensieren, dass auch Hausfrauen arbeiten. Die Mütter werden sich noch umgucken – die „Herdprämie“, die von der CSU diskutiert wird, wird im Falle der Einführung keine drei Jahre existieren. Dann wird man eher denken, man braucht die Frauen an der Front. Ich sage das so militärisch, weil ich glaube, dass es zum Beispiel zu einer Art Militarisierung der Bildung kommen wird. Zurzeit gibt es noch einen Widerstand dagegen, Migrant/innenkinder in die Kita zu schicken, weil dann gefürchtet wird, das könnte eine unliebsame Konkurrenz für das eigene Kind sein. Das wird alles verschwinden, weil es völlig klar sein wird, dass alle, die hier leben, arbeiten müssen.

Nach dem Motto „Deutschland braucht dich“... Genau – und dann werden alle Kinder mit vier Monaten in die Krippe kommen, man wird die Deutschkenntnisse fördern. Wirtschaftskommissionen werden die Schulen dazu beraten, wie die Ausbildungsfähigkeit gefördert werden kann. Es wird zu einer umfassenden Kontrolle des individuellen Lernfortschritts kommen.

Optimistisch formuliert würde das dazu führen, dass migrantische Kinder tatsächlich als Teil der deutschen Gesellschaft wahrgenommen werden.

Zynisch gesprochen wird es noch drei Jahre dauern, bis die Deutschen verstehen, dass sie sich entscheiden müssen: Importieren wir jetzt Nordafrikaner/innen oder Schwarzafrikaner/innen oder fördern wir die Migrant/innen, die wir schon haben? Dann wird man darauf kommen, dass – aus Furcht vor mehr Migration – lieber Migrant/innen ausgebildet werden, die schon hier sind.

Aber werden sich die Abwertungsprozesse dann auch verändern? Das glaube ich schon. Ich vermute, der eigentliche Kampf wird dann zwischen denen stattfinden, die arbeiten, und den Alten, die versorgt werden müssen. Da kann es noch bitter werden. Die jetzigen Arbeitslosen haben ja keine großen Rentenansprüche. Die Klassenfrage, die wir jetzt in Bezug auf Arbeitslose haben, wird sich dann ins Alter verschieben. Wir werden sehr gut versorgte Alte haben – wie zum Beispiel unseren ehemaligen Bundespräsidenten – und alte Hartz-IV-Empfänger/innen. Das kann durchaus zu neuen Euthanasie-Debatten im weitesten Sinne führen. Es kann noch richtig unangenehm werden, wenn diskutiert wird, ob die Gesellschaft noch Operationen für Hartz-IV-Empfänger/innen im Alter übernimmt. Das wird etwa in zehn Jahren anfangen, denn wenn man Vollbeschäftigung hat, ist die Handlungsmacht der Jungen extrem. Die Renditen, die an die Alten ausgeschüttet werden, werden sinken, auch Aktien werden weniger abwerfen, weil eben die Lohnquote steigt. Die Leute, die jetzt hoffnungsfroh in die Riester-Rente einzahlen – also meine Generation – und sich vorstellen, später eine höhere Rente zu haben, werden sich noch umschaun.

Sie glauben also, die Idee des Sozialstaats wird dann eigentlich veraltet sein?

Wer sich selber nicht mehr ernähren kann, wird es nicht wert sein, mit durchgefüttert zu werden?

Nein, denn es wird eine reiche Gesellschaft sein. Deutschland geht jetzt gerade durch eine Finanzkrise, aber das Wachstum wird weiter zunehmen. Gleichzeitig sinkt die Bevölkerungszahl, pro Kopf steigt also das Wachstum. Hier muss niemand hungern. Aber es werden natürlich Verteilungskämpfe der ganz neuen Art stattfinden. Auch jetzt könnte man es sich mühelos leisten, alle gut zu pflegen. Aber stattdessen wird lieber nach Mallorca geflogen. Dass diese Prioritäten-Debatte zwischen Konsum und Solidarität abebbt, sehe ich nicht.

Das heißt, dann wird es eine Mittelschicht wie heute eigentlich gar nicht mehr geben?

Doch, alle werden Mittelschicht sein. Sagen wir es so: Alle, die arbeiten, werden Mittelschicht sein.

Die Abwertung nach unten wird es dann noch genauso geben?

Die Abwertung nach unten wird stattfinden, aber sie wird Ältere treffen. Die Spaltung der Gesellschaft in Reiche, Mittelschicht und Arme wird sich nicht ändern. Aber die Zusammensetzung dieser Schichten wird sich ändern. In zehn, zwanzig Jahren sind dann diejenigen Alten arm, die während ihrer Erwerbstätigkeit oft arbeitslos waren. Es wird auch Personen im erwerbsfähigen Alter treffen, die nicht in der Lage sind, in dieser Art von Gesellschaft eine Arbeit zu finden, Menschen, die in einer Zeit zur Schule gegangen sind, als man noch dachte, man braucht nicht jeden. Sie sind in der Förderschule gelandet oder haben die klassische Benachteiligung als Migrant/in erlebt. Mit 40 sind diese Menschen falsch oder gar nicht ausgebildet. Die Tatsache, dass sie trotz offener Stellen nicht in den Arbeitsmarkt passen, wird man ihnen dann persönlich anlasten. Ich sehe es kommen, dass man Hartz IV dann sogar noch senkt. Die Arbeitenden werden gut verdienen, aber die Armen wird man so richtig ausgrenzen. Das kann sogar noch härter werden, als es jetzt ist. Das trifft dann nicht mehr deren Kinder, denn die wird man in militarisierten Schulen auf Vordermann bringen, aber es trifft die Eltern, die ausgesteuert und mit niedrigsten Sozialbezügen abgespeist werden.

Für die Integration von Migrant/innen als Teil der Gesellschaft ist das ein erstaunlich positives Bild.

Die Deutschen waren ja schon einmal so flexibel: als sie die Gastarbeiter/innen angeheuert haben. Nur kamen die 1961/62, und 1973 fing die Arbeitslosigkeit an. Dieser positive Rekrutierungsprozess lief nur zwölf Jahre, und seither, also seit 40 Jahren gelten sie als Belastung. Aber dass die Deutschen dazu fähig sind, jeden willkommen zu heißen, der in der Arbeitswelt gebraucht wird, das hat man nach dem Krieg gesehen. Und zu dieser „Meisterleistung“ wären die Bundesbürger/innen wieder fähig, wenn das dem Eigennutz erkennbar dient.

Damals war die Idee aber, die Gastarbeiter/innen gehen wieder zurück, wenn sie nicht mehr arbeiten. Eine wirkliche Integration war damals nicht das Ziel. Ja, das stimmt. Sie sagen, das ist optimistisch. Ich sage, das ist zynisch, weil die Deutschen nur deswegen die hier lebenden Ausländer/innen oder Migrant/innen integrieren werden, weil sie wissen, dass sie sonst Schwarzafrikaner/innen nehmen müssten. Jetzt haben sie noch die Idee, sie könnten Arbeiter/innen aus Polen haben. Aber das wird sich als völliger Irrtum herausstellen, weil Polen wirtschaftlich stark wächst – für die Polen/innen gibt es gar keinen Grund mehr, ihre Heimat zu verlassen. Außerdem gibt es dort auch einen demografischen Wandel: Ab 1990 gab es auch in Polen weniger Geburten. Das gilt sogar für Länder wie Bulgarien und Rumänien. Es gibt eine wachsende Weltbevölkerung, aber nicht in Europa. Also werden sich die Deutschen mit den Migrant/innen arrangieren, die schon hier sind.

Das Gespräch fand am 20.02.2012 in Berlin statt..



Geht es tatsächlich
abwärts?

Einkommensposition
und Mentalitäten der
gesellschaftlichen Mitte
im Vergleich >>

Ursula Dallinger

In öffentlichen Debatten wird in den letzten Jahren auf eine bedrohte Lage der Mittelschicht hingewiesen. Sie schrumpfe – heißt es – und verlöre ihre bis dahin gesicherte Wohlfahrtsposition. Die Nachkriegsentwicklung habe Deutschland zu einer Mittelstandsgesellschaft gemacht, die nun angesichts einer Polarisierung der Einkommensverteilung zunehmend zu erodieren drohe. Während zuvor der Blick derer, die sich für soziale Ungleichheiten interessieren, auf Menschen am unteren Ende der Einkommenshierarchie gerichtet war und man ein neues Prekariat thematisiert, richtet sich nun der Blick auf ein „Ende der Mittelschichtgesellschaft“.¹

Die Mitte der Gesellschaft war bislang kein „Sorgenkind“ der Ungleichheitsforschung. Polarisierung jedoch bewirke, dass mehr Menschen die oberen oder unteren Gruppen bevölkern, die mittleren Einkommens- und Soziallagen aber ausdünnen. Ein Schrumpfen der Mitte ist auch deshalb Anlass zur Sorge, weil die breite Mitte den gelungenen sozialen Ausgleich belegt, der nun bedroht scheint. Die Mittelschicht ist in der Tat eine Art Mediator zwischen den gesellschaftlichen Gruppen oben und unten, der politische und soziale Spannungen zu dämpfen vermag. Ihre Existenz „beweist“ nahe liegende Aufstiegsoptionen für die weiter unten. Ihre politischen Positionen sind mittlere; ihre Haltungen in Verteilungs-, Gerechtigkeits- und vielen anderen für eine demokratische Ordnung relevanten Fragen liegen ebenfalls in der Mitte, was oft wenig spektakulär ist. Jedoch, wird diese vermittelnde soziale Gruppe geschwächt, könnten Extrempositionen und soziale Konflikte zunehmen.

Für die liberalen angelsächsischen Länder ist die Diagnose eines Schwindens der Mittelschicht im Zuge verschärfter Einkommensungleichheit nicht neu. Seit einigen Jahren jedoch wird die Aushöhlung der gesellschaftlichen Mitte auch in europäischen Ländern und selbst in Deutschland beobachtet, wo Menschen wegen des vergleichsweise ausgebauten arbeits- und sozialrechtlichen Schutzes, der tarifvertraglichen Regulierung der Lohnfindung und eines ausgebauten sozialen Sicherungssystems gegen gravierende Einkommensungleichheit gefeit schienen. Bis in die 90er-Jahre hinein gab es zumindest auf der Ebene der Nettoeinkommen wenig empirische Anzeichen einer Polarisierung der Einkommensverteilung.² Inzwischen nehmen jedoch auch in Ländern mit ausgebautem Sozialstaat und regulierten Arbeitsbeziehungen die Einkommensdisparitäten zu. Wie stark diese Entwicklung auch die Einkommensposition der Mittelschicht

¹ Richard Münch, *Das Regime des liberalen Kapitalismus. Inklusion und Exklusion im neuen Wohlfahrtsstaat*, Frankfurt/M. und New York 2009, S. 185.

² Arthur S. Alderson, Jason Beckfield, François Nielsen, „Exactly How has Income Inequality Changed?“, in: *International Journal of Comparative Sociology* 46 (2005), S. 405-423; Jan Goebel, Martin Gornig, Hartmut Häußermann, „Polarisierung der Einkommen: Die Mittelschicht verliert.“ *Wochenbericht des DIW* Berlin Nr. 24 (2010):, S. 2–8.

verschlechtert, ist aber umstritten. Denn eigentlich stehen die am unteren Ende der sozialen Hierarchie Befindlichen unter dem Druck sich wandelnder Arbeitsmärkte, überproportionaler Arbeitslosigkeit und Leistungskürzungen bei Arbeitslosigkeit. Nagen diese Trends nun auch an der Lage der Mitte? Oder geht es der Mittelschicht eigentlich gut (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* 18.7.2010) und die Debatte um ihre Erosion ist lediglich – angesichts der Turbulenzen weiter unten – von Ängsten der Mitte vor sozialem Abstieg getrieben? Handelt es sich um eine Medienblase?

Dieser Beitrag will zur Klärung der Debatte um die bedrohte Mittelschicht beitragen, indem er untersucht, wie sich die Einkommensposition der Mittelschichten entwickelt hat und wie der Wohlfahrtsstaat diese Position beeinflusst. Welchen Anteil haben sozialstaatliche Programme und Steuern an der – relativ – günstigen Lage der Mitte und welchen Anteil haben soziale Transferprogramme und Steuern am vermuteten Abstieg der gesellschaftlichen Mitte? Hat auch die Mittelschicht im Laufe der Zeit zunehmend schlechte Arbeitsmarktchancen, die deren Lohneinkommen sinken lassen? Schützt der Sozialstaat die Mitte zunehmend weniger vor Arbeitsmarktrisiken und vor dem Verdienstaufschlag bei weiteren sozialen Risiken?

Der Einfluss sozialpolitischer Umverteilung durch öffentliche Transferleistungen, Steuern und Sozialabgaben auf die Größe und die relative Einkommensposition der Mittelschichten lässt sich mit der Unterscheidung zwischen den Bruttoeinkommen und Nettoeinkommen verdeutlichen. Als Bruttoeinkommen zählen alle durch Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger am Arbeitsmarkt (vor allem Löhne und Gehälter), aber auch am Geld- oder Immobilienmarkt zustande gekommenen Einkommen, man spricht daher kurz von Markteinkommen. Die Nettoeinkommen sind die verfügbaren Einkommen der Haushalte, die außerdem durch Steuern und Sozialabgaben wie auch durch soziale Transferzahlungen und steuerliche Entlastungen bestimmt werden.³ Staatliche Umverteilung wird also festgestellt durch einen Vergleich der Einkommensverteilung vor Steuern und Abgaben und nach Steuern und Abgaben.

Der Beitrag geht weiter davon aus, dass eine veränderte Position der gesellschaftlichen Mitte im Kontext des Wandels der Einkommensposition anderer sozialer Gruppen analysiert werden muss. Nur so lässt sich zeigen, dass in den vergangenen Dekaden andere Einkommensgruppen deutlich mehr von der Dynamik der Markteinkommen betroffen waren (sowohl negativ als auch positiv) als die Mittelschicht. Ein solcher Vergleich informiert auch über die Wirkungen sozialstaatlicher Angleichungspolitik und kann aufklären, ob die Mitte ausgesaugt wird.

Aussagen zur Gefährdung der gesellschaftlichen Mitte müssen außerdem diese sehr breit gefasste Gruppe differenzieren. Die Mittelschicht ist nicht homogen, untere

³ Auch Dienstleistungen und Infrastruktur, die der Staat kostenlos oder kostengünstiger zugänglich macht, sowie die beruflichen Optionen im öffentlichen Sektor beeinflussen selbstverständlich die Wohlfahrtsposition der Mitte, werden aber hier nicht betrachtet. Da wir auf Daten der Luxembourg Income Study zurückgreifen, konzentriert sich der Beitrag auf den Einfluss des Sozialstaats auf die Einkommensposition der Mitte.

und obere Mittelklasse haben sehr unterschiedliche Bildungs-, Arbeitsmarkt und Einkommenschancen. Im Großteil der deutschsprachigen Literatur zum Wandel der sozio-ökonomischen Position der Mittelschicht fehlt eine solche Differenzierung. Dieser Beitrag zeigt jedoch, dass man eher von Mittelschichten sprechen muss. So werde ich die Einkommensposition der Mittelschichten in Deutschland und ihre Entwicklung seit etwa 1985 analysieren. Durch den internationalen Vergleich lässt sich die spezifische Entwicklung in Deutschland besser beurteilen. Zudem werden die sozialpolitischen wie auch institutionellen Einflussfaktoren, die für Länderunterschiede bei der Lage der verschiedenen Einkommenschichten sorgen, sichtbar.

Vor dem Hintergrund der differenziert gezeigten Einkommensentwicklung kann man dann fragen, in welcher Einkommensschicht „Abwehrreaktionen“ wie Menschenfeindlichkeit (gegen Fremde, Ärmere, Ältere, Behinderte etc.) plausibel sind.

Daten und Methoden

Welches Segment der Gesellschaft ist genau von einer Verschlechterung der Einkommenslage bedroht und inwieweit sind es eher die Markteinkommen oder die auch sozialpolitisch bestimmten Nettoeinkommen der Haushalte, bei denen soziale Gruppen, hier erfasst als Einkommenschichten, an Boden verlieren?

Grundlage der empirischen Analysen sind die Mikrodaten der Luxembourg Income Study (LIS) für die Zeit zwischen 1985 und 2005, mit denen geeignete Indikatoren der Einkommensverteilung errechnet wurden. Es wurden die Haushaltseinkommen, also die Einkommen aller Mitglieder eines Haushalts, als Bezugsgröße gewählt. Die unterschiedliche Zahl der Haushaltsmitglieder wird durch eine Gewichtung standardisiert. Im gesamten weiteren Text ist stets dieses äquivalenzgewichtete Haushaltseinkommen gemeint, auch wenn der Einfachheit halber lediglich von Einkommen die Rede ist. Anstelle der üblichen Abgrenzung der Mittelschicht als Haushalte mit einem (netto-äquivalenzgewichteten) Haushaltseinkommen zwischen 75 und 150 Prozent des Medianeinkommens⁴ wird in diesem Beitrag die relative Position diverser Schichten in der Einkommensverteilung verwendet. Diese lässt sich mit Hilfe der prozentualen Anteile darstellen, die einzelne Gruppen der Bevölkerung erhalten. Wir teilen in Fünftel/ Quintile der Bevölkerung auf und stellen deren Anteil am Gesamteinkommen dar.⁵ Mittels dieser Quintile und dem ihnen jeweils zukommenden Einkommensanteil lässt sich die ‚Wohlfahrtsposition‘ der gesellschaftlichen Mitte in eine untere (zweites Quintil),

⁴ Steven Pressman, „The Decline of the Middle Class: An International Perspective“, in: *Journal of Economic Issues* 41 (2007), S. 181–200; Markus M. Grabka, M. and Joachim R. Frick, „Schrumpfen der Mittelschicht – Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen?“, in: *Wochenbericht des DIW* 75 (2008), S. 101–107.

⁵ Wie viele Gruppen man wählt, ist bei diesem Verfahren offen. Man kann in Zehntel differenzieren oder größer in Viertel aufteilen.

mittlere (drittes Quintil) und obere Mittelschicht (viertes Quintil) zerlegen. Darunter ist das erste Quintil gering verdienender Haushalte und darüber das fünfte Quintil der wohlhabenden Haushalte angesiedelt.

Der distributive Effekt von Steuern, Sozialabgaben und Sozialtransfers auf die Einkommensverteilung wird anhand des Vergleichs der Verteilung der Markteinkommen einerseits und der Verteilung der verfügbaren Haushaltsnetto-Einkommen andererseits erfasst.⁶ Markteinkommen sind alle marktlichen Einkommensbestandteile, gleich ob sie aus Erwerbstätigkeit oder anderen Formen der Marktteilnahme stammen. Beim verfügbaren Einkommen werden zusätzlich die Belastungen durch Steuern und Sozialabgaben einerseits und die Zugewinne durch verschiedene Transferzahlungen aus den Sozialversicherungen (durch die Eingrenzung auf Personen im Erwerbsalter handelt es sich hier vor allem um Arbeitslosengeld) oder Zahlungen aus anderen Leistungsprogrammen (etwa Kindergeld) berücksichtigt. Die für die jeweilige Einkommensart zu beobachtende Verteilung ist geprägt von den unterschiedlichen sozialen Dynamiken, die sich in der jeweiligen Sphäre abspielen und die Einkommensverteilung bestimmen.⁷ So spiegelt das Markteinkommen die Trends auf den Arbeits- und Kapitalmärkten, aber auch die steigende Frauenerwerbstätigkeit, da hier die Einkommen aller Haushaltsglieder betrachtet werden. Im verfügbaren Haushaltseinkommen manifestieren sich die Effekte der diversen sozialstaatlichen Programme, also das Niveau der sozialen Absicherung wie auch Reformen und Rückbau sozialpolitischer Programme.⁸

Wichtig ist der Hinweis, dass Maßzahlen der Einkommens(-um)verteilung nur für Personen im Erwerbsalter zwischen 25 und 60 Jahren berechnet wurden. Dies vermeidet Verzerrungen. Diese entstehen einerseits durch die je nach Land unterschiedlich lange Dauer des Verbleibs im Bildungssystem, während der meist kein Einkommen erzielt wird. Andererseits würde der Einschluss der Rentner/innen die Ergebnisse verzerren, da diese Gruppe in der Regel ein nur geringes oder kein Markteinkommen hat. Wird nun, wie es dieses Verfahren zur Messung staatlicher Umverteilung vorsieht, das Markteinkommen mit den durch staatliche Transfers geprägten verfügbaren Nettoeinkommen verglichen, würde man einen deutlichen Sprung der Einkommen

6 Irwin Garfinkel, Lee Rainwater, Timothy M. Smeeding, *Welfare State Expenditures and the Redistribution of Well-Being: Children, Elderly and Others in Comparative Perspective*, LIS Working Paper No. 387 (2005); Vincent Mahler, David Jesuit, Piotr Paradowski, *The political sources of Government Redistribution in the Developed World. A Focus on the Middle Class*, Beitrag zur Konferenz „Inequality and the Status of the Middle Class“ an der Universität Luxemburg, 2010; Lane Kenworthy, Jonas Pontusson, „Rising Inequality and the Politics of Redistribution in Affluent Countries“, in: *Perspectives on Politics* 3 (2010), S. 449–471.

7 Analysen, die individuelle Löhne zugrunde legen (in der Regel von vollbeschäftigten Männern), erfassen die Verteilungseffekte des Arbeitsmarktes; Analysen auf der Basis von gepoolten Faktoreinkommen von Haushalten erfassen Effekte der Frauenerwerbstätigkeit oder der heute oft stärkeren Diversität der Einnahmequellen der Haushalte, die auch über Einkommen aus Finanzanlagen oder Mieten verfügen.

8 Anthony B. Atkinson, „The distribution of earnings in OECD countries“, in: *The International Labour Review* 146 (2007), S. 41–60; Lane Kenworthy, „Inequality and Sociology“, in: *American Behavioural Scientist* 50 (5/2007), S. 584–602.

verzeichnen, der aber nichts mit staatlicher Umverteilung zu tun hat, sondern allein mit der Berechnungsmethode.

Einkommensposition der Mittelklasse und Sozialstaat im internationalen Vergleich

Wo stehen die Mittelschichten im Verteilungsprozess? Eine Antwort auf diese Frage findet man zunächst für die Markteinkommen der Haushalte und zudem im Durchschnitt der Wellen, für die Daten verfügbar sind, in Abbildung 1.

In Deutschland etwa verfügt die untere Mittelschicht über 12 Prozent der Markteinkommen, die mittlere Mitte über 16 Prozent, die obere Mitte über 22 Prozent. Das unterste Quintil muss sich mit einem Anteil von 7 Prozent begnügen, das oberste Quintil verfügt

jedoch über 43 Prozent der Markteinkommen.

Diese Struktur – ein deutlicher Abstand des obersten Quintils zu den übrigen Schichten und kleinere Unterschiede zwischen unten und Mitte – ist in allen Ländern ähnlich. Jedoch variieren die Quintil-Anteile (und damit die Lage der Punkte in der Grafik) in einzelnen Ländern deutlich.

Nach Abbildung 1, die Länder nach der Größe des Anteils der mittleren Mitte (Q3) am Markteinkommen ordnet, ist die Lage der mittleren Mitte in den skandinavischen Ländern am günstigsten, wo auch der Anteil des obersten Quintils weniger als in anderen Ländern davonzieht. Der geringe Abstand zwischen den Anteilen des Markteinkommens, den die Mitte und oben erhalten, nutzt nicht automatisch auch dem untersten Quintil. Dieses partizipiert in Dänemark und Schweden wenig von der angeglichenen Verteilung zwischen Mitte und oben.

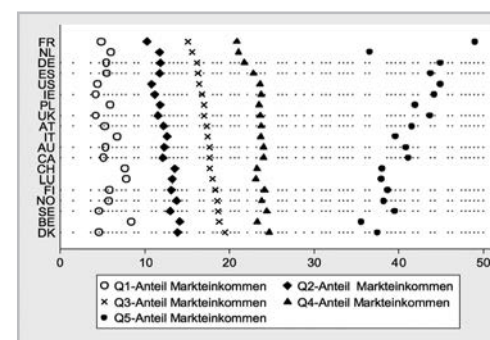


Abb. 1: Relative Position der Schichten beim Markteinkommen (Länder geordnet nach Größe von Q3)

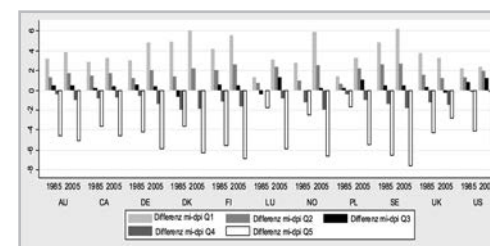


Abb. 2: Umverteilung und ihr Wandel zwischen 1985 und 2005.

Am ungünstigsten ist der Einkommensanteil der mittleren Mitte in den Ländern Frankreich, Niederlande, Deutschland und den Vereinigten Staaten. In den kontinentaleuropäischen Ländern geht die für die mittlere Mitte ungünstige Lage jedoch einher mit einer günstigeren Lage der unteren Mitte und des untersten Quintils. In einigen liberalen Ländern (Kanada, Australien) hat die mittlere Mitte beim Markteinkommen durchaus eine im Vergleich zu den genannten kontinentaleuropäischen Ländern gute Position.

Hier ist das unterste Dezil wie in anderen liberalen Ländern (Vereinigte Staaten, Großbritannien und Irland) ebenfalls relativ ungünstig gestellt.

In kontinentaleuropäischen Ländern wie Deutschland oder Frankreich ist eher die untere Mitte und Unterschicht relativ günstig gestellt. Diese Position bei den Markteinkommen geht auf Unterschiede der Regulierung der Arbeitsbeziehungen und koordinierte Lohnverhandlungen zurück. Hingegen erzeugen die weniger regulierten Arbeitsbeziehungen in liberalen Ländern für eine Verteilung, die eher die mittlere und obere Mitte begünstigt. Die obere Mittelschicht erzielt in jenen Ländern einen größeren Anteil vom Markteinkommen, in denen die untere Mitte einen geringeren Anteil der Markteinkommen hat.

Wenn man die Verteilung *verfügbarer Haushaltseinkommen*, in denen der Einfluss des Sozialstaats auf die Einkommensverteilung zur Geltung kommt, in den Blick nimmt, ändern sich die Einkommensanteile der Quintile. Generell gewinnen untere Einkommen dazu, das oberste Quintil gibt ab. Das Ausmaß variiert selbstverständlich im Ländervergleich stark. Auffällig ist, wie wenig sich der Einkommensanteil der Mittelschichten im Vergleich zu den anderen Gruppen verschiebt. Die für die mittlere Mittelschicht günstigste Verteilung bieten die skandinavischen Länder. Nun ist aber das unterste Quintil stark an die Mitte heran gerückt. Deutschland rangiert in Bezug auf die Einkommenslage der mittleren Mitte weiter im hinteren Drittel und zeichnet sich durch den gehobenen Anteil des untersten Quintils aus. In Deutschland wie in den kontinentaleuropäischen Ländern Frankreich, Niederlande und Spanien steht die mittlere Mitte bei der sozialstaatlich geprägten Einkommensverteilung sogar hinter den Vereinigten Staaten und Großbritannien. In liberalen Ländern hat auch bei den verfügbaren Nettoeinkommen die Mitte im Ländervergleich einen günstigen, das unterste Quintil jedoch einen relativ geringen Anteil.

Der Einfluss von sozialstaatlicher Umverteilung wird deutlicher, wenn man wie in Abbildung 2 die Differenz zwischen den Anteilen auf der Basis des Markt- und des verfügbaren Nettoeinkommens in einzelnen Quintilen direkt abbildet. Hier ist auch der Wandel zwischen Mitte der 80er-Jahre und den 2000er-Jahren gezeigt. Durch staatliche Umverteilung wird in allen Ländern und zu beiden Zeitpunkten der Einkommensanteil des ersten Quintils größer, während der Anteil des fünften Quintils zurückgeht. Bei den drei mittleren Quintilen hingegen verschiebt sich der Einkommensanteil nach Steuern und Sozialleistungen im Vergleich zu dem vor Steuern nur wenig: Der Anteil der unteren Mittelschicht (Q2) wächst leicht, auch die mittlere Mittelschicht erzielt in den meisten Ländern durch den Sozialstaat noch ein leichtes Einkommensplus. Der Einkommensanteil der oberen Mittelschicht fällt nach sozialstaatlichen Eingriffen geringer aus als auf der Basis des Markteinkommens. Die Mittelschichten sind also auch bei staatlicher Umverteilung inhomogen. Insgesamt sorgen sozialstaatliche Eingriffe für ein größeres Einkommensvolumen bei der Unterschicht, und ein geringeres bei der Oberschicht. Bei den Mittelschichten ändert sich durch sozialstaatliche Umverteilung weitaus weniger als oben und unten. Die Mittel-

schichten hatten also in den vergangenen Dekaden eine relativ stabile Einkommenslage. Eine Erosion wird nicht sichtbar, ebenso wenig eine „Ausbeutung“ durch andere Schichten. Die geringe Bewegung bei den Mittelschichten bedeutet nicht, diese profitierten nicht vom Sozialstaat. Die Daten zeigen lediglich, dass mittlere Einkommen keine großen Verluste der Markteinkommen hinnehmen mussten, jedoch die oberste Einkommensschicht davon zieht. Der Sozialstaat stabilisiert jedoch die Lage der Mitte. Das wird bei der hier verwendeten Methode zwar nicht in Differenzen zwischen Brutto- und Nettoeinkommen deutlich, aber die Systeme, die dies leisten – die Sozialversicherungen mit dem Prinzip

beitragsäquivalenter Leistungen – sind „teurer“ als die Leistungssysteme, die für die Anhebung der Einkommensposition der Armen sorgen.

Dass der Sozialstaat zunehmend die Einkommensverteilung beeinflusst, bedeutet jedoch keine Besserstellung der Unterschicht. Denn obwohl der Sozialstaat bei unteren Einkommen stärker als bei anderen Gruppen kompensierend eingreift und hier den Wohlfahrts-Anteil steigert, erzielt er aufgrund der stärkeren negativen Dynamik der Markteinkommen für die geringer Qualifizierten und häufiger von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen am Ende der Einkommenshierarchie dennoch unter dem Strich keine Verbesserung. Im Gegenteil, trotz wachsender Umverteilung verschlechtert sich die Position der Unterschicht. Dies geht aus der Tabelle 1 hervor. Sie zeigt (für eine Auswahl der bisher gezeigten Länder) die Einkommensanteile der einzelnen Quintile an den

| Land | 1985 | | 2005 | | Differenz 1985 - 2005 | |
|-----------|------------|-------------|------------|-------------|-----------------------|-------------|
| | Markteink. | Verf. Eink. | Markteink. | Verf. Eink. | Markteink. | Verf. Eink. |
| DE | 6.83 | 9.84 | 4.48 | 9.31 | -2.35 | -.54 |
| Q1 | 13.23 | 14.46 | 12.38 | 14.40 | -.85 | -.05 |
| Q2 | 17.56 | 18.10 | 17.51 | 17.88 | -.05 | -.21 |
| Q3 | 22.94 | 22.37 | 23.73 | 22.40 | +.79 | -.03 |
| Q4 | 39.44 | 35.22 | 41.90 | 36.01 | +2.46 | +.79 |
| Q5 | | | | | | |
| FI | 7.17 | 11.28 | 4.79 | 10.31 | -2.38 | -.97 |
| Q1 | 14.16 | 16.16 | 12.53 | 15.08 | -1.63 | -1.10 |
| Q2 | 18.81 | 19.38 | 17.95 | 18.41 | -.86 | -1.0 |
| Q3 | 23.84 | 22.74 | 24.1 | 22.42 | +.22 | -.32 |
| Q4 | 36.0 | 30.45 | 40.67 | 33.78 | +4.65 | +3.34 |
| Q5 | | | | | | |
| NO | 8.23 | 11.01 | 3.9 | 9.78 | -4.33 | -1.23 |
| Q1 | 14.64 | 15.62 | 12.61 | 15.10 | -2.02 | -.51 |
| Q2 | 18.7 | 18.66 | 18.16 | 18.34 | -.55 | -.32 |
| Q3 | 23.72 | 22.50 | 23.93 | 22.01 | +.21 | -.49 |
| Q4 | 34.71 | 32.21 | 41.40 | 34.77 | +6.69 | +2.56 |
| Q5 | | | | | | |
| SE | 5.95 | 10.78 | 4.38 | 10.61 | -1.57 | -.17 |
| Q1 | 13.92 | 16.51 | 12.82 | 15.53 | -1.10 | -.98 |
| Q2 | 18.0 | 19.45 | 18.38 | 18.80 | -.60 | -.65 |
| Q3 | 24.25 | 22.88 | 24.3 | 22.51 | +.04 | -.37 |
| Q4 | 36.9 | 30.38 | 40.12 | 32.54 | +3.22 | +2.17 |
| Q5 | | | | | | |
| UK | 4.96 | 8.71 | 3.87 | 7.12 | -1.07 | -1.59 |
| Q1 | 12.35 | 13.91 | 10.15 | 11.31 | -2.20 | -2.6 |
| Q2 | 17.76 | 18.05 | 15.17 | 14.98 | -2.56 | -3.07 |
| Q3 | 24.51 | 23.27 | 21.43 | 20.02 | -3.09 | -3.25 |
| Q4 | 40.42 | 36.07 | 49.37 | 46.57 | +8.95 | +10.50 |
| Q5 | | | | | | |
| US | 4.77 | 6.93 | 4.11 | 6.47 | -.67 | -.17 |
| Q1 | 11.73 | 13.02 | 10.0 | 11.93 | -1.71 | -.98 |
| Q2 | 17.1 | 17.86 | 15.54 | 16.78 | -1.55 | -.65 |
| Q3 | 24.2 | 24.1 | 22.91 | 22.8 | -1.30 | -.37 |
| Q4 | 42.2 | 38.07 | 47.42 | 42.03 | +5.22 | +2.17 |
| Q5 | | | | | | |
| CA | 5.90 | 8.7 | 4.47 | 7.71 | -1.43 | -.099 |
| Q1 | 12.84 | 14.3 | 11.40 | 13.1 | -1.43 | -1.20 |
| Q2 | 18.10 | 18.26 | 17.25 | 17.59 | -.82 | -.67 |
| Q3 | 24.00 | 23.18 | 23.80 | 23.06 | -.20 | -.11 |
| Q4 | 39.20 | 35.56 | 43.1 | 38.54 | +3.88 | +2.98 |
| Q5 | | | | | | |
| CH | 7.84 | 9.28 | 7.39 | 9.75 | -.46 | +.48 |
| Q1 | 13.62 | 14.07 | 13.71 | 14.55 | +.10 | +.48 |
| Q2 | 17.35 | 17.63 | 18.16 | 18.12 | +.81 | +.48 |
| Q3 | 22.60 | 22.33 | 23.67 | 22.93 | +1.07 | +.60 |
| Q4 | 38.59 | 36.69 | 37.07 | 34.65 | -1.52 | -2.05 |
| Q5 | | | | | | |

Tab. 1: Anteil der Quintile am Gesamteinkommen nach Markt- und verfügbarem Einkommen und Veränderung zwischen 1985 und 2005.

Markt- als auch den verfügbaren Einkommen und die Veränderung dieser Anteile zwischen Mitte der 80er- und Mitte der 2000er-Jahre. Verluste der unteren Einkommensgruppe bei den Anteilen am Markteinkommen wurden zwar abgemildert, aber auf der Ebene verfügbarer Einkommen nicht vollständig kompensiert. Die oberste Einkommensgruppe verzeichnete vielmehr einen – je nach Land mehr oder weniger deutlichen – Zuwachs des Einkommensanteils bei den Markteinkommen, der trotz wachsender Umverteilung in den

Eine Frage der Klasse? Deutschlands Mitte zwischen Abstiegsangst und dem Tritt nach unten

meisten Ländern bestehen bleibt. Oben in der Einkommenshierarchie gibt es also Nettozuwächse, die Gruppe ganz unten verliert trotz sozialstaatlicher Kompensation beim Anteil der ihr zufließenden Einkommen.

Während die obere Mitte in vielen Ländern an den Zugewinnen für die oberen Einkommen partizipiert, mussten untere und mittlere Mitte Netto-Verschlechterungen hinnehmen. Ihr schrumpfender Markteinkommensanteil wird zwar nicht vollständig, aber doch weitgehend durch sozialstaatliche Programme kompensiert. Die untere Mitte teilt somit das „Schicksal“ des untersten Quintils, muss allerdings nur kleine Einbußen bei Markt- und verfügbaren Einkommen hinnehmen.

In Deutschland etwa ging der Anteil des ersten Quintils am Markteinkommen zwischen 1985 und 2005 um 2,35 Prozentpunkte zurück, bei Betrachtung des verfügbaren Einkommens sank der Anteil nur um ein halbes Prozent. Für das oberste Quintil wuchs zwar der Markteinkommensanteil um 2,46 Prozentpunkte, beim verfügbaren Einkommen hat sich der Zugewinn auf lediglich 0,76 Prozent reduziert. Die Einbußen unten und die Zugewinne oben nach sozialstaatlichem Eingreifen sind in den meisten Ländern deutlicher als in Deutschland, auch in skandinavischen Ländern. Der Umfang an Kompensation der Verluste unten und des Bremsens der Zuwächse oben durch den Sozialstaat variiert erwartungsgemäß zwischen den Ländern.⁹

Was die Einkommensentwicklung Folgen bei den Einstellungen?

Die Mitte ist eher gering bedroht von einem vermeintlichen Abstieg, jedoch variieren die einzelnen Gruppen innerhalb der Mitte stark. Die untere Mittelschicht hat durchaus Anlass zu Abstiegsängsten, ähnlich wie die untere Einkommensschicht. Wirken sich diese in Form der Abwertung bestimmter Gruppen, die als Bedrohung wahrgenommen werden, aus? Nach Abbildung 3 scheint dies durchaus der Fall zu sein: Die untere Mittelschicht stimmt am häufigsten zu, dass Migrantinnen und Migranten schlecht für die Wirtschaft seien. Diese Frage kann als ein Indikator für gruppenbezogene negative Haltungen aufgrund der bedrohten eigenen Lage gelten. Dieses Reaktionsmuster ist besonders in Deutschland ausgeprägt, dagegen sind in Großbritannien Migrantinnen und Migranten eher für die Unterschicht ein Grund der Negativbewertung und Abwehr.

Als zweiten Indikator für negative Zuschreibungen, die im Zuge des eigenen ökonomischen Abstiegs gewachsen sein mögen, verwenden wir die Ratings von Befragten in drei Ländern gegenüber der Aussage „Sozialleistungen machen Menschen faul“ (siehe Abbildung 4). Diese Zuschreibungen sind in Deutschland bei der unteren Mittelschicht sehr viel stärker als bei höheren Einkommensschichten. Bei der Unterschicht gehen diese Vorurteile wieder zurück, da vermutlich mehr Menschen aufgrund eigener

⁹ Näheres dazu in Ursula Dallinger, „Prekäre Mitte? Sozialstaat und Mittelschicht im internationalen Vergleich“, in: *Zeitschrift für Sozialreform* 57 (2011), S. 83–110.

Erfahrungen mit dem Bezug staatlicher Sozialleistungen diese Stereotypen zurückweisen können. Deutschland erweist sich im Vergleich zu den Ländern Großbritannien und Frankreich mit zwar ebenfalls schichtspezifischen, aber weniger drastisch unterschiedlichen Zuweisungen als regelrecht polarisiert.

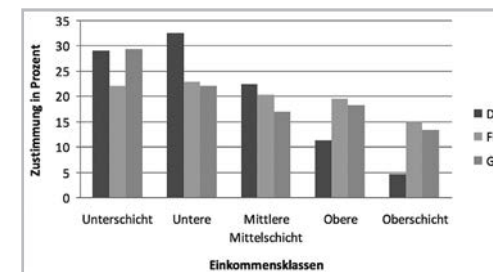


Abb. 3: Migrant/innen sind schlecht für die Wirtschaft im Ländervergleich.

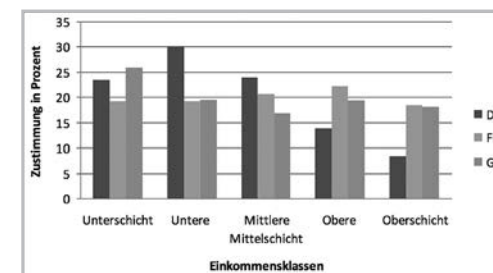


Abb. 4: Schichtspezifische negative Stereotype im Ländervergleich

Fazit

Im internationalen Vergleich fällt der Wandel der marktlichen wie auch der sozialpolitischen Einkommensverteilung oben und unten viel stärker aus als in der Mitte. Der Sozialstaat hat in der Mitte weniger an relativen Verlusten bei der Arbeitsmarktposition über die Zeit zu kompensieren als unten. Sozialstaatliche Programme stabilisieren weitgehend die Lage der Mittelschicht, was angesichts der proportionalen Verteilungslogik der Sozialversicherungen, die in vielen Ländern das primäre Instrument der Sozialpolitik darstellt, plausibel ist. Progressive Besteuerung greift eher bei den oberen Einkommensquintilen, ohne jedoch deren Davonziehen

bei der Entwicklung der Markteinkommen einzuebnen. Damit ist keine Aussage darüber getroffen, ob die Besteuerung und Belastungen der Einkommensgruppe ausreichend oder gerecht ist. Auch sollten die gezeigten Daten nicht für Aussagen über die Belastung durch Steuern und Abgaben insgesamt zugrunde gelegt werden, da jene Einkommensarten (wie Unternehmensgewinne) eher untererfasst sind, die geringer steuerlich belastet werden. Durch deren Berücksichtigung würde sich die Umverteilung von oben nach unten noch verringern.

Der Grund für die Bedrohungsdebatte liegt in anderen, komplexeren Ursachen als dem tatsächlichen sozialen Abstieg der gesellschaftlichen Mitte. Teils dürfte die große Dynamik, mit der sich hohe Einkommen nach oben entfernen, den Eindruck des Abgehängt-Seins erzeugen. Auch würde sich lohnen zu fragen, ob die abnehmende kollektive Regulierung der Erwerbsarbeit ein Grund für die Unsicherheit der Mitte ist.

Eine Frage der Klasse? Deutschlands Mitte zwischen Abstiegsangst und dem Tritt nach unten



orsorgende Sozial- politik als Antwort auf soziale Exklusion



Wolfgang Schroeder

„Mit der Abgrenzung der Mittelschicht und damit der Mehrheit der Bevölkerung nach unten ist ihre Rolle als Faktor für die Stabilität der demokratischen Gesellschaft und ihren Zusammenhalt in Frage gestellt.“ So stand es auf dem Programmflyer zur Tagung am 2.11.2011. Eine starke These, die zunächst Gegenfragen provoziert: Wie stark sind diese Abwertungstendenzen überhaupt? Hat es sie nicht immer gegeben? Erfüllt Abwertung als Abgrenzung nicht vielleicht eine wichtige Funktion, um sich seiner eigenen Identität zu versichern? Ist sie also nicht ein gängiger Mechanismus, den es zu allen Zeiten gab, zum Beispiel in Bezug auf den Bildungsstatus? Ließe sich nicht die Gegenthese vertreten, dass Abwertung also vielmehr zur Stabilisierung von Gesellschaft beiträgt?

Ich meine: nein. Verschiedene Studien belegen, dass die soziale Schere in Deutschland immer weiter auseinandergeht. In kaum einem anderen OECD-Staat hat der Niedriglohnsektor in den vergangenen 15 Jahren so schnell zugenommen wie in Deutschland. So beklagt auch die OECD eine zunehmende Lohnspreizung und Einkommensungleichheit, die sich auf dem höchsten Stand seit 30 Jahren befindet. Das hat fatale Folgen für den sozialen Zusammenhalt. Langfristig gesehen ist es tatsächlich nicht unwahrscheinlich, dass Gruppen, die sich von der Gesellschaft ausgeschlossen fühlen, ihr die Solidarität aufkündigen. Wie schnell das gehen kann, haben wir erst 2011 in England gesehen.

Soziale Integration vor dem Hintergrund gewandelter Bedingungen

Soziale Integration ist seit jeher das zentrale Anliegen des Sozialstaates. Die Diskussion über das „abgehängte Prekariat“ zeigt: Die Frage, wie gesellschaftliche Teilhabe gelingen kann, ist aktuell wie eh und je. Gleichwohl stellt sie sich heute vor einem gewandelten Hintergrund. Neben den strukturellen Veränderungen auf den Arbeitsmärkten haben sich auch die Beziehungen zwischen den Geschlechtern und in den Familien gewandelt. Entgrenzung, Flexibilisierung, Pluralisierung, Ökonomisierung sind die Schlagworte, mit denen versucht wird, den Wandel zu fassen. Im Ergebnis bedeutet dies: In vielen gesellschaftlichen Bereichen ist nichts mehr so, wie es einmal war. Auf dem Arbeitsmarkt ist es das Normalarbeitsverhältnis, das erodiert. In den Familien haben die veränderten Geschlechterbeziehungen dazu geführt, dass die arbeitsteilige Struktur zwischen männlichem Ernährer und sorgender, nicht erwerbstätiger Mutter als Norm der Vergangenheit angehört. Beide Entwicklungen haben Freiheitsspielräume, aber auch neue Konflikte und Unsicherheiten mit sich gebracht. Angesichts dieser Veränderungen bestehen Überforderungsphänomene auf Seiten der Betroffenen und große Anpassungsprobleme in den etablierten Institutionen.

Denn mit der in den letzten Jahren gewachsenen Zahl von Menschen, die abgehängt und ausgegrenzt sind, hat auch die Hilflosigkeit von Staat und Gesellschaft zugenommen. Internationale Vergleiche zeigen, dass andere Länder auf diese sozio-ökonomischen Strukturveränderungen zum Teil besser reagieren. Welche Strategien

müsste Deutschland verfolgen, um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken? Wie können soziale Integration und Teilhabe am Arbeitsmarkt heute gestärkt werden?

Vorsorgende Sozialpolitik reagiert auf den Wandel in Familie und Arbeitswelt

Notwendig ist ein Perspektivenwechsel hin zu einer vorsorgenden und wirksamkeitsorientierten Sozialpolitik. Mit dieser neuen Etappe der Sozialstaatsdebatte sollen Antworten auf die Gerechtigkeitslücke gegeben werden, die in den letzten Jahren gewachsen ist. Sie reagiert auf die neuen Zumutungen des Arbeitsmarktes und spürbare Überlastungen der Familien. Die Legitimations- und Leistungsschwäche des eher reaktiven, nachsorgenden Sozialstaats ist angesichts der veränderten Problemlagen offensichtlich.

Die Konzeption vorsorgender Sozialpolitik steht in der Tradition der investiven und aktivierenden Sozialpolitiken der 1980er- und 1990er-Jahre des 20. Jahrhunderts. In diesem Zusammenhang sind die Stichworte von der Hilfe zur Selbsthilfe bis zum Empowerment zu nennen. Mit solchen Ansätzen ist die Absicht verbunden, die passiven, standardisierenden sozialstaatlichen Strukturen aufzubrechen und sich stärker auf die jeweiligen Lebenslagen einzulassen, um die Eigeninitiative der Individuen zu stärken. Sozialpolitik soll nicht nur reagieren, reparieren und monetär kompensieren, sondern die Menschen befähigen, sich und ihre eigenen Potenziale zu entwickeln – wohlwissend, dass der Fokus auf die Eigenverantwortung nicht Gefahr laufen darf, die Individuen zu überfordern. Es sind die Bedingungen der Möglichkeit zu schaffen, um die Menschen durch die Unterstützung von Institutionen und konkrete Hilfen zu entlasten. Als Politikfeld, das wesentlich zu einer besser integrierten Gesellschaft beitragen kann, wird allgemein eine Bildungspolitik gesehen, die verzahnt mit anderen Politikfeldern – Gesundheit, Familie, Arbeitsmarkt – den Kernpunkt einer verbesserten Vorsorgepolitik bildet.

Vorsorgende Sozialpolitik befähigt zum guten Leben

Ziel vorsorgender Sozialpolitik ist, dass Menschen aus eigener Kraft in dieser Gesellschaft gut leben können. Im „Normalfall“ realisiert sich dies über das Nadelöhr der Erwerbsarbeit. Erwerbsarbeit ist mehr als Broterwerb. Sie hat in der Regel etwas mit Sinnkonstruktionen und Integrationsperspektiven zu tun. Soziale Politik ist deshalb in einer modernen, säkularisierten Massengesellschaft gut beraten, die Erwerbsarbeit zum zentralen Ausgangspunkt ihrer Aktivitäten zu nehmen. Zugleich ist mit der starken Bezugnahme auf Erwerbsarbeit als Quelle der Integration angesichts eines gewachsenen Niedriglohnssektors, zuweilen hyperflexibilisierter und vielfach schlechter Arbeitsbedingungen, eine große Verantwortung verbunden. Wie soll Integration gelingen, wenn arbeitende Menschen schlecht bezahlt, mies behandelt und zweifelhaften Umweltbedingungen ausgesetzt werden? Da klingt die Rede von der „guten Arbeit“ oder der Arbeit

als Quelle der Integration wie billiger Lohn. Dennoch: Die Arbeitsgesellschaft ist noch lange nicht am Ende. Die Bedingungen von Arbeit fair zu gestalten, bleibt damit eine der größten Herausforderungen, vor die die Politik gestellt ist.

Vorsorgende Sozialpolitik setzt auf Qualität und Wirksamkeit

Die meisten sozialpolitischen Strategieangebote, abgesehen von den Initiativen für ein bedingungsloses Grundeinkommen, bleiben innerhalb des Korridors von mehr oder weniger Sozialstaatlichkeit – ohne die Wirkungsweise der sozialstaatlichen Strukturen selbst zu thematisieren. Für genau das Gegenteil plädiert die hier vertretene Strategie vorsorgender Sozialpolitik. Sie setzt weniger auf quantitative als vielmehr auf qualitative Veränderungen, die zu mehr Wirksamkeit der bestehenden Institutionen beitragen, indem deren Arbeitsweise durch Netzwerke ergänzt und in eine andere Kooperationsperspektive gebracht wird. Wir müssen die Koordinations- und Kooperationsmängel und damit die Wirkungsdefizite des deutschen segmentierten Sozialstaates in den Vordergrund der Debatte stellen. Ziel ist es, die Wirkung von Sozialpolitik zu verbessern und damit die Qualität sozialstaatlicher Leistungen am Wandel der neuen gesellschaftlichen Problem- und Lebenslagen auszurichten.

Netzwerke ergänzen, entlasten und verstärken die etablierten Institutionen des Sozialstaates

Sozialstaatliche Institutionen bieten zwar meist hochwertige Leistungen an, haben aber selbst kaum Einfluss darauf, ob ihre Angebote auch angenommen werden und erst Recht haben sie kaum Einfluss darauf, wie sie wirken. Sie haben also ein strukturelles Vermittlungsproblem in die gesellschaftlichen Lebenslagen hinein. Deshalb brauchen sie eine Einbettung in die Gesellschaft und bedürfen konkreter Unterstützung. An diesem Punkt setzen die Überlegungen an, ob und in welcher Form Netzwerke in der Lage sind, eine Scharnierfunktion zwischen Institutionen und Lebenslagen zu übernehmen.

Für unsere Fragestellung nach den Bedingungen sozialpolitischer Wirksamkeit kommt den Netzwerken eine grundlegende Bedeutung zu. Netzwerke können ganz unterschiedlicher Gestalt sein. Uns interessiert hier vor allem die Verbindung von Menschen mit Institutionen, die über Netzwerke hergestellt und verbessert werden kann. Je nach Lebenslage kooperieren in ihnen beispielsweise Familien mit den unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren aus Schule und Jugendhilfe. Netzwerke sind für gesellschaftliche Institutionen, wie beispielsweise Krankenhäuser („Netzwerk Gesunde Kinder“ in Brandenburg) und Schulen („Weinheimer Bildungskette“) Bindeglieder in die Gesellschaft hinein. Vor allem geht es bei Netzwerken darum, die kritischen Passagen des Lebens mit zusätzlichen Angeboten auszustatten. Also vor allem den Übergang vom Kindergarten in die Schule, die ersten Grundschuljahre, die Pubertät in der Schule,

die Phase des Übergangs von der Schule in den Beruf; aber auch die Begleitung in den ersten Berufsjahren kann Gegenstand eines Netzwerkes sein. Spätere Lebensphasen, wie Arbeitsmarkt- und Familienprobleme sowie das Seniorenalter zählen ebenfalls dazu. Die Funktion der Netzwerke besteht darin, Menschen mit ihren individuellen Problemen mit den jeweils zuständigen sozialstaatlichen Institutionen zu verzahnen. Über Netzwerke werden Menschen Informations-, Kooperations-, Hilfe- und Entfaltungsmöglichkeiten in einem sozialen Rahmen eröffnet.

Darüber hinaus sollen Netzwerke vor allem die Menschen dazu befähigen, ihre Kräfte zu stärken und ihre Herausforderungen und Ziele im Sinne eines guten Lebens selbst in die Hand zu nehmen. Ob dies gelingt, hängt maßgeblich davon ab, ob eine verlässliche Kooperation zwischen Betroffenen und haupt- wie ehrenamtlichen Expertinnen und Experten etabliert werden kann. Die Politik der Netzwerke, die durch staatliche Politik verstärkt werden sollte, erschöpft sich aber nicht darin, Betroffene und Unterstützer/innen in ein kooperatives Verhältnis zu bringen.

Netzwerke können auch die Kooperation zwischen Institutionen, Organisationen und Selbsthilfegruppen vorantreiben. Mithin können Netzwerke – gedacht im Sinne einer Politik des Schnittstellenmanagements – dazu beitragen, die segmentierte und fragmentierte Landschaft der deutschen Sozialpolitik auf eine kooperative Logik der sozialpolitischen Wirksamkeit festzulegen. Das wird man vermutlich nicht alleine durch die Kraft des guten Arguments erreichen, sondern eher durch politische Vorgaben und positive Anreize, nötigenfalls auch durch Sanktionen. Denn ohne deutliche Fortschritte in der Kooperation der Ebenen, Institutionen und Akteur/innen werden viele Ressourcen verschwendet und Prozesse blockiert.

Die haupt- und ehrenamtlichen Akteur/innen des Sozialstaates sind die zentralen Träger vorsorgender Sozialpolitik

Es zeigt sich: Netzwerke sind voraussetzungsvoll. Wichtigste Voraussetzung ist, dass das in ihnen agierende Personal für die Bedeutung der Netzwerkarbeit sensibilisiert und für das erforderliche Schnittstellenmanagement qualifiziert ist. Deshalb müssen die Arbeitsbedingungen für die Akteur/innen der Sozialpolitik verbessert werden. Denn sie sind die Hoffnungsträger/innen dafür, dass die vorsorgende Sozialpolitik gelingt. Zu ihnen gehören sowohl die hauptamtlichen Erzieher/innen, Altenpfleger/innen, Sozialpädagogen/innen, Lehrer/innen etc. als auch die vielen ehrenamtlichen Kräfte. Sie alle sind nicht einfach da, sondern auch ihre Rolle und Bedeutung muss politisch flankiert werden. Dazu gehören die Wertschätzung und Anerkennung ihrer Leistungen. Man kann von ihnen nicht erwarten, dass sie für die Gesellschaft die „Kohlen aus dem Feuer holen“ und sie nebenbei als „faule Säcke“ beschimpfen. Vielmehr geht es darum, sie dazu zu befähigen, die verlässlichen und reformfreudigen Träger/innen des Vorsorgenden Sozialstaates zu werden.

Angesichts der zuweilen schweren Arbeitsbedingungen und der – gemessen an ihrer bedeutsamen gesellschaftlichen Aufgabe – wenig attraktiven Bezahlung in einzelnen Berufen sind besondere Anstrengungen notwendig. Dabei geht es sowohl darum, für bestimmte Gruppen, wie Erzieher/innen und Altenpfleger/innen, eine bessere Bezahlung durchzusetzen, als auch um professionellere und bessere Arbeitsbedingungen. Sonst wird angesichts des bereits jetzt greifbaren Fachkräftemangels die Gesellschaft das Nachsehen haben. Denn dann suchen sich die für diese Berufe durchaus motivierten Menschen andere Jobs, die ihnen bessere Arbeitsbedingungen bieten. Der Dienst am Menschen ist kein Feld für Billiglohnpolitik und Schwarzarbeit. Der Reformstau, der die Aufwertung der sozialen Berufe noch behindert, ist sowohl „oben“, also auf Seiten der Politik und der Arbeitgeber/innen zu lokalisieren, als auch „unten“. Denn die Betroffenen sind teilweise nicht hinreichend gut organisiert, um ihre Interessen öffentlich wahrnehmbar in die Waagschale zu werfen. Der Reformstau von „oben“ und „unten“ muss aufgelöst werden. Wir brauchen ein öffentliches Programm zur Förderung der sozialen Berufe. In diesem Bündnis müssen öffentliche Hand, Arbeitgeber/innen, Tarifpartner/innen, die Wohlfahrtsverbände, Kirchen und kirchliche Träger/innen an einen Tisch.

Netzwerke und Akteur/innen stärken – zentrale Strategien eines Vorsorgenden Sozialstaates

Fassen wir zusammen: Es sind zwei zentrale Strategien, die es umzusetzen gilt und die in der öffentlich-politischen Debatte bisher vernachlässigt werden: Erstens müssen Institutionen wie Schulen, Jugendämter und Vereine wieder zielgenauere Antworten in Bezug auf die veränderten Lebenslagen der Menschen geben. Netzwerke sollen dabei aktive Verbindungen zwischen Institutionen und Familien knüpfen und eine umfassende individuelle Förderung ermöglichen, die so früh wie möglich beginnt und über den Lebensverlauf hinweg verlässlich begleitet. Zweitens müssen die haupt- und ehrenamtlich Engagierten gestärkt und für die Netzwerkarbeit qualifiziert werden. Lehrer/innen, Sozialarbeiter/innen, Altenpfleger/innen, Hebammen oder Übungsleiter/innen sind die tragenden Akteur/innen einer wirksamen vorsorgenden Sozialpolitik. Diese befähigt die Menschen zu einem selbstbestimmten Leben, schafft die Voraussetzungen für die Teilhabe an Arbeitswelt beziehungsweise Gesellschaft und wirkt so Exklusionstendenzen entgegen. Sie mindert die Abstiegsängste der Mittelschicht und erhöht stattdessen die Chancen auf sozialen Aufstieg. Vorsorgende Sozialpolitik bildet damit das beste Rezept gegen die Ausgrenzung und Abwertung vermeintlich Leistungsschwacher, das die Sozialstaatsdebatte zu bieten hat.

Literatur:

Wolfgang Schroeder, *Vorsorge und Inklusion. Wie kommen Sozialpolitik und Gesellschaft zusammen?*, Berlin 2012



Angst vor dem Super-Gau.

Der Mitte gehen die Messer in
den Taschen auf



Franz Walter

Eine Frage der Klasse? Deutschlands Mitte zwischen Abstiegsangst und dem Tritt nach unten

Zum Ende der Großen Koalition war oft zu lesen, dass die Mitte in Deutschland schrumpfen würde¹, dass sie vom Abstieg bedroht sei, mit Abwertung und Distinktion nach unten zu reagieren pflege. Studien des Göttinger Instituts für Demokratieforschung aus den letzten Jahren können das in guten Teilen bestätigen, müssen das in anderen Teilen allerdings zumindest relativieren.² Zunächst: Zur Mitte zählen wir hier und im Folgenden Personen, die mittlere bis höhere Bildungszertifikate erworben haben, die in selbständigen bzw. dienstleistenden Berufen tätig sind, in denen ein erkennbar großer Anteil an autonomen Dispositionsmöglichkeiten typisch ist. Wer zur Mitte gehört, verfügt über tragfähige soziale Netzwerke und materielle Reserven, um in schwierigen Wirtschaftslagen oder bei biografischen Brüchen erfolgreich Kontinuität im Wandel zu zeigen. Diese Mitte kann dabei auf ein Set von normativen Orientierungsmustern zurückgreifen, die Halt geben, Richtung weisen und assoziierend wirken. Meritokratische Einstellungen sind nahezu dominant; man möchte an Leistungen gemessen und gesellschaftlich platziert werden. In ökonomisch prosperierenden Zeiten hat die Mitte die nächsten Aufstiegssprossen fest im Visier; in Zeiten wirtschaftlicher Stagnation oder Depression bekommt die Statussicherung höchste Priorität.

Bemerkenswert scheint das beträchtliche Zutrauen der Mitte in die eigenen Fähigkeiten. Sie präsentiert sich verblüffend zäh als krisenerprobte und krisengestählte Kraft. Sie bekommt ihr Leben durchaus in den Griff, trifft Vorsorgen, lernt dort hinzu, wo es nötig ist, verändert sich dann, wenn Stagnation zur Gefahr werden könnte, schöpft währenddessen die nötige Kraft aus dem familiären Gefüge. Die Familie bildet somit wie eh und je den Nukleus aller Mitte-Mentalität im Mitte-Alltag. Exakt hier aber keimen auch die Hauptsorgen der Mitte-Eltern: Sie fürchten weniger den eigenen Abstieg; aber sie sind pessimistisch, was die Zukunft ihrer Kinder angeht.

ikikomori in der jungen Männer-Mitte

Das gilt insbesondere für die Söhne Anfang 20. Dort herrscht vielfach geradezu eine Paranoia des Scheiterns. Diese Frucht bezieht sich nicht allein auf die Berufsperspektive, sondern in erheblichem Maße ebenfalls auf das Verhältnis zu den gleichaltrigen Frauen. Die 20-jährigen Männer tragen nach wie vor am Anspruch, künftig als Haupternährer der Familie zu agieren, Karriere machen, in einer unsentimentalen Leistungsgesellschaft sich mit Härte durchzusetzen zu müssen. Zugleich aber wissen sie, dass ihre (potenziellen) Partnerinnen zudem andere Eigenschaften und Verhaltensweisen von ihnen

¹ Etwa Michael Sauga und Benjamin Triebe, „Deutschlands Mitte schrumpft dramatisch“, in: *Spiegel Online*, 3.3. 2008 (<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,539083,00.html>, abgerufen am 28.3.2012).

² Vgl. etwa Stine Marg, „Die ‚Mediokren‘ und ihr Verhältnis zur Politik“, in: Alexander Hensel, Daniela Kallinich, Katharina Rahlf, *Parteien, Demokratie und gesellschaftliche Kritik*, Stuttgart 2011, S. 170 ff.

verlangen. So sollen sie später die Familie nicht dem Beruf unterordnen, sollen natürlich zu gleichen Teilen wie die Frau am Haushalt mitwirken, sollen sich gleichverantwortlich um die Erziehung der Kinder kümmern, haben einfühlsame Problemversther und aufmerksame Zuhörer zu sein.

Den 20-jährigen Männern bereiten die disparaten Rollenanforderungen erkennbar die größten Probleme. Denn schließlich: Ein bisschen haben sie auch weiterhin Machos, vorpreschend und tough zu sein, nach überlieferter Art auf die Jagd um die Beute zu gehen; doch sollen sie ebenso Zartheit zeigen, Empathie beweisen, dabei aber nicht zu sehr in die Betroffenheitsattitüde des „Müslisofities“ verfallen. Man(n) hat als Ass im unerbittlichen Wettbewerb der Karrieren den Rivalen rüde aus dem Feld zu schlagen, zugleich aber auch als Vorbild am Wickeltisch sowie bei den Kindern als fantasievoller Erzähler von Märchen zu überzeugen. Und selbst wenn sie all diese Rollen virtuos miteinander kombinieren, könnten sie – so die tiefsitzende Grundbesorgnis der 20-jährigen Männer – am Ende dann doch von ihrer (künftigen) Partnerin die Koffer in die Hand gedrückt bekommen.

Junge Männer haben infolgedessen nicht mehr den Eindruck, dass sie die souveränen Autoren ihrer eigenen Biografie sind. Andere, so empfinden sie es bedrückt, schreiben und definieren ihnen ihre Rolle für das Drehbuch des Lebens. Etliche junge Männer ziehen sich im Zuge dieser Entwicklung mutlos und ängstlich aus den öffentlichen Prozessen zurück. In Japan wird dieses Phänomen des jung-männlichen Eskapismus als „Hikikomori“ bezeichnet.³ Dort wird es mittlerweile als besorgniserregende Pathologie entstrukturierter Gesellschaften behandelt, in denen individuelle Fehlentscheidungen nicht mehr durch traditionsgestiftete Vergemeinschaftungen und Loyalitäten aufgefangen und in ihren Folgen abgemildert werden, was gerade jungen Männern, die untergründig noch die klassischen Bilder und verantwortungsschweren Leiterwartungen in sich tragen, schwer zu schaffen macht. „Groß ist derzeit die Gefahr, dass Männer angesichts der Ambivalenzen und Risiken in Passivität verharren oder in Larmoyanz versinken.“⁴

Die Einschlüge kommen näher

Aber auch aus der Perspektive der älteren Mitte-Kohorten ist das Leben unaufhörlich komplizierter geworden, hat viel an Bewältigungsenergien abverlangt, nicht zuletzt eben auf Grund der dominanten Sorge über die Zukunft des verunsicherten eigenen Nachwuchses. Dabei: Zwar ist die Mitte heute für Ganztagschulen, schätzt vorschulische

3 Florian Coulmas, „Die Unfähigkeit allein zu bestehen – Hikikomori – der pathologische Rückzug junger Menschen aus der alternden Gesellschaft“, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 29.06.2007.

4 Carsten Wippermann, Marc Callenbach, Katja Wippermann, *Männer: Rolle vorwärts, Rolle rückwärts? Identitäten und Verhalten von traditionellen, modernen und postmodernen Männern*, Opladen & Farmington Hills, MI 2009, S. 214 f.

Betreuungseinrichtungen und spricht sich für einen längeren Zeitraum gemeinsamen Lernens aus. Auch bilden der Stress in der Schule und an der Universität, selbst im Kindergarten, das G-8-Abitur, die neuen Studiengänge große, zentrale Themen für die Mitte. Doch einen neuen Mobilisierungsfaktor für Gesamtschulapologet/innen oder Entschleunigungspädagog/innen bildet die Mitte deshalb nicht. Wer ihr verspricht, den Druck aus der Schule zu nehmen, die Lerngeschwindigkeit zu drosseln, überhaupt sanftere Methoden im Unterricht einzuführen, darf mit aktiver Unterstützung keineswegs rechnen. Denn die Mitte-Eltern fürchten, dass ihre Kinder so fortan ins Hintertreffen geraten, dass sie im erbarmungslosen Wettkampf mit anderem Nachwuchs auch anderer Nationen unterliegen – und somit in der harten Konkurrenz um Chancen und Positionen für das gesamte weitere Leben auf der Strecke bleiben. Mitte-Eltern sind zwar aus allerlei pragmatischen Gründen – und weil die Rezeption der von ihnen aufmerksam verfolgten Pisa-Debatten dergleichen nahe legt – keine entschiedenen Befürworter/innen des überlieferten dreigliedrigen Schulsystems, aber zu groß darf der Anteil von Kindern aus schwierigen sozialen Verhältnissen in den Klassenräumen der eigenen Sprösslinge auch nicht sein. Sonst würde die Mitte nach wie vor auf die Barrikaden gehen. In der Sorge um die Lebensperspektive ihrer Kinder reagiert die Mitte weiterhin elementar, wenn es denn sein muss: militant.

Zu ganz ähnlichen Erkenntnissen kommt auch die derzeit in Frankreich mit großem Schwung geführte Debatte über die *classes moyennes*. Der Think Tank fondapol stellte mit seinen Studien fest, dass die Mittelschichten von der Sorge getrieben seien, dass den Unterschichten durch Transferleistungen zu sehr geholfen werde und so ein Konkurrent im Kampf um die sozialen Ränge mit Mitteln gefördert werde, die vom gesellschaftlichen Zentrum erbracht werden müssen.⁵ Dies sei, so der Politik-Professor und Generalsekretär von fondapol, ein schier „unerträglicher Gedanke“ für die Mittelschichten. Ihm sekundiert Jérôme Fourquet vom renommierten Meinungsforschungsinstitut IFOP, der konstatiert, dass die Mittelschicht am meisten den Umstand fürchte, „von unten eingeholt zu werden und nicht mehr aufsteigen zu können, obwohl die Menschen das Gefühl besitzen, alles dafür gegeben zu haben, um da anzukommen, wo sie jetzt sind.“⁶ Für die Mitte, so die Bilanz des viel diskutierten Buchs *Les nouvelles classes moyennes* von Dominique Goux und Eric Maurin, zählen als Mittel der Statussicherung, des Aufstiegs und der Abgrenzung nach unten im Kern zwei Lebensbereiche: erstens die Bildung und zweitens den Wohnraum. Die Schule hat den entscheidenden Ort für die Karrierechancen des eignen Nachwuchses eingenommen. Da dieser, im Unterschied zu den Kindern der Oberschicht nicht über hinreichend finanzielles Kapital verfügt, ist der schulische Erfolg zum Ausgleich der materiellen Ressourcenschwäche

5 Vgl. hierzu die Internetseite <http://www.fondapol.org/category/sondages/classes-moyennes-sondage> (abgerufen am 28.3.2012).

6 (Etwas frei) zit. nach „La Bataille de classes moyennes est engagée“, in: *le Figaro*, 29.2. 2012.

unabdingbar. Und über ihren oft mühselig erworbenen Wohnbesitz in arrivierten Mitte-Quartieren verteidigt sich diese Klasse, koste es was es wolle, gegen Eindringlinge von unten. Wohnraum und Adresse sind wesentliche Ausweise dafür, nicht unten angesiedelt zu sein, sondern in einer Umgebung mit seinesgleichen homogene Sozialisationsnormen und Lebensweise abzusichern.⁷

Zurück nach Deutschland: Das gesellschaftliche „Unten“ war in den letzten vier Jahren der finanzkapitalistischen Einbrüche und Sanierungsaktionen nicht der Negativadressat Nr. 1 der Mitte-Wut. Zuvor konnte man es noch anders erleben. Invektiven gegen „arbeits scheues Gesindel“, das dem Steuerzahler auf der Tasche läge, waren in der Mitte wohlfeil.⁸ Doch mit solchen hochfahrenden Vorwürfen ist man vorsichtiger geworden. Die Attacken von Guido Westerwelle Anfang 2010 („spätromische Dakaden“) waren hier, wo zweifelsohne die Zielgruppe des damaligen FDP-Chefs zu lokalisieren war, bezeichnenderweise ohne wirksame Resonanz oder deutlichen Zuspriech geblieben.⁹ Die Mitte hat gegenwärtig nicht den Eindruck, dass Ansprüche von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und auch Arbeitslosen die sozialen Systeme und das finanzielle Gerüst der kapitalistischen Demokratien in Gefahr gebracht haben. Und mindestens ebenso wichtig: In der Mitte wächst die Bangigkeit, dass die eigenen Kinder es beruflich nicht schaffen könnten, infolgedessen nach unten fallen mögen, am Ende gar von sozialen Transfers leben müssen. Das wäre der Super-Gau für die strebsame Mitte, für die ein Scheitern auf dem Gymnasium oder an der Hochschule als schlimme Blamage gilt, die man im eigenen Umfeld möglichst nicht offenbart. Infolgedessen schwadroniert die Mitte nun nicht mehr ungehemmt über „Sozialschmarotzer“, da man unerschrocken spürt, dass das einst so ferne Stigma näher und näher kommt, peu à peu in die lange so sicher erscheinende familiäre Wagenburg einzudringen droht.

Der Gegner der Mitte siedelt derzeit vermehrt oben in der gesellschaftlichen Hierarchie. Mittig im Sinne von maßvoll, konservativ und vorsichtig ist die reale Mitte des Jahres 2012 nicht mehr, jedenfalls soweit die Rede auf Konzernchefs, Banker, Finanzjongleure etc. kommt. Bei diesen Themen argumentiert ein Großteil der Mitte inzwischen radikaler als die Gabriel-SPD. Die Verstaatlichungslosung ist für die Mitte längst kein Tabu mehr. Hier will man nicht mehr akzeptieren, dass Gewinne privatisiert, Verluste der Unternehmen hingegen sozialisiert werden. Und die Majorität der Mitte tritt für ordentliche Mindestlöhne ein, geißelt das Prinzip der Leih- und Zeitarbeit. Gerade diejenigen in der Mitte, die älter als 45 sind, hadern mit den „Sozialreformen“ der letzten Jahre. Sie erkennen darin nicht mehr die Rason ihres bisherigen Lebens, das Grundgesetz der Sozialpartnerschaft, das Versprechen der

8 Etwa Clemens Wemhoff, Melkvieh Mittelschicht, *Wie die Politik die Bürger plündert*, München 2009; Marc Beise, *Die Ausplünderung der Mittelschicht: Alternativen zur aktuellen Politik*, München 2009.

9 Siehe hierzu Franz Walter, *Gelb oder Grün, Kleine Parteiengeschichte der besserverdienenden Mitte in Deutschland*, Bielefeld 2010, S. 63 ff.

bundesdeutschen Republik von Fairness, Anstand, Verlässlichkeit, Menschlichkeit. Sie fühlen sich abgewertet.

Der ältere Teil der Mitte hat mehr und mehr das Gefühl, dass es nicht mehr seine Gesellschaft ist, in die er seit den Schröder-Jahren hineingeführt wurde. Dass Ersparnisse durch die Hartz-Gesetzgebung in Gefahr gerieten, hat diesen Teil der Mitte ins Mark getroffen. Ihr wachsender Eindruck: Viele Kriterien gelten nicht mehr, bewährte Routinen und ordnende Muster haben ihre Gültigkeit verloren, die Zukunftstrecken in den Biografien wirken unkalkulierbarer als in früheren Jahren. Und aus dieser durch Unsicherheit geprägten Gefühlslage wachsen Frustrationen, Unmut, Abwertungsreaktionen gegenüber oben und unten.¹⁰

Dabei haben die jederzeit adaptionsbereiten und adaptionsfähigen Mitte-Bürger/innen in den letzten Jahren in ihr Leben integriert, was die meinungsführenden Eliten ihnen gepredigt haben: Sie haben zweite und dritte Sprachen gelernt, haben sich die neuen Kommunikationstechniken im raschen Wandel angeeignet, haben Fortbildungskurse besucht, haben die Arbeitszeit gedehnt und in die früher freie Zeit des Feierabends und des Urlaubs hinein verlagert. Doch hat die bürgerliche Mitte das Gefühl, dass all die ihr abverlangten Anpassungsleistungen wenig prämiert wurden. Sie sehen sich als die genuinen Verlierer im gesellschaftlichen Gefüge und bei den Sozialstaatskorrekturen, bei den Beschneidungen der Pendlerpauschalen, Eigenheimzulagen, anfangs auch in der Gefahr des raschen Absturzes in das Arbeitslosengeld II, dass sie, die notorisch Fleißigen, mit Stadstreichern und ähnlichen zwielichten Gestalten zusammenwürfelt.

Die Familien der gesellschaftlichen Mitte sind während der letzten Jahre bis hart an die Grenze ihrer Belastungsfähigkeit gedrängt worden. Das Förderungs- und Belohnungssystem für die Zukunftsinvestitionen in den eigenen Nachwuchs zehren an den materiellen und psychischen Ressourcen. Klavier- und Ballettunterricht kosten, die Nachhilfe ebenfalls, die Reitstunde und der Sprachaufenthalt in England erst recht. Das alles erfordert berufliche Anspannung beider Elternteile und mindert so bei ihnen die Zeit für Aufsicht und Erziehung der Kinder, was dann durch außerfamiliäre Betreuungspersonen und -einrichtungen kompensiert werden muss. Auch das ist mit hohen Kosten verbunden – und es verschafft den Eltern der sozialen Mitte zugleich ein chronisch schlechtes Gewissen, den Lernprozess ihrer Kinder nicht ausreichend individuell begleitet zu haben.

Dabei hat die Mitte den Eindruck, dass ihr Einsatz weitaus zu wenig gewürdigt wird. Der Groll darüber erfolgt nicht laut und elaboriert, aber er existiert ganz unverkennbar. In der Mitte ist der Traum von der Karriere regelmäßig präsent. Doch sind die Aufstiegskanäle durch den Vorsprung der gleichaltrigen Abiturient/innen/Universitätsabsolvent/innen in den Zeiten der Wissensgesellschaft weitgehend verstopft. Der Rutsch

10 Hierzu auch Franz Walter, „Neue Panik in der Mitte“, in: *Internationale Politik* 63.2008, Heft 6, S. 92 ff.

nach unten ist realistischer als der Sprung nach oben. Mitte-Menschen haben das in den letzten Jahren hochsensibel wahrgenommen, fürchten um den Erhalt dessen, was im Mittelpunkt ihres Lebensplans steht: Eben Ansehen im Beruf und in Freundeskreisen, eine stabile Familie, ein sicheres Einkommen, ein eigenes Haus, schließlich Kinder, die – so galt es über Jahrzehnte als festes Ziel kontinuierlicher Familienbiografien – es einmal noch ein Stückchen besser als man selbst haben sollen. Nun ist man froh, wenn der Nachwuchs den Staus erhalten kann, den man so mühevoll errungen hat.

Der Mitte gehen die Messer in den Taschen auf

Und daher stellt sich weiterhin beziehungsweise nun erst recht die gewiss zentrale Zukunftsfrage, ob Mitte und Mehrheit in den modernen Demokratien des 21. Jahrhunderts zur Solidarität und Sozialstaatlichkeit fähig und willens sind. Nicht wenige Auguren äußern jedenfalls beträchtliche Skepsis. Und viele verbinden das mit einem düsteren Ausblick auf die nächsten Jahrzehnte. Angesichts des Anstiegs von Ungleichheit und Ungerechtigkeit gebe es in den nächsten Jahrzehnten unzweifelhaft einen wachsenden Bedarf an Solidarität, statt einer Zunahme von Abwertung und Desintegration. Aber während die Nachfrage nach Solidarität zugenommen habe, seien die tragenden Bedingungen solidarischer Zusammenschlüsse und Aktionen zuletzt erheblich erodiert – abgeschmolzen „wie Gletscher in den Zeiten globaler Erwärmung“, so der Politologe Herfried Münkler von der Berliner Humboldt-Universität.¹¹

Denn schließlich: Solidarität ist enorm voraussetzungsreich. Sie ist die Moral von Gruppen mit ähnlichen Interessen, oft einer gemeinsam erlebten Geschichte. Solidarität braucht Nähe. Daher ist Solidarität als universalistische Norm kaum zu realisieren. Altruistische Motive reichen nicht. Hinzukommen müssen gemeinsame soziale Interessen, auch der Druck von außen, durch den die einzelnen Individuen erst zusammengefügt werden. Nichts davon vollzieht sich automatisch, gleichsam als Reaktion auf den stummen Zwang von Verhältnissen. Aus einem objektiven Sein wird ein wünschenswertes Sollen erst durch Orientierungs- und Interpretationskonzepte.

Jedenfalls: Mitte und Mehrheit sind keineswegs per se solidarisch. Dazu hat gerade die tiefe soziale Spaltung der Arbeitnehmer/innenschaft seit den 1970er-Jahren in In- und Outsider am Arbeitsmarkt beigetragen, ja: die Grundlagen von Solidarität und Sozialstaatlichkeit erheblich belastet.¹² Solidarität im Wohlfahrtsstaat beruht also auf Wechselseitigkeit: Die einen gaben den bedrängten anderen, wenn sie erwarten

11 Herfried Münkler, „Enzyklopädie der Ideen der Zukunft: Solidarität“, in: Jens Beckert u. a. (Hg.), *Transnationale Solidarität. Chancen und Grenzen*, Frankfurt am Main 2004 S. 15ff, hier S. 16.

12 Siehe David Rueda, „Spaltung der Sozialdemokratie in Insider und Outsider. Beschäftigungsförderung und Großbritanniens ‚Third Way‘“, in: *Berliner Debatte Initial* 17.2006 H.1/2, S. 199 ff.

13 Vgl. hierzu ebenfalls Kurt Bayertz, „Begriff und Problem der Solidarität“, in: ders. (Hg.), *Solidarität. Begriff und Problem*, Frankfurt am Main 1998, S. 11 ff.

durften, später in einer für sie kritischen Situation vergleichbare Hilfe zurückzuerhalten.¹³ Solidarität bedeutet nicht Mildtätigkeit, sondern eine Unterstützungs- und Austauschbeziehung von im Grunde gleichstarken Gruppen beziehungsweise Individuen. Nur deshalb lässt sich Solidarität organisatorisch verstetigen, in wohlfahrtsstaatliche Systeme institutionalisieren. Bis in die 1970er Jahre funktionierte das industriegesellschaftliche Gemeinwesen auf diese Weise, so dass Solidarität auch gelingen konnte. Seither aber hat sich in den Brachen der überkommenen industriellen Räume eine Schicht von „Überflüssigen“, „Entbehrlichen“ und „Verlorenen“, von Heerscharen der Hartz-IV-Lebensbereiche entwickelt und sodann verfestigt, die nicht zurückgeben können, was ihnen über den Sozialstaat, also über die Abgaben und Steuerzahlungen insbesondere der Mittelklassen, zugeleitet wird. Das aber stellt das Grundgesetz der Solidarität in Frage. „Den Leuten gehen die Messer in den Taschen auf,“ so der Soziologe Heinz Bude, „wenn jemand Geld“ einstecke, „ohne etwas dafür getan zu haben.“¹⁴

Mitte-Menschen fürchten um den Erhalt dessen, was seit jeher im Mittelpunkt ihres Lebens- und Aufstiegsplanplans stand. So nehmen in der Mitte auch wirtschaftsprotektionistische Neigungen zu; man erwartet vom Staat den Schutz des nationalen Arbeitsmarkts. Auch Mindestlöhne, ein frühes Renteneintrittsalter, eine Bürgerversicherung für den Gesundheitssektor finden in der Mitte mehrheitlich Zuspruch. Die Ergebnisse der Sozialforschung belegen das unzweifelhaft. Doch deswegen ist die gesellschaftliche Mitte nicht unmittelbar „solidarisch“ oder gar „links“. Die Mindeststandards bilden im Angstraum der Mitte das potenzielle Auffangnetz beim befürchteten Fall aus der Sicherheit. Aber zugleich sind die Aggressionen in der Mitte gegen „fremdartige“ Randgruppen gestiegen. Für kostenträchtige Integrationsprojekte zugunsten von Migrantinnen und Migranten wird man in der Mitte auch nicht mehr allzu viel Applaus ernten und auf Finanzierungsbereitschaft stoßen. Die mentale Distanz zu Ausländerinnen und Ausländern etwa ist gerade im Zentrum der Gesellschaft signifikant gewachsen. Die Sarrazin-Zustimmung fand hier ihren Humus.¹⁵

Bezeichnend ist sicher auch, dass sich die soziale Mitte bildungs- und schulpolitisch keineswegs für das Modell erweiterter Chancen auch für Kinder des „sozialen Unten“ ins Zeug legt. Dabei: Viele Mittezugehörige zählen selbst zu Gewinnern der ersten Bildungsreform in den 1960er-/70er-Jahren. Doch gerade weil sie seinerzeit den Aufstieg von unten in die Mitte geschafft haben, gerade darum besitzen sie nun – ganz wie schon in früheren Jahrzehnten die etablierten Mittel- und Oberschichten – kein Interesse an weiteren Emanzipationsschüben von unten, da dies für sie zusätzliche Konkurrenz, auch die Entwertung der eigenen, mühselig erworbenen Bildungsabschlüsse und Statuspositionen bedeuten musste. Soziolog/innen pflegen einen solchen Vorgang

14 Heinz Bude, „Eine Frage der Weltsicht“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 14.9.2009.

15 Thilo Sarrazin, *Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen*, München 2010.

als „soziale Schließung“ zu bezeichnen. Generell gilt: In der gegenwärtigen Druck- wie Konkurrenzsituation grenzen sich die verschiedenen Elternmilieus schroff voneinander ab, verhindern, dass ihre Kinder mit dem Nachwuchs der jeweils unter ihnen verorteten Schichten in Kontakt geraten. Das klassische Bildungsbürgertum achtet neuerdings mehr als in den vergangenen drei Jahrzehnten darauf, dass ihre Sprösslinge nicht mit den „Parvenüs“ aus dem Mittelstand ihre Freizeit verbringen. Und die kleinbürgerliche Mitte unterbindet entschlossen Begegnungen mit Familien aus der „Underclass“, da sie dort kulturelle Verwahrlosung, haltlosen Konsumismus, unheilstiftende Disziplinlosigkeiten wittern. Man mag das eine Abwertungsspirale nach unten nennen. Sicher ist jedenfalls nicht, dass die Mitte ganz selbstverständlich das Maß vielfach erstrebter und vorwiegend ihr gutgeschriebenen Dinge – Harmonie, Ausgleich, Vernunft – verkörpert und vorlebt.¹⁶

¹⁶ Zur Mitte aus Perspektive der Milieuanalyse auch und sehr differenziert Carsten Wippermann, *Milieus in Bewegung, Werte, Sinn, Religion und Ästhetik in Deutschland*, Würzburg 2011, S. 28 ff.

Warum Islamfeindlichkeit? >>

Hilal Sezgin

Es ist schon ein Fortschritt, dass man, anders als noch vor fünf Jahren, inzwischen von Islamfeindlichkeit sprechen kann, ohne gleich einer Verschwörungstheorie oder einer angeblich typisch muslimischen „Überempfindlichkeit“ beschuldigt zu werden. Dieser Fortschritt im öffentlichen Diskurs wurde allerdings nur durch einen gewaltigen gesellschaftlichen Rückschritt erkaufte, nämlich einen deutlichen Anstieg islamfeindlicher Worte und Taten. Islamfeindliche Einstellungen (insbesondere Vorurteile zu Frauenunterdrückung und Demokratieinkompatibilität) sind laut sämtlichen empirischen Untersuchungen der letzten zehn Jahre in der deutschen Mehrheitsbevölkerung weit verbreitet. Und zu den „üblichen“ fremdenfeindlichen Delikten hat sich, neben die weiterhin bestehenden antisemitischen Friedhofsschändungen, längst ein weiteres, spezifisch antiislamisches Muster von Handlungen gesellt: Brandsätze auf Moscheen, Schweineblut und Schweineköpfe vor Moscheen etc.

Natürlich sollte man nicht davon ausgehen, dass diese einzelnen Motivstränge innerhalb der Vorstellungswelten der Täter/innen oder Normalbürger/innen säuberlich getrennt sind. Vielmehr scheint die allgemeine Ausländerfeindlichkeit, Fremdenfeindlichkeit oder auch gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sich im öffentlichen Diskurs vor allem eines bestimmten Musters zu bedienen, d.h. unter dem Stichwort „Islam“ zu versammeln; tatsächlich ist unsere Gesellschaft indes in vielerlei Hinsicht fremden- oder menschenfeindlich, und es stehen nicht spezifische Fragen zum Islam, sondern viel grundsätzlichere wie die offene Gesellschaft insgesamt zur Debatte.

Kein Rauch ohne Feuer, sagt man gerne, und so wurde wiederholt die (leicht suggestive) Frage gestellt, warum nun ausgerechnet der Islam die geballte Ladung öffentlicher Skepsis abbekomme. So fragte – als einer unter vielen – *Der Spiegel* im März 2011: „Niemand beschäftigt sich mit der Frage: Warum hat Sarrazin Erfolg? Warum ist ausgerechnet sein Bild von den Muslimen das Bild, das Millionen Deutsche mit dem Islam verbinden? Wie konnte das passieren? Diese Katastrophe?“

Nun, die eine Antwort auf die Frage nach dem Erfolg Sarrazins ist sicherlich, dass es der Verbreitung eines Buchs schon ungemein hilft, wenn Deutschlands bedeutendstes Nachrichtenmagazin einen fünfseitigen Vorabdruck bringt und diesen zum Gegenstand einer wochenlangen Debatte macht. Die „Katastrophe“ wurde mit vorbereitet – von beinahe sämtlichen Medien, auch Qualitätsmedien, dieses Landes, und mit begleitendem Feuer aus allen öffentlich-rechtlichen Kanälen. Islamfeindlichkeit ist kein Phänomen, das spontan aus „Volkes Mitte“ erwuchs, sondern eher ein Effekt ausgerechnet der bürgerlichen Öffentlichkeit, die doch eigentlich dem Abwägen, Installieren und Bestätigen universalistischer demokratischer Normen zugeordnet ist.

Dabei will der Begriff Islamfeindlichkeit wie gesagt nicht suggerieren, dass mit den Ressentiments gegen Muslim/innen – oder einfach Menschen mit arabischen, türkischen oder persischen Namen – eine völlig neue Form der Diskriminierung auf den Plan getreten sei. Nein, im Gegenteil: Die Islamfeindlichkeit ist nur eine Form von etwas, das man allgemein Fremdenfeindlichkeit, Ausländerfeindlichkeit oder Rassismus

Eine Frage der Klasse? Deutschlands Mitte zwischen Abstiegsangst und dem Tritt nach unten

nennen könnte. Es handelt sich um einen altbekannten sozialen Mechanismus, bei dem bestimmte Gruppen von Menschen herausgedeutet, als „Andere“ klassifiziert und mit wiederkehrenden negativen Attributen belegt werden, bis ein fester Assoziationskontext geschaffen ist, der über gewisse Schlüsselworte und Ikonografien sämtlichen Mitgliedern einer Gesellschaft vertraut und abrufbar ist. Zu den Schlüsselwörtern gehören natürlich „Frauenunterdrückung“ und „Terrorismus“, und zur Ikonografie der Kirchturm der Liebfrauenkirche in Mannheim (74 Meter) mitsamt dem Minarett der benachbarten Yavuz-Sultan-Selim-Moschee (35 Meter), die irgendwann einmal ein Fotograf unter vielen Verrenkungen derart zu fotografieren vollbracht hat, dass das Minarett den Turm zu überragen scheint.

Nun verhält sich ein Rassismus nicht exklusiv gegenüber anderen. Eine Gesellschaft, die verbal über Muslim/innen herfällt, kann gleichzeitig antisemitisch sein und geht auch mit afrikanischen Asylbewerber/innen (soweit sie überhaupt noch ins Land gelassen werden) nicht pfleglich um. Warum also steht in unseren öffentlichen Debatten ausgerechnet der Islam im Mittelpunkt, gleichsam als Auge eines Wirbelsturms, der das christliche Abendland zu verschlingen droht? Die einfachste Antwort würde natürlich lauten, es sei der 11. September 2001 gewesen, der mit seinem ganz realen Schrecken eine Welle der Angst vor Muslim/innen freigesetzt hätte, die sich dann ins Ressentiment gewandelt hätte. Doch wenn auch der 11. September sicher ein Beschleuniger und Verstärker für, neutral ausgedrückt, eine gewisse skeptische Haltung gegenüber dem Islam darstellt, gab es diese in Grundzügen schon vorher, wie Interviews mit Zeithistoriker/innen und Pädagog/innen, mit Moscheegemeinden und Expert/innen aus der „Ausländerarbeit“ zeigen. Bereits im Jahr 1993 erregte Samuel Huntington Aufsehen mit seiner – von ihm keineswegs kritisch gemeinten – These, nach dem Zusammenbruch des Eisernen Vorhangs würden sich neue Fronten etablieren. Als einer der möglichen Kontrahenten Europas und Nordamerikas wird hier der islamische Raum genannt.

Den sonderbaren Kulturbegriff sowie den global-kapitalistischen Freudeneruf Huntingtons beiseite lassend, kann man diese Behauptung durchaus kritisch aufgreifen und bestätigen: In der Tat scheint es sich um ein fast universelles menschliches Verfahren zu handeln, nach der jedes Gemeinwesen eines Gegenübers, jedes Eigene eines Fremden bedarf, indem es sich spiegeln, oder eher: vor dessen Negativfolie es erstrahlen kann. Sowohl in der klassischen soziologischen wie auch in der neueren poststrukturalistischen Literatur ist dieser Mechanismus hinreichend deutlich beschrieben.

Und dennoch: Lassen sich neben diesen „weichen“ sozialen Mechanismen noch „härtere“ Gründe benennen – ohne in alte vulgärmarxistische Muster zu verfallen, denen gemäß sich jedes soziale oder ideologische Phänomen auf eine einzige ökonomische Ursache zurückführen lässt? Falls es solche begleitenden Faktoren gibt, wird man sie jedenfalls schwer aus der Nahsicht erkennen. Schwer zu ergründen auch, wer oder was solche Mechanismen in Gang setzt und inwieweit gar einzelne oder kollektive Akteur/

innen absichtlich bestimmte Stimmungen fördern, um, wie wiederum vulgärmarxistisch immer so unbekümmert geschlussfolgert wurde, von ihnen „zu profitieren“. Wenn man jedoch in einer Art Gedankenexperiment versucht, in die Rolle zukünftiger Historiker/innen hineinzuschlüpfen, die die 1990er, 2000er- und möglicherweise 2010er-Jahre rückblickend betrachten, werden vermutlich Zusammenhänge auffallen. Ein/e Historiker/in des Jahres 2111 würde sicherlich betonen, dass unsere Jahrzehnte einen Zeitraum bildeten, in dem Europa und Nordamerika in ökonomischer und geostrategischer Hinsicht vor allem mit mehrheitlich islamischen Ländern rangen. Die Kriege, die unsere westlichen Länder führen, führen sie vor allem gegen islamische Staaten des vorderen und mittleren Asiens; die Energie-Ressourcen, vor deren Versiegen wir Angst haben, befinden sich in den Händen just solcher Gegner/innen.

Gleichzeitig ist Europa nicht allein ideell, sondern auch realpolitisch in eine Art Selbstbestätigung verstrickt, was die eigenen Grenzen angeht. Auch hier sind es muslimische Länder, die an Europas südliche Außengrenze stoßen. Seit Längerem hat sich Europa der Länder Nordafrikas und deren Diktaturen bedient, um sich mit ihrer Hilfe (und ihren menschenrechtlich mehr als zweifelhaften Methoden) Flüchtlinge aus dem mittleren und südlichen Afrika vom Leib zu halten. Wir sehen hier zwei unterschiedliche Funktionen des Fremden für das Eigene: Während im Falle von Ländern wie Irak und Afghanistan jeweils ein islamisches Land als Gegner und somit als das bedrohliche Fremde auftritt, muss im anderen Kontext der Flüchtlingsabwehr der südliche Mittelmeerraum, obwohl Verbündeter, schon allein daher fremd bleiben, weil andernfalls der schützende Ring um Europa in sich zusammen fiel. Wir sahen und sehen die tragischen Folgen dieser Politik in der zögernden Haltung, mit der Europa die arabischen Revolutionen nur halbherzig unterstütz(e). Im Falle der Türkei wiederum wird ein Land einerseits als dazugehöriger Partner, andererseits auch als Schutzschild auf dem Landweg der Flüchtlinge benötigt wird; dieser fast schon ironisch anmutende Konflikt hat zu eben der Patt-Situation geführt, in der die Frage der türkischen EU-Mitgliedschaft seit Jahren feststeckt.

Dass beiden außenpolitischen Phänomenen – also den handfesten militärischen Auseinandersetzungen mit einem „fremden“ Gegner einerseits und dem Bedarf an einem Saum verbündeter „Fremder“ andererseits – innenpolitisch das Anwachsen eines Feindbildes Islam entspricht, ist wenig erstaunlich. Dabei werden Menschen, die ja seit Jahren und Jahrzehnten inmitten dieses Landes leben, wiederum zu Fremden gemacht, wie die unbeirrbar Rede von „muslimischen“ Migrant/innen belegt, die tatsächlich zur Hälfte deutsche Staatsbürger/innen und zur anderen Hälfte fast komplett seit Langem hier ansässige Bevölkerungsmitglieder sind.

Doch noch einmal: Solche sozialen Phänomene sind nicht monokausal zu erklären, sondern geradezu überdeterminiert. Ebenso wie die außenpolitischen Motive gibt es innenpolitische, die das Anwachsen eines festgefügt Bildes vom Fremden im Inneren befördern. Sozialmisere, Bildungsmisere, drohender Notstand im Gesundheits-

system – es gibt einen gewaltigen Bedarf für die Politik zu handeln, und im Grunde weiß jede/r Bürger/in, dass dies auch für sie oder ihn Umdenken, Einbußen im Lebensstandard und zusätzliche Kosten bedeuten kann. Hier kommt die Mittelschicht mit ihren Abstiegs- und Zukunftsängsten ins Spiel, und nichts ist in solch einer Situation leichter, als eine/n Schuldige/n zu finden, die oder der hilft, die Probleme zu externalisieren. Auch hierfür muss diese/r Schuldige zunächst als uneigen, als fremd stigmatisiert werden, damit die Entlastungsfunktion voll greifen kann: „Die waren es! Die Muslime mit ihrem Integrationsunwillen, ihrem Koran und ihrem niedrigen IQ haben unseren Schnitt gesenkt.“ Die Muslim/innen übernehmen hier die Funktion einer „Unterschicht“, von der sich die, die sich darüber erheben wollen, als bildungsnah, demokratiebegeistert, geschlechteregalitär abgrenzen können (egal, wie bedeutend ihnen diese Attribute im Alltag sind und inwieweit sie tatsächlich auf sie zutreffen).

Dass sich ausgerechnet ein Buch wie das Sarrazins in solchen Stückzahlen verkaufen lässt, ist daher kein Wunder, sondern eher eine Art Ablasshandel in einer von diversen Krisen geschüttelten Zeit, ein Happen Zuckerwatte, der es den Käufer/innen leicht macht. Träumen können sie nun von einer Welt, oder zumindest einem Europa, in dem die Muslim/innen fort oder gar nicht erst gekommen sind und jedes blonde Kind ein hervorragendes Abitur ablegen und einen tollen Beruf ergreifen kann, während seine Eltern wohlversorgt und in Frieden altern.

Nur wird dies nicht passieren. Die Geschichte der Bundesrepublik und Europas ist unumkehrbar. Muslim/innen leben hier und werden bleiben, und „schlimmer“ noch: Verteilungsprobleme, Bildungsnot, soziale Ungerechtigkeiten existieren ja unabhängig von ihnen und bestehen so oder so weiter. Kein Islamhass kann dies ändern, nur kommen durch ihn noch soziale Spannungen zwischen den Bevölkerungsgruppen und verschärfter Brain Drain dazu. Es ist daher nicht nur aus der Sicht der von Rassismus Betroffenen, sondern auch in der Gesamtsicht auf Deutschland tragisch, wie hemmungslos und selbstmitleidig sich große Teile der Bevölkerung dem tröstenden Wahn hingeben, es seien „die Moslems“, deren Minarette den schönen deutschen Himmel zerkratzen.

Große Teile wännen dies, aber nicht alle. Der Rechtsruck unserer Gesellschaft wird ja nicht nur von deutschen Musliminnen und Muslimen bedauert, sondern auch von nicht-muslimischen, autochthonen Deutschen. Immer mehr von ihnen sind entsetzt, wohin dieses Land treibt, ihre Stimmen vermischen sich mit denen der muslimischen oder sonstwie „migrantisch“ angehauchten. Denn man muss der viel gescholtenen Mittelschicht zugute halten, dass auch sie höchst heterogen ist. Wenn ich einmal an meinen eigenen Bekanntenkreis denke und daran, wie dessen Mitglieder in den letzten Jahren auf „Islam“ und verwandte Topoi reagiert haben, stelle ich zum einen fest, dass sich einige latente, aber eben deutliche „Ausländerfeind/innen“ unter denen befunden haben, die ich früher für „links“, „liberal“ oder „progressiv“ gehalten hätte.

Das war schockierend. Ich konnte zum anderen glücklicherweise aber auch feststellen, dass bei vielen eine eher unsichere, ambivalente Haltung („Man muss immer

beide Seiten sehen“) jetzt, wo die Islam- und Ausländerfeindlichkeit immer manifeste zu Tage tritt, einer entschiedener ablehnenden Haltung gewichen ist. (Nichts gegen ambivalente, behutsame Haltungen an sich – ich spreche hier nur von der Haltung gegenüber Ausländerfeindlichkeit und kulturalistisch verbrämtem Rassismus.) Man denke beispielsweise an die Reaktionen auf die türkischstämmige Publizistin Necla Kelek, die vor einigen Jahren noch als irgendwie „interessante“ und vermeintlich authentische öffentliche Stimme von vielen unterschiedlichen Medien eingeladen wurde. Heute (und dies nicht erst seit Keleks Stellungnahme pro Sarrazin) ist die Streubreite ihrer Texte deutlich geschrumpft, denn die Mehrheit der Kolleginnen und Kollegen in Redaktionen hat inzwischen dazu gelernt, dass das Wort „Islamkritik“ eben nicht berechtigte inhaltliche Kritik an den Inhalten einer bestimmten Religion verspricht, sondern ein Euphemismus für die Wiederholung anti-orientalistischer Klischees ist.

Die Mittelschicht ist also lernfähig, sonst hätten die Projekte Bildung und Aufklärung ja auch keinen Sinne; dass diese allein natürlich keine Allheilmittel sind, versteht sich von selbst. Doch ich wage die doppelte Behauptung, dass unsere Gesellschaft in ihren Einstellungen und daher auch in den Chancen, die sie ihren Mitgliedern bietet, zwar massiv rassistischer geworden ist, dass aber gleichzeitig Licht am Horizont erkennbar ist. Mit „Chancen“ meine ich hier nicht nur Bildungs- und Berufschancen, Chancen auf gutes, selbstbestimmtes Wohnen, sondern auch Teilhabe an gleich guter gesundheitlicher Versorgung (die Diskriminierung im Gesundheitssektor ist enorm), an Sicherheit (siehe NSU und Verfassungsschutz) wie auch das Recht, als die Person wahrgenommen zu werden, als die man/frau verstanden werden möchte (und nicht nur als Abziehbild einer sozialen Gruppe, „die mit dem Kopftuch“, „der vermutlich seine Frau schlägt“ etc.). In all diesen Punkten ist die Stimmung deutlich härter geworden. Der zweite Teil meiner Behauptung lautet demgegenüber allerdings, dass sich in den letzten zwei, drei Jahren doch auch eine breite Strömung von Bürgerinnen und Bürgern unterschiedlichster Herkunft und politischer Couleur gebildet hat, die diesen Rassismus als solchen erkennt, ablehnt und ihm auf Dauer die Stirn zu bieten bereit ist.

Inklusive Strategien statt Leistungsdruck. Der Beitrag der Gewerkschaften



Wolfgang
Uellenberg-van Dawen

Wer sich kritisch mit abwertenden Einstellungen der Mitte der Gesellschaft auseinandersetzen will, muss sich zuerst fragen, was denn diese Mitte ist. Ich könnte es mir als Gewerkschafter leicht machen und behaupten, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht zur Mitte, sondern eher zu den unteren Einkommensgruppen in dieser Gesellschaft gehörten, und dass die Milieus, die sie repräsentieren, wenig mit den Schichten und Milieus zu tun haben, bei denen abwertende Einstellungen und gruppenbezogene Vorurteile virulent sind. Die Konsequenz bestünde dann in einer geradlinigen Position der Aufklärung und Abgrenzung gegenüber denjenigen aus der Mitte, die diese Vorurteile und Abwertungen äußern, und eine klare Positionierung gegenüber den Abwertungen und Vorurteilen selbst.

Aber so einfach ist das nicht: Zum einen gehören Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sehr wohl zur Mitte, sie sind von der Zahl her die Mitte – was die Politik gerne vergisst, wenn sie um die Mitte kämpft und dabei an den Mittelstand denkt –, und sie bilden spätestens nach der Zeit des Wirtschaftswunders in den Fünfziger- und Sechzigerjahren der vorigen Jahrhunderts kein fest abgegrenztes soziales und durch Einstellungen und Wertvorstellungen gefestigtes Milieu mehr. Konkurrenz und Leistungsorientierung bestimmen auch das Selbstverständnis und die Wertvorstellungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Das ist nichts Negatives, wie die von den Gewerkschaften durchaus erfolgreich geführte Diskussion um den Wert der Arbeit zeigt – gute Arbeit soll leistungsgerecht und der jeweiligen Tätigkeit und Qualifikation angemessen entgolten werden. Mit dieser strategischen Initiative „Gute Arbeit“ wollen die Gewerkschaften gegenüber den Arbeitgebern wie der Politik deutlich machen, dass gut qualifizierte, angemessen entgoltene, zu menschenwürdigen Arbeitsbedingungen tätige Beschäftigte der Schlüssel zu guten Leistungen sind – sei es im privaten, sei es im öffentlichen Sektor.

Dieser hohe Wert der Arbeit und damit auch der Leistung legt es nahe, dort gruppenspezifische Ausgrenzungen zu vermuten, wo Menschen – aus welchen Gründen auch immer – diese Leistungen nicht erbringen. Gerade die Politik hat sich im Kampf um die Mitte solcher Vorurteile häufiger bedient: So bestand eine der wesentlichen Argumentationsfiguren der Rot-Grünen Agenda 2010 darin, der Arbeitslose und seine Familie dürften nicht mehr Sozialleistungen erhalten als der junge Facharbeiter oder die Beschäftigte im Handel. Diese so genannte Diskussion über das Lohnabstandsgebot sollte die mit den Hartz-Reformen intendierte Absenkung des Lohnniveaus, die weitere Deregulierung des Arbeitsmarktes (Minijobs, Leiharbeit, Ich AG) und Sanktionen gegen so genannte Arbeitsverweigerer (Stichwort „fordern und fördern“) legitimieren. Dass Union und FDP einen noch leistungsorientierteren Kurs forderten, der die sozial Schwächeren weiter ausgrenzt, und dass die heutige Bundesregierung bei der Reform der Kindergrundsicherung ein deutliches Zeichen für soziale Kälte setzt, macht die Legitimationsstrategie der Agenda 2010 nicht besser.

Dass die DGB-Gewerkschaften und allen voran die Gewerkschaft ver.di sich gegen die Agenda 2010 und die Hartz-Reformen positioniert haben, ist Zeugnis

für eine andere, inklusive Strategie im Umgang mit gruppenspezifischen Ausgrenzungen: Inklusion bedeutet hier, die gemeinsamen Interessen von Arbeit suchenden und Beschäftigten zu ermitteln und zu formulieren: das gemeinsame Interesse daran, dass nicht die schlechten Arbeitsbedingungen der einen die Arbeit der anderen gefährden.

Atypische Arbeitsverhältnisse wurden vor zehn Jahren den Beschäftigten mit dem Argument angedient, es träfe nur die Randbelegschaften – man müsse eben flexibler sein, um Arbeit zu bekommen. Heute sind nach neuesten Zahlen der Hans-Böckler-Stiftung fast 40 Prozent aller Erwerbstätigen prekär beschäftigt: 30 Prozent aller jungen Menschen werden nur befristet eingestellt, fast fünf Millionen Menschen sind in der Hauptbeschäftigung geringfügig entlohnt (Minijobs), mehr als acht Millionen sind Teilzeitbeschäftigte, eine knappe Million sind Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter und 2,8 Millionen Solo-Selbständige. Nicht jede atypische Beschäftigung ist eine prekäre, aber der weit überwiegende Teil – und dies trifft zum überwiegenden Teil Frauen. Aus dem Rand der Belegschaften wird zunehmend der Kern.

Diese von den Gewerkschaften in der Öffentlichkeit und in den Betrieben und Verwaltungen zunehmend kritisierte Entwicklung zeigt, dass die Ausgrenzung von Erwerbslosen und ihre Stigmatisierung als leistungsunwillig sich am Ende gegen die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer selbst wendet. Hinzu kommt, dass immer mehr Menschen nicht nur in den unteren, sondern auch in den mittleren und höheren Entgeltgruppen die Erfahrung von Arbeitslosigkeit machen und die Angst vor dem sozialen Absturz in Hartz IV kennen lernen. Eine inklusive Strategie, wie sie der DGB und seine Gewerkschaften verfolgen, setzt darauf, die gemeinsamen Interessen von Beschäftigten wie Erwerbslosen an dauerhaft gesicherten Arbeitsverhältnissen und an guter Arbeit durchzusetzen, statt sie gegeneinander zu stellen.

Totale Leistungsorientierung wird zudem zu einem immer größeren Problem in der Gestaltung der Arbeit selbst. So klagen immer mehr Beschäftigte in Industrie und Dienstleistungen über Arbeitshetze und Arbeitsverdichtung. „Burning out“ wird zum geflügelten Wort des Jahres und die Brutalität unternehmerischer Konzepte, diejenigen, die nicht mithalten können, als Leistungsgeminderte aus den Betrieben und Verwaltungen auszusortieren, erschreckt. Sie relativiert zunehmend auch bei vielen leistungsbewussten Menschen einen verabsolutierten Leistungsbegriff. Die Rente erst ab 67 Jahren wird in den breiten Schichten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abgelehnt, weil sie wissen, dass wachsender Leistungsdruck sie gar nicht mehr bis zum Rentenalter arbeiten lässt und sie früher und mit hohen Abschlägen in Rente gehen müssen. Für mehr als 70 Prozent der Beschäftigten ist nicht mehr die Arbeit bis ins hohe Alter, sondern ein möglichst früher und sozial gesicherter Ruhestand das Ideal.

Leistungsorientierung wird da relativiert, wo sie keinen Ertrag mehr bringt, wo sie sich nicht mehr lohnt. Ein wachsender Niedriglohnsektor selbst für Qualifizierte, prekäre Arbeit und Selbstausbeutung vieler wissenschaftlich Ausgebildeter auf der einen, exorbitante Managergehälter, die selbst im Falle des Misserfolges gezahlt werden, auf

der anderen Seite stellen die herkömmliche Wertorientierung zunehmend in Frage. Die Vorstellung eines unauflöselichen Zusammenhangs zwischen Leistung und immaterieller wie materieller Anerkennung beginnt zu erodieren. Die Legitimationsgrundlage des Kapitalismus rheinischer Prägung, nach der sozialer Aufstieg auf individueller Leistung beruht, und alle, die nicht mithalten, an ihrem Schicksal selbst schuld und damit weniger wert sind, wird brüchig.

Gewerkschaften greifen diese Widersprüche auf, engagieren sich für gute Arbeit, guten Lohn und menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen. Die Veränderung gesellschaftlicher Wertschätzung für Nicht-Erwerbsarbeit, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, vom Stellenwert eines guten Lebens für Frauen und Männer – dieser gesellschaftliche Wandel ermöglicht mehr Toleranz und Vielfalt in den Lebensentwürfen jenseits der klassischen Leistungsorientierung.

Immer mehr Menschen sorgen sich zudem um ihre soziale Sicherheit. Sie erleben und erfahren die Zweiklassengesellschaft in den Bildungseinrichtungen, in den Krankenhäusern, sie haben Angst vor Armut im Alter. Der Stellenwert sozialer Sicherheit wächst und die Finanzmarktkrise hat viele aus der Illusion aufgeweckt, sie könnten soziale Sicherheit einzig mit privater Vorsorge über die Kapitalmärkte regeln. So wächst der Stellenwert solidarischer sozialer Sicherung ebenso wie der Protest gegen Sozialabbau und noch weitere Einschnitte in das soziale Netz. Gewerkschaften greifen diesen Protest auf und engagieren sich für soziale Gerechtigkeit und Solidarität, die den Arbeitslosen, den Kranken und den Alten gilt.

Während so bei vielen Menschen der Mitte das Bewusstsein für soziale Gerechtigkeit und Solidarität in unserer Gesellschaft wächst, werden in der aktuellen Phase der Weltwirtschaftskrise, die zur Krise im Euroraum mutiert ist, alle Vorurteile von Teilen der Politik, der Wissenschaft und der Medien reaktiviert, die sich über Jahre hinweg Ausländern/innen aus dem südeuropäischen Raum gegenüber gebildet haben: „Die Griechen, die über ihre Verhältnisse leben, die Italiener, die schon früher unzuverlässig waren, die Spanier, die mit ihrer Siesta das Arbeiten nicht erfunden haben“ – solche Vorurteile werden bewusst geschürt. Was aber ist, wenn nun die Niederländer/innen, die Skandinavier/innen und die Brit/innen in die von der EU verfügte Defizitklemme kommen? Dass Angela Merkel mit ihrer Weigerung, „denen, die über ihre Verhältnisse gelebt haben“ noch „gutes deutsches Geld“ hinterherzuwerfen, nichts anderes als eine knallharte Politik im Interesse der um die Wahrung ihres (spekulativen) Kapitals besorgten Akteur/innen des Finanzmarktkapitalismus betreibt, fällt nicht weiter auf. Die drakonischen Kürzungsprogramme, die unter Missachtung von Demokratie und nationaler Souveränität der Bevölkerung dieser Länder aufgezwungen werden, werden im gewohnten Schönsprech der Politik als Strukturreformen getarnt, damit „die“ – wer immer das ist – jetzt endlich ihre Hausaufgaben machen. Erst allmählich setzt sich die Erkenntnis durch, dass diese Hausaufgaben in der wachsenden Verelendung großer Teile der Bevölkerung münden und die Krise noch verschärfen. Gegen diese Politik setzen die

Gewerkschaften Aufklärung und Solidarität: Aufklärung über die Verursacher und die Ursachen der Krise, über eine alternative, sozial gerechte und ökonomisch vernünftige Politik, Solidarität mit den von der Krise Betroffenen. Und das sind nicht die oberen Drittel der Bevölkerung jener Länder, die ihre eigene Haut in Sicherheit bringen wollen und nicht gewillt sind, sich an einer sozial gerechten Überwindung der Krise zu beteiligen. Diese Arbeit der Aufklärung, der Zuspitzung und der Solidarität muss noch weiter verstärkt werden.

Abwertung spaltet und fremdenfeindliche Vorurteile münden in Rassismus, der den gesellschaftlichen Zusammenhang zerstört. In der Mittelschicht lassen sich derzeit grob überzeichnet zwei Strömungen erkennen: Die einen öffnen sich bewusst den Fremden, den Eingewanderten, die mit wachsendem Selbstbewusstsein ihren Platz in der Gesellschaft einnehmen. Interkulturalität nimmt zu, der Reichtum einer multikulturellen Gesellschaft wird erkannt und auch die Probleme des Zusammenlebens und der Integration werden diskutiert und als bewältigende Herausforderung für die Gesellschaft begriffen.

Eine andere Strömung trägt mittlerweile einen Namen: Thilo Sarrazin. Jenes pseudowissenschaftliche Machwerk wurde zum Label der gesammelten Vorurteile gegen eine Einwanderungsgesellschaft, in der Menschen aus verschiedenen kulturellen Zusammenhängern respektvoll miteinander umgehen und dabei auch lernen müssen, ihre Konflikte zu lösen. Was Sarrazin entgegenkommt, ist die Verknüpfung der Migration mit der sozialen Frage. Wo Einwanderinnen und Einwanderer selbst in der dritten Generation immer noch ein Ausbildungs- und Arbeitsplatz am unteren Ende der Hierarchie angeboten wird, werden nicht die Ursachen bekämpft, sondern die Opfer zu Täter/innen gemacht. Nach den Morden von Zwickau und den über zehnjährigen Ermittlungen der Strafverfolgungsbehörden in Richtung der Opfer bekommen Gesellschaft und Politik eine Ahnung davon, wohin solche Verfälschungen gesellschaftlicher Realität führen. Dagegen kämpfen Gewerkschaften, seitdem die ersten Einwander/innen in den Fünfzigerjahren in das Wirtschaftswunderland geholt wurden. Gleiche soziale Rechte, menschenwürdige Arbeit und solidarische Interessensvertretungen waren und sind das Kernelement gewerkschaftlicher Migrationspolitik. Dass es dabei immer wieder zu Konflikten und Spannungen kam, ist nicht verwunderlich. Und dass es eine Zeit brauchte, bis sich Gewerkschaften – gemeinsam mit den Arbeitgeber/innen – gegen den Rassismus und Rechtsextremismus in den Betrieben wandten, sei zugestanden. Aber die gemeinsame Haltung von Null Toleranz gegenüber Rassismus und Rechtsextremismus ist der Beitrag der Gewerkschaften gegen gruppenspezifische Ausgrenzung. Dies ist auch ein Engagement nach innen, in die eigenen Reihen hinein. Gewerkschaften sind glücklicherweise Massenorganisationen und reflektieren die verschiedenen Einstellungen ihrer Mitglieder. Entscheidend ist die Orientierung, die sie dabei vermitteln und die lautet: Konkurrenzen abbauen, Vorurteile überwinden, solidarisch Interessen vertreten.



Medien, Mittelschicht und Abwertung >>

Hans-Jürgen Arlt
und Fabian Arlt

Sozialstatistiker/innen können Auskunft geben, was unter „Mittelschicht“ verstanden werden soll. In der öffentlichen Kommunikation ist es ein Allerweltsbegriff, für den gilt: „Etwas Unschärfes wird nicht schärfer, wenn man es scharf beobachtet.“ (Matthias Varga von Kibéd). Der Begriff Mittelschicht ist eine Hilfs- und Verlegenheitskonstruktion gerade auch der Massenmedien. Wenn gesellschaftliche Komplexität auf einen Akteur oder eine Akteurin reduziert werden soll, die/der als Erklärung für so ziemlich alles herhalten kann, wird häufig zur „Mittelschicht“ gegriffen. Besonders im Zusammenhang mit sozialen Protesten wird der – abstiegsbedrohte oder aufstiegsbegierige – Gemüsehändler Fritz Schulze zum globalen Erklärungsmodell. Ein paar Beispiele, wie sie im Internet schnell zu finden sind:

- „Amerikas Mittelschicht wehrt sich gegen Bankenmacht. Tausende US-Amerikaner gehen auf die Straße und protestieren gegen Arbeitslosigkeit und die Macht der Wall Street. Sie sind enttäuscht vom Staat.“ (www.welt.de)
- „Keine andere soziale Klasse hat so vom wirtschaftlichen Aufstieg Chinas profitiert. Und doch beginnt die chinesische Mittelschicht jetzt zu protestieren.“ (www.faz.net)
- „Eine Protestwelle aus der Mittelschicht breitet sich derzeit weltweit aus. Angefangen hat es in einigen arabischen Ländern.“ (www.ardmediathek.de)

Vor diesem Hintergrund haben wir uns entschieden, die Problematik der Abwertung durch massenmediale Kommunikation nicht auf die ohnehin schwer dingfest zu machende Mittelschicht zu beschränken. Wir fragen vielmehr allgemein nach Strukturen und Mechanismen, die dafür verantwortlich sein könnten, dass Massenmedien Abwertungs-Diskurse oder sogar Abwertungs-Kampagnen führen. Dabei überlegen wir, welche Massenmedien stärker zur Abwertung von Personen, sozialen Gruppen, Nationen, Kulturen neigen und welche dafür weniger anfällig sind. Der Argumentationsgang macht diese Schritte:

- 1) Wir erläutern unseren Zugang zu den Begriffen massenmediale Kommunikation und Öffentlichkeit.
- 2) Wir beschreiben Rahmenbedingungen heutiger Massenmedien und interessieren uns dabei vorrangig für solche, die sich an politischer Kommunikation beteiligen.
- 3) Wir zeigen, weshalb Abwertung zu den Erfolgsmethoden bestimmter Massenmedien gehört.

4) Massenmediale Kommunikation und Öffentlichkeit

Wenn man Medien thematisiert, spricht man eigentlich nur über Transporteure, über Transportmittel, so wie man von Pferden, Kutschen, Autos und Flugzeugen als Mittel der Fortbewegung spricht. Im Grunde sprechen wir also über Kommunikation. „Küssen

kann man nicht alleine“ singt Max Raabe, kommunizieren kann man auch nicht alleine. Kommunikation ist ein Beziehungsspiel, über dessen Ausgang nicht die Absender/innen entscheiden, sondern die Adressat/innen. Die gängigen Darstellungen kommunikativen Handelns sind außerordentlich absenderorientiert. Das hat augenfällige Gründe, denn Absender/innen können oft über das Thema entscheiden, sie können festlegen, wie das Thema fokussiert, was erwähnt und was weggelassen wird. Aber ausschlaggebend sind am Ende die Adressat/innen, denn sie können die Mitteilungen annehmen oder ablehnen; ganz davon abgesehen, dass sie gar nicht erst hinschauen und anhören oder alles anders verstehen können, als es gemeint ist. Klar ist, zu einer Kommunikation gehören mindestens zwei.

Öffentliche Kommunikation, die sich nicht an Anwesende, sondern an ein größeres, ungeschlossenes und weitgehend unbekanntes Publikum richtet, hat sehr besondere Funktionsbedingungen. Die Kommunikation unter Anwesenden weiß, dass sie ihre Adressat/innen erreicht. Die Absender/innen sehen ihre Adressat/innen, auch wenn sie vielleicht nicht alle persönlich kennen. Die Mitteilungen werden praktisch zeitgleich rezipiert. Den Reaktionen der Adressat/innen sind Hinweise zu entnehmen, wie die Mitteilung verstanden wurde und ob sie mit Zustimmung rechnen darf. Vor allem hat die Reaktion der Adressat/innen, sei sie verbal oder nonverbal, in der Regel unmittelbare Wirkungen auf den Fortgang der Kommunikation. Kein/e Absender/in, die/der als zurechnungsfähig gelten will, kann aktuelle Einwände von Seiten der Adressat/innen umstandslos ignorieren.

Die Massenkommunikation kann Reaktionen nicht nur ignorieren, sie muss es; eine Fernsehsendung wird nicht unterbrochen, nur weil sich in den Wohnzimmern der Unmut über sie staut. Grundsätzlich kann über eine öffentliche Mitteilung – aller Wirkungsforschung zum Trotz – letztlich nur spekuliert werden, wen sie alles erreicht, wie viele ihr Aufmerksamkeit schenken, was von wem verstanden wird, wie viel Zustimmung und wie viel Ablehnung sie erntet. Selbst im Nachhinein können nur Indizien gesammelt, Erfahrungswerte zusammen getragen und Wahrscheinlichkeiten errechnet werden.

Öffentlichkeit produziert in einem Akt Sichtbarkeit und Unvorhersehbarkeit.¹ Öffentliche Mitteilungen verschieben die Grenze zwischen Nichtwissen und Wissen, zwischen unbeachtet und beobachtet zugunsten des letzteren, aber sie erzeugen zugleich Intransparenz über die Folgen dieser Grenzverschiebungen. Solche Ambivalenzen kann man sehen, sofern man Kommunikation analysiert und nicht nur das Mitteilungshandeln.

☐ Rahmenbedingungen

Die Massenmedien, deren „Geschäft“ die öffentliche Kommunikation ist, bilden das Zentrum des Themas Öffentlichkeit, aber sie werden missverstanden, wenn man sie mit „der Öffentlichkeit“ gleichsetzt. Der einschlägige Bestseller, Jürgen Habermas' Buch

1 Niklas Luhmann, *Die Realität der Massenmedien*, Opladen 1996, S. 183f.

über den *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, unterscheidet sehr sorgfältig zwischen der Aufklärungsöffentlichkeit einerseits, also der (politischen) Öffentlichkeit, welche einen Gegenpol zur Regierung bildet und die allgemeinen Angelegenheiten im Licht der Vernunft diskutiert, und den massenmedialen Publikationen andererseits. Allerdings muss man das Habermas-Buch auch als eine kluge Klage darüber lesen, dass die Öffentlichkeit den Massenmedien in die Hände gefallen sei. Habermas sieht die politische Öffentlichkeit aus der literarischen Öffentlichkeit der Salons, Tischgesellschaften und Kaffeehäuser hervortreten. Er kommt zu dem Ergebnis, dass die alte Vernunft-, Kritik- und Kontrollidee der öffentlichen Meinung in den Massenmedien nicht mehr wieder zu erkennen sei. Bücher, Filme, Zeitungen, Rundfunk seien kommerzialisiert oder von den politischen Parteien okkupiert. PR, Werbung, Unterhaltung gäben den Ton an. „Öffentlichkeit wird zum Hof, vor dessen Publikum sich Prestige entfalten lässt – statt in ihm Kritik.“² Das ist bis heute ein Muster der öffentlichen Kritik an den Massenmedien geblieben, ohne dass überprüft wird, ob massenmediale Kommunikation nicht originär einer ganz anderen Logik folgt und folgen muss, als sie einer politisch-demokratischen Öffentlichkeit willkommen und angemessen erscheinen mag.

Diese Aufklärungsöffentlichkeit ist politisch ein hohes Gut, sie ist eine direkte Verwandte der Demokratie. Sie hat eine Menge mit dem Buchdruck zu tun, nicht aber per se mit den Massenmedien Presse, Funk, Fernsehen sowie jetzt dem Internet. Erst im Lauf des 19. Jahrhunderts bewegen sich Aufklärungsöffentlichkeit und Massenmedien aufeinander zu: Die politische Demokratie zwangsläufig, weil ohne die Massenmedien die Erreichbarkeit der Bevölkerung, die jetzt wählen darf, nicht zu gewährleisten ist. Die Massenmedien aus Gründen der Reputation, weil sie als demokratische Stimmen, als Informationsträger/innen politischer Meinungs- und Willensbildung ganz anders dastehen, als wenn sie nur Unterhaltung und Werbung machen. Das Problem dabei von Anfang an: Geld ist zuverlässig und in größeren Mengen nur mit eben jener Unterhaltung und Werbung zu bekommen. Andernfalls bedarf es alternativer Finanzierungsquellen, etwa der Rundfunkgebühren für öffentlich-rechtliches Fernsehen.

Die Eigenlogik der Massenkommunikation wird beherrscht von der Notwendigkeit Aufmerksamkeit zu gewinnen. Wenn Mitteilung und Rezeption zeitlich und sozial getrennt sind – die Absender/innen wissen nicht wirklich, ob überhaupt jemand, und wenn doch, wer wann ihre Veröffentlichungen rezipiert –, werden die Erreichbarkeit und die Aufmerksamkeit der Adressat/innen zur ständig gefährdeten Grundvoraussetzung gelingender Kommunikation. Sobald es sehr viele Absender/innen sind – das ist spätestens seit dem 19. Jahrhundert der Fall –, die die Aufmerksamkeit des Publikums gewinnen wollen, ist ein Konkurrenzkampf um diese Aufmerksamkeit programmiert. Der Begriff der *Ökonomie der Aufmerksamkeit* (Georg Franck) scheint die größte Erklärungskraft für

2 Jürgen Habermas, *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, Frankfurt/M. 1990, S. 299.

die modernen Massenmedien zu haben. Es kann kein Zufall und nicht nur böser Verleger/innen- und Produzent/innenwillen sein, dass überall auf dem Text-, Ton- und (Bewegt-) Bild-Markt Unterhaltung und Werbung, gestützt auf die Aufmerksamkeitswerte Sensation und Prominenz, die erste Geige spielen. Journalismus war auch in seinen besten Zeiten nur eine eher schwache Einzeldisziplin im massenmedialen Mehrkampf. Im Vergleich zu Madonna, Harry Potter, Star Wars und ihren historischen Vorläufern war und ist Journalismus ein Mauerblümchen. Wo Zeitungen, Zeitschriften, Hörfunk- und Fernsehsendungen Publikumserfolge feiern, haben sie – wie *Der Spiegel*, *BILD*, Privatfunk – die Selektionskriterien der Aufmerksamkeitsökonomie weitgehend bis vollständig übernommen. Spätestens der Blick ins Internet – diesen Informationsurwald aus PR und Porno, Werbung und Wissenschaft, Lexika und Blogs, Filmchen und Songs, Eigeninszenierung und Plagiat, Spiel und Sport, Nachdenkseiten und Klatschspalten – lädt dazu ein, Massenmedien anders zu analysieren als durch die Brille der Salonöffentlichkeiten des 18. Jahrhunderts.

Die Aufmerksamkeit eines möglichst großen Publikums zu gewinnen, ist das Ziel und das Entscheidungskriterium massenmedialer Kommunikation. Die Währung der Wirtschaft ist das Geld, die Währung der Massenmedien die Aufmerksamkeit. Das eine wie das andere ist knapp und beides funktioniert mit dem sogenannten Matthäus-Effekt: Wer hat, dem wird gegeben. Viel Geld zieht mehr Geld an, hohe Aufmerksamkeit weckt höhere Aufmerksamkeit. Geld und Aufmerksamkeit sind gleichermaßen unmoralisch, gleichwohl lässt sich mit Moralisieren Aufmerksamkeit gewinnen. Für die Aufmerksamkeit zählt nicht, wie sie geweckt wird und welche Folgen sie hat; ihr ist nichts peinlich, im Gegenteil, Peinlichkeit weckt sie.

☒ Abwertung und Massenmedien

Wann sind Mitteilungen interessant, wann wecken sie Aufmerksamkeit? Als klassische Nachrichtenkriterien gelten Neuigkeit, Betroffenheit und Konflikt: Wenn zwei sich streiten, berichtet die/der Dritte. Im Wesentlichen sind es Sensation und Prominenz, die im Mittelpunkt stehen. Kommunikation braucht als Kern etwas Bekanntes. Es funktioniert nicht, über Sachen zu reden, von welchen die Adressat/innen keine Ahnung haben. Was man kennt, das Bekannte, nennt man in seiner Bestform Prominenz. Deshalb laufen uns in den Massenmedien ständig Angela Merkel, Paris Hilton und Dieter Bohlen über den Weg. Wer jedoch nur erzählt, was schon alle wissen, sitzt bald alleine am Tisch. Die Mitteilung muss eine Neuigkeit enthalten, es muss irgendwie eine neue, aufregende Information darin sein. Die Bibel kennt zehn Gebote, die Mediengesellschaft nur eines: Du sollst nicht langweilen. Was ist die Bestform des Neuen? Die Sensation und zwar am allerbesten in ihrer Negativform, dem Skandal. Sensationelles, Skandalöses über Prominente ist der Idealfall massenmedialer Kommunikation. Christian Wulff weiß das spätestens seit dem 13. Dezember 2011.

Um Mitteilungen aufmerksamkeitsstark zu gestalten, gibt es neben den Basiswerten Prominenz und Sensation bestimmte Attraktionsmethoden, an der Spitze die Personalisierung. Personen interessieren uns mehr als Sachen. Dass emotionalisiert wird, dass dramatisiert wird, dass moralisiert wird, all das sind Kriterien einer aufmerksamkeitsstarken Kommunikation. Hinzu kommen bestimmte Reizthemen, wobei es nicht auf das *Thema*, sondern den *Reiz* ankommt. Wovon gehen Reize aus, worum dreht sich alles? Ein schneller Blick auf verschiedene Lebensbereiche genügt, um festzustellen, dass es um Geld geht, um Macht, Sex, Sieg und Niederlage, Krankheit, Kriminalität, Erfolg und Misserfolg. Welches konkrete Thema mit solchen Reizwerten ausgestattet wird, spielt keine Rolle; es wird nur benutzt, um die Reizwerte zu präsentieren. Dabei spielt es zunehmend weniger eine Rolle – nennenswerte Ausnahmen im Eliten-Netzwerk der Reichen und Mächtigen bestätigen die Regel –, für wen in der Gesellschaft sich diese „reizenden Mitteilungen“ positiv oder negativ auswirken. Das können vor allem die negativ Betroffenen nicht so leicht glauben, sie vermuten lieber, dass böse Absichten dahinter stecken.

Mit der Logik der Massenkommunikation tun sich besonders diejenigen schwer, die politische Ziele, humanistische Anliegen, soziale Zwecke verfolgen. Ihnen muss die Gleichgültigkeit gegenüber den Themen als Zynismus erscheinen. Erschwerend kommt für „politische Menschen“ der Statusverlust der Politik hinzu. Für die Massenmedien sind politische Themen und Ereignisse „nicht mehr wichtig, weil sie Politik und politische Angelegenheiten betreffen. Sie müssen sich vielmehr in den täglichen Entscheidungs- und Selektionsprozessen gegen andere Themen durchsetzen, die mit Blick auf Themenmischung und Zielgruppen um Aufmerksamkeit konkurrieren“³

Weshalb also operiert die Massenkommunikation (auch) mit Abwertungen? Kommunikation lebt davon, Unterschiede zu machen. Alles Beobachten und Beschreiben beruht darauf zu unterscheiden – den Himmel von der Hölle, den Regen vom Schnee, Hunde von Katzen, Amerikaner/innen von Europäer/innen, Deutsche von Ausländer/innen, Wälder von Wiesen. Die Verführung, nicht nur zu unterscheiden, sondern den Unterschied auch zu bewerten, die eine Seite für besser, die andere für schlechter zu erklären, ist sehr groß, weil in dieser Wertung ein Orientierungsangebot steckt, ein Vorschlag, was wir davon halten sollen. Einer vorsichtigen, differenzierten, wertneutralen Unterscheidung schenken wir gewöhnlich weniger Aufmerksamkeit als einer scharfen, pointierten, welche die eine Seite stark aufwertet und die andere deutlich abwertet. Ein Unterschied, der als Urteil, als Verurteilung auftritt, gewinnt mehr Publikum. Ein Massenmedium, das nichts anderes als die höchste Auflage beziehungsweise die höchste Quote im Auge hat, wird deshalb regelmäßig und ausführlich mit rigorosen Ab- und Aufwertungen arbeiten.

Das Risiko liegt auf der Hand, wenn vor diesem Hintergrund *Bild*-Chefredakteur Kai Diekmann beansprucht: „*Bild* misst die Temperatur im Lande. Wenn Zeitungen wie

3 Bernd Blöbaum, „Wandel redaktioneller Strukturen und Entscheidungsprozesse“, in: Heinz Bonfadelli, Kurt Imhof, Roger Blum, Otfried Jarren, *Seismographische Funktion von Öffentlichkeit im Wandel*, Wiesbaden, 2008, S. 127.

die *FAZ* schreiben, was passiert ist, dann schreiben wir, wie das, was passiert, sich anfühlt.“⁴ Gefühle in den Mittelpunkt zu rücken und gleichzeitig Abwertungen zu praktizieren, das kann sich zu einer brisanten Mischung verdichten – die „Pleite-Griechen“ sind ein aktuelles Beispiel. Auch eine Bezeichnung wie „Döner-Mord“ kommt aus dieser Praxis.

Wie viel gesellschaftlichen Zündstoff das Geschäft der Massenmedien birgt, entscheidet sich jedoch nicht im Mediensystem, sondern aufgrund gesellschaftlicher Zustände. In einer Gesellschaft mit starken Interessenskonflikten, ausgeprägten sozialen Ungerechtigkeiten, Statusängsten und großen Verunsicherungen, was die eigene Lebensperspektive und die Stabilität der Lebensverhältnisse überhaupt betrifft, kann die Abwertungspraxis der Massenmedien schneller zu kollektiven Sündenbock-Mustern führen – mit allen Gefahren der Verselbständigung und Unkontrollierbarkeit.

Daraus leiten wir diese These ab:

Vor dem Hintergrund der Chancen und Zumutungen einer selbstverantwortlichen Lebensführung unter Konkurrenzverhältnissen mit

- permanenten Interessenskonflikten,
- den Risiken des Scheiterns und des sozialen Absturzes,
- den Identitätsbedrohungen durch Multikulti und Sinnpluralismus,
- den luxuriösen Möglichkeiten unverschämten Reichtums der anderen vor Augen, machen Quotenjagd plus Werterigorismus Menschenjagd wahrscheinlich.

Wenn das publizistische Geschäft zur Gleichgültigkeit gegenüber der politischen Kultur drängt, dann bedarf es einer verantwortungsbewussten Haltung, diesem Drängen nicht nachzugeben. Wir sind – im Unterschied zu vielen Verfalls-Diagnosen, die mit Blick auf die Massenmedien, Internet inklusive, immer alles schlechter werden sehen – nicht der Meinung, dass die massenmediale Kommunikation von einem wachsenden Verlust solcher Haltungen geprägt ist; wir beobachten im Gegenteil viele Gegenteilstendenzen, die Mut machen. Erweiterte Zugänge zu öffentlicher Kommunikation – egal ob auf der Absender/innen-Seite oder auf der Rezipient/innen-Seite haben bei deutschen Oberlehrern immer schon schreckliche Befürchtungen ausgelöst, ob es um Romane, Filme, Schlager oder Comics ging. Neben allem, was es sonst noch bringen mag, bedeutet das Internet vor allem einen riesigen Öffnungsschub der öffentlichen Kommunikation sowohl für Personen wie für Themen.⁵ Zudem sind vorher getrennte Teilöffentlichkeiten jetzt nur noch einen Mausklick voneinander entfernt. Eine der Auswirkungen ist, dass alte Autoritäten geschliffen werden. Über Relevanz entscheiden die User/innen selbst – allerdings auch die

4 Kai Diekmann: „Wir wollen anderen auf die Füße treten“, Interview mit: *Die Presse*, Wien, 24. 3. 2012.

5 Genauer dazu: Manuel Wendelin, *Medialisierung der Öffentlichkeit. Kontinuität und Wandel einer normativen Kategorie der Moderne*, Köln 2011

Suchmaschinen, deren Kriterien jedoch viel mit dem Nutzer/innenverhalten zu tun haben. In der Konsequenz begegnen uns in der öffentlichen Kommunikation mehr Müll und mehr Mut. Und wir lernen dabei, dass das eine wohl ohne das andere nicht zu haben ist.

„Blogs und Leitmedien, früher zerstritten wie die Kesselflicker, verschmelzen heute zu einer einträchtigen Super-Macht, die Rücktritte erzwingen (#notmypresident) und neue Kandidaten küren will (#mynewpresident)... Ein Bundespräsident inter pares findet eben nichts dabei, sich auf der Mailbox eines Chefredakteurs so rüpelhaft zu benehmen, wie es Chefredakteure sonst gegenüber unbotmäßigen Mitarbeitern tun. Alle fallen irgendwie aus der Rolle. Alle überschreiten ihre Grenzen... Kontrollverlust? Eher Koordinatenverlust. Und Emanzipationsgewinn.“⁶

6 Wolfgang Michal, „BILD, du Schwert und Schild des deutschen Volkes!! Erlöse uns!“, online unter www.wolfgangmichal.de/?p=1544



leichheit heute?

Menschenrechte, Bürgerrechte,
Zivilität



Étienne Balibar

Eine Frage der Klasse? Deutschlands Mitte zwischen Abstiegsangst und dem Tritt nach unten

Ausgehend von einem bestimmten Begriff der *Grundrechte oder Menschenrechte* werde ich versuchen darzulegen, warum die Forderung nach Gleichheit, insbesondere in Form von sozialen Rechten, und ein kollektiver Kampf um diese Rechte tatsächlich zur Tradition der Menschenrechte gehören, aber auch, warum ihr spezifischer Gehalt ein Problem innerhalb dieser Tradition darstellt. Zu einer Zeit, in der das Prinzip der sozialen Rechte mit Macht in Frage gestellt wird, gewinnt dieses Problem an Bedeutung. Diejenigen unter uns, die sich zur Verteidigung der Gleichheit als fundamentalem politischem Wert aufschwingen wollen, können eine kritische Reflexion der Schwierigkeiten nicht umgehen, die die Einbindung der sozialen Rechte in das System der Menschenrechte als grundlegenden, konstitutionellen Zusammenhang mit sich bringt. Traditionell werden diese Schwierigkeiten als Gegensatz zwischen einem *formalen, universalistischen* Verständnis von Rechten und einem materiellen oder *substanziellen* diskutiert, das an bestimmte, partikulare gesellschaftliche Interessen und Bedingungen gebunden ist. Dies ist eine wichtige Unterscheidung. Ich werde jedoch versuchen zu zeigen, dass sie nicht wirklich zufrieden stellt.

Der Diskurs um die Unterscheidung zwischen dem formalen und dem materiellen Aspekt von *Freiheit und Gleichheit* hat in der politischen Ideengeschichte einen eindeutigen Ausgangspunkt: Diese Unterscheidung ist eine Folge der so genannten „bürgerlichen“ Revolutionen, wenn ich mir diesen vagen Gebrauch einer marxistischen Terminologie gestatten darf. Sie behaupteten Werte als zugleich universalistisch und individualistisch. Und dem Prozess, den Historiker/innen wie unser österreichischer Kollege, mein Freund Gerald Stourzh¹, *Konstitutionalisierung der Menschenrechte* nennen, gaben sie einen machtvollen Impuls. Sie definierten den Zutritt zur (Staats-)Bürgerschaft (die Rechte und Pflichten des Bürgers) nicht über Privilegien, sondern durch *capacités* – Befähigungen, um der jüngsten Terminologie von Amartya Sen² zu folgen.

In seinen frühen Aufsätzen kritisierte Karl Marx das, was er als den „formalen“ Charakter der Bürgerrechte (im Sinne der Rechte des Bürgers und des Bourgeois) ansah, indem er sich auf die materiellen sozialen Konflikte und die revolutionären Forderungen bezog, die aus diesen Konflikten hervorgingen. Er war zu dieser Zeit nicht der Einzige: Tatsächlich bestehen überraschende konzeptionelle Analogien zwischen den Kritikern, die Burke, Bentham und Marx gegen die *Déclaration des droits de l'homme et du citoyen* und ihre amerikanischen Entsprechungen erhoben, drei Autoren mit vollkommen gegensätzlichen Hintergründen: konservativ, liberal und sozialistisch. Wir wissen auch, dass die Marxsche Kritik in *umgekehrter Richtung zur Verteidigung* des formalen Charakters der Grundrechte gewendet werden kann: Tatsächlich war das das Ziel eines großen Teils der

1 Vgl. Gerald Stourzh, *Wege zur Grundrechtsdemokratie. Studien zur Begriffs- und Institutionengeschichte des liberalen Verfassungsstaates*, Wien 1989 (A.d.Ü.).

2 Vgl. Amartya Sen, „Human Rights and Capabilities“, in: *Journal of Human Development*, 6 (2005), S. 151–166; ders., *Ökonomie für den Menschen: Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft*, München 2000 (A.d.Ü.).

liberalen oder „libertären“ politischen Theorie des 19. und 20. Jahrhunderts. Das Problem ändert sich dadurch nicht wirklich. Eine genaue Lektüre von Marx zeigt, dass die gesamte Debatte in den inneren Dilemmata der bürgerlichen Revolution selbst verwurzelt ist, die vorwegnahmen, was im 19. Jahrhundert zur „sozialen Frage“ werden sollte. Es sind diese neuen Konfliktformen des modernen demokratischen Staates, die dessen Institutionen und politische Sprache formten. Aber genau dieser Typus von Staat ist jetzt überall in der Krise, trotz seiner mehr oder weniger vollständigen Akzeptanz und Verwirklichung.

Wir können uns jedoch nicht mit dieser Art historischer (oder historisierender) Überlegungen zufriedengeben, da die Unterscheidungen zwischen den formalen und den materiellen Aspekten von Freiheit oder Freiheiten und Gleichheit zugleich einen theoretischen Gehalt haben. Ich möchte zu bedenken geben, dass dieser Gehalt eng mit einer bestimmten Figur eines ideologischen Dilemmas verbunden ist, das in der Politik immer eine große Rolle gespielt hat, insbesondere in Europa, und heute im Bereich der Moral- und politischen Philosophie wieder deutlich zum Ausdruck kommen. Ich denke an Dilemmata wie *Individualismus vs. Holismus* (oder organische Einheit), *Universalismus vs. Kommunitarismus*, die häufig mit dem Konflikt zwischen „libertär“ und „egalitär“ in Verbindung gebracht werden, oder, etwas zurückhaltender, den Vorrang von Freiheit oder Gleichheit bei ihrer jeweiligen Verbindung. Meiner Meinung nach sind solche Dichotomien hochproblematisch, weil sie zur Verdunklung und Verschleierung der grundlegenden Verschränkung der sozialen und individuellen Aspekte von Rechten (was ich in meiner Begrifflichkeit das Transindividuelle nenne) führen können. Es gibt gesellschaftliche Beziehungen, die für die Entwicklung der Individualität und des Individuums selbst konstitutiv sind (um nicht zu vergessen, dass „Individualismus“ vor allem ein gesellschaftlicher Wert und gesellschaftliches Verhalten ist). Die Moderne als politischer Prozess hat Staatsbürgerschaft nicht nur über den Genuss bestimmter Rechte definiert und über die Mitgliedschaft in einer bestimmten Gemeinschaft „freier und gleicher“ Bürger/innen, die bestimmte Fähigkeiten und Verantwortlichkeiten teilen, sondern sie brachte auch, auf eine aktivere Weise, mit sich, dass Individuen sich gegenseitig Rechte und Fähigkeiten garantieren, um die Gemeinschaft oder das „Gemeinwohl“ zu schaffen. Das war ein maßgeblicher Wandel. Der Schluss, den ich daraus ziehe, und den ich in eine kritische Betrachtung der *Grundrechte* selbst einbeziehen möchte: Es ist aus philosophischer Sicht unmöglich, den Wert des Individuums abstrakt gegen den Wert der Gemeinschaft zu stellen, oder umgekehrt. Das politische Problem hat immer mit der Suche nach einer Aufhebung zu tun, mit der gleichzeitigen Überwindung isolierter und abstrakter Gegensätze. Ein wenig Dialektik kann hier nicht schaden.

Aber dies stellt nicht nur ein philosophisches Problem dar. Es ist zugleich ein dauerhaftes Problem bei der Entwicklung von Institutionen. Die Moderne, wie ich in Erinnerung rufen möchte, war in dieser Frage schließlich vollkommen uneinig. Es ging nur insofern, als der „sozialen Frage“ eine immer größere politische Bedeutung zugemessen wurde. Aber das führte auch zu einer gewissen Umdeutung von Begriffen

wie „abstrakt“, „formal“, „materiell“, „substanziell“. In dieser Hinsicht sind auch die Marxschen Formulierungen aufschlussreich. Marx hatte erklärt, dass ein universalistischer Begriff der Menschenrechte in der Geschichte gegensätzliche Rollen spielen kann: Manchmal muss er als authentischer Ausdruck der politischen Emanzipationsbewegung angesehen werden, manchmal erscheint er als Illusion oder Maske, hinter der alle nicht-egalitären Folgen der Vorherrschaft des Privateigentums wirken und sich verbergen. Daher ist die Sprache der Menschenrechte zutiefst ambivalent: Sie beinhaltet die Anerkennung des Menschen als Gattungswesen ebenso wie eine entfremdete und entfremdende Vorstellung der politischen Gemeinschaft als imaginäre Versöhnung der Konflikte innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft. Marx jedoch – zumindest in seinen frühen Werken, die denen eine radikaldemokratische Position zum Ausdruck kommt – besteht auf der Notwendigkeit einer Philosophie der Menschenrechte, um die Lücken zwischen den formalen Anforderungen von Freiheit und Gleichheit und ihrer tatsächlichen Durchsetzung zu füllen. Vor einigen Jahren habe ich versuchsweise den Neologismus „equaliberty“ geprägt, um diese Wechselwirkung, diese dialektische Spannung begrifflich zu fassen. In einer tiefgründigen Interpretation der Tendenzen der klassischen politischen Moderne, die er vor allem Rousseau verdankt, behauptete Marx eine notwendige Beziehung zwischen der Fähigkeit der Individuen, ihre produktiven oder kreativen Kräfte vollständig zu entwickeln, und dem Heraufziehen der Gestalt einer Gemeinschaft – die er Kommunismus nannte – wo (ich zitiere) „die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller“ wird³. Bei Marx findet sich jedoch auch ein weniger klassisches Verständnis der politischen Bedeutung und der Konsequenzen der Idee gleicher Freiheit, das schon auf eine zweite Moderne hinweist, wo *die formalen und die materiellen, oder die symbolischen und die realen Aspekte* ihre Funktionen praktisch vertauschen.

Dieses zeigte sich meiner Meinung nach, als Marx in der Inauguraladresse an die Internationale Arbeiterassoziation (1864) das *politische* Motto ausgab, „daß die Emanzipation der Arbeiterklasse durch die Arbeiterklasse selbst erobert werden muß“,⁴ also das Ergebnis ihrer eigenen Aktivität – oder ihrer eigenen Arbeit – ist, mit der typischen Verschmelzung der Begriffe „Arbeit“ und „Aktivität“. Was ganz klar heißt, dass der materielle und praktische Gehalt nicht mehr als etwas verstanden wird, das außerhalb der politischen Praxis liegt. Politik ist kein abstraktes Feld, dem der gesellschaftliche Gehalt fehlt; sie ist immer schon im Feld der gesellschaftlichen Praxis und des materiellen Lebens verortet – letztendlich ist sie die Politik einer bestimmten Klasse. Daher rührt ihre Stärke und Überzeugungskraft. Aber Marx ist weit davon entfernt, die ideelle oder symbolische Dimension, wie sie sich etwa in der Gestalt von Prinzipien im

3 Karl Marx/Friedrich Engels, „Manifest der Kommunistischen Partei“, in: Karl Marx/Friedrich Engels, *Werke*, Band 4, Berlin 1972, S. 482.

4 Karl Marx, „Provisorische Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation“, in: Karl Marx/Friedrich Engels, *Werke*, Band 16, Berlin 1975, S. 14.

Bewusstsein niederschlägt, zu unterschätzen, er sieht sie gerade als Moment der „Subjektivierung“, wenn ich mir die spätere Terminologie von Foucault borgen darf. Und genau diese Dimension beschreibt eine Differenz innerhalb der Praxis selbst. Wir dürfen nicht vergessen, dass Marx diese Ideen von der Selbstbefreiung der Arbeiterklasse in enger Verbindung mit der zeitgenössischen Arbeiterbewegung entwickelte, wo die revolutionären Aktivist/innen größtenteils die Terminologie von „Staatsbürger/innen“ und „Staatsbürgerschaft“ untereinander gebrauchten, um die Art von Gleichheit und Brüderlichkeit zu bezeichnen, auf die sie abzielten. Dies ist bereits ein typischer Ausdruck dessen, was ich mit einer Umkehrung des Verhältnisses zwischen formalen Rechten und dem gesellschaftlichen Gehalt in der Institution der Menschenrechte gemeint habe. Aber Marx bleibt mehrdeutig und zögerlich, weil es ihm völlig widerstrebt, die Bedeutung des juristischen Aspektes der Kämpfe um Emanzipation zu berücksichtigen und weil er nahezu besessen war von der Kritik dessen, was er „gesetzlichen Formalismus“ nannte⁵.

Der Grund, warum ich auf dieses allseits bekannte Spannungsverhältnis innerhalb des marxistischen Erbes zurückgekommen bin (das wir, wie gesagt, nicht als einziges berücksichtigen sollten), ist folgender: Ich möchte versuchen, die Verbindung zwischen dem, was ich eine erste Moderne oder eine erste Phase der Moderne nenne, und einer zweiten Moderne oder zweiten Phase der Moderne zu untersuchen. Diese gehen den nationalen und industriellen Revolutionen des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts voraus oder folgen ihnen. Eine strikte Trennung der beiden von einander ist nicht möglich, weil die Auslegung der Menschenrechte als Fahrplan für die Veränderung ungerechter gesellschaftlicher Umstände durch kollektive soziale Bewegungen in der Idee einer universellen Staatsbürgerschaft verwurzelt ist und das emanzipatorische Programm der Aufklärung nie aufgehört hat, die Entwicklung der „sozialen Frage“ zu beeinflussen, was dazu führte, dass die sozialen Rechte selbst als Grundrechte angesehen wurden. Und es findet in dieser Beziehung noch immer eine Transformation statt, die vielleicht nicht notwendig war und die heute zunehmend in Frage gestellt wird. Ich möchte allerdings behaupten, dass diese Transformation, selbst wenn sie sich nicht mit Notwendigkeit vollzog, in einem gewissen Sinne unwiderruflich war. Und zwar in dem Sinne, dass eine Kritik oder Demontage sozialer Rechte etwa im Namen des Primats der Freiheit über die Gleichheit praktisch einer Demontage der früheren Generation von Menschen- und politischen Rechten selbst gleichkommt – einer Kritik der Moderne als solcher.

Ich nenne erste Moderne den Augenblick, in dem das Konzept des Staatsbürgers nicht mehr an ein gesellschaftliches Privileg geknüpft ist, auf einen exklusiven Status, wie es in antiken oder mittelalterlichen Städten der Fall war, sondern im Gegenteil – und zum ersten Mal in der Geschichte – mit einem universellen Prinzip politischer Partizipation verbunden wird, mit der Zugehörigkeit zum Gemeinwesen, aus

⁵ Dies, obwohl er sich in seinen konkreten Analysen, etwa in der Frage der Einschränkung von Überausbeutung, der zentralen Bedeutung des Gesetzes im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Kämpfen durchaus bewusst war.

dem kein menschliches Individuum ausgeschlossen werden darf. Dies scheint die Tür für eine fortschreitende Befreiung von jeglicher Unterwerfung und Diskriminierung zu öffnen. In der Praxis sind die Dinge freilich komplizierter und widersprüchlicher. Es überleben nicht nur ältere Formen der Ausgrenzung oder finden neue Rechtfertigungsmuster⁶, abwegige Ausgrenzungsgrundsätze kommen plötzlich zum Vorschein, die sich auf den universalistischen Diskurs selbst berufen und deshalb noch radikaler erscheinen. Dies ist ein entscheidender Punkt, der ohne abstrakte Formulierungen jedoch kaum schnell zu erklären ist. Ich erlaube mir daher nur anzudeuten, wie diese *Dialektik der Aufklärung* funktioniert.

Wir müssen verstehen, dass das Wesen des Menschen (*conditio humana*) in unterschiedliche Universalbegriffe gefasst werden kann. Das sich daraus ergebende Spannungsverhältnis ist vielleicht so alt wie die universalistischen Religionen selbst, doch erst im modernen politischen und ethischen Diskurs wird es in voller Tragweite virulent. Der Universalismus besitzt meiner Meinung nach einen *nach außen* gerichteten Aspekt, demzufolge die Geltung von Prinzipien oder die Herrschaft des Gesetzes nicht von Grenzen oder dem Vorrang bestimmter Gemeinschaften, die sich auf Werte von partikularer Reichweite berufen, beschränkt werden kann. Er besitzt jedoch auch einen, wie ich es nennen möchte, *nach innen* gerichteten Aspekt, demzufolge Unterschiede, die zu interner Benachteiligung und Vorherrschaft führen, neutralisiert oder aufgehoben werden müssen, unabhängig von den Grenzen der Gemeinschaft (selbst wenn diese nur ein kleiner versammelter Teil der Menschheit ist). In klassischen politischen Revolutionen wird hier von „Tyrannei“, „Despotismus“, „Privilegien“, „hierarchischen“ oder „Kasten“-Gesellschaften gesprochen, in denen Individuen Rechte nach ihrem Status zugesprochen bekommen. Diese Vorstellung eines nach innen gerichteten Universalismus – der zum Beispiel das Ideal für die Gründung einer Nation gleicher Bürger/innen darstellen kann – ist eng mit dem verbunden, was ich gerade „das universelle Recht an öffentlichen Angelegenheiten teilzunehmen“ genannt habe, oder einer *aktiven* Auffassung von Politik. Sie ist auch eng daran geknüpft, was Hannah Arendt das „Recht, Rechte zu haben“ genannt hat,⁷ wenn wir es in einem aktiven Sinne verstehen. Diese Auffassung führt zur praktischen Gleichsetzung des Menschen und des Staatsbürgers, weil die Beteiligung des Bürgers an der Politik den Menschen autonom, zum Herrn seiner selbst macht, ihn aber auch tatsächlich jedem anderen Menschen gleichstellt. Damit werden die *anthropologischen Differenzen* entwertet, die etwa in der antiken Stadt viele aus dem öffentlichen Raum ausschlossen, indem auf den Wesensunterschieden zwischen Kriegern und Handwerkern, Männern und Frauen, manchmal auch Jüngeren und Älteren insistiert wurde. Es mag verwundern, wie es möglich wurde, dass solche universellen Prinzipien dennoch Ungleichheiten und Ausschließungen nach innen rechtfertigen und sie sogar noch mit einer radikaleren, einer sozusagen selbst noch

⁶ Insbesondere etwa bei der Ausgrenzung der Frauen aus der Öffentlichkeit im Namen des heiligen Wesens und der sozialen Funktion der Familie.

⁷ Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, München 1986, S. 614.

universalistischen Begründung ausstatten konnten. Um dieses Paradox verständlich zu machen, muss ich einen Umweg zur Frage nach der Institution des Politischen und des Gesellschaftlichen nehmen, zu den *institutionellen Vermittlungen*, die der Prozess der *Konstitutionalisierung von Menschenrechten*, wie er sich in der Geschichte entfaltete, erforderte. Sie gehören zur Entstehungsgeschichte des Staates (in der Praxis, des souveränen Nationalstaates) und des Marktes (in der Praxis, des kapitalistischen Marktes), Ausdruck einer politischen Verfasstheit und einer bürgerlichen Gesellschaft, die auf dem Austausch von Waren und einer universellen Ökonomisierung gesellschaftlicher Beziehungen beruht. Letzten Endes führen sie zu einer quasi-metaphysischen Spannung zwischen zwei Vorstellungen vom Menschen – als einem moralischen und rechtlich verantwortlichen Subjekt, und als einem Individuum mit Bedürfnissen und Interessen und einer utilitaristischen Psychologie. Beide Aspekte sind eng verknüpft mit der Vorstellung vom Menschen als einem universalistischen oder undifferenzierten Wesen, und beide funktionieren auch als *normative Modelle*, oder *Grundsätze*, die es im Gegenzug paradoxerweise möglich machen, Menschen aus der Menschheit auszuschließen, oder ihnen die Anerkennung als vollwertigem Teil der menschlichen Gattung zu verweigern, weil sie in Bezug auf diese Normen als sozusagen „weniger menschlich“, manchmal gar als „weniger als menschlich“ erscheinen. Es ist unnötig zu sagen, dass dies ein sehr gewalttätiger Prozess ist, auch oder gerade wenn er in der Stille des Alltags und innerhalb gesellschaftlicher Institutionen stattfindet.

Die beiden Kategorien des Subjekts und des Individuums beziehen sich auf zwei entgegengesetzte Weisen, die bürgerliche Gesellschaft und den Staat zu hierarchisieren: Eine der beiden (die Kategorie des moralischen und politischen Subjekts) besteht auf der Frage nach der Gemeinschaft, die andere (die Kategorie des utilitaristischen Individuums) besteht auf der Frage nach dem Eigentum⁸. Im klassischen Zeitalter wurde das traditionell der Autorität des Souveräns unterworfenen Subjekt (der Untertan) zum Mitglied einer Gemeinschaft gleicher Staatsbürger/innen, die in der Praxis als Nationalstaat organisiert war. In seinem *Contrat social* bot Rousseau eine klassische und idealisierte Vorstellung dieser Gestalt des Subjekts als Mitglied der politischen Gemeinschaft, die auch zur Grundlage von mehr oder weniger utopischen Vorstellungen zukünftiger Zivilgesellschaften jenseits des Staates werden konnte. Sein Gegenstück ist das utilitaristische Individuum oder das Subjekt einer Tauschhandlung. Auch dies ist eine universalistische Auffassung, nicht weniger als die andere, weil „Tausch“ hier im weitesten Sinne verstanden werden muss, intellektuellen Austausch ebenso beinhaltend wie den Austausch von Waren⁹.

8 Einschließlich des Eigentums an sich selbst oder dem Besitz seiner selbst, wie von John Locke 1689 in *Two Treatises on Government* formuliert: „Every man has a Property in his own Person.“

9 Dies wird sehr deutlich in Kants berühmtem Aufsatz „Zum ewigen Frieden“ (1795), der uns auch mit dem klassischen Begriff ausstattet, in dem die Gemeinschaft zum sich selbst besitzenden Individuum passt, nämlich „Verkehr“ – auch bei Marx ein sehr wichtiger Begriff.

Der Verweis auf diese beiden Begriffssysteme macht die paradoxe Idee von menschlich unvollkommenen Menschen oder von Menschen, die praktisch aus der Menschheit und damit von den Regeln des Anstandes ausgeschlossen werden sollten, eher nachvollziehbar. Diese erscheinen demnach als unfähig oder unwert, an der Gemeinschaft teilzuhaben, weil sie keine authentischen Subjekte wären, oder unfähig, Eigentümer oder Handelssubjekte zu werden, weil ihnen grundlegende Dimensionen der Individualität oder der individuellen Autonomie fehlten. Einerseits werden Menschen ausgeschlossen oder aussortiert, weil ihnen ein Fehlen der *subjektiven* Dimensionen unterstellt wird, die ja den „Gesetzgeber“ im Rousseauschen und Kantschen Sinne erst möglich macht. Andererseits werden Menschen ausgeschlossen oder auf einen untergeordneten Status reduziert, weil ihnen die individuellen Befähigungen fehlen, als Eigentümer/innen zu handeln, also rational Handelnde im Sinne des Besitzindividualismus zu werden. Freilich sind diese Normen Anlass von Auseinandersetzungen, Gegenstand ständiger Kämpfe und damit nicht an feste Anwendungsbedingungen geknüpft. Es bedurfte eines halben Jahrhunderts der Fortschritte und Rückschläge, bis Lohnarbeiter/innen als Eigentümer/innen ihrer selbst angesehen wurden und insofern – wie es Marx bereits vorweggenommen hatte –, als Individuen im vollen Sinn, qua „Besitzer/innen“ ihrer eigenen Arbeitskraft in einem Vertragsverhältnis mit den Kapitalisten. Und es dauerte nach der „Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte“ von 1789 – je nach Ort mehr oder weniger lang –, noch mindestens ein Jahrhundert, bis Frauen zumindest formal als Subjekte im selben moralischen Sinne wie Männer anerkannt wurden¹⁰. Das am meisten beunruhigende Problem verursachte allerdings die Frage der „rassistisch Anderen“. Man könnte gewissermaßen sagen, dass die *Einbeziehung der Ausgeschlossenen* innerhalb der kolonialen Ordnung nie in Angriff genommen wurde, um zugleich konstatieren zu müssen, dass sie auch in der „postkolonialen“ Ordnung nie wirklich erreicht wurde.

Was ich in groben Zügen erläutert habe, ist, dass das menschliche Individuum, das zugleich ein *potenzieller* Staatsbürger ist, in der *ersten Moderne*, mit deren Erbe wir noch heute leben, seine Beziehung zu einer universalistischen *sozialen Norm* auf zwei Arten reflektiert: Eine subjektive Möglichkeit, die auf der Selbstgesetzgebung und im Selbstbewusstsein gründet, und eine objektive Möglichkeit, die auf der Effizienz utilitaristischer Prinzipien und den Regeln rationalen Benehmens oder Verhaltens basiert. Dies sind zwei Arten, das individuelle Subjekt an die Gesellschaft, mit der es konfrontiert ist, zu binden. Ich beharre darauf, dass beide universalistisch sind, und dass beide auf paradoxe und brutale Weise eine Möglichkeit der Exklusion beinhalten, die ausgerechnet in ihren Prinzipien der Inklusion verortet werden können. Diese Möglichkeit trifft uns besonders brutal, weil sie nicht (oder nicht auf den ersten Blick) auf *Außenseiter/innen*, *Fremde* abzielt, die von außerhalb der jeweiligen Gemeinschaft der

10 Frankreich war in dieser Hinsicht eines der letzten Länder in Europa.

Staatsbürger kommen, sondern auf Individuen oder Gruppen, die *von innen als Fremde* empfunden werden, als jenseits einer Norm des vollkommenen Menschseins befindlich: Frauen, Kriminelle, Kinder, Verrückte, Angehörige einer minderwertigen „Rasse“ usw. – je nach den gegebenen Umständen. Feministische Historikerinnen haben dieses *Paradox*¹¹ am Beispiel des Ausschlusses von Frauen aus der aktiven Bürgerschaft in klassischen Gemeinschaften und dessen „anthropologische“ Wurzeln minutiös untersucht. Dieses ist nicht mehr (oder zumindest nicht mehr vorrangig) in einer traditionellen genealogischen oder patriarchalen Ordnung verwurzelt, sondern in einer Theorie – oder besser gesagt, einer Ideologie – der öffentlichen Vernunft, die behauptet, dass es unterschiedliche Vernunftbegabungen gebe und damit einen unterschiedlichen Zugang zur Rationalität. Jeder Fall ist freilich besonders und hat seine eigene Geschichte, doch die Ähnlichkeit liegt in der Tatsache, dass solche *inneren Ausschlüsse* entweder als Abwesenheit von Subjektivität oder als Auflösung von Individualität oder autonomer Handlungsfähigkeit dargestellt werden können.

Damit stellt sich nun die Frage, wie diese Ausschlüsse entstehen, und aus welchen Gründen, unter dem Einfluss welcher philosophischen, politischen und gesellschaftlichen Bewegungen und emanzipatorischen Kämpfen. Der Gedanke einer Frontlinie oder Grenze zwischen dem Menschlichen und dem Nichtmenschlichen innerhalb des Menschlichen selbst und deren Folgen für die Zuteilung von Bürgerrechten und Bürgerstatus ist *unhaltbar* und inakzeptabel per definitionem, da er die universalistischen Prinzipien verletzt. Aber in manchen Fällen erscheint er als *dialektischer Konflikt* zwischen dem formalen Begriff von Rechten und seiner praktischen oder institutionellen Verwirklichung, der zu einer im weitesten Sinne des Wortes revolutionär zu nennenden Transformation der Gemeinschaft führt. Lohnarbeiter, Frauen, Diener werden selbst zu aktiven Staatsbürger/innen, genauso wie ihre Herren, Väter und Ehemänner. In anderen Fällen wiederum scheint dem Konflikt diese dialektische Qualität zu fehlen, und er wird daher auf ein System naturalistischer Vorstellungen zurückgeworfen: Das abnormale, „minoritäre“ Subjekt scheint den Normen, die bestimmen (und in der Tat auch gesellschaftlich und historisch festschreiben), was als „menschliche Natur“ angesehen wird, vollständig zu widersprechen. Mit Blick auf *Verrücktheit und Verbrechen* (oder Kriminalität) ist das ein berechtigtes Problem. Vielleicht spielt es aber in Bezug auf *Kindheit* eine noch bedeutendere Rolle: Für „uns“, unsere Zivilisation, ist es schwierig, wenn nicht gar unmöglich, sich vorzustellen, dass Kinder gegen Erwachsene für ihre Emanzipation kämpfen oder gleiche Rechte einfordern könnten. Dies betont beträchtlich den naturalistischen Charakter einer Vorstellung von Kind, was kaum dadurch aufgewogen wird, dass *Kindheit* in den meisten Fällen als *Übergangsstadium* angesehen wird. Obwohl es in der Tat *Kämpfe gibt*, die in ihrem Gehalt politisch sind,

11 Ich beziehe mich hier auf den Titel von Joan Wallach Scotts berühmtem Buch: *Only Paradoxes to Offer: French Feminists and the Rights of Man*, Cambridge/MA 1996.

um zu bestimmen, *wo* genau die Grenze gezogen werden muss, und welche Art von Macht Erwachsener über Kinder diese rechtfertigt... Und lassen Sie uns noch einmal festhalten, dass „unmöglich“ erscheint, den/die zivilisatorisch oder kulturell/„rassisch“ Anderen innerhalb diesen Dichotomien in einem eindeutigen Sinne zu verorten, weil er oder sie zugleich analog im Modell des (von Natur aus) Dienenden und im Modell des (widerstandsfähigen) Kindes gesehen werden kann...

Der klassische Universalismus, mit seinem Prinzip eines „Rechtes, Rechte zu haben“ oder dem universalen Zugang zur Staatsbürgerschaft, den ich um der Kürze Willen den Universalismus der Aufklärung genannt habe, endet daher mit einer Dialektik der *Fähigkeiten und Unfähigkeiten*. Was im Prinzip bedingungslos sein sollte, setzt in der Praxis die Erfüllung von Bedingungen voraus. Diese Bedingungen jedoch, wie zufällig und historisch relativ sie in Wirklichkeit auch sein mögen, werden auf ein tiefe anthropologische Dimension projiziert, in der Mensch-sein in Konflikt mit sich selbst über Normalität und Anormalität – also deren Verkehrung oder Perversion – gerät. Von daher stammt die „pathologische“ Dimension der Ausschließungen, die es erlaubt, Staatsbürgerschaft, die formal unbegrenzt ist und nicht länger über ein Privileg oder einen Status definiert wird, zu begrenzen.

Welche Veränderungen bringt diesem Modell zufolge die Entwicklung einer *zweiten Moderne* tendenziell mit sich, in der die Fragen nach sozialen Rechten und sozialer Gerechtigkeit vorrangig werden? Wie wir wissen, ist die hegemoniale Vorstellung im politischen Diskurs nicht mehr die der *Natur*, sondern die der Geschichte: historische Transformation, revolutionär oder reformistisch, aber auch *historische Konstruktion*. Gleichheit, wenn es sie denn geben soll, erscheint dann nicht mehr als „Geburtsrecht“, als anthropologische *Bestimmung*, als metaphysisches Prinzip, sondern eher als eine materielle Errungenschaft und als historisches Ergebnis kollektiver Handlungen.

Weiter oben habe ich den klassischen Dualismus von *Subjekt und Individuum, Gemeinschaft und Handel* mit dem Aufkommen eines Begriffs universeller Staatsbürgerschaft in Verbindung gebracht. Auf ähnliche Weise möchte ich die Debatten um soziale Rechte, die so typisch für die zweite Moderne sind, mit einem anderen Konzept oder Bild vom Staatsbürger in Verbindung bringen: T.H. Marshalls klassischem Essay „*Citizenship and social class*“¹² von 1950 folgend, können wir es *soziale Bürgerschaft* nennen. Ganz offensichtlich besteht eine enge Beziehung zwischen der Frage der sozialen Rechte als einer neuen „Generation“ von *Grundrechten* und dem politischen Projekt einer Transformation der (nationalen) Bürgerschaft in *soziale Bürgerschaft*, auch wenn beide Begriffe sich nicht einfach entsprechen. In gewisser Weise begrenzt der eine den anderen in einer Dialektik, die das Ideal der gleichen Freiheit grundlegend verändert. Um das zu verstehen, müssen wir die volle Bedeutung und das historische Gewicht der

12 Vgl. T.H. Marshall, *Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates*, Frankfurt am Main 1992 (A.d.Ü.).

Tatsache akzeptieren, dass nun *ein dritter Begriff, der Staat* (oder der „bürokratische Staat“ im Weberschen Sinne, mit seiner eigenen spezifischen Rationalität) zur historischen Kraft und vermittelnden Instanz innerhalb jeder Beziehung zwischen Individuen und Gemeinschaften geworden ist. Und diese Tatsache, so unbestreitbar sie auch ist, wird nur zu oft in philosophischen Debatten über den Primat des Individuums oder der Gruppe übersehen. In gewissem Sinne *hat keiner den Primat*, oder nur durch die Vermittlung festgelegter staatlicher Regelungen.

Damit eine ausschließlich „politische“ Institution der Staatsbürgerschaft auch zu einer „sozialen“ werden kann, muss der Staat selbst zum *Sozialstaat* werden, entweder auf autoritäre oder auf mehr oder weniger demokratische Weise. Das ist in der Tat das zentrale politische Faktum. Wir sind nicht gezwungen, hierfür den zweifelhaften Begriff des „totalen Staates“ zu gebrauchen, der in der Zwischenkriegszeit, namentlich durch Carl Schmitt, geprägt wurde, aber wir müssen berücksichtigen, dass die Einflussphären des Staat größer werden, und dass der Staat zu einem zentralen Akteur einer *neuen sozialen Gouvernementalität* wird¹³. Dies ist nicht die Folge ausschließlich ideologischer Transformationen, sondern von handfesten materiellen Zwängen. Die soziale Frage – im Klartext die Klassenunterschiede und Klassenkämpfe – durchdrang die Debatten um öffentliche Freiheiten (etwa das Streikrecht, das Versammlungsrecht) und Bürgerrechte. Gesellschaftliche Konflikte wurden „politisch“ im vollen Sinn (wiederum wie von Marx vorweggenommen) oder sogar – für einen gewissen Zeitraum – zum *dominanten Aspekt* der so genannten „*Innenpolitik*“. Und vor allem wurden Sozialprogramme oder *Wohlfahrtsprogramme* schlussendlich nicht als humanitäre Hilfe für die Armen, die Behinderten usw., als moderne *Barmherzigkeit* eingeführt, sondern in der *universalistischen Gestalt sozialer Rechte* (einschließlich medizinischer Versorgung, Bildung und sogar Kultur) für *jede/n*, also für jedes Mitglied der Gemeinschaft. Dieser lange und ungerade Prozess, der, um es ausdrücklich zu sagen, ganz offensichtlich nicht unumkehrbar, aber kaum ohne eine Art gewaltsamer Konterrevolution aufzuheben ist, kann meiner Meinung nach – die ich den Historiker/innen nahelegen möchte – nicht von individuellen und kollektiven historischen Handlungen getrennt werden, von Kämpfen, die der „Arbeit“ im weiten Sinne (einschließlich intellektueller Arbeit) einen *politischen Status* verliehen und dementsprechend auf neue Weise ein positives „republikanisches“ Verständnis von Freiheit *konstituierten*, das über die ausschließlich negative Freiheit des klassischen Liberalismus hinausgeht.

Wir wissen, dass die Kritik an den klassischen Freiheiten mit einer Wiedergeburt des uralten Themas der *sozialen Gerechtigkeit* assoziiert wird. Dass diese nun nicht mehr mit einer ewigen oder transzendenten kosmischen Ordnung verbunden wird, sondern mit einem Begriff von historischem Wandel und Fortschritt, ist sicherlich von

¹³ Die kommt selbstverständlich nicht aus dem Nichts, da es, wie Foucault und andere gezeigt haben, schon immer einen *Polizeistaat* im klassischen Sinne, mit sozialen, kulturellen und biopolitischen Funktionen gegeben hat.

großer Bedeutung. Aber die Tatsache, dass der Staat als machtvoller Akteur der Realisierung sozialer Gerechtigkeit erscheint oder, gerade im Gegenteil, als das *Hindernis par excellence*, das als erstes aufgehoben oder verändert (d.h. rationalisiert oder demokratisiert) werden sollte, bietet eine neue Grundlage für ideologische Gräben. Soziale Staatsbürgerschaft ist ebenso antagonistisch wie es die universale Staatsbürgerschaft einmal war...

Eines möchte ich besonders betonen, weil es den Kern der zeitgenössischen Krisen und die Unschärfe des Begriffs der Grundrechte betrifft: die Tatsache, dass der Staat, mit dem solche Begriffe von sozialen Rechten und sozialer Staatsbürgerschaft vor dem Hintergrund konflikthafter gesellschaftlicher Prozesse verknüpft wurden, *in erster Linie ein Nationalstaat* war. Tatsächlich konkurrierten *bestimmte Nationalstaaten*, die in Bezug auf die weltweite Verteilung von Reichtum und Macht eine privilegierte Position einnahmen, wie wir wissen, hartnäckig darum, diesen hegemonialen Status zu behalten. Dabei handelt es sich um ein Phänomen der Überdeterminierung, um auf eine philosophische Kategorie von Althusser zurückzugreifen¹⁴. Ich betone, dass hinter der Institutionalisierung von Sozialreformen, wohlfahrtsstaatlichen Politiken oder Elementen von Gerechtigkeit, die durch die kapitalistische Akkumulation verursachte Ungleichheiten kompensieren sollen, Kämpfe oder gar Aufstände (manchmal auch nur vorweggenommene Angst vor Aufständen) stattfinden. Für den Staat besteht zudem die Notwendigkeit, jenseits der Klassenunterschiede subjektiv und institutionell das Gefühl nationaler Einheit und nationaler Zugehörigkeit herzustellen – was Hegel *Gesinnung* nannte. So „benutzt“ der Staat die Sozialpolitik, um gesellschaftliche Antagonismen zu vermitteln und zu verschieben, aber auch um eine *Substanz* zu schaffen – mit der er das Gefühl gemeinsamer nationaler Zugehörigkeit unterfüttert, ebenso wie er das Ideal und den Wert der Nationalität und des Nationalismus benutzt, um die konkreten Bestandteile der sozialen Bürgerschaft wie Arbeitsrecht, Bildung, Gesundheit, Kultur zur Vermittlungen zwischen den antagonistischen Interessen der Klassen einzusetzen. Um das Besondere an dieser theoretischen Konstruktion als Idealtypus zu erfassen, aber auch, um zu verstehen, warum sie trotz ihrer Errungenschaften und ihrer in Teilen der Welt langen Lebensdauer im Grunde genommen labil ist, habe ich sie den *national-sozialen Staat* genannt, in dem wir in unserem Teil der Welt, speziell in Europa, derzeit leben oder bis vor Kurzem noch lebten. Auf diese Weise habe ich versucht, die verborgene Seite der Gleichung zu erfassen, die Staatsbürgerschaft und Nationalität zu austauschbaren oder reziproken Begriffen macht, ohne den provokativen Moment dieser Formel zu vernachlässigen.

Warum ist diese Provokation hilfreich, oder kann es vielleicht sein? Damit möchte ich schließen. Wie in der ersten Moderne hat diese institutionelle Konstruktion,

¹⁴ Vgl. Louis Althusser, „Widerspruch und Überdeterminierung“, in: *Für Marx*, Frankfurt a. M. 1968, S. 105–144. (A.d.Ü.)

die in der Gestalt von Prinzipien ausgedrückt wird, genauso eine *ausschließende* wie eine *einschließende* Seite. Die Institution von Rechten, die Individuen und Gruppen garantiert werden, setzt voraus, dass diese zur *Nation* gehören, und hängt daher davon ab, ob sie eine *kollektive Identität* formen, erwerben und besitzen. Besser gesagt, sie löst im Allgemeinen eine noch stärkere Spannung zwischen *universalistischen und nationalistischen (oder kommunitären)* Aspekten innerhalb des Begriffs der Staatsbürgerschaft aus.

Die zentralen Debatten am Ende des Zweiten Weltkriegs, die mit dem Aufstieg *sozialdemokratischer*, in Westeuropa manchmal auch *christlich-sozialer Regierungen* verbunden sind, endeten mit einer klaren Entscheidung zugunsten einer universalistischen Auffassung von Wohlfahrt, und gegen den liberalen Begriff der „Armengesetze“ und ihre zeitgenössische Fortführung in Spezialprogrammen der Fürsorge und Kontrolle der Benachteiligten, die die Idee der *Gleichheit* von Anfang an ausschließen. Zugleich hing dieser Begriff der sozialen Bürgerschaft schon bei seiner Entstehung stark von einer bestimmten Organisationsform der Industriearbeit und einem bestimmten Typus „korporatistischer“ Klassenauseinandersetzungen ab und beschränkte sich eindeutig auf die Grenzen der nationalen Gemeinschaft – als *Solidarität unter Landsleuten*, die nur in Ausnahmefällen auf Ausländer/innen ausgeweitet werden konnte, von denen erwartet wurde, dass sie sich nur vorübergehend innerhalb der Landesgrenzen aufhielten.

Diese beiden Begrenzungen wurden gesprengt, und in der Folge ist nicht nur die bloße Idee der „sozialen Bürgerschaft“ unter dem brutalen Angriff gesellschaftlicher Kräfte, welche selbst kaum nationale sind, zurückgewichen, sondern die gesamte Konzeption einer Geschichte der Menschenrechte als fortschrittliche Konstruktion hat ihre Selbstverständlichkeit verloren. Das soll nicht heißen, dass die philosophische Dialektik von Freiheit und Gleichheit nicht mehr existiert, sondern es geht darum, die Konstruktion einer politischen Gemeinschaft freier oder autonom Handelnder auf einem zufriedenstellenden Grad an der Gleichheit zu fundieren, d. h. eine Einschränkung der Einschränkungen und Unzulänglichkeiten selbst (also der Exklusionen oder Diskriminierungen, die entweder in der Natur oder in der Geschichte verwurzelt sind). Diese Dialektik muss sich jedoch eindeutig in einem anderen Raum entwickeln, vielleicht in einer anderen Sprache. Und sie wird die Frage ins Zentrum stellen müssen, welche Art von Staat oder „öffentlicher Institution“ heute die *Konstitutionalisierung von Menschenrechten* zwischen Individuen und Gemeinschaften vermitteln kann, die nicht vorrangig oder ausschließlich über ihre nationale Identität definiert sind.

Aus dem Englischen von Claire Horst und Mathias Richter

Fabian Arlt, B. A., geboren 1987, hat an der MediaDesignHochschule Berlin Medienmanagement studiert und ist zur Zeit Mathematik-Student an der Freien Universität. Er arbeitet zu den Themen Kommunikation und Wirklichkeitskonstruktion, Beratung und Rollenspiel.

Dr. Hans-Jürgen Arlt, geboren 1948, hat zur Zeit eine Gastprofessur für Strategische Organisationskommunikation an der Universität der Künste in Berlin; zwischen 1990 und 2003 leitete er die Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB).

Prof. Dr. Etienne Balibar, geboren 1942, ist als Schüler und Mitarbeiter des Philosophen Louis Althusser seit den Siebzigerjahren in Deutschland bekannt. Er lehrt als Professor emeritus an der Universität Paris-X (Nanterre), seit 2000 ist er zudem Distinguished Professor of Humanities an der University of California, Irvine. Balibar hat zahlreiche Bücher und Artikel über Marx und den Marxismus, zur Philosophie der Politik und zur Politik der Philosophie verfasst, auf Deutsch erschien in den letzten Jahren u. a. *Der Schauplatz des Anderen. Formen der Gewalt und Grenzen der Zivilität* (2006) und *Sind wir Bürger Europas? Politische Integration, soziale Ausgrenzung und die Zukunft des Nationalen* (2003).

Prof. Dr. Ursula Dallinger ist Professorin für Soziologie/Sozialpolitik

an der Universität Trier. Ihr Forschungsschwerpunkt ist die international vergleichende Sozialpolitikforschung, mit einem Fokus auf soziale Grundlagen des Wohlfahrtsstaates, Akzeptanz von Umverteilung und den Wandel von sozialer Ungleichheit und Sozialstaat. Zu ihren jüngeren Publikationen zählen: *Prekäre Mitte – Sozialstaat und Mittelschicht im internationalen Vergleich*, Zeitschrift für Sozialreform 57 (2011) und *Die Solidarität der modernen Gesellschaft – Der Diskurs um rationale oder normative Ordnung in Sozialtheorie und Soziologie des Wohlfahrtsstaates* (2009).

Prof. Dr. Klaus Dörre ist Professor am Lehrstuhl für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie der FSU Jena. Seine Arbeitsschwerpunkte sind u. a. flexible und prekäre Beschäftigung, Arbeitsbeziehungen und Strategic Unionism, Gewerkschaftliche Erneuerung, Green New Deal und Arbeitsmarkt. Zu seinen jüngeren Publikationen zählen *Gewerkschaftliche Modernisierung* (hrsg. zusammen mit Thomas Haipeter, 2011) und *Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte* (zusammen mit Stephan Lessenich und Hartmut Rosa 2009).

Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer ist Professor für Sozialisation und Direktor des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld. Seine Forschungsschwerpunkte sind u.a. Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Er ist geschäftsführender Herausgeber u. a. der Schriftenreihe

Deutsche Zustände. Mit Prof. Dr. Andreas Zick leitet er das Projekt „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (Survey 2002-2012)“ am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld.

Ulrike Herrmann, geboren 1964, studierte nach einer abgeschlossenen Banklehre Wirtschaftsgeographie und Philosophie an der Freien Universität Berlin. Anschließend arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Körber-Stiftung und als Pressesprecherin der Hamburger Gleichstellungssenatorin Krista Sager. Seit 2000 ist Ulrike Herrmann bei der taz für wirtschaftspolitische und soziale Themen zuständig. 2010 veröffentlichte sie das Buch *Hurra wir dürfen zahlen. Der Selbstbetrug der Mittelschicht*.

Prof. Dr. Wolfgang Schroeder, geboren 1960, war von 1991 bis 2006 im Vorstand der IG Metall, seit 2006 hat er eine Professur für „Politisches System der Bundesrepublik/Staatlichkeit im Wandel“ inne, seit 2009 ist er Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg. Zu seinen letzten Veröffentlichungen zählen *Vorsorge und Inklusion, Wie kommen Sozialpolitik und Gesellschaft zusammen?* (2012); *Berufsgewerkschaften in der Offensive* (2011) und *Seniorenpolitik im Wandel* (2010).

Hilal Sezgin, geboren 1970, studierte Philosophie in Frankfurt am Main und arbeitete danach

mehrere Jahre im Feuilleton der Frankfurter Rundschau. Jetzt lebt sie als freie Schriftstellerin und Journalistin in der Lüneburger Heide. Sie schreibt u. a. für DIE ZEIT sowie als Kolumnistin für die Meinungsseite der taz, das Feuilleton der Frankfurter Rundschau und der Berliner Zeitung. In Buchform erschienen zuletzt ihr Bericht *Landleben. Von einer, die raus zog* (2011) sowie der von ihr herausgegebene Sammelband *Manifest der Vielen. Deutschland erfindet sich neu* (2011).

Dr. Wolfgang Uellenberg-van Dawen, geboren 1950, ist seit 2008 Bereichsleiter Politik und Planung im ver.di Bundesvorstand. 1981 promovierte er über die Auseinandersetzungen sozialdemokratischer Jugendorganisationen mit dem Nationalsozialismus am Ende der Weimarer Republik. Seit 1982 ist er in verschiedenen Funktionen beim DGB Bundesvorstand tätig, 2001 bis 2008 war er DGB Regionsvorsitzender in Köln.

Prof. Dr. Franz Walter, geboren 1956, ist seit 2010 Leiter des Instituts für Demokratieforschung in Göttingen. Seit 2000 bekleidet er eine Professur für Politikwissenschaft an der Universität Göttingen. Zu seinen Publikationen zählen: *Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Sozial Benachteiligte und Engagement* (zusammen mit Johanna Klatt, 2011), *Gelb oder Grün? Kleine Parteiengeschichte der besserverdienenden Mitte in Deutschland* (2010), *Charismatiker und Effizienzen: Porträts aus 60 Jahren Bundesrepublik* (2009).

Eine Frage der Klasse? Deutschlands Mitte zwischen Abstiegsangst und dem Tritt nach unten

Die Publikation ist Teil des Projektes „SPACES – Information, Debatte und Training für Toleranz“ und wird gefördert im Rahmen des Bundesprogramms „XENOS – Integration und Vielfalt“ durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den Europäischen Sozialfonds. Ziel des Projektes ist es, öffentliche (Frei)räume durch Informationsveranstaltungen und eine gezielte Auseinandersetzung über Phänomene des Rechtsextremismus in ganz Brandenburg zu besetzen.



Herausgeberin

Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg

Werkstatt für politische Bildung e.V.



Dortustr. 52

D-14467 Potsdam

www.boell-brandenburg.de

© Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg e.V.,

Potsdam 2012

Alle Rechte vorbehalten.

Gestaltung: Ulf Meyer zu Kueingdorf

Redaktion: Martin Hager